

Service ist...

Der Postbank Konzern in Zahlen 2008

		01.01. – 31.12.2008	01.01. – 31.12.2007 ¹	
Gewinn- und Verlustrechnung				
Gesamterträge	Mio €	2.288	4.244	
Verwaltungsaufwendungen	Mio €	-2.969	-2.937	
Ergebnis vor Steuern	Mio €	-974	992	
Konzernverlust/-gewinn	Mio €	-821	856	
Cost Income Ratio gesamt	%	129,8	69,2	
Cost Income Ratio klassisches Bankgeschäft	%	136,7	67,0	
Eigenkapital-Rendite				
vor Steuern	%	-21,3	19,2	
nach Steuern	%	-18,0	16,6	
Ergebnis je Aktie	€	-4,87	5,22	
Bilanz				
Bilanzsumme	Mio €	231.282	202.913 ¹	
Kundeneinlagen	Mio €	95.077	89.703	
Kundenkredite	Mio €	101.228	89.622	
Risikovorsorge	Mio €	1.232	1.154	
Eigenkapital	Mio €	5.019	5.225 ¹	
Basel-II-Kernkapitalquote (ohne Cap)	%	7,4	6,9	
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	21,13	21,47	
Langfristrating				
Moody's		Aa2/Ausblick stabil	Aa2/Ausblick stabil	
Standard & Poor's		A-/Ausblick positiv	A-/Ausblick stabil	
Fitch		A-/Ausblick stabil ²	A/Ausblick stabil	
Informationen zur Aktie				
Aktienkurs zum Stichtag	€	15,50	60,75	
Aktienkurs (01.01. bis 31.12.)	Hoch €	67,10	74,72	
	Tief €	12,19	43,41	
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	3.391	9.963	
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	164,0	
Key Performance Indicators Postbank³				
		2007	2008	2010 Ziel
Kunden				
Anzahl Stammkunden	Mio	4,6	4,9	5,2
Stammkunden, die mindestens drei Produkte nutzen	%	40	39	47
Filialvertrieb				
Produktivitätsindex Kräfte Filialvertrieb 2006 = 100	%	114	123	150
Mobiler Vertrieb				
Anteil der Finanzmanager, die 3 – 5 Produktkategorien vertreiben	%	54	50	> 60
Mobile Berater	Anzahl	4.260	4.166	5.000
Produktivitätsindex Finanzmanager 2006 = 100	%	110	122	140
Segment Firmenkunden				
Produktivitätsindex Vertriebskräfte Inland 2005 = 100	%	107	127	135
Gesamterträge im Segment Firmenkunden ⁴ , 2005 = 355	Mio €	395	496	500
Mittelstandskredite	Mrd €	3,5	5,4	5,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

² Stand: 20.02.2009

³ Künftige Entwicklung der KPIs unterliegt unter Umständen quartalsmäßigen Schwankungen

⁴ Ohne Belastungen aus der Finanzmarktkrise

Meilensteine im Jahr 2008

- I 9. Januar 2008 Die Postbank begibt ihren ersten Jumbo Hypothekendarlehenpfandbrief und stellt damit ihre starke Refinanzierungsbasis auf eine noch breitere Grundlage.
- I 12. Februar 2008 Alle Aktien der BHW Minderheitsaktionäre gehen in das Eigentum der Postbank über.
- I 19. Februar 2008 Herr Dr. Klaus Zumwinkel legt sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Postbank nieder, und Herr Dr. Frank Appel wird gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats der Postbank bestellt.
- I 3. März 2008 Herr Dr. Frank Appel wird zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.
- I 8. Mai 2008 Auf der Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG finden alle Tagesordnungspunkte über 92 % Zustimmung; die Dividendenausschüttung beträgt unverändert 1,25 € pro Aktie.
- I 1. Juli 2008 Herr Horst Küpker wird zum Vorstandsmitglied für den Bereich Financial Markets bestellt. Er folgt in diesem Amt Herrn Loukas Rizos nach, der die Postbank einvernehmlich und auf eigenen Wunsch zum 30. Juni 2008 verließ.
- I 12. September 2008 Die Deutsche Bank AG kündigt ihren Einstieg bei der Deutschen Postbank AG an. Zeitgleich stellen Deutsche Bank und Postbank eine umfangreiche Kooperation in Aussicht.
- I 13. bis 26. November 2008 Durchführung einer Kapitalerhöhung mit einem Bruttoemissionserlös von rund 1 Mrd € und einer Emission von 54,8 Millionen neuen Aktien, die zu 99,3 % von der Deutschen Post AG übernommen werden, sodass ihr Anteil an der Deutschen Postbank AG jetzt rund 62,3 % beträgt.
- I 4. Quartal 2008 Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat von zehn Mitgliedern auf acht Mitglieder verkleinert: Herr Guido Lohman scheidet zum 30. November 2008 aus dem Postbank Konzern aus. Seine Aufgaben übernimmt Herr Dr. Michael Meyer. Dieser verantwortet nun die im neuen Ressort Retail zusammengefassten Bereiche Produktmarketing und Mobiler Vertrieb. Herr Dr. Mario Daberkow scheidet aus dem Konzernvorstand aus und bleibt Vorsitzender des Vorstands der BCB Betriebs-Center für Banken AG. Darüber hinaus verantwortet er als Generalbevollmächtigter und Bereichsleiter die Bankenorganisation der Postbank.

Außerdem wird die Position des Chief Risk Officers im Vorstandsressort Kredit neu geschaffen und von Herrn Dr. Ralf Kauther – im Range eines Generalbevollmächtigten – übernommen.

Finanzkalender 2009

- I 9. März 2009 Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2008
- I 22. April 2009 Hauptversammlung, Frankfurt am Main
- I 5. Mai 2009 Zwischenbericht zum 1. Quartal 2009, Analystentelefonkonferenz
- I 30. Juli 2009 Zwischenbericht zum 1. Halbjahr 2009, Analystentelefonkonferenz
- I 5. November 2009 Zwischenbericht zum 3. Quartal 2009, Analystentelefonkonferenz

Die Postbank Gruppe ist mit 14,1 Millionen Kunden und rund 21.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Unser Kerngeschäft ist das Geschäft mit Privatkunden, daneben sind wir im Firmenkundengeschäft sowie in den Bereichen Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

... von Anfang an Transparenz zu bieten.

Die positive operative Entwicklung der vergangenen Jahre verdanken wir insbesondere einer attraktiven, auf die Bedürfnisse unserer Zielgruppen zugeschnittenen Produktpalette und unserer im deutschen Bankenmarkt einzigartigen Vertriebsoberfläche. Aufbauend auf diesen Stärken, werden wir auch unsere Innovationskraft und die Servicequalität unseres Hauses weiter steigern. Auch künftig wollen wir mit neuartigen Produkten und Prozessen sowie mit exzellenten Dienstleistungen dem Markt einen Schritt voraus sein.

In weit höherem Maß allerdings verdanken wir den Erfolg unseren Kunden, die uns ihr Vertrauen schenken. Vertrauen braucht zweierlei: Transparenz und Dialog. Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Geschäftsbericht zum einen klar und deutlich über uns und unser Geschäft informieren. Zum anderen möchten wir zeigen, wie wir unsere Rolle als kundenorientiertes Serviceunternehmen verstehen und ausfüllen.

Inhalt

Der Konzern 2008



An unsere Investoren

- 4 Brief an die Aktionärinnen und Aktionäre
- 8 Vorstand
- 10 Aktionäre und Aktie
- 16 Strategie – Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden




Unsere Geschäftsfelder


- 22 Retail Banking
- 30 Firmenkunden
- 34 Transaction Banking
- 36 Financial Markets

Unsere Verantwortung

- 40 Bericht des Aufsichtsrats
- 46 Corporate Governance
- 56 IT/Operations
- 58 Mitarbeiter
- 60 Nachhaltigkeit

Zeichenerklärung

 Querverweis mit Seitenzahlangebe

 Internetverweis

 Servicehinweise

Das Geschäftsjahr 2008



Konzernlagebericht	
64	Geschäfts- und Rahmenbedingungen
70	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
72	Segmentberichterstattung
73	Bilanzentwicklung
74	Nachtragsbericht
75	Risikobericht
102	Prognosebericht



Konzernabschluss	
107	Gewinn- und Verlustrechnung
108	Bilanz
109	Eigenkapitalveränderungsrechnung
110	Kapitalflussrechnung
112	Erläuterungen – Notes
146	Segmentberichterstattung (Note 40)
172	Bestätigungsvermerk

Weitere Informationen	
173	Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
174	Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
175	Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
177	Gremien
178	Konzernstruktur
180	Glossar
186	Adressen

Umschlag

U2	Kennzahlen
U3	Meilensteine
U3	Finanzkalender
U4	Impressum



Sehr geehrte Damen und Herren,

2008 war für die gesamte Finanzbranche das seit langer Zeit schwierigste Jahr. Heftige Turbulenzen erschütterten die Finanzmärkte im gesamten Jahresverlauf. Die Situation eskalierte im dritten Quartal nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers. In der Folge kam es zu einer massiven Ausweitung der Volatilität und der Risikoaufschläge in nahezu sämtlichen Anlageklassen sowie schließlich zu Befürchtungen einer Systemkrise. Der Bankensektor erlebte weltweit tief greifende Veränderungen mit aufsehenerregenden Übernahmen und weitreichenden staatlichen Hilfsprogrammen. Die umfangreichen Interventionen von Regierungen und Notenbanken haben dabei wesentlich zur Stabilisierung beigetragen.

Die globale Finanzmarktkrise führte auch hierzulande zu erheblichen Herausforderungen für die Branche. Die Postbank musste aufgrund der massiven Verwerfungen an den Kapitalmärkten sehr deutliche Belastungen sowohl der Ergebnis- als auch der Eigenkapitalsituation verkraften – obwohl wir dank des hohen Anteils des Privatkundengeschäfts ein vergleichsweise konservatives Risikoprofil besitzen. Auf die sich nach dem Lehman-Zusammenbruch abzeichnende dauerhafte Veränderung der Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft haben wir konsequent reagiert und ein Maßnahmenpaket vorgelegt: Wir werden unser Geschäftsmodell noch stärker und schneller, als bisher geplant, auf unsere Aktivitäten im Bereich Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden konzentrieren und kapitalmarktinduzierte Risiken und Bestände abbauen. Damit wollen wir das Risikoprofil der Bank weiter optimieren. Im vierten Quartal standen dabei die Stärkung des Kernkapitals und der Risikoabbau bzw. die Reduktion der künftigen Volatilität der Kernkapitalquote im Vordergrund. So haben wir unsere Eigenkapitalbasis im Schulterchluss mit unserer Mehrheitsaktionärin Deutsche Post deutlich erhöht und weisen zum Jahresende 2008 eine Kernkapitalquote von 7,4% aus nach 5,5% am 30. September. Dabei wurde auch die Volatilität der Kapitalquote, z. B. durch eine umfassende ergebniswirksame Realisation stiller Lasten, deutlich vermindert. Dies führt konsequenterweise auch dazu, dass wir der diesjährigen Hauptversammlung vorschlagen müssen, auf die Ausschüttung einer Dividende zu verzichten.

Als Folge der außerordentlichen Belastungen, die vor allem in der zweiten Jahreshälfte zu verkraften waren, verzeichnen wir für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 821 Mio €. Dieses Ergebnis ist sehr schmerzlich, doch stimmt mich die gute Entwicklung der Bank in ihren operativen Kerngeschäftsfeldern zuversichtlich für die Zukunft. Wir werden unser Geschäftsmodell unbeirrt verfolgen und weiter fokussieren, um die Bank künftig noch unabhängiger von den Entwicklungen an den Kapitalmärkten zu machen. Darüber hinaus haben wir ein Maßnahmenbündel zur weiteren Effizienzsteigerung geschnürt. So werden wir – dessen bin ich sicher – nach einer Beruhigung an den internationalen Finanzmärkten zu alter Ertragskraft zurückfinden.

Von hoher Bedeutung ist dabei, die Ergebnisqualität durch eine Steigerung des Anteils der Ertragskomponenten aus unserem Kundengeschäft weiter zu verbessern. Diese Ertragsbestandteile haben sich auch im Geschäftsjahr 2008 – trotz der Finanzmarktkrise und der vor allem zum Jahresende hin spürbaren konjunkturellen Eintrübung – erfreulich entwickelt. So stieg der Zinsüberschuss gegenüber 2007 um 11,4 %, und das Provisionsergebnis lag mit 1,4 Mrd € auf dem guten Niveau des Vorjahres. Obwohl im vierten Quartal einige Sonderbelastungen auftraten, stieg der Verwaltungsaufwand gegenüber dem Vorjahr nur leicht. Hierin spiegelt sich unser striktes Kostenmanagement wider.

Unsere starke Kundenbasis und unsere sehr leistungsfähigen Vertriebskanäle bilden eine hervorragende Grundlage für künftiges nachhaltiges Wachstum: Im zurückliegenden Jahr stieg die Zahl unserer Stammkunden – dies sind Kunden, die unsere Produkte und Dienstleistungen mit hoher Intensität nutzen – bereits von 4,6 Millionen auf 4,9 Millionen. Wir werden auch künftig alles daransetzen, die Beziehungen zu unseren Kunden weiter zu vertiefen. So zeigen die ergriffenen Maßnahmen zur Festigung der Kundenbeziehungen auch im Firmenkundengeschäft bereits unverkennbar Wirkung. Die Postbank konnte sich weiter als Kernbank für den deutschen Mittelstand etablieren. Die Kreditvergabe an diese Kundengruppe haben wir auch im schwierigen Jahr 2008 nicht eingeschränkt und dabei unsere konservativen Risikokriterien strikt eingehalten. Unser Mittelstandskreditgeschäft wuchs spürbar und konnte bereits die eigentlich für 2010 anvisierte Hürde von 5 Mrd € überspringen. Im Transaction Banking verfolgen wir mit Nachdruck das Ziel, unser Leistungsangebot auf den europäischen Markt auszudehnen.

Die 2008 im Kundengeschäft erreichten Fortschritte verdanken wir maßgeblich dem überaus hohen Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei denen ich mich im Namen des gesamten Vorstandsteams herzlich bedanken möchte. Mit ihrem Erfahrungsschatz und ihrem Leistungswillen haben unsere Mitarbeiter – auch bei allen aus den äußeren Umständen resultierenden Zusatzbelastungen – entschlossen die Umsetzung unserer Strategie vorangetrieben. Sie sind auch die Garanten unseres künftigen Erfolgs.

Unser Aktienkurs bot ein Spiegelbild der allgemein ungünstigen Kapitalmarktentwicklung, in deren Mittelpunkt 2008 insbesondere Bankaktien standen. So ging der DJ EURO STOXX Banken im Jahresverlauf um 64 % zurück. Die Aktien der im DAX notierten Banken schnitten noch etwas schwächer ab und gaben um durchschnittlich 78 % nach. Auch der Kurs der Postbank Aktie, deren Entwicklung bis Mitte des Jahres noch von Übernahmefantasien getragen wurde, entwickelte sich sehr unbefriedigend. Er reduzierte sich deutlich auf 15,50 € am Jahresende und lag damit um rund 74 % unter dem Wert des Vorjahres.

Für das laufende Geschäftsjahr gehen wir von weiterhin sehr schwierigen Rahmenbedingungen aus. Die Finanzmarktkrise und das Überschwappen auf die weltweite Konjunktorentwicklung werden unsere Branche vor weitere große Herausforderungen stellen. Dabei sollte die Postbank – relativ gesehen – von ihrem klassischen Geschäftsmodell und dem überwiegend auf Deutschland konzentrierten Kreditportfolio profitieren.

Wir gehen davon aus, dass die unverändert angespannte Situation unsere Ertragslage auch im laufenden Geschäftsjahr beeinträchtigen wird. Wir erwarten allerdings, dass die Gesamtbelastungen deutlich unter denen des Jahres 2008 liegen werden, vorausgesetzt, dass keine gravierendere makroökonomische Verschlechterung als derzeit prognostiziert eintritt.

Die krisenhaften Rahmenbedingungen werden unsere konsequente Fokussierung auf unser Kundengeschäft und die Reduzierung von kapitalmarktbedingten Risiken und Beständen noch beschleunigen. Mit diesen Maßnahmen fühlen wir uns für die sich abzeichnende Veränderung der Rahmenbedingungen im Bankenmarkt gut positioniert. Die künftige Wettbewerbsentwicklung werden wir genau beobachten und dabei das deutsche Privatkundengeschäft weiter aktiv gestalten. Denn gerade jetzt, in einer ganzen Generationen prägenden Phase, zählt das Geschäftsmodell jenseits der Krise mehr denn je. Unsere führende Stellung, sei es bei der Kostenführerschaft, den Produkten, der Kundenansprache, kurz: unsere gesamte Philosophie, werden wir optimieren und ausbauen. Auch deshalb halten wir an unserem Ziel fest, mittelfristig und nachhaltig eine Eigenkapitalrendite von 13 bis 15 % nach Steuern zu erwirtschaften.

Meine Damen und Herren, die Postbank feiert 2009 ihren 100. Geburtstag. Wir sind eine junge Bank mit langer Tradition. An der Philosophie der Postbank hat sich im Laufe eines Jahrhunderts wenig Grundlegendes geändert: Wir widmen uns mit Passion vor allem den privaten Bankkunden in Deutschland, doch ebenso fühlen wir uns unseren Firmen- und Geschäftskunden traditionell verbunden. An unserem erfolgreichen Geschäftsmodell werden wir im Sinne unserer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter auch in Zukunft festhalten. Der Einstieg der Deutschen Bank als Aktionärin ändert an unserer grundsätzlichen Ausrichtung nichts. Allerdings bietet die zwischen Postbank und Deutscher Bank vereinbarte Kooperation – beispielsweise im Vertrieb von Produkten des jeweils anderen Partners – viele Ansatzpunkte zur weiteren Stärkung der Position beider Häuser.

Für das uns entgegengebrachte Vertrauen und die Begleitung der Postbank in diesen schwierigen Zeiten möchte ich mich bei Ihnen, verehrte Aktionärinnen und Aktionäre, herzlich bedanken. Ich versichere Ihnen, dass wir weiter mit Hochdruck daran arbeiten werden, die Ergebnissituation der Postbank spürbar zu verbessern. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns auf unserem Weg weiter begleiten.

Bonn, 9. März 2009

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Wolfgang Klein
Vorsitzender des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG





Von links:
Dirk Berensmann, Stefan Jütte, Horst Küpker, Dr. Michael Meyer, Marc Heß, Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender),
Hans-Peter Schmid, Ralf Stemmer

Aktionäre und Aktie:

Kursentwicklung der Postbank Aktie von anhaltender Finanzmarktkrise deutlich belastet

I Aktienmärkte erlitten starke Kursverluste

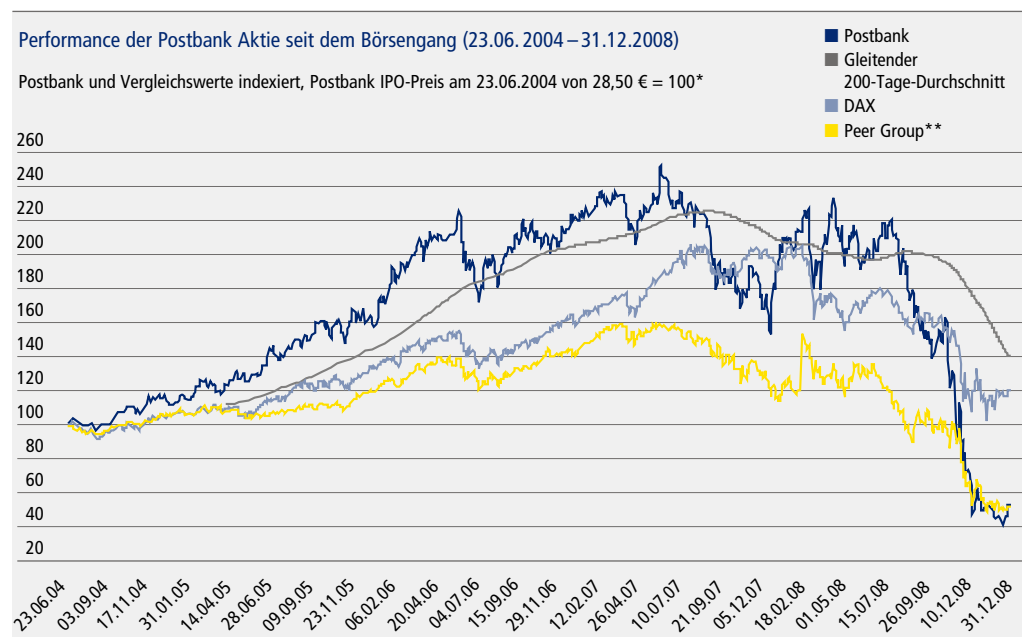
Die anhaltende Finanzmarktkrise und der starke wirtschaftliche Abschwung, der im zweiten Halbjahr 2008 einsetzte, haben die weltweiten Aktienmärkte auf Talfahrt geschickt. Im Laufe des Jahres 2008 griffen die von den USA ausgehenden konjunkturellen Abschwächungstendenzen auf immer mehr Länder über. Die Aktienmärkte hatten aufgrund der Finanzmarkturbulenzen, der konjunkturellen Schwäche in den USA und der steigenden Rohstoffpreise bereits zu Jahresbeginn unter Druck gestanden. Insgesamt erlitten die internationalen Aktienmärkte 2008 starke Kursverluste. Der von Industrieunternehmen dominierte DAX fiel um 40 %.

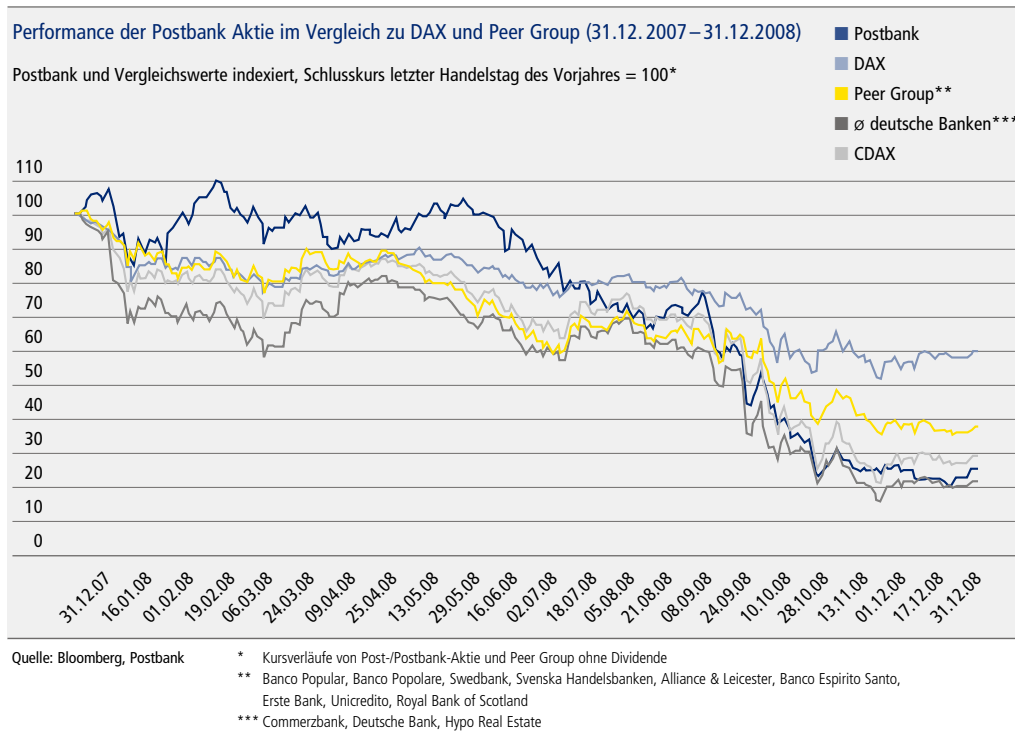
Finanzwerte waren von dieser Entwicklung noch weit stärker betroffen. Schon im Jahresverlauf bewegten sich die Kurse von Banktiteln aufgrund erhöhter Wertberichtigungen auf US-Immobilienkredite und strukturierte Kredite spürbar abwärts. Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im dritten Quartal 2008 beschleunigte sich der Abwärtstrend noch. So sank der europäische Bankenindex (DJ EURO STOXX Banken) im Jahresverlauf um 64 %. Die Bewertung europäischer Aktien und speziell der Bankaktien verschlechterte sich extrem. Kurs-Gewinn-Verhältnisse und Preis-Buch-Bewertungen auf Basis der Analystenschätzungen erreichten historische Tiefststände.

I Postbank Aktie unter dem Einfluss der Krise

Auch die Entwicklung der Postbank Aktie war von diesem deutlichen Abwärtstrend gekennzeichnet. Bis zur Mitte des Jahres wurde der Kurs noch von Übernahmefantasien getragen. Diese nahmen jedoch im zweiten Halbjahr merklich ab, und die aus der Finanzmarktkrise resultierenden Belastungen für die Erfolgsrechnung führten zu spürbaren Kursrückgängen. Die Postbank Aktie verlor im Gesamtjahr bedauerlicherweise rund 74 % ihres Wertes und notierte zum Jahresende bei 15,50 €.

Die folgenden Grafiken veranschaulichen die Entwicklung der Postbank Aktie.





Zum Vergleich: Die Aktienkurse der europäischen Banken, die sich wie die Postbank auf das Geschäft mit Privatkunden konzentrieren – unsere sogenannte Peer-Group –, gingen um durchschnittlich 63 % zurück. Der Kursrückgang der deutschen Banken (Commerzbank, Deutsche Bank, Hypo Real Estate) fiel mit im Schnitt 78 % deutlich stärker aus.

Aktionärsstruktur deutlich verändert

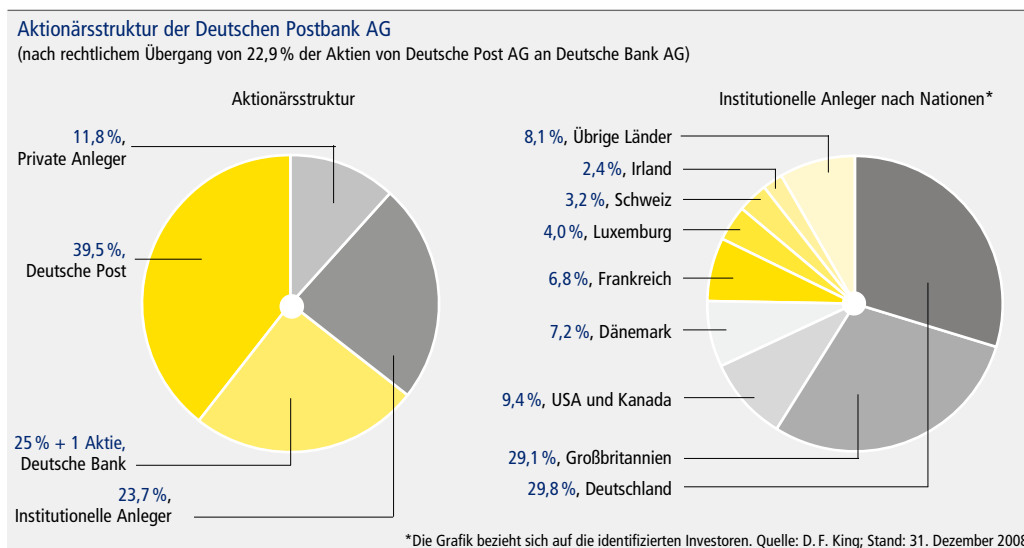
Die Aktionärsstruktur der Postbank wird sich künftig durch den Verkauf eines Aktienpaketes unserer langjährigen Mehrheitsaktionärin Deutsche Post AG an die Deutsche Bank AG maßgeblich verändern. Im September 2008 einigten sich beide Parteien grundsätzlich über den Übergang der Anteile. Die Vereinbarung wurde im Januar 2009 angepasst. Demnach erwirbt die Deutsche Bank im Zuge eines Aktientausches zunächst 22,9 % an der Deutschen Postbank AG. Für den Übergang weiterer 27,4 % der Anteile wurde eine Pflichtumtauschleihe vereinbart. Darüber hinaus bestehen für einen Anteil von 12,1 % Optionsrechte. Kurzfristig wird die Postbank somit zwei bedeutende Ankeraktionäre haben, während mittelfristig die Deutsche Bank die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmrechte an der Gesellschaft zu erwerben.

Die Entwicklung der Aktionärsstruktur war im zweiten Halbjahr 2008 von einer Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht geprägt. Diese Transaktion wurde durchgeführt, um die Kapitalbasis der Postbank im Umfeld der Finanzmarktkrise zu stärken. Im Wege der Bezugsrechtsemission wurden 54,8 Millionen neue Aktien ausgegeben, verbunden mit einem Bruttoemissionserlös von rund 1 Mrd €. Vom 13. bis zum 26. November 2008 konnte für drei alte Aktien eine neue Aktie zum Bezugspreis von 18,25 € bezogen werden. Auf Basis einer vertraglichen Regelung nahm die Deutsche Post AG insgesamt 99,3 % oder 54,4 Millionen neue Aktien aus der Emission auf.

Die Deutsche Post erhöhte somit im November 2008 ihre Mehrheit an der Postbank von 50 % (plus 1 Aktie) auf rund 62,3 %. Die Mittelzuflüsse aus der Kapitalerhöhung führten zu einer Stärkung der regulatorischen Tier-1-Ratio um 1,4 Prozentpunkte.

Die Aktionärsstruktur der Postbank nach rechtlichem Übergang der oben beschriebenen 22,9 % der Anteile von der Deutschen Post AG an die Deutsche Bank AG – den die beiden Parteien im Februar 2009 bekannt gegeben haben – sind nachstehend dargestellt.

Neben den beiden Ankeraktionären halten institutionelle Anleger 23,7 % der Anteile (nach 45,1 % zum Jahresende 2007). Das Interesse der privaten Anleger an der Postbank ist im letzten Jahr deutlich gestiegen. Schon zur Jahresmitte zeigte die aktuelle Auswertung unserer Aktionärsstruktur einen Anstieg der von privaten Aktionären gehaltenen Aktien von rund 5 % auf über 6 % an. Trotz der um rund ein Drittel höheren Gesamtaktienzahl steigt der Anteil privater Aktionäre bei Übergang der 22,9 % der Aktien an die Deutsche Bank AG auf rund 12 % an.



I Zustimmung der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung am 8. Mai 2008 in Köln verabschiedete alle Tagesordnungspunkte mit einer Mehrheit von jeweils über 92 %. Mit dem bereits Ende 2007 vorgestellten Strategieprogramm „Next Step“ und weiteren in diesem Bericht beschriebenen Maßnahmen werden wir unser Geschäftsmodell weiter fokussieren. Diese Maßnahmen schließen zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis auch den Vorschlag an die diesjährige Hauptversammlung ein, für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende auszuschütten. Unsere Hauptversammlung findet am 22. April 2009 in der Jahrhunderthalle in Frankfurt am Main statt. Weitere Postbank Termine für 2009 sind für Sie im Finanzkalender am Anfang des Geschäftsberichts zusammengestellt.



Kennzahlen unserer Aktie		2004	2005	2006	2007*	2008	+/- in 2008
Jahres-Schlusskurs	€	32,50	49,00	63,97	60,75	15,50	-74,5 %
Höchstkurs**	€	34,18	50,84	65,45	74,72	67,10	-10,2 %
Tiefstkurs**	€	27,73	32,16	48,21	43,41	12,19	-71,9 %
Gewinn je Aktie	€	2,65	3,00	4,24	5,22	-4,87	
Kurs-Gewinn-Verhältnis***		12,3	16,3	15,1	11,6	-	
Anzahl der Aktien	Mio Stück	164,0	164,0	164,0	164,0	218,80	54,8
Marktkapitalisierung***	Mio €	5.330	8.036	10.491	9.963	3.391	-66,0 %
Beta-Faktor (relativ zum DAX)		0,60	0,73	0,95	1,03	0,94	
Eigenkapital inkl. Neubewertungsrücklage	Mio €	4.766	5.186	5.207	5.225	5.019	-5,5 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern		14,0 %	14,6 %	18,9 %	19,2 %	-21,3 %	
Ausschüttungssumme (für 2008: Vorschlag)	Mio €	205	205	205	205	0	
Dividende je Aktie (für 2008: Vorschlag)	€	1,25	1,25	1,25	1,25	0	
Dividendenrendite***			2,6 %	2,0 %	2,1 %	-	
Jahresperformance** ohne Dividende		14,0 %	50,8 %	30,6 %	24,0 %	-74,5 %	
Jahresperformance** mit Dividende		14,0 %	54,6 %	33,1 %	26,5 %	-72,4 %	

* Restated

** 2004: 23.06 bis 31.12.

*** Basierend auf dem Jahresschlusskurs

I Umfassender Service ... auch für Aktionäre

Die Postbank bietet einen umfassenden Service für private und institutionelle Aktionäre und Anleger an. Wir suchen aktiv das Gespräch mit Investoren und Analysten. Mit privaten Anlegern standen wir über die unten genannte Aktionärshotline und bei verschiedenen Aktionärsforen der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) in intensivem Dialog. Mit institutionellen Anlegern waren wir über regelmäßig durchgeführte Roadshows und Investorenkonferenzen allein 2008 in über 300 Einzelgesprächen in Kontakt. Zudem verfolgen und kommentieren die Analysten von mehr als 30 Bank- und Wertpapierhäusern die Geschäftsentwicklung und die Geschäftsaussichten des Postbank Konzerns. Über die zahlreichen Gespräche mit Analysten hinaus nehmen wir auch neue Informationswünsche auf und stellen laufend detaillierte Informationen in den Analystenpräsentationen zur Verfügung.



Im Internet unter www.postbank.de/IR sind diese Informationen und Präsentationen zeitgleich für alle Marktteilnehmer abrufbar. Hier können Aktionäre und Interessenten auch den Bestellservice für aktuelle Informationen (sogenannte IR-Releases) sowie für Quartals- und Geschäftsberichte nutzen oder sich direkt online informieren. Die Qualität unseres Online-Services wurde in verschiedenen unabhängigen Vergleichsstudien wiederholt gelobt. So bewertete die aktuelle Studie der Kirchhoff Consult AG, die das Angebot aller DAX- und MDAX-Unternehmen berücksichtigte, unseren Online-Geschäftsbericht mit „sehr gut“. Speziell die Servicefunktionen wurden als „sehr gut“ beurteilt und das Konzept sogar als „hervorragend“.



Wir freuen uns, wenn Sie diesen Servicekanal als hilfreich erachten, und stehen Ihnen weiterhin auch unter der Aktionärshotline 0228 920-18003 für Fragen zur Postbank Aktie gerne zur Verfügung.





Service ist ...

... Lebenswege mit individuellen Lösungen zu begleiten.



So viele Menschen, so viele Lebensträume. All jenen, die den Mut und die Energie haben, etwas zu bewegen, die sich Ziele setzen und klug geplant darauf zu gehen, gehört unsere besondere Sympathie. Ihnen wollen wir ein zuverlässiger Finanzpartner fürs ganze Leben sein. Fürs private genauso wie fürs Geschäftsleben. Unsere Kunden sagen, wohin die Reise gehen soll, wir zeigen ihnen die für sie besten Wege dorthin – und nehmen ihnen gerne manche Last ab.

Strategie: Das Kundengeschäft noch stärker in den Fokus rücken

Interview mit Dr. Wolfgang Klein

Herr Dr. Klein, 2008 war für den ganzen Bankensektor im Zeichen der Finanzmarktkrise ein sehr herausforderndes Jahr. Wie sieht Ihre Bilanz aus Sicht der Postbank aus?

Wir haben uns im abgelaufenen Jahr, dem für unsere Branche härtesten seit Jahrzehnten, im operativen Geschäft insgesamt gut behauptet. Wir haben unsere Marktposition in unseren operativen Kerngeschäften weiter gefestigt.

Wir haben weitere Fortschritte bei der Umsetzung unserer auf das operative Kundengeschäft ausgerichteten Strategie gemacht. Und, was in diesen turbulenten Zeiten besonders wichtig ist: Es ist uns gelungen, das Vertrauen unserer Kunden in die Qualität und die Sicherheit der Postbank zu erhalten.



Die Postbank hat im Jahr 2008 einen hohen Verlust ausgewiesen. Warum war die Bank mit ihrer Ausrichtung auf das Privatkundengeschäft so stark von der Finanzmarktkrise betroffen?

Um es ganz klar zu sagen: Die Ergebnisentwicklung 2008 ist sehr enttäuschend. Aber die Rahmenbedingungen an den internationalen Kapitalmärkten haben sich im Jahresverlauf dramatisch verschlechtert, insbesondere nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers. Die Folge waren ein nahezu komplettes Austrocknen der Geldmärkte und eine massive Ausweitung von Risikoaufschlägen in sämtlichen Anlageklassen. Auch die Kapitalmarktbestände der Postbank waren – trotz eines vergleichsweise konservativen Risikoprofils – von diesen nicht vorhersehbaren Entwicklungen betroffen, was zu dem deutlich negativen Ergebnis führte.

Warum hat die Postbank überhaupt Kapitalmarktbestände?

Das hat unterschiedliche Gründe. Die Bestände gehen zum Teil auf Geschäftsaktivitäten vergangener Jahre zurück. Sie sind aber auch eine Notwendigkeit, um eine Bankbilanz steuern zu können. Die Postbank hatte bis zum Erwerb von BHW im Jahr 2006 einen deutlichen Einlagenüberhang, weil wir hauptsächlich im Spar- und Girogeschäft aktiv waren. Diesen Überhang haben wir am Kapitalmarkt angelegt. Dabei sind wir sehr konservativ vorgegangen und haben auf gute Ratings durch die Ratingagenturen geachtet. Der Großteil der Gelder ist in Staatsanleihen und Pfandbriefen investiert. Zusätzlich haben wir einen vergleichsweise geringen Teil auch in strukturierte Kreditprodukte investiert, dabei allerdings nur Strukturen akzeptiert, die mindestens ein A-Rating aufwiesen. Aus heutiger Sicht war dies natürlich dennoch ein Fehler. Darüber hinaus aber hat uns die Kapitalmarktkrise gelehrt, dass selbst mündelsichere Anlageklassen wie Staatsanleihen und Pfandbriefe nicht von massiven Ausweitungen der Risikoaufschläge – und damit von Kursrückgängen und Bewertungskorrekturen – verschont bleiben. Einen gewissen Bestand an Kapitalmarktanlagen braucht allerdings auch eine Geschäftsbank, die – so wie wir heute – eine gute Balance zwischen Kundeneinlagen und -krediten hat. Denn nur über solche Anlagen können die unterschiedlichen Laufzeiten auf beiden Seiten der Bilanz harmonisiert werden.

Welche Lehren haben Sie aus der Krise gezogen?

Wir werden unser Geschäftsmodell noch stärker als bisher auf unsere Aktivitäten im Bereich Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden fokussieren. In diesem Geschäft sind wir bereits gut aufgestellt. Wir haben eine in Deutschland und in Europa einzigartige Plattform geschaffen und uns damit eine exzellente Position im Wettbewerb erarbeitet. Um diese Stellung weiter zu stärken, arbeiten wir intensiv an der Umsetzung unseres Ende 2007 gestarteten Strategieprogramms „Next Step“. Daneben werden wir fortfahren, kapitalmarkt-induzierte Risiken und Bestände abzubauen, um das Risikoprofil der Bank weiter zu optimieren.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Optimierung des Risikoprofils umsetzen?

Unser Aktionsplan zur Steigerung der Ertragsqualität und zur Schärfung des Risikoprofils umfasst drei zentrale Themenfelder:

Erstens die Beibehaltung unserer starken Liquiditätsposition: Hier profitiert die Postbank ganz klar von ihrem starken Kundengeschäft und den damit verbundenen hohen Einlagenbeständen. Außerdem haben wir dank unserer großen Baufinanzierungsbestände die Möglichkeit, Pfandbriefe zu emittieren. Das haben wir im vergangenen Jahr schon sehr erfolgreich getan, und auch in diesem Jahr werden wir – nach dem gelungenen Auftakt Anfang Februar – vermutlich noch weitere Pfandbriefe an den Markt bringen. Dies werden wir allerdings nur tun, wenn sich die vergleichsweise hohen Refinanzierungskosten normalisieren. Die Emission von Pfandbriefen macht uns weitgehend unabhängig von der Aufnahme unbesicherter Liquidität am Geld- und Kapitalmarkt.

Zweitens wird der Abbau von Kapitalmarktbeständen, wie gesagt, konsequent vorangetrieben. Aufgrund des inzwischen ausgeglichenen Verhältnisses von Kundeneinlagen und -krediten können wir die in der Vergangenheit aufgebauten Kapitalmarktbestände deutlich zurücknehmen. Das werden wir über die kommenden Jahre sukzessive umsetzen. Insgesamt gehe ich davon aus, dass wir bis 2013 unsere Finanzanlagen gegenüber dem Stand von Mitte 2008 um bis zu 45 % vermindern können. Einen ersten Beitrag hierzu leistete im vierten Quartal 2008 der vollständige Abbau unserer Aktienbestände.

Drittens wollen wir unser Kernkapital stärken und dessen Volatilität verringern. Hier lag auch der Schwerpunkt im Schlussquartal des abgelaufenen Jahres: Wir haben unsere Eigenkapitalbasis im Schulterschluss mit unserer Mehrheitsaktionärin Deutsche Post deutlich gestärkt. Unsere Kernkapitalquote liegt nach diesem schwierigen Jahr mit 7,4 % über dem Endstand des Jahres 2007. Dabei wurde auch die Volatilität der Kapitalquote, z. B. durch eine umfassende ergebniswirksame Realisierung stiller Lasten im Zusammenhang mit dem vollständigen Abbau unserer Aktieninvestments, deutlich vermindert.

Wird sich durch die neuen Akzente, die Sie als Reaktion auf die Finanzmarktkrise setzen, etwas für die Postbank Kunden ändern?

Für unsere Kunden ändert sich nichts. Die Postbank bleibt der zuverlässige, stabile Bankpartner, der sie seit nunmehr 100 Jahren ist. Wir werden uns auch weiterhin voll auf die Kunden und ihre Bedürfnisse konzentrieren. Das hat uns stark gemacht, und diese Ausrichtung wird auch die Basis für unseren künftigen Erfolg sein.

Hat sich die Risiko-Governance-Struktur der Postbank in der Krise bewährt?

Grundsätzlich ja. Aber anhand der Erfahrungen aus einer solchen Krise lassen sich immer Ansatzpunkte ableiten, die etablierten Überwachungs-, Reporting- und Steuerungssysteme weiterzuentwickeln. Wir haben bereits graduelle Anpassungen oder Weiterentwicklungen unserer Risikomanagementsysteme und -organisation vorgenommen und verfolgen das weiter. Auch die Organisation des Risikomanagements wurde weiter optimiert. So wurde die Funktion des Chief Risk Officers neu geschaffen, in dessen Zuständigkeitsbereich wir die Koordination der Grundsatzentscheidungen zur Risikonahme und die risikoüberwachenden Funktionen konzernweit gebündelt haben.

Und wie sind Sie bei der Umsetzung Ihres strategischen Programms „Next Step“ im Privatkundengeschäft vorangekommen?

Ein zentraler Baustein von „Next Step“ war die wertorientierte Fokussierung unserer Vertriebskapazitäten auf die Stammkunden der Postbank. Das sind Kunden, die uns schon heute als ihren bevorzugten Finanzpartner nutzen und mit denen wir bislang rund drei Viertel des Wertbeitrags erzielen. Im Jahr 2008 haben wir in einem ersten Schritt allen Stammkunden erfolgreich feste Ansprechpartner in unserem Filialnetz oder im mobilen Vertrieb zugeordnet. Ferner ist es gelungen, die Zahl der Stammkunden von 4,6 Millionen auf 4,9 Millionen zu steigern. So sind wir unserem Ziel von 5,2 Millionen Stammkunden im Jahr 2010 ein gutes Stück näher gekommen. Intensivieren müssen wir allerdings noch den Mehrproduktverkauf innerhalb dieses Kundenkreises. Entsprechende Maßnahmen sind in Vorbereitung. Ich erwarte mir hier spürbare Fortschritte für das laufende Jahr.

Zeigen sich die Erfolge auch in den Vertriebsergebnissen?

Die Entwicklung des Kundengeschäfts war 2008 in vielen Bereichen trotz der widrigen Rahmenbedingungen ausgesprochen erfreulich. Vor allem im Spargeschäft konnten wir deutlich zulegen und Marktanteile gewinnen. Das unterstreicht, dass wir weiterhin das ungebrochene Vertrauen der Kunden in Deutschland als solide Adresse mit fairen und transparenten Produkten genießen. Dieser Trend hat sich übrigens auch in den ersten Wochen dieses Jahres beschleunigt fortgesetzt.

Aber auch im Kreditgeschäft kommen wir voran: Im Bereich der privaten Baufinanzierung haben wir unser Volumen weiter ausgebaut und unsere Position als größter deutscher Baufinanzierer untermauert. Im Konsumentenkreditgeschäft haben wir einen Neugeschäftsrekord erzielt und mit innovativen Prozessen und Services unseren Kreditbestand spürbar ausgeweitet. Alles in allem also ein gutes Jahr im operativen Geschäft.

Die Postbank steht aber nicht nur für das Privatkundengeschäft. Geht es auch im Firmenkundengeschäft wie geplant vorwärts?

Allerdings. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bis 2010 bei 3.000 unserer heute 30.000 Firmenkunden zu den Top-5-Bankverbindungen zu gehören. Heute sind das schon 2.000. Auch das Cross-Selling innerhalb dieses überwiegend mittelständisch geprägten Kundenstamms soll sich steigern. An einem unserer Teilziele sind wir bereits weit vor der Zeit angelangt: Das Mittelstandskreditvolumen erreichte schon 2008 die 5-Milliarden-Euro-Marke – zwei Jahre früher als geplant. Das zeigt auch, dass die Postbank selbst in schwierigen Zeiten als Kreditgeber zur Verfügung steht.

Im vergangenen Jahr hatten Sie über die Europäisierung im Transaction Banking berichtet. Was ist hier in der Zwischenzeit passiert?



Wir haben im vergangenen Jahr unsere Organisation weiter optimiert. So sind beispielsweise jetzt sämtliche Zahlungsverkehrseinheiten und -mitarbeiter in einer Gesellschaft gebündelt. Damit haben wir weitere wichtige Voraussetzungen für die angestrebte Partnerstrategie und den Schritt ins europäische Ausland geschaffen. Wir sind zuversichtlich, angesichts des zunehmenden Kostendrucks im Bankensektor weitere Mandanten für unsere Plattform gewinnen zu können.

2009 ist ein besonderes Jahr für die Postbank, sie feiert ihren 100. Geburtstag. Was bedeutet das für Sie persönlich?

100 Jahre Postbank, das erfüllt mich mit Stolz. Ich empfinde unsere lange und erfolgreiche Geschichte jedoch zugleich auch als große Verpflichtung, der Tradition und den Werten, die unser Haus seit 100 Jahren ausmachen, auch in Zukunft gerecht zu werden. An der Philosophie der Postbank hat sich im Laufe eines Jahrhunderts wenig Grundlegendes geändert: Wir widmen uns mit Passion vor allem den privaten Bankkunden in Deutschland, doch ebenso fühlen wir uns unseren Firmen- und Geschäftskunden traditionell verbunden. An unserem erfolgreichen Geschäftsmodell werden wir im Sinne unserer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter auch in Zukunft festhalten.

In Ihrem Jubiläumsjahr bekommen Sie mit der Deutschen Bank auch eine neue große Aktionärin. Was erwarten Sie sich von der angekündigten engen Kooperation mit der Deutschen Bank?

Der Einstieg der Deutschen Bank als Aktionärin ändert an unserer grundsätzlichen Ausrichtung zunächst nichts. Allerdings bietet die zwischen Postbank und Deutscher Bank vereinbarte Kooperation viele Ansatzpunkte zur weiteren Stärkung der Marktposition beider Häuser. So ist beispielsweise ins Auge gefasst, im Fondsgeschäft enger zusammenzuarbeiten. Wir wollen von der Expertise der Deutschen Bank in diesem Bereich profitieren. Im Gegenzug ist beabsichtigt, die Kompetenz der Postbank im Bereich der privaten Baufinanzierung und bei Konsumentenkrediten im Vertriebsnetz der Deutschen Bank zu nutzen. Aber auch beim gemeinsamen Einkauf und im Bereich IT bieten sich im Rahmen einer Kooperation Vorteile für beide Seiten, die wir auch zum Wohle unserer Aktionäre realisieren wollen.

Die Erträge aus der Kooperation helfen sicherlich auch beim Erreichen Ihrer mittelfristigen Finanzziele. Halten Sie daran trotz andauernder Finanzmarktkrise fest?

Ja, wir sind überzeugt, dass wir mittelfristig eine Eigenkapitalrendite nach Steuern von 13 bis 15 % erreichen werden. Dazu bedarf es allerdings einer Normalisierung der Rahmenbedingungen an den Finanzmärkten und einer Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung. Der Abbau der kapitalmarktinduzierten Risiken und Bestände wird ferner dazu beitragen, dass sich die Ergebnisqualität erhöht, da wir in geringerem Maß von Kapitalmarkterträgen abhängig sein werden.





Service ist Verständnis ohne viele Worte.



Wer den anderen gut kennt – seine Geschichte und seine Lebensumstände –, versteht oft ohne lange Erklärungen. Genau das möchten auch wir: Zeit und Nerven unserer Kunden schonen und sie auf dem schnellsten Weg zur optimalen Lösung bringen. Deshalb haben wir unsere Kundenbeziehungen auf ein neues Fundament gestellt: Unserer Strategie „Next Step“ folgend, bieten wir jedem Stammkunden einen persönlichen Berater als festen Ansprechpartner für alle Bankbelange. Kurzer Draht statt langer Leitung. Auch das verstehen wir unter gutem Service.

Retail Banking: Von der Produktbank zur Kundenbank – Service im Fokus

Unser Strategieprogramm „Next Step“ zum Ausbau der marktführenden Stellung der Postbank als Privatkundenbank in Deutschland haben wir 2008 konsequent weiterverfolgt. Dabei galt unser Augenmerk vor allem der Stärkung der Partnerschaft mit unseren mittlerweile 4,9 Millionen Stammkunden. Dadurch ist es uns trotz der anhaltend herausfordernden Wettbewerbsbedingungen gelungen, unsere Marktanteile in nahezu allen Produktkategorien zu erhöhen. Zusätzliches Wachstumspotenzial eröffnet uns die Kooperation mit der Deutschen Bank.

I Schlüssel zum Erfolg

Insgesamt betreut die Postbank mit 856 Filialen, mehr als 4.000 mobilen Beratern und leistungsstarken Direktvertriebskanälen 14,1 Millionen Kunden (Vorjahr: 14,5 Millionen) und ist damit nach wie vor das Kreditinstitut mit der höchsten Kundenzahl in Deutschland. Unsere Betreuungskapazitäten konzentrieren wir wertorientiert auf unsere 4,9 Millionen Stammkunden (Vorjahr: 4,6 Millionen), deren Anzahl wir bis zum Jahr 2010 auf 5,2 Millionen steigern wollen. Diese Kunden auch weiterhin für die Postbank zu begeistern, ist ein wichtiger strategischer Erfolgsbaustein. Beratungsqualität und Service sind die Schlüsselkompetenzen, die wir ausbauen und von denen wir unsere Kunden überzeugen möchten.

Um die Servicequalität zu erhöhen, haben wir im ersten Halbjahr 2008 jedem unserer Stammkunden einen Berater aus dem mobilen Vertrieb, dem stationären Vertrieb oder dem Direktvertrieb als Betreuer zugeordnet. Hiervon erhoffen wir uns eine noch intensivere Kundenbindung, die wir mithilfe einer Cross-Selling-Kennziffer laufend bemessen. Derzeit nutzen bereits 39,4% unserer Stammkunden drei oder mehr Postbank Produkte. Diese Kennziffer soll bis 2010 auf 47% steigen. Selbstverständlich dürfen auch unsere 9,2 Millionen Potenzialkunden ein anhaltend hohes Service- und Leistungsniveau von uns erwarten. Zudem werden wir hart daran arbeiten, diese Kunden zu Stammkunden zu entwickeln.

Den Fortschritt bei der Implementierung unseres strategischen Programms messen und berichten wir anhand sogenannter Key-Performance-Indikatoren. Diese sowie die Entwicklungen des Jahres 2008 im Privatkundengeschäft werden im Folgenden beschrieben.

I Service ist: dort zu sein, wo die Kunden sind

Als Multikanalbank ist die Postbank sehr kundennah aufgestellt und zeichnet sich dadurch aus, einfach und komfortabel zugänglich zu sein: In deutschlandweit 856 eigenen Filialen und weiteren 5.144 Filialen und Partnerfilialen der Deutschen Post werden Bankdienstleistungen angeboten. Die 4.166 freien Handelsvertreter unseres mobilen Vertriebs sowie 143 Bauspar- und Finanzierungsspezialisten aus den Filialen suchen den Kunden dort auf, wo er in der Regel am liebsten über seine Finanzangelegenheiten spricht, nämlich zuhause. Über Telefon- und Online-Banking sind wir rund um die Uhr erreichbar. Kunden unabhängiger Finanzdienstleister können über den Drittvertrieb unter der Marke DSL auf ausgewählte Produkte zugreifen.

Filialvertrieb Vorreiter bei innovativen Filialkonzepten

Zu unserem Kundenservice gehört es u. a., dort zu sein, wo die Kunden sind. Ausgehend von diesem Anspruch, entstand im Rahmen unseres Strategieprogramms das Projekt „Filiale im Wandel“, das uns zum Vorreiter im Hinblick auf innovative Filialkonzepte macht. 15 Filialen an stark frequentierten Standorten wurden im Jahr 2008 neu gestaltet – ihnen sollen im Laufe der Zeit die wichtigsten Filialen bei gleichzeitiger Optimierung der Standorte folgen. Ziel ist es u. a., die Wahrnehmung von Bank- und Beratungsdienstleistungen zu verbessern. Der Erfolg des neuen Gestaltungskonzepts lässt sich von steigenden Absatzzahlen ablesen. Einen entscheidenden Beitrag zu dieser positiven Entwicklung leisten jedoch auch die konsequent fortgeführten Schulungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter.

Ein bedeutendes Element unseres Geschäftsmodells liegt nach wie vor in dem Angebot von Postdienstleistungen in unseren Filialen. Die hierdurch hervorgerufene hohe Kundenfrequenz beeinflusst den Vertriebs Erfolg der Filialen erheblich. Gleichzeitig bedeutet dieses Konzept für die Deutsche Post eine große Kundennähe an attraktiven Standorten. An diesem in der Bankenlandschaft einzigartigen Modell wollen wir auch in Zukunft festhalten.

Service- und Beratungsqualität im mobilen Vertrieb weiter verbessert

3.644 Finanzberater und 522 Vermögensberater bilden den mobilen Vertrieb der Postbank Gruppe – einen wichtigen Baustein unserer Multikanalstrategie – und sind innerhalb der Postbank Finanzberatung AG organisatorisch zusammengefasst. Die Postbank verfügt damit über den größten bankgebundenen mobilen Vertrieb in Deutschland. Die ganzheitliche und bedarfsorientierte Beratung rund um die Baufinanzierung, den Vermögensaufbau und die Altersvorsorge stehen hier im Fokus.

Durch weitere gezielte Konsolidierungsschritte und individuelle Qualifizierungsangebote konnte erneut eine deutliche Verbesserung der Beratungsqualität erreicht werden. Dies belegt u. a. der Anstieg der Beraterproduktivität: Ausgehend von 100 % im Basisjahr 2006 erhöhte er sich im Berichtsjahr auf 122 %. Auch der Anteil der Mehrproduktverkäufer unter den mobilen Beratern stieg kontinuierlich. Die Quote lag bei 50,4 % nach 40 % im Jahr 2006. Sehr gute Kundenbefragungswerte bestätigen eine starke Kundennähe und die Positionierung der persönlichen Beratung vor Ort – auch außerhalb der banküblichen Geschäftszeiten.

Relaunch im Online-Banking wird mit Auszeichnungen honoriert

Für die grundlegend überarbeitete Internetpräsenz der Postbank erhielten wir im Berichtsjahr die Auszeichnung „beste Finanz-Website“ im deutschsprachigen Raum von der ibi Research GmbH, die in Kooperation mit der Universität Regensburg die Auftritte 300 deutscher Finanzdienstleister untersucht hatte. Zur besten Online-Bank Deutschlands wurde die Postbank im September 2008 von der PASS Consulting Group gekürt. Der Erfolg lässt sich auch von der Zahl der sogenannten Unique Visitors ablesen, die laut Nielsen NetRatings (12/2008) bei 3,35 Millionen lag. Damit betreibt die Postbank weiterhin mit deutlichem Abstand die zugriffstärkste Finanz-Website eines Einzelinstituts in Deutschland.

Telefon-Banking mit weiterhin steigender Beliebtheit

Mehr als 3,8 Millionen Kunden (Vorjahr: rund 3,7 Millionen) und ca. 24,1 Millionen Anrufe pro Jahr machen die Postbank in Bezug auf das Telefon-Banking zu einer der bundesweit führenden Retail-Banken. Bei der Beantwortung der Kundenanfragen werden die Mitarbeiter durch unser modernes Sprachportal unterstützt, das wir im Berichtsjahr durch die Implementierung neuer Technik weiter verbessern konnten. Des Weiteren fördern wir die Vertriebskompetenz unserer Telefonberater fortlaufend durch gezielte Schulungen.

Nach wie vor hoher Internetanteil im Drittvertrieb

In unserem Drittvertrieb generieren wir unter unserer Marke DSL mithilfe unabhängiger Finanzdienstleister zusätzliches Geschäft mit Baufinanzierungen und zunehmend auch mit Privatkrediten und Girokonten.

Im Jahr 2008 erhöhte sich der Absatz von Baufinanzierungen gegenüber dem Vorjahr leicht um 3,1 %, hierbei betrug der über Internetvertriebe zugeleitete Geschäftsanteil ca. 45 %. Bei Privatkrediten der Marke DSL konnte nahezu eine Verdoppelung verzeichnet werden. Girokonten werden erst seit Mitte 2007 über diesen Kanal angeboten, daher ist ein Jahresvergleich noch nicht möglich. Von den im Jahr 2008 realisierten technischen Optimierungen und weiteren Kooperationen im Produktverkauf versprechen wir uns für die Zukunft zusätzliche Absatzsteigerungen.

Weitere innovative Zugangswege durch Kooperationen

Im Herbst 2008 haben wir mit der Deutschen Shell AG die erste Kooperation ihrer Art in Deutschland geschlossen: Ab Sommer 2009 werden wir bundesweit bis zu 1.300 Tankstellen mit gesicherten Kassensystemen ausstatten. Unserem Partner Shell bieten wir damit das umfassende Management sämtlicher Bargeldaktivitäten. Unsere Kunden profitieren von einer zusätzlichen kostenlosen Möglichkeit zur Bargeldabhebung, vor allem in ländlichen Gebieten mit weniger engmaschigem Geldautomatennetz.

Die erfolgreiche Kooperation mit Tchibo – im Jahr 2008 wurden hierüber knapp 20.000 Girokonten abgesetzt – konnten wir zum Jahresende auf drei weitere Produkte ausdehnen: die VISA Motiv Karte, den Postbank Privatkredit und den Postbank Autokredit. Auch die Zusammenarbeit mit der HUK-COBURG Versicherungsgruppe verlief im Berichtsjahr mit einem Absatz von 18.600 neuen Girokonten sehr zufriedenstellend.

Kooperation mit der Deutschen Bank

Im Zuge des Erwerbs von Anteilen an der Postbank durch die Deutsche Bank AG wurde eine umfangreiche Kooperation beider Gesellschaften vereinbart. So wollen Postbank und Deutsche Bank insbesondere in den Feldern Fonds- und Kreditgeschäft sowie Baufinanzierung, aber auch – zur Erzielung von Skaleneffekten – im Einkauf und in der IT eng zusammenarbeiten. Beide Banken gemeinsam verfügen über eines der größten Filialnetze im deutschen Finanzdienstleistungsgewerbe und ergänzen sich in ihrem Produktangebot hervorragend. Der gegenseitige Vertrieb von Finanzprodukten bietet für beide Partner ein attraktives Ertragspotenzial. So ist beispielsweise angedacht, dass die Kunden der Postbank im Investmentgeschäft künftig DWS- und X-Markets-Produkte noch intensiver nutzen können. Im Gegenzug ist z. B. beabsichtigt, in den Filialen der Deutschen Bank Baufinanzierungsprodukte der Postbank anzubieten. Auch im Hinblick auf die Bargeldversorgung und weitere Serviceaspekte bietet die Zusammenarbeit der Institute interessante Ansatzpunkte.

I Erfreuliche Vertriebsergebnisse trotz schwieriger Marktbedingungen

Der deutsche Finanzdienstleistungssektor fokussiert sich immer stärker auf das Retail-Geschäft. Die dadurch ausgelöste Verschärfung des Wettbewerbs wurde durch die Finanzkrise nochmals beschleunigt. In diesem schwierigen Umfeld ist es der Postbank jedoch gelungen, ihre Marktposition in nahezu sämtlichen Produktkategorien auszubauen.

Informationen zum Retail-Geschäft

Neugeschäft		2008	2007
Neukunden	Tsd	781	1.000
Neu eröffnete Girokonten	Tsd	572	587
Neugeschäft Baufinanzierung inkl. Portfolio-Ankäufe	Mrd €	12,2	12,4
Neugeschäft Privatkredite	Mrd €	1,62	1,13
Neu beantragte Bausparsumme	Mrd €	12,4	11,2
Neugeschäft Wertpapier	Mrd €	2,5	3,1
Bestand		2008	2007
Kundenbestand	Mio	14,1	14,5
Bestand Girokonten	Mio	5,0	4,9
Spareinlagen	Mrd €	49,1	43,9
Bauspareinlagen	Mrd €	15,9	16,6
Bestand private Baufinanzierung inkl. Portfolio-Ankäufe	Mrd €	72,7	68,0
Bestand Privatkredite	Mrd €	3,0	2,3
Depotvolumen	Mrd €	9,5	11,5

Girogeschäft stabilisiert sich auf dem hohen Vorjahresniveau

Die Anzahl der neu eröffneten Privatgirokonten lag 2008 bei 572.300 und damit nahezu unverändert auf dem hohen Vorjahresniveau. Das Girokonto ist und bleibt eines der wichtigsten Instrumente zur Neukundengewinnung. Die Anzahl privater Girokonten belief sich im Berichtsjahr auf 5,0 Millionen (Vorjahr: 4,9 Millionen). Dies macht die Postbank zum Marktführer im Bereich Girokonten in Deutschland; unser Marktanteil beläuft sich auf 5,7%. Aufgrund des attraktiven Preis-Leistungs-Verhältnisses und der vielfältigen Serviceaspekte dieses Produkts sind wir zuversichtlich, diese herausragende Stellung weiter ausbauen zu können.

Hohe Mittelzuflüsse im Spargeschäft

Der Wettbewerb auf dem Einlagenmarkt hat sich im Zuge der Finanzmarktkrise nochmals intensiviert. Die Postbank konnte ihre starke Marktposition in diesem schwierigen Wettbewerbsumfeld jedoch erfolgreich untermauern. Dies ist nicht allein auf unsere Markenbekanntheit im Bereich Sparen zurückzuführen, sondern auch auf attraktive Produkte und unsere große Vertriebskraft.

Im Rahmen unserer Ende 2007 angekündigten Strategie wurde das Ziel definiert, die Spareinlagebestände durch attraktive Produkte mit marktnahen Konditionen weiter zu steigern. Dieses ist im Jahr 2008 zu großen Teilen gelungen. Insgesamt konnten wir neue Spargelder in Höhe von 12,2 Mrd € akquirieren, 58 % mehr als im Vorjahr. Unser Sparvolumen betrug somit 49,1 Mrd € nach 43,9 Mrd € im Jahr 2007. Unser Marktanteil stieg in der Folge auf 9,4 % nach 8,1 % Ende 2007. Die gesamten Spareinlagen inklusive der Bauspareinlagen – letztere lagen bei 15,9 Mrd € nach 16,6 Mrd € im Vorjahr – beliefen sich auf 65,0 Mrd €; damit haben wir den Vorjahreswert um 4,5 Mrd € übertroffen.

Mit einer Reihe von Produktideen und Kampagnen, z. B. der Kampagne, die wir am 1. Januar 2009 für das Postbank Gewinn-Sparen starteten, wollen wir das Spargeschäft weiterentwickeln und unsere führende Marktposition ausbauen.

Baufinanzierung zieht zum Jahresende deutlich an

Der Markt für private Baufinanzierungen in Deutschland entwickelte sich im Berichtsjahr weiterhin rückläufig: Das Gesamtvolumen der ausstehenden Wohnungsbaukredite an wirtschaftlich Unselbstständige und sonstige Privatpersonen sank von 791,6 Mrd € am Jahresende 2007 auf 787,3 Mrd € am 31. Dezember 2008, wobei sich das Neugeschäft im Bereich der privaten Haushalte (inklusive Prolongationen) mit einem Minus von 2,9 % auf 176,4 Mrd € noch stärker verringerte. Gleichzeitig war der Markt weiterhin von einem ausgeprägten Wettbewerb gekennzeichnet.

Bei der Postbank war 2008 insgesamt eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Nachdem das selbst generierte Neugeschäft inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen in den ersten drei Quartalen noch leicht zurückging, zog es im vierten Quartal in allen Vertriebskanälen deutlich an, und zwar um insgesamt 10 % auf 2,2 Mrd €. Im Gesamtjahr 2008 stieg das selbst generierte Neugeschäft um 2,0 % auf 10,0 Mrd €. Hinzu kommen Portfolioankäufe in Höhe von 2,2 Mrd € nach 2,6 Mrd € im Jahr 2007.

Der Bestand an privaten Baufinanzierungen erhöhte sich um 4,7 Mrd € auf 72,7 Mrd €. Hierin sind angekaufte Portfolios in Höhe von unverändert 9,9 Mrd € enthalten. Damit konnten wir unseren Marktanteil nochmals deutlich steigern, und zwar von 8,6 % per 31. Dezember 2007 auf 9,2 % am Ende des Berichtsjahres.

Im Rahmen der Optimierung unserer Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir 2008 begonnen, unsere Vertriebskanäle noch stärker als bisher in Marktsegmente der privaten Baufinanzierung zu steuern, die eine Nutzung der Sicherheiten im Rahmen von Pfandbriefemissionen erlauben. Die Vorteile, die diese Art der Refinanzierung mit sich bringt, können wir an unsere Kunden weitergeben.

Neugeschäftszuwächse im Bausparen

Das Bauspargeschäft unter der Marke BHW ist fester Bestandteil des Postbank Produktspektrums. Im Jahr 2008 erreichte die neu beantragte Bausparsumme 12,4 Mrd € nach 11,2 Mrd € im Jahr 2007; dies entspricht einem Marktanteil von 11,1 %. Die BHW Bausparkasse ist damit weiterhin die Nummer 2 im deutschen Markt.

Eine Reihe von Kampagnen – wie z. B. diejenigen für das Berufsstarter-Paket Portmoney oder für unser Wohn-Riester-Produkt, das Mitte des vierten Quartals zertifiziert wurde – trugen zu positiven Entwicklung bei. Das seit 1. November 2008 laufende Angebot des neuen riestergeförderten Bausparvertrags BHW Förder maXX und des riestergeförderten BHW Förder Baudarlebens hat hier zusätzlich für einen Jahresschlussspurt gesorgt. Die neue Riester-Förderung für Bausparen und Baufinanzierung zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum dürfte das Geschäft in diesen Bereichen auch 2009 beleben.

Marktanteilsgewinne bei Privatkrediten

Äußerst erfreulich entwickelte sich das Ratenkreditgeschäft, in dem wir bei weitgehend unveränderten Risikokosten deutliche Volumenzuwächse verzeichneten. In einem schwierigen Marktumfeld wurde das Jahr im Neugeschäft mit einem Anstieg von 43,4 % auf nunmehr 1,62 Mrd € abgeschlossen.

Mit unseren Vertriebskanälen Filialvertrieb, Callcenter und Internet sowie den neuen Produkten Minutenkredit (bis zu 3.000 € für maximal 36 Monate) und Autokredit ist es der Postbank gelungen, sich von der um 29,9 % rückläufigen Marktentwicklung abzukoppeln. Auch unter der Marke DSL wird mittlerweile vor allem im Drittvertrieb ein bedeutendes Neugeschäft generiert: Mit 0,4 Mrd € fiel dieses im Jahr 2008 fast doppelt so hoch aus wie im Vorjahr. Unser Gesamtbestand an Privatkrediten erhöhte sich in der Folge um 30,4 % auf 3,0 Mrd €.

Wertpapiergeschäft leidet unter Finanzmarktkrise

Die Verschärfung der Finanzmarktkrise ab Mitte September 2008 hinterließ auch Spuren im Wertpapiergeschäft. Die Bruttomittelzuflüsse gaben um 19,4 % auf 2,5 Mrd € nach. Bewährt hat sich in dieser schwierigen Zeit unser Dachfondskonzept Vermögensmanagement Plus. Hier stehen drei unterschiedlich strukturierte Investmentfonds für verschiedene Chance-Risiko-Profile zur Verfügung, deren Vermögensmanagement nach einem mathematischen Anlagemodell erfolgt. Dank der frühzeitigen Umschichtung in Geld- und Rentenpapiere verlief die Wertentwicklung hier deutlich besser als bei Anlagen mit festen Anteilen an Risiko- und Ertragspapieren.

Garantiefonds konnten dem negativen Trend trotzen – wir haben im Berichtsjahr vier Fonds mit einem Gesamtvolumen von 295 Mio € aufgelegt. Das von unseren Kunden gehaltene Depotvolumen sank, vor allem marktbedingt, um 17,4 % auf 9,5 Mrd €, und auch die Anzahl der Depots reduzierte sich, und zwar um 3,6 % auf 930.000.

Versicherungsabsatz über Filialen deutlich gesteigert

Im Versicherungsgeschäft verfolgen wir seit dem Verkauf unserer Versicherungsbeteiligungen im Herbst 2007 an die Talanx-Gruppe eine reine Kooperationsstrategie. Unsere Partner sind die Talanx, insbesondere auf dem Gebiet der Lebensversicherungen, und die HUK-COBURG im Bereich der Sachversicherungen.

Das Lebensversicherungsneugeschäft lag im Jahr 2008 marktbedingt um rund 7% unter dem Vorjahreswert. Dabei gelang eine Absatzsteigerung der Filialen in Höhe von 52%. Der mobile Vertrieb, bestehend aus Finanzmanagern und Vermögensberatern, hat insgesamt mit rund 60% zum Vertriebs Erfolg beigetragen.

Im Bereich der angebotenen HUK-COBURG Sachversicherungen – allen voran ist hier die KFZ-Versicherung zu nennen – konnten wir im Jahr 2008 47.500 Verträge absetzen.

I Ausblick

Die anspruchsvollen Ziele unseres Strategieprogramms „Next Step“ wollen wir durch einen kontinuierlichen qualitativen und quantitativen Ausbau unserer Vertriebskanäle erreichen. Wir rechnen dabei im Privatkundengeschäft mit einem anhaltend intensiven Wettbewerb.

Die Anzahl unserer Stammkunden wollen wir bis zum Jahr 2010 weiter auf 5,2 Millionen steigern. Dabei soll sich der Anteil der Kunden, die drei und mehr unserer Produkte nutzen, von derzeit 39,4% auf 47% erhöhen.

Kernziel in unseren Vertriebskanälen bleibt es, die Produktivität unserer Berater zu erhöhen und zugleich die Beratungsqualität zu verbessern. Dies wollen wir u. a. durch weitere Trainingsmaßnahmen erreichen. Hierbei bestehen klare Vorgaben: Die Produktivität soll bis 2010 im mobilen Vertrieb um 40% und im Filialvertrieb um 50% im Vergleich zum Basisjahr 2006 steigen.

Auch im Spargeschäft sehen wir einem Andauern des starken Wettbewerbs entgegen. Wir gehen jedoch davon aus, dass wir mit neuen Produktvarianten unsere Strategie erfolgreich umsetzen und das Spareinlagevolumen ausweiten können.

Im Baufinanzierungsgeschäft erwarten wir positive Impulse aus der steigenden Bedeutung von Baumaßnahmen zur Energieeinsparung und aus dem hohen Modernisierungs- und Renovierungsbedarf im deutschen Wohnungsbestand. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung könnte hier zusätzlich belebend wirken. Unsere Konzentration auf Baufinanzierungen mit pfandbrieffähigen Sicherheiten kann dazu führen, dass das Neugeschäftsvolumen leicht abnimmt, die Profitabilität jedoch gleichzeitig ansteigt.

Insgesamt ist die Postbank im Privatkundengeschäft gut aufgestellt, um auch weiterhin Marktanteile hinzuzugewinnen und ihr Geschäftsmodell wertorientiert auszubauen.

Retail Banking¹

Segmentergebnis	2008 Mio €	2007 Mio €
Gesamterträge	3.332	3.435
Verwaltungsaufwand	-2.156	-2.210
Ergebnis vor Steuern	912	935
Cost Income Ratio	64,7 %	64,3 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	41,1 %	32,4 %

146

¹ siehe Note 40





Service ist Kundenwünschen mit Flexibilität zu begegnen.

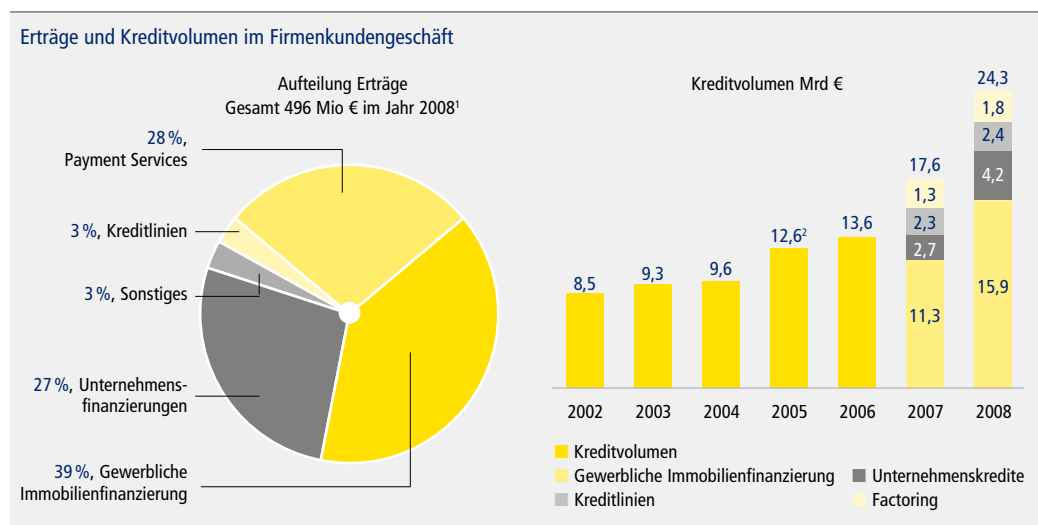


Wenn sich neue Herausforderungen eröffnen, wenn aus kleinen Wünschen große werden, braucht es ein Finanzkonzept, das mitwächst. Von einem Bankpartner, der die nötige Beweglichkeit mitbringt. Der punktet, wenn es um gute Produkte und Konditionen geht, um die Bandbreite der Leistungen – oder auch um innovative, bequeme Zugangswege für den Kunden. So geben wir gerne zu, dass uns die zahlreichen Auszeichnungen unabhängiger Institute, z. B. für unsere Servicequalität, unser Online-Banking und uns als Filialbank, schon mit ein wenig Besitzerstolz erfüllen.

Firmenkunden:

Stabile Partnerschaften bilden die Grundlage für risikobewusstes Wachstum

Im Geschäft mit unseren etwa 30.000 Firmenkunden blicken wir auch in Zeiten der Finanzmarktkrise auf eine positive Entwicklung. Wir haben unsere innovativen Lösungen rund um den Zahlungsverkehr weiterentwickelt und unsere Kreditbestände weiter risikobewusst ausgebaut. So hat die Postbank ihre Position als leistungsstarker zuverlässiger Partner gestärkt: in der Zahlungsverkehrsabwicklung ebenso wie bei Unternehmensfinanzierungsangeboten, speziell für den Mittelstand, bei der gewerblichen Immobilienfinanzierung im In- und im Ausland sowie bei Leasing und Factoring. Darüber hinaus bieten wir auch attraktive Anlagemöglichkeiten sowie kundengerechte Beratungsdienstleistungen zur optimierten Strukturierung von Bilanzen an.



¹Ohne Belastungen aus der Finanzmarktkrise; ²Inklusive Akquisitionen von PB London und PB Capital NY

I Erfolge der Mittelstandsoffensive setzen sich fort

Im inländischen Firmenkundengeschäft mit rund 30.000 Kunden haben wir unsere Position als Kernbank für den Mittelstand weiter ausgebaut. So hat sich das Neugeschäftsvolumen bei Krediten (ohne Factoring und Leasing) von 1 Mrd € im Vorjahr auf rund 1,7 Mrd € deutlich erhöht. Gefragt waren vor allem Investitions- und Kontokorrentkredite. Der Bestand an Mittelstandskrediten stieg, inklusive der Forderungen aus Factoring und Leasing, von 3,5 Mrd € am Jahresende 2007 auf 5,4 Mrd € zum Jahresschluss 2008. Damit haben wir unser für 2010 anvisiertes Ziel von 5,0 Mrd € bereits im vergangenen Jahr übertroffen.

Der konsequent vorangetriebene qualitative und quantitative Ausbau des Vertriebs hat zu einer deutlich höheren Betreuungsintensität und einer daraus resultierenden gestärkten Kundenbindung geführt. Dies ist auch ablesbar vom Produktivitätsindex des Vertriebs im Firmenkundengeschäft, der gegenüber dem Basisjahr 2005 (100 %) auf 127 % im Jahr 2008 stieg und im Jahr 2010 135 % erreichen soll. Unserem ganzheitlichen Beratungsansatz folgend, bieten wir unseren Kunden auch eine umfangreiche Palette von Produkten für das Anlage- und Risikomanagement. Sehr stabile Anlagevolumen zeigen uns dabei, dass unsere Kunden uns auch bei den veränderten Marktbedingungen als solide Adresse betrachten. Unsere Produktlösungen ermöglichen ein optimales Finanzmanagement für unsere Kunden. Dabei kommen neben klassischen Finanzierungsformen auch derivative Absicherungsinstrumente für das Zins- und Währungsmanagement zum Einsatz.

| Weiterentwicklung unserer Zahlungsverkehrslösungen

Zu unseren Kunden im Bereich Zahlungsverkehrsmanagement zählen rund 90 % der DAX-Unternehmen sowie ca. 70 % der MDAX-Unternehmen. Um den Ansprüchen dieser großteils multinational agierenden Unternehmen sowie den internationalen Anforderungen des Mittelstands gerecht zu werden, investiert die Bank kontinuierlich in die Erweiterung ihrer innovativen grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrsplattform. Hierauf aufbauend, haben wir im Produktsegment Zahlungsverkehr – über die geplante SEPA-Einführung hinaus – länderübergreifende Cash-Management-Produkte zur Liquiditätssteuerung und für die lokale Präsenz bzw. zur Teilnahme an lokalen Märkten etabliert. Im Bereich der elektronischen Kundenschnittstelle haben wir die novellierten Marktstandards (EBICS) implementiert und unsere Leistungen weiter ausgebaut.

| Nutzung von Opportunitäten bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen

Die gewerbliche Immobilienfinanzierung stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Drei Faktoren bilden das Fundament unseres Wachstums in diesem Segment, sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft: unsere über lange Jahre gewachsenen Geschäftsbeziehungen, das von unseren Kunden und Konsortialpartnern anerkannte Know-how sowie die Bereitschaft und die Fähigkeit, auch in schwierigen Marktlagen mit Kreditmitteln zur Verfügung zu stehen. Wie bereits in den letzten Jahren konnten wir den Kundenstamm auch 2008 um namhafte Adressen der Immobilienwirtschaft und eine Reihe nationaler und internationaler Konsortialpartner erweitern.

Insgesamt erreichte das Volumen der gewerblichen Immobilienfinanzierung des Konzerns im Berichtsjahr 15,9 Mrd € und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um rund 40 %. Das Wachstum erwirtschafteten wir insbesondere im Bereich der von Kapitaldienst gedeckten Finanzierungen, die sich durch moderate Fremdfinanzierungsquoten bei gleichzeitig attraktiven Margen auszeichnen. Neugeschäftsschwerpunkte bildeten hierbei Deutschland und ausgewählte westeuropäische Märkte.

In den USA wurde das Geschäft im Jahr 2008 sehr selektiv ausgeweitet. Das Volumen lag dabei mit rund 2 Mrd US-\$ unter dem Vorjahresniveau. Wir haben uns im Wesentlichen auf die Finanzierung vermieteter Objekte in Toplagen mit erstklassigen Mietern konzentriert. Aufgrund des liquiditätsbedingten Rückzugs vieler Wettbewerber konnten wir ein spürbar verbessertes Risiko-Rendite-Profil erzielen.

In UK und Westeuropa hat die Postbank London Branch im Verlauf des Jahres 2008 den Bestand an gewerblichen Immobilienfinanzierungen von 2,1 Mrd € auf 2,5 Mrd € erhöht. Auch hier agieren wir als ein selektiver, nicht volumengetriebener Anbieter mit langjährigen Kundenbeziehungen und strengen Risikokriterien. Wir finanzieren Objekte nur in ausgewählten Teilmärkten und Lagen.

I Auslandsaktivitäten in den USA und UK mit schwierigen Umfeldbedingungen

Seit dem Erwerb der PB Capital Corporation im Jahr 2001 ist die Postbank selektiv in Nordamerika tätig, und zwar vornehmlich auf den Gebieten der gewerblichen Immobilienfinanzierung, der kommunalähnlichen Finanzierungen sowie als Investor in syndizierten Kreditmärkten und im Markt für Unternehmensanleihen.

Mit ihrem Geschäftsschwerpunkt gewerbliche Immobilienfinanzierung in UK und Westeuropa konnte die Postbank London Branch 2008 ihren Ertrag im Vergleich zum Vorjahr sehr deutlich steigern. Hierzu leisteten auch die Londoner Treasury-Aktivitäten mit den Schwerpunkten Refinanzierung sowie Währungs- und Zinssicherungs-geschäfte für die Immobilienkunden einen sehr erfreulichen Beitrag.

I PB Factoring zeigt weiterhin robustes Geschäftswachstum

Die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre setzte sich für die PB Factoring auch 2008 fort. Das Volumen der eingereichten Forderungen stieg gegenüber dem Vorjahr um 3 Mrd € auf nahezu 10 Mrd €. Damit konnte die PB Factoring das Geschäftsjahr 2008 mit einem erfreulichen Ergebnis abschließen. Die Entwicklung wurde getragen von der ständig wachsenden Akzeptanz der Finanzdienstleistung Factoring und dem damit einhergehenden gesteigerten Interesse der Firmeneigentümer an modernen Finanzierungsinstrumenten. Ein weiterer Erfolgsfaktor liegt in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, bei denen sich die PB Factoring aufgrund der Bearbeitungsqualität und des hohen Servicelevels gegenüber Wettbewerbern durchsetzen konnte.

I Postbank Leasing unverändert auf Wachstumskurs

Die Postbank Leasing hat mit einem Neugeschäftsvolumen von rund 140 Mio € ihre Bedeutung als wichtiger Bestandteil unseres Leistungs- und Lösungsangebots im Firmenkundengeschäft weiter ausgebaut. Eine systematische Kundenorientierung sowie die Fokussierung auf Logistikgüter und höherwertige Produktionsanlagen haben es der Gesellschaft ermöglicht, Marktpotenziale zu erschließen und gezielt Positionen ausscheidender Wettbewerber zu besetzen. Hier sieht die Postbank Leasing – trotz einer gesteigerten Risikosensitivität aufseiten der Endkunden – positive Ansätze zu einer stabilen Weiterentwicklung im Jahr 2009.

I Ausblick

Unser Ziel ist es, im Firmenkundengeschäft als Kernbank für den deutschen Mittelstand weiter zu expandieren und uns als leistungsstarker und verlässlicher Partner bei unseren Kunden zu positionieren. Exzellente Voraussetzungen bilden unsere starke Kundenbasis, die breite Produktpalette und unsere qualifizierten hoch motivierten Mitarbeiter.

Wir werden weiterhin mit anlassbezogenen Aktionen unsere Visibilität im Markt erhöhen und mit Produktinnovationen – insbesondere im Zahlungsverkehr und im Finanzmanagement – sowie durch die qualitative Verbesserung des regionalen Vertriebs das Geschäft mit unseren Firmenkunden ausbauen. So wollen wir bis zum Jahr 2010 bei 3.000 unserer derzeit 30.000 Firmenkunden zu den fünf Kernbankverbindungen gehören.

Im Zahlungsverkehr haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Prozess- und Kostenstrukturen weiter zu optimieren. Außerdem streben wir an, 2009 unsere Zugangskanäle für die Ein- und Auslieferung von Zahlungsverkehrsaufträgen und -informationen zu erweitern.

Im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung zeichnet sich spätestens seit der zweiten Jahreshälfte 2008 eine Veränderung der Transaktionsvolumen in unseren Zielmärkten ab, die auch Einfluss auf das Neugeschäft haben kann. Insbesondere in den USA und in UK dürften sowohl Immobilienwerte als auch die Nachfrage nach Immobilien unter Druck bleiben. Aufgrund unserer traditionellen Ausrichtung auf eher konservative, eigenkapitalstarke Investorengruppen – z. B. Immobilienspezialfonds, für die die derzeitige Marktsituation attraktive Einstiegschancen birgt und zu denen wir langjährige enge Geschäftsverbindungen pflegen – sind wir jedoch zuversichtlich, auch 2009 sich ergebende Geschäftsmöglichkeiten nutzen zu können. Dabei werden wir allerdings konsequent unsere konservativ geprägte Risikopolitik beibehalten.

Firmenkunden¹

Segmentergebnis	2008 Mio €	2007 Mio €
Gesamterträge	164	382
Verwaltungsaufwand	-171	-163
Ergebnis vor Steuern	-58	191
Cost Income Ratio	104,3 %	42,7 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	-14,1 %	50,5 %

146

¹ siehe Note 40

Transaction Banking: Herausragende Position im Markt behauptet

Das Transaction Banking der Postbank umfasst alle Abwicklungsleistungen rund um Zahlungsverkehr, Konto und Kredit. Hochmoderne Technologien sorgen für Prozesse im industriellen Stil, mithin für höchste Effizienz. Dies ermöglicht es uns, alle Abwicklungsleistungen auch als Dienstleistung für Dritte, u. a. für drei weitere Großbanken, zu erbringen. Mit unserem Marktanteil in Deutschland von über 20 % haben wir die Spitzenposition behauptet und uns als Vorreiter der Konsolidierung etabliert. Mit ihren erstklassigen Referenzen stellt die Postbank ebenfalls bereits eine Größe im europäischen Markt dar.

I Zahlungsverkehrsabwicklung gebündelt

Bereits seit 2004 bieten wir über unsere Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG (BCB) externen Mandanten hochprofessionelle operative Dienstleistungen im inländischen und im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr an, bearbeiten Nachforschungen und interne Konten. Seit Januar 2008 umfasst das Produktportfolio auch die Abwicklung von SEPA-Zahlungen. Zu den Mandanten zählen die Dresdner Bank AG, die Deutsche Bank AG sowie die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG (HVB). Zum 1. Juli 2008 hat die Postbank auch die Abwicklung ihres eigenen Zahlungsverkehrs in die BCB ausgelagert. Durch die Bündelung aller Zahlungsverkehrsdienstleistungen in einer Gesellschaft ist es uns gelungen, die Effizienz weiter zu steigern. Damit haben wir zugleich die Grundlage geschaffen, unsere Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr im gesamten europäischen Markt anzubieten.

I Transaktionsvolumen gesteigert

Die BCB wickelte 2008 insgesamt rund 7,7 Milliarden Transaktionen ab. Der gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnende Anstieg um 3,7 % ist im Wesentlichen auf organisches Wachstum im beleglosen Zahlungsverkehr zurückzuführen. Erwartungsgemäß nahm der beleghafte Zahlungsverkehr weiter ab und hatte im Berichtsjahr nur noch einen Anteil von 2,1 % am Gesamtvolumen. Der Marktanteil der Postbank in der Zahlungsverkehrsabwicklung lag in Deutschland wie im Vorjahr bei mehr als 20 %.

I Industrialisierung weiterentwickelt

Eine Reihe von IT-Innovationen prägten das Transaction Banking der Postbank im Jahr 2008. Am 28. Januar begann die stufenweise Realisierung der Single Euro Payments Area (SEPA). Der erste Schritt beinhaltete die Abwicklung der europaweit einheitlichen SEPA-Überweisungen. Zur Bearbeitung des internationalen Zahlungsverkehrs wurde im Mai die mandantenfähige VIPayment eingeführt, die das Altsystem Kordoba ablöste. Darüber hinaus haben wir im zweiten Quartal die gemeinsam mit SAP entwickelte Payment Engine für die Abwicklung des Inlands- und des SEPA-Zahlungsverkehrs erfolgreich in Betrieb genommen. Diese hochmoderne mandantenfähige IT-Plattform ist für große Transaktionsmengen im industriellen Maßstab ausgelegt.

Umfassende Back-up-Lösungen sichern uns gegen operationelle Risiken. Ferner werden Ereignisse in der Produktion systematisch erfasst und analysiert sowie, davon abgeleitet, Präventivmaßnahmen ergriffen. Mit einer Schadensquote von nur 0,00002 Promille aller Transaktionen stellen wir die hervorragende Qualität unserer Leistungen unter Beweis. Darüber hinaus sind unsere Prozessstandardisierung und -dokumentation sowie das Qualitätsmanagement für fast alle Mandanten nach DIN EN ISO 9001 ff zertifiziert.

I KreditService weiter optimiert

Im KreditService werden Baufinanzierungs- und Ratenkredite für den Postbank Konzern ebenfalls nach industriellem Muster mithilfe modernster IT-Technologie bearbeitet. Nach der Kreditentscheidung erfolgt die gesamte Abwicklung auf unseren SAP-Plattformen. Standardisierte Prozesse und die Konzentration auf wenige Standorte sorgen für höchste Effizienz.

Auch im Jahr 2008 konnten wir die Produktivität in den Kreditbearbeitungseinheiten weiter steigern. So wurden die Bearbeitungsprozesse bei privaten Baufinanzierungen durch eine Standortkonzentration noch stärker verschlankt und die Qualitätsstandards angehoben. Mithilfe der Software BauFi-Online, die es dem Vertrieb ermöglicht, Baufinanzierungsanträge direkt digital einzureichen, konnten die Durchlaufzeiten für Baufinanzierungen merklich verkürzt werden.

Im Ratenkreditgeschäft wurden die Frontend-Anwendungen den Anforderungen der Vertriebskanäle entsprechend weiter optimiert. Im Filialvertrieb sind Zusagen direkt am Point of Sale (POS) inklusive automatischer Auszahlung der Standard. Sofern Direktzusagen nicht möglich sind, sorgen die Back-Office-Einheiten kurzfristig sowohl für eine Entscheidung als auch für die technische Abwicklung.

Darüber hinaus wurde die Bearbeitung von Bestandskrediten weiter ausgebaut und für ausfallgefährdete Forderungen eine Intensivbetreuung eingeführt. Durch die stringente Beratung und Begleitung von Kunden mit zu erwartenden oder akuten Zahlungsschwierigkeiten konnten wir unsere Recoverys weiter verbessern.

Transaction Banking¹

Segmentergebnis	2008 Mio €	2007 Mio €
Gesamterträge	344	354
Verwaltungsaufwand	-312	-331
Ergebnis vor Steuern	48	36
Cost Income Ratio	90,7 %	93,5 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	-	-

146

¹ siehe Note 40

| Ausblick

Unser Transaction Banking im industriellen Stil auf hochmodernen IT-Plattformen für den Inlands-, den SEPA- und den Auslandszahlungsverkehr ist auf Wachstum ausgelegt. Der durch die Finanzmarktkrise hervorgerufene Kostendruck könnte bei den Kreditinstituten weitere Impulse für ein Outsourcing der Zahlungsverkehrsaktivitäten auslösen.

Europaweit betrachtet, beläuft sich unser Marktanteil bereits auf 5 %. Hier zielen wir darauf ab, mit einem oder mehreren Partnern – dabei kommen Kooperationen, Beteiligungen oder Joint Ventures in Betracht – ein gemeinsames Europa-Angebot aufzubauen. Mit Einführung der SEPA-Überweisung im Januar 2008 wurden die rechtlichen Grundlagen für den gemeinsamen europäischen Zahlungsverkehrsraum geschaffen. In weiteren Ausbaustufen sollen bis 2010 einheitliche Standards für Lastschriften (November 2009) und Kartenzahlungen (2010) etabliert und in nationales Recht umgesetzt werden.

Auch im Kredit-Processing ist die Postbank bestens aufgestellt. Zwar ist die Bereitschaft in der deutschen Banklandschaft, die Kreditabwicklung und -verwaltung an externe Dienstleister auszulagern, immer noch sehr verhalten. Doch wir sind zuversichtlich, dass hier in absehbarer Zeit ein Markt entstehen wird. Der seit Jahren steigende Wettbewerbsdruck sowie die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden kostengünstigere Lösungen erfordern und zu einem Umdenken führen.

Financial Markets: Neuorganisation verspricht positive Entwicklung

75

Im Ressort Financial Markets werden die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortet und gesteuert. Dies beinhaltet zum einen die Sicherung des Konditionsbeitrags aus dem Kundengeschäft und zum anderen die Minimierung der aus dem Kundengeschäft resultierenden Marktpreisrisiken. Details hierzu werden im Risikobericht erläutert. Die Bedeutung der ebenfalls im Ressort Financial Markets angesiedelten Sicherung und Steuerung der Liquiditätsposition der Bank ist so stark gewachsen, dass wir hierfür im Berichtsjahr einen eigenen Bereich geschaffen haben.

Ebenso ist es die Aufgabe von Financial Markets, die Rendite-Risiko-Relation der Bank zu optimieren und Erträge aus der gezielten und kontrollierten Übernahme von Marktpreisrisiken innerhalb eng vorgegebener Limite zu erwirtschaften. Die Expertise des Ressorts wird zudem verstärkt für die Entwicklung neuer Produkte für Privat- und Geschäftskunden genutzt.

I Treasury – hohe Belastungen aus illiquiden Märkten und Aktienabbau

Die Treasury steuert – über die bereits erwähnte Sicherung der Konditionsbeiträge hinaus – vor allem die Zinsänderungsrisiken der Bank mithilfe von klassischen Wertpapieren wie Bundesanleihen und Pfandbriefen ebenso wie mit derivativen Finanzinstrumenten als integralem Bestandteil der modernen Gesamtbanksteuerung. Während das Zinsmanagement auch 2008 deutlich positive Ergebnisbeiträge verbuchen konnte, führten die massiven Spread-Ausweitungen aufgrund der Illiquidität der Märkte zu erheblichen zum großen Teil temporären, aber immer noch anhaltenden Belastungen der Marktwerte. Dies betraf auch Pfandbriefe und sogar EU-Staatsanleihen und machte den positiven Zinstrend zunichte. Zusätzliche Belastungen resultierten aus unseren Aktienbeständen, die wir im Jahresverlauf im Rahmen der Risikoreduzierung vollständig abgebaut haben.

I Liquiditätssteuerung – Erstemission von Pfandbriefen zur Verbreiterung der Refinanzierungsbasis

Die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Postbank – auch unter Stressbedingungen – ist eine weitere zentrale Aufgabe des Ressorts Financial Markets. Der Bereich Liquiditätssteuerung umfasst dabei die Refinanzierung (Funding) an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die konzernweite Optimierung der Liquiditätsrisikoprüfung. Die Postbank kann als Retail-Bank auf eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft zurückgreifen und ist daher nur in relativ geringem Maße abhängig vom Geld- und Kapitalmarkt.

Zur Verbreiterung ihrer Refinanzierungsmöglichkeiten erhielt die Postbank im Dezember 2007 die von ihr beantragte Pfandbrieflizenz von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Sie begab daraufhin im Januar und im Mai 2008 ihre ersten Jumbo Hypothekendarlehen mit einem Volumen von 1,5 Mrd € bzw. 1,0 Mrd €. Aufgrund der führenden Stellung der Postbank in der Finanzierung von privat genutzten Wohnimmobilien in Deutschland bleibt der Hypothekendarlehen auch 2009 ihr wichtigstes strategisches Refinanzierungsinstrument.

I Credit Treasury – Management der von der Krise betroffenen Finanzanlagen

Das aus der früheren Bilanzstruktur (Einlagenüberhang) der Postbank resultierende Kreditsatzgeschäft wurde u. a. in strukturierte Produkte investiert. Der Fokus liegt auf einer auf die einzelnen Investments ausgerichteten Strategie zur Risikominderung. Daneben übernimmt der Bereich Credit Treasury die Diversifizierung von Kreditrisiken durch Übertragung von Risiken an den Kapitalmarkt. Ferner entwickelt, strukturiert und vermarktet er Verbriefungstransaktionen für eigene Rechnung und für Rechnung Dritter als integralen Bestandteil des Kapital-, Risiko- und Portfoliomanagements.

I Kapitalmärkte – einheitlicher Marktauftritt steigert Ergebnis

Der Bereich Kapitalmärkte umfasst im Wesentlichen die Segmente Aktien, Foreign Exchange (Devisen), Zinsen und den Kommissionshandel. Im Zuge einer Neuordnung des Bereichs im Jahr 2008 wurden alle Handelsaktivitäten gebündelt, und insbesondere im Segment Zinsen wurde ein einheitlicher Marktauftritt der Postbank entlang der ganzen Zinskurve erreicht. In den Segmenten Aktien und Foreign Exchange (Devisen) konnte über eine einheitliche

Leitung das Kundengeschäft weiter ausgebaut und die Akzeptanz der Postbank als Direkthandelspartner kontinuierlich gesteigert werden.

| Luxemburg – erfreuliche Entwicklung trotz Finanzmarktkrise

Die im Segment Financial Markets konsolidierte Deutsche Postbank Int. S.A. (PBI) hat im Berichtsjahr im operativen Geschäft, insbesondere im Segment Privatkunden, einen weiteren Schritt nach vorn gemacht. So wurden z. B. durch die eigene Kapitalanlagegesellschaft Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. (PBVM) erfolgreiche Garantie- und PB-Vermögensmanagement-Plus-Fonds aufgelegt. Im Segment Firmenkunden konnte die PBI einen guten Geschäftsverlauf verzeichnen, und auch der Bereich des Zins- und Währungsmanagements steuerte ein überaus positives Ergebnis bei. Weitere Details können dem Geschäftsbericht der PBI entnommen werden, der im Internet auf der Konzern-Homepage www.postbank.de/ir elektronisch zur Verfügung steht.



Financial Markets¹

Segmentergebnis	2008 Mio €	2007 Mio €
Gesamterträge	103	270
Verwaltungsaufwand	-92	-83
Ergebnis vor Steuern	-14	190
Cost Income Ratio	89,3 %	30,7 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	-2,2 %	37,2 %



146

¹ siehe Note 40

| Asset Management – Innovation im schwierigen Gesamtmarktumfeld

Auch der Konzernbereich Asset Management war im Berichtsjahr von den weltweit negativen Tendenzen im Fondsgeschäft betroffen. Sowohl die Vermögensverwaltung für institutionelle Anleger in Form von Spezial-Sondervermögen als auch unsere Publikumsfonds für private Anleger verzeichneten 2008 Mittelabflüsse. Bedingt durch die Umstrukturierung der institutionellen Sondervermögen und erhebliche Umschichtungen unserer Privatkunden, fiel das bei der Postbank Privat Investment unter Verwaltung stehende Fondsvermögen von 11,8 Mrd € im Vorjahr auf rund 1,8 Mrd €. Geringeren Mittelzuflüssen standen hier sehr hohe Anteilscheinrückgaben gegenüber, insbesondere in Geldmarktfonds, defensiven Dachfonds sowie Wertsicherungsfonds. Seit Juli 2008 bietet die Postbank institutionellen Anlegern auch die Möglichkeit, ihre Mittel in der neu gegründeten PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen anzulegen. Im Berichtsjahr konnte die Postbank in Zusammenarbeit mit der PBI vier neue Garantiefonds in Form von Publikums-Sondervermögen auflegen. Mit diesen neuen Fonds werden zukunftsweisende Themen wie die des Klimaschutzes aufgenommen. Unverändert erfreulich entwickelte sich der im Geschäftsjahr 2007 aufgelegte Umbrella-Fonds Postbank Vermögensmanagement Plus mit den drei Sondervermögen Ertrag, Wachstum und Chance.

| Ausblick

Die Hauptaufgabe des Ressorts Financial Markets wird auch künftig in einer effektiven Risikosteuerung für die gesamte Postbank Gruppe liegen. 2009 wird ein Meilenstein in der Konsolidierung der Geld- und Kapitalmärkte werden. Daher wird das Augenmerk auf der weiteren Optimierung der Portfoliostrukturierung (Asset Allocation) als einem wichtigen Bestandteil des Risikomanagements und auf dem aktiven Management der Marktpreis- und Spread-Risiken liegen. Zudem wird Financial Markets weiterhin Innovationsmotor für die Produktentwicklung der Kundenbereiche sein.



Service ist 24 Stunden erreichbar zu sein.



Gibt es etwas Besseres, als sich mit seinen Wünschen rundum gut aufgehoben zu fühlen? Wir denken kaum. Deshalb sind wir 24 Stunden täglich für unsere Kunden da. Tagsüber in unseren 856 Filialen, bis in die Abendstunden bei Ihnen zu Hause, vertreten durch unsere mobilen Berater – und rund um die Uhr nicht nur per Internet, sondern auch persönlich am Telefon. Wer Bankberatung sucht, findet bei uns ein offenes Ohr. Jederzeit.

Bericht des Aufsichtsrats



Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat den Vorstand regelmäßig beraten, überwacht und war in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2008 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance, der strategischen Maßnahmen sowie über wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben informiert. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden dem Aufsichtsrat unter Angabe von Gründen erläutert. Alle zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens wurden eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, hat der Aufsichtsrat nach gründlicher Prüfung und Beratung sein Votum abgegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert und stand in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

I Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2008 wurde der Aufsichtsrat in fünf Sitzungen und durch die regelmäßige Zuleitung von Unterlagen über die aktuelle wirtschaftliche und strategische Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung, die Compliance, das aktive Risikomanagement sowie über neue Produkte unterrichtet. Gegenstand sämtlicher Sitzungen im Berichtszeitraum war die Finanzmarktkrise. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig und detailliert über kritische Engagements der Deutschen Postbank AG, die möglichen Auswirkungen auf die Bank und ergriffene Maßnahmen. Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat intensiv hinterfragt und diskutiert. Mit Ausnahme von Herrn Dr. Axel Nawrath haben sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats an mehr als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen, die im Geschäftsjahr auf die Dauer ihrer Amtszeit entfielen, teilgenommen. Herr Dr. Nawrath konnte an der in den kurzen Zeitraum seiner Bestellung fallenden Aufsichtsratssitzung aufgrund von Verpflichtungen aus seiner Tätigkeit für das Bundesministerium für Finanzen nicht teilnehmen.

Nachdem Herr Dr. Klaus Zumwinkel sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Postbank AG zum 19. Februar 2008 niedergelegt hatte, konstituierte sich der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG in der Bilanzsitzung am 3. März 2008 neu und wählte Herrn Dr. Frank Appel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Die aufgrund des Ausscheidens von Herrn Dr. Klaus Zumwinkel erforderliche Neubesetzung der Aufsichtsratsausschüsse wurde ebenfalls durch das Aufsichtsratsplenum beschlossen. Außerdem hat der Aufsichtsrat in dieser Sitzung nach umfassender eigener Beratung und vorhergehender Erörterung und Empfehlung durch den Prüfungsausschuss den Jahres- und den Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG gebilligt. Weitere Themen der Beratung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat waren Vorstandsangelegenheiten, der gemeinsame Bericht zur Corporate Governance, die Tagesordnung mit den Beschlussvorschlägen für die Hauptversammlung 2008, die Personal- und Revisionsberichte und eine Änderung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.

In der zweiten Aufsichtsratssitzung im Anschluss an die Hauptversammlung am 8. Mai 2008 bestätigte der Aufsichtsrat zunächst Herrn Dr. Appel, der entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex von der Hauptversammlung zum Mitglied des Aufsichtsrats nachgewählt worden war, in der Position des Aufsichtsratsvorsitzenden und beschloss die Neubesetzung der Aufsichtsratsausschüsse. Weiterer Schwerpunkt der Sitzung war das Thema Weiterentwicklung des Transaction Banking im europäischen Zahlungsverkehr (SEPA). Auf Grundlage der in der Sitzung erhaltenen umfassenden Informationen erteilte der Aufsichtsrat im Juli 2008 seine Zustimmung zu der Verlagerung des Postbank Zahlungsverkehrs auf die BCB AG.

Gegenstände der Beratung und Beschlussfassung in der dritten Aufsichtsratsitzung des Jahres am 26. September 2008 waren neben Standardthemen insbesondere die aktuellen Entwicklungen der Finanzmarktkrise. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über die Auswirkungen der Krise für das Geschäftsmodell und das Ergebnis der Gesellschaft. Darüber hinaus erläuterte der Aufsichtsratsvorsitzende dem Gremium den Anteilsverkauf der Deutschen Post AG an die Deutsche Bank AG.

In der außerordentlichen Sitzung am 27. Oktober 2008 hat der Aufsichtsrat – basierend auf dem Vorstandsbeschluss desselben Tages – der Erhöhung des Grundkapitals der Deutschen Postbank AG durch die Ausgabe neuer Aktien zugestimmt, nachdem die Notwendigkeit der Kapitalerhöhung dem Aufsichtsrat vom Vorstand der Deutschen Postbank AG detailliert erläutert und innerhalb des Plenums intensiv beraten und diskutiert worden war. Der Aufsichtsrat hat intensiv die Notwendigkeit und die Alternativen der Kapitalbeschaffung unter besonderer Berücksichtigung der Aktionärsinteressen hinterfragt und Einzelheiten der Emission diskutiert. In diesem Abwägungsprozess hat der Aufsichtsrat vor dem Hintergrund des Verlaufs der Finanzmarktkrise und zum Wohle der Gesellschaft die Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung für gegeben erachtet und einstimmig seine Zustimmung erteilt.

In der letzten Sitzung des Geschäftsjahres am 28. November 2008 beschäftigte sich der Aufsichtsrat insbesondere mit der Geschäfts- und Mittelfristplanung sowie mit der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Deutschen Postbank AG. Weitere Themen der Sitzung waren die Beratungen zu Änderungen des Corporate Governance Kodex und Vorstandsangelegenheiten. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand die neue Strategie erläutern lassen sowie eingehend und umfassend – insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise – über Maßnahmen und zukünftige Aufgaben in der Geschäftspolitik diskutiert. Der Aufsichtsrat hat sich für eine konsequente Konzentration auf das Kundengeschäft ausgesprochen. Schließlich hat der Aufsichtsrat in dieser Sitzung eine Neuordnung der Ressorts der Deutschen Postbank AG beschlossen, nach der das vormals eigenständige Ressort Mobiler Vertrieb in das Ressort Retail und das Ressort Services in das Ressort IT/Operations eingegliedert wurden.

Beratungs- und Beschluss Themen der Bilanzsitzung am 3. März 2009 waren u. a. der Jahres- und der Konzernabschluss 2008, die Tagesordnungspunkte für die Hauptversammlung am 22. April 2009, der Corporate Governance Bericht und Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten. Weiterhin waren Gegenstände der Tagesordnung die Risikoberichterstattung und die Jahresberichte von Revision und Compliance.

| Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat zur Intensivierung seiner Arbeit sechs Ausschüsse gebildet. Deren Aufgabe ist zum einen die Vorbereitung der Beschlussfassung im Aufsichtsrat durch Erteilung von Beschlussempfehlungen. Zum anderen sind ihnen bestimmte in die Kompetenz des jeweiligen Ausschusses fallende Entscheidungsbefugnisse – soweit gesetzlich zulässig – vom Aufsichtsrat übertragen worden. Der jeweilige Ausschussvorsitzende berichtete über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig an das Aufsichtsratsplenium.

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner Ausschüsse zum 31. Dezember 2008:

Aufsichtsrat			
Dr. Frank Appel (Vors.)	Rolf Bauermeister	Dr. Peter Hoch	Elmo von Schorlemer
Michael Sommer (stv. Vors.)	Wilfried Boysen	Elmar Kallfelz	Torsten Schulte
John Allan	Henry Cordes	Prof. Dr. Ralf Krüger	Eric Stadler
Wilfried Anhäuser	Prof. Dr. Edgar Ernst	Dr. Hans-Dieter Petram	Gerd Tausendfreund
Marietta Auer	Annette Harms	Dr. Bernd Pfaffenbach	Renate Treis
Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)		Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Dr. Frank Appel (Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger	Michael Sommer (Vors.)	Dr. Hans-Dieter Petram
Michael Sommer (stv. Vors.)	Torsten Schulte	Dr. Frank Appel (stv. Vors.)	Torsten Schulte
Kreditausschuss (§ 11 GO AR)		Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Prof. Dr. Ralf Krüger (Vors.)	Dr. Peter Hoch	Dr. Frank Appel (Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Elmar Kallfelz		
Marietta Auer	Renate Treis		
Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)		Vermittlungsausschuss (§ 15 GO AR)	
Dr. Peter Hoch (Vors.)	Wilfried Anhäuser	Dr. Frank Appel (Vors.)	Elmar Kallfelz
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Gerd Tausendfreund	Michael Sommer (stv. Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands, der Abschluss, die Änderung und die Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands, die Gewährung von Organkrediten an Vorstandmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats sowie besondere Themen von übergelagerter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss hat im letzten Jahr vier Mal getagt. Gegenstand der Beratungen waren insbesondere die Diskussion und die Vorbereitung von Vorstandsbestellungen und Mandatsniederlegungen, die Prolongation von Organkrediten und die Prüfung der Effizienz der Aufsichtsrats-tätigkeit. Die bislang in die Zuständigkeit des Präsidialausschusses fallende Beschlusskompetenz in Fragen der Vorstandsvergütung wurde entsprechend der neuen Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex auf das Aufsichtsrats-plenum übertragen. Die Anpassung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats hat das Plenum in seiner Sitzung am 28. November 2008 einstimmig beschlossen.

Der Kreditausschuss ist zuständig für Kreditentscheidungen, grundsätzliche Fragen der Kreditgewährung, die Gewährung von Organkrediten, soweit nicht der Präsidialausschuss zuständig ist, und spezielle Investitions-entscheidungen. In sechs Sitzungen hat er auftragsgemäß über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen beraten. Darüber hinaus hat der Kreditausschuss Berichte über das Kreditrisiko entgegengenommen und regelmäßig die Kreditrisikostrategie erörtert. Schwerpunkt der Kreditausschussarbeit im Berichtszeitraum waren die Beratungen im Zuge der Finanzmarktkrise. Der Vorstand hat den Kreditausschuss in sämtlichen Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend über die Entwicklungen und Auswirkungen der Krise auf die Deutsche Postbank AG informiert.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen des Personalwesens der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2008 hat der Ausschuss ein Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in der Personalausschusssitzung waren die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns, die Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG sowie geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum fünf Mal. Gegenstand der Beratungen waren – unter Beteiligung des Wirtschaftsprüfers – die intensive Begleitung der Jahresabschlussprüfung sowie die Erörterung der Rechnungslegung und der Risikoüberwachung. Ferner hat sich der Prüfungsausschuss ausführlich mit dem Risikocontrolling der Deutschen Postbank AG beschäftigt und sich über die Prüfungsergebnisse der Internen Revision berichten lassen. Im Einklang mit der neuen Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Prüfungsausschuss bereits den Halbjahresabschluss 2008 und den Zwischenbericht zum 30. September 2008 vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert.

Der im November 2007 aufgrund der neu in den Corporate Governance Kodex eingefügten Ziffer 5.3.3 gebildete Nominierungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Sitzung abgehalten.

Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum nicht zusammengetreten.

| Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2008 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Sie hat auch den vom Vorstand nach § 312 Aktiengesetz aufgestellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen („Abhängigkeitsbericht“) geprüft. Über das Ergebnis dieser Prüfung hat der Abschlussprüfer berichtet und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind.“

Ferner hat der Abschlussprüfer gemäß § 317 Abs. 4 HGB eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 Aktiengesetz einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zur Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns, der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden vom Aufsichtsrat geprüft.

Die Beratungen fanden in Gegenwart der Abschlussprüfer statt. Diese haben über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratssitzung berichtet und Fragen beantwortet. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat in der Aufsichtsratssitzung über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss berichtet.

Der Aufsichtsrat hat das Ergebnis der Abschlussprüfung und der Prüfung des Abhängigkeitsberichts zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss. Er billigt den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss; der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts.

I Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Folgende Änderungen haben sich im Vorstand der Deutschen Postbank AG im Geschäftsjahr 2008 ergeben:

Herr Loukas Rizos hat sein Mandat als Vorstand des Ressorts Financial Markets zum 30. Juni 2008 niedergelegt. Als Nachfolger hat der Aufsichtsrat zum 1. Juli 2008 Herrn Horst Küpker zum Mitglied des Vorstands bestellt.

Zum 30. November 2008 sind Herr Guido Lohmann als Vorstand des Ressorts Mobiler Vertrieb und Herr Dr. Mario Daberkow als Vorstand des Ressorts Services aus dem Vorstand der Deutschen Postbank AG ausgeschieden. Am 15. Dezember 2008 wurde Herr Dr. Daberkow zum Generalbevollmächtigten der Deutschen Postbank AG ernannt.

Die Bestellung von Herrn Marc Heß, bisheriger Generalbevollmächtigter des Ressorts Finanzen und CFO, zum Vorstand des Ressorts Finanzen ist am 1. Januar 2009 wirksam geworden.

Herr Dr. Klaus Schlede ist zum 8. Mai 2008 aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG ausgeschieden. Als Nachfolger hat die Hauptversammlung am 8. Mai 2008 Herrn John Allan zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Herr Jörg Asmussen hat zur Vermeidung von Interessenkonflikten einhergehend mit seiner neuen Position als Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen sein Mandat im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG am 27. Mai 2008 niedergelegt. Herr Dr. Axel Nawrath wurde am 27. Juni 2008 gerichtlich zu seinem Nachfolger bestellt.

Vor dem Hintergrund seiner Berufung in den Lenkungsausschuss gemäß Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz hat Herr Dr. Nawrath sein Aufsichtsratsmandat am 24. Oktober 2008 mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Das Amtsgericht Bonn hat mit Gerichtsbeschluss vom 19. November 2008 Herrn Henry Cordes als Nachfolger zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

I Corporate Governance

Von Bedeutung für den Aufsichtsrat waren auch die Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Vorstand und Aufsichtsrat haben bereits im Jahr 2003 entschieden, allen Empfehlungen des Corporate Governance Kodex zu folgen. Auch ist beabsichtigt, künftig alle Empfehlungen des Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 umzusetzen. Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG wurde vom Vorstand und vom Aufsichtsrat zuletzt am 28. November 2008 abgegeben und danach den Aktionären auf der Internetseite des Unternehmens dauerhaft zugänglich gemacht. Weitere Einzelheiten zum Thema Corporate Governance, einschließlich des Wortlauts der Erklärung, werden im Corporate Governance Bericht (siehe S. 46) dargestellt.

46

Als Vorstandsmitglied der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG hat Herr Dr. Klein im Zuge des Sondierungsprozesses zur Zukunft der Deutschen Postbank AG sein Mandat in der Deutschen Post AG am 25. Juni 2008 ruhend gestellt und am 10. November 2008 niedergelegt. Höchstvorsorglich haben die Herren Dr. Daberkow und Stemmer ebenfalls ihre Aufgaben in der Deutschen Post AG ruhend gestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 3. März 2009

Der Aufsichtsrat



Dr. Frank Appel
Vorsitzender

Corporate Governance

I Leitgedanke

Die Deutsche Postbank AG versteht gute Corporate Governance als verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen.

Dabei umfasst Corporate Governance das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, insbesondere die effiziente Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, die Transparenz des Unternehmensgeschehens und die Achtung der Aktionärsinteressen. In diesem Rahmen wird die Corporate Governance mindestens ein Mal jährlich von Vorstand und Aufsichtsrat erörtert. Eine gute Corporate Governance fördert das Vertrauen aller Beteiligten und Interessierten, aller Anleger, Kunden und Mitarbeiter in das Unternehmen.

Es geht nicht lediglich um die Einhaltung oder Befolgung von Normen, sondern um gelebte Unternehmenskultur. Aus diesem Grund entspricht die Deutsche Postbank AG allen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

I Hauptversammlung und Aktionäre

Die Aktionäre üben ihre Rechte in der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Ebenso wird die Hauptversammlung bis zur Generaldebatte im Internet übertragen. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Die Stimmrechtsvertreter sind während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Am 8. Mai 2008 hat die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG der elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre zugestimmt.

I Führungs- und Kontrollstruktur

Die Deutsche Postbank AG ist nach dem dualen Führungsprinzip aufgebaut, das dem Vorstand Führungsaufgaben und dem Aufsichtsrat Überwachungs- und Beratungsaufgaben zuweist. Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in intensivem Dialog aus. Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstandsvorsitzende stehen in regelmäßigem Kontakt.

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Unternehmensleitung. Der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Arbeit der Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG besteht gegenwärtig aus acht Mitgliedern, die die Geschäfte der Gesellschaft gesamtverantwortlich nach einheitlichen Zielsetzungen, Plänen und Richtlinien führen. Die Deutsche Postbank AG ist in Ressorts gegliedert, in denen die Vorstände eigenverantwortlich, aber stets dem Gesamtwohl der Gesellschaft entsprechend, handeln. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation und stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab.

Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Beschlussmehrheiten, die dem Gesamtvorstand vorbehaltenen Angelegenheiten und die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen sind, unmittelbar eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er besteht aus 20 fachlich erfahrenen Mitgliedern. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des AktG von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur nächsten Wahl ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Von diesen zehn Aufsichtsratsmitgliedern müssen sieben Arbeitnehmer der Gesellschaft sein, darunter ein leitender Angestellter. Die weiteren Aufsichtsratsmitglieder müssen Vertreter von im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften sein. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sechs Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind der Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Kredit- und Vermittlungsausschuss sowie der 2007 eingerichtete Nominierungsausschuss. Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe S. 40).



Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs- und Beratungspflichten nachkommt. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte. Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Transparenz

Die Deutsche Postbank AG ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen und zu bekräftigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Quartalsberichte und kommuniziert über Presse- bzw. Investor-Relations-Meldungen und -Konferenzen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG, Unternehmensberichte oder die unternehmenseigene Webseite (www.postbank.de). Dort sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und müssen Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Aufsichtsrat offen legen. Im Falle wesentlicher Interessenkonflikte ist eine vorzeitige Beendigung des Mandats vorgesehen. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung. Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats.



Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf S. 165 ff., Note (58).

I Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) binnen 90 Tagen erstellt. Zwischenberichte werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert worden sind, veröffentlicht.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2008 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf S. 170, Note 59.



Compliance

Die Postbank ist um eine kontinuierliche Weiterentwicklung interner Compliance bemüht. Schwerpunkt des Compliance-Programms der Bank ist dabei insbesondere die Einhaltung der wertpapier- und kapitalmarktrechtlichen Verhaltensvorschriften. Im Interesse ihrer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter hat die Deutsche Postbank AG eine Compliance-Organisation geschaffen, die den Vorstand dabei unterstützt, für die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen. Das Compliance-Office hat ein umfassendes Regelwerk erlassen, welches den Organmitgliedern und den Mitarbeitern die gesetzlichen Vorschriften zu Mitarbeitergeschäften und zum Insider-Recht erläutert und einen rechtlichen Rahmen vorgibt, in welchem Anlagegeschäfte getätigt werden dürfen. Um das Bewusstsein für Compliance-Risiken zu schärfen und Grundkenntnisse der Compliance-Vorschriften zu vermitteln, werden die Mitarbeiter durch Präsenzs Schulungen oder Lern-Clips geschult.

Über alle wesentlichen Sachverhalte wird der Vorstand regelmäßig informiert. Ebenso berichten der Vorstand und die Compliance-Beauftragte regelmäßig an den Aufsichtsrat und insbesondere an den Prüfungsausschuss, mindestens aber ein Mal im Jahr.

Risikomanagement

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Deutschen Postbank AG im Umgang mit Risiken wider. Die Deutsche Postbank AG hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem institutionalisiert, um die Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Zudem ist dieses System darauf ausgerichtet, die relevanten Daten zur Risikosituation der Deutschen Postbank AG zeitnah generieren zu können. Das Risikomanagement findet, um dessen Effizienz zu erhöhen, auf drei verschiedenen Ebenen statt: Vorstand, Risikokomitee und in den jeweiligen operativen Einheiten zur Risikosteuerung. Gemäß den Vorgaben der MaRisk werden die relevanten Berichte und die Strategien zu unterschiedlichen Risikoarten im Aufsichtsrat vorgestellt und beraten. Gesteuert werden sowohl Einzel- als auch Portfoliorisiken. Dabei stellt die Deutsche Postbank AG die Risiken dem erwarteten Ertrag aus der Geschäftstätigkeit gegenüber, um beurteilen zu können, ob diese unter Berücksichtigung ihrer geschäftspolitischen Ziele in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision geprüft. Zudem hat die Deutsche Postbank AG im November 2008 die Position des Chief Risk Officers (CRO) installiert, um die integrierte Steuerung aller Bankrisiken weiter voranzutreiben.

75

Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf S. 75 ff. entnehmen.

I Vergütungsbericht 2008

Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, den Vorgaben des Deutschen Rechnungslegungs Standards DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe der Vergütung und die Struktur der Vergütungssysteme.

Die Darstellung erfolgt in individualisierter und allgemein verständlicher Form sowie getrennt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten.

Darüber hinaus werden monetäre Vergütungsanteile der Vorstandsvergütung für Nebentätigkeiten, für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit oder in Form von Versorgungszusagen aufgezeigt. Angaben zum Aktienbesitz, zur Kreditvergabe, zu den Offenlegungspflichten gemäß Wertpapierhandelsgesetz und zu den D&O-Versicherungen runden die Darstellung ab.

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente. Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt) und Nebenleistungen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu 50 % aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG zusammen und sind in dieser Komponente abhängig von Ergebniskennzahlen des Unternehmens (Unternehmenserfolgsbonus). Die übrigen 50 % beziehen sich auf individuelle quantitative und/oder qualitative Ziele der jeweiligen Vorstände (Individualerfolgsbonus). Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt. Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus (besondere Erfolgstantieme) beschließen.

Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestandteils zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestandteils übersteigen kann.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 16.174,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen 4.309,3 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.469,8 T€) und 11.865,0 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (im Vorjahr 6.059,2 T€).

Die erfolgsabhängige Komponente enthält die Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€; die Zusage wurde im Mai 2008 ausgesprochen. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten. Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands.

Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wird nicht gezahlt.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 175,3 T€ (im Vorjahr 189,8 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Vorstandsvergütung 2008	Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsabhängige Vergütung		Gesamtsumme Vergütung ¹ T€
	Fixum	Nebenleistungen	Jahresbonus	Sonderbonus	
	T€	T€	T€	T€	
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender)	875,0	28,4	0	2.400,0	3.303,4
Dirk Berensmann	500,0	24,6	0	1.300,0	1.824,6
Dr. Mario Daberkow (Mitglied bis 30.11.2008)	241,7	15,2	0	900,0	1.156,9
Stefan Jütte	538,1	14,7	0	1.465,0	2.017,8
Horst Küpker (Mitglied seit 01.07.2008)	250,0	11,2	0	1.300,0	1.561,2
Guido Lohmann (Mitglied bis 30.11.2008)	229,2	19,1	0	900,0	1.148,3
Dr. Michael Meyer	350,0	16,8	0	1.300,0	1.666,8
Loukas Rizos (Mitglied bis 30.06.2008)	300,0	9,9	0	100,0	409,9
Hans-Peter Schmid	400,0	18,5	0	900,0	1.318,5
Ralf Stemmer	450,0	16,9	0	1.300,0	1.766,9
Gesamt	4.134,0	175,3	0	11.865,0	16.174,3

¹ Enthält Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten. Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands. Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wird nicht gezahlt.

Vorstandsvergütung 2007	Erfolgs- unabhängige Vergütung		Erfolgs- abhängige Vergütung	Gesamt- summe Vergütung
	Fixum	Neben- leistungen		
	€	€	€	€
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender ab 01.07.2007)	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzender bis 30.06.2007)	555,0	14,6	825,0	1.394,6
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Henning R. Engmann (Mitglied bis 31.03.2007)	125,0	7,8	200,0	332,8
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann (Mitglied seit 01.07.2007)	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer (Mitglied seit 01.07.2007)	175,0	6,9	219,9	401,8
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	4.280,0	189,8	6.059,2	10.529,0

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähiges Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bildet das Vorstandsmitglied Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60 % bereits erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hatte der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann, Dr. Meyer und Küpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6 %. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Meyer und Küpker haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2008 %	Maximalversorgungsgrad (in %) %	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender)	60,00	60,00	180.264
Dirk Berensmann	58,00	60,00	162.226
Stefan Jütte	29,39	50,00	218.926
Hans-Peter Schmid	0	60,00	234.188
Ralf Stemmer	0	60,00	54.085

In den Fällen der Herren Schmid und Stemmer ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2008 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen der Versorgung, die vor Aufnahme der Vorstandstätigkeit zugesagt wurde.

	Beitragssumme für 2008 €	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2008 €	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Horst Küpker (Mitglied seit 01.07.2008)	184.597	190.135	90.027
Dr. Michael Meyer	87.500	337.755	70.729

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 16,42 Mio € (im Vorjahr 4,95 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 43,30 Mio €.

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2010 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2007 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2011 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Die auf Aufsichtsratsvergütung und Auslagen anfallende Umsatzsteuer wird erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für das Geschäftsjahr 2008 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 526 T€ (im Vorjahr 996 T€). Ergebnisbezogen erhält der Aufsichtsrat lediglich die fixe Vergütung.

Dem Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2008 für seine Tätigkeit Auslagererstattungen in Höhe von 17,5 T€ erstattet.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

	Fixe Vergütung	Variable Vergütung (jährlich)	Variable Vergütung (langfristig)	Sitzungs-geld	Summe	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung*
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	45,5	–	–	2,5	48,0	45,5
Michael Sommer	45,0	–	–	1,8	46,8	45,0
John Allan	9,8	–	–	0,5	10,3	9,8
Wilfried Anhäuser	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Jörg Asmussen	6,1	–	–	0,3	6,4	6,1
Marietta Auer	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Rolf Bauermeister	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Wilfried Boysen	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Henry Cordes	1,8	–	–	0,3	2,1	1,8
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	–	3,5	33,5	30,0
Annette Harms	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	–	–	3,5	41,0	37,5
Elmar Kallfelz	25,1	–	–	3,0	28,1	25,1
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	–	–	3,5	41,0	37,5
Dr. Axel Nawrath	4,9	–	–	0,0	4,9	4,9
Dr. Hans-Dieter Petram	19,9	–	–	1,3	21,2	19,9
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Klaus Schlede	7,9	–	–	0,8	8,7	7,9
Thorsten Schulte	27,4	–	–	2,0	29,4	27,4
Eric Stadler	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Gerd Tausendfreund	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Renate Treis	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Elmo von Schorlemer	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Klaus Zumwinkel	7,0	–	–	0,0	7,0	7,0
Summe	485,4	–	–	40,8	526,2	485,4

* Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 25 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2008 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 70,4 T€ (im Vorjahr 931 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2008 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden Kredite geführt. Die Kreditvaluta zum Bilanzstichtag beträgt insgesamt 528,38 T€. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgesehen. Die Höhe der Eigenbeteiligung beträgt zwischen ca. 10 % und 40 % des Jahresfestgehalts.

Effizienzprüfung

Die Effizienzprüfung des Aufsichtsrats wird anhand einer Selbstevaluation und ggf. durch zusätzliche Beratungen beauftragter Aufsichtsratsmitglieder durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Aufsichtsrats werden regelmäßig konkrete Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet, um die Effizienz der Arbeit weiter konsequent steigern zu können.

Kodex Neuerungen

Die Gremien der Deutschen Postbank AG haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mehrfach mit den Themen und Regelungen des Corporate Governance Kodex auseinandergesetzt. Den neuen Empfehlungen des Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 trägt die Deutsche Postbank AG umfassend Rechnung. Entsprechend der neuen Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Corporate Governance Kodex wurden bereits der Halbjahresabschluss 2008 und der Zwischenbericht zum 30. September 2008 vor Veröffentlichung durch Prüfungsausschuss und Vorstand erörtert. Fragen der Vorstandsvergütung werden nunmehr durch den Gesamtaufsichtsrat beschlossen. Der Präsidialausschuss gibt insoweit Beschlussempfehlungen ab. Schließlich haben Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG beschlossen, in Zukunft bei Abschluss von Vorstandsverträgen den Empfehlungen zu Abfindungs-Caps zu entsprechen.

Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Deutsche Postbank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 mit folgender Ausnahme:

- I Die Übertragung der Hauptversammlung erfolgt im Internet für die Ausführungen des Versammlungsleiters, den Bericht des Aufsichtsrats und die Rede des Vorstandsvorsitzenden. Von der Übertragung der Generaldebatte wird zur Ermöglichung einer unbelasteten Diskussion abgesehen.
- I Der variable Teil der Vorstandsvergütung enthält keine Komponente mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter, ist aber zu 50 % vom Unternehmenserfolg abhängig.

Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben am 28. November 2008 folgende gemeinsame Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben:

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG erklären, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 30. November 2007 sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 14. Juni 2007 entsprochen wurde und die Absicht besteht, künftig sämtlichen Empfehlungen des Kodexes in der geltenden Fassung vom 6. Juni 2008 zu entsprechen.

IT/Operations: Neugestaltung der IT-Landschaft erfolgreich abgeschlossen

Die Postbank verfügt über eine hocheffiziente IT-Plattform, die bis zum Jahr 2005 völlig neu implementiert und seitdem ständig weiterentwickelt wurde. 2008 wurde mit der Einführung der SAP Payment Solution auch die Erneuerung der Zahlungsverkehrssysteme erfolgreich abgeschlossen. Nach diesem vorerst letzten großen Schritt zur Neugestaltung unserer IT-Landschaft kann sich die Postbank nun vollständig darauf konzentrieren, ihre hohe Leistungsfähigkeit im Kundengeschäft weiter zu stärken.

I Schwerpunkte 2008

Im Zentrum der IT-Aktivitäten standen 2008 neben der Umsetzung zahlreicher gesetzlicher Neuregelungen beispielsweise die Optimierung unserer Organisationsstruktur, die Weiterentwicklung des Multikanal-Banking sowie die Entwicklung und Einführung neuer Produkte. Im Bereich der Infrastruktur bildeten zwei Themen die Schwerpunkte: Zum einen wurde mit der Verlagerung der Großrechner von Hameln nach Bonn und Frankfurt ein wesentlicher Schritt der Konsolidierung des Rechenzentrums umgesetzt. Zum anderen konnte die BS2000-Mainframe-Technologie zum Jahresende 2008 nach dem erfolgreichen Abschluss der Anwendungserneuerung abgeschaltet werden.

I Organisationsstruktur optimiert

Anfang 2008 wurde die Organisation unserer IT insbesondere in den Infrastrukturbereichen weiter an Best-Practice-Prozessen ausgerichtet. Damit haben wir eine neuerliche Effizienzsteigerung erreicht. Die bisherige plattformorientierte Struktur wurde durch die Bündelung planerischer Aufgaben und eine übergreifende Implementierungskompetenz abgelöst. Im Rahmen des Projektgeschäfts wurden in drei umfangreichen Release-Schritten (gebündelte Produktionseinführungsschritte) insgesamt 102 Projekte und rund 600 kleinere Aufträge realisiert und damit die Effizienz der Anwendungsentwicklung erheblich gesteigert.

I Erfolgreich unterstützte und fertiggestellte Projekte

Für das Produktmarketing und die Vertriebskanäle wurden verschiedene Projekte zur Umsetzung des neuen Stammkundenkonzepts durchgeführt. Zunächst konnte eine neue Kundensegmentierung realisiert werden, die die Zuordnung der Kunden zu den Vertriebskanälen einschließt. Darüber hinaus wurde die Produktpalette weiterentwickelt und optimiert. Hierzu gehören neue Kreditkartenprodukte, Produktvarianten des Postbank Konsumentencredits, Kooperationsprodukte aus dem Versicherungsbereich sowie die Vorbereitungen dafür, dass die BHW Bausparkasse AG pünktlich zur Markteinführung des Vorsorgeprodukts „Riester-Förderung“ den neuen Bauspartarif mit Riester-Förderung anbieten konnte.

Erheblicher Projektaufwand wurde 2008 erforderlich zur Vorbereitung auf die im Rahmen des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 zum 1. Januar 2009 eingeführte Abgeltungsteuer.

Auch im Hinblick auf das Ziel der Postbank, sich als Kernbank für Firmenkunden, speziell für den Mittelstand, weiterzuentwickeln, wurden neue IT-Lösungen entwickelt. Den Schwerpunkt bildete die Unterstützung des Ressorts Kredit mit der Erweiterung der Produktpalette sowie der Einrichtung einer automatischen Referenzzinssteuerung.

Bei dem Projekt „Liquiditätssteuerung“ für den Bereich Financial Markets lag der Fokus auf der Optimierung von Schnittstellen und der Weiterentwicklung des Reportings nach Maßgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Sound Practices). Zudem wurde das Programm zur Implementierung von Basel II (neue Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht) erfolgreich abgeschlossen.

Die Erneuerung der Vertriebserfolgsrechnung (VER) für das Ressort Finanzen beinhaltetete im Jahr 2008, Daten aus den unterschiedlichen Vertriebsansätzen – von betreuten und nicht betreuten Kunden aus den Filialen und dem mobilen Vertrieb – zusammenzuführen und die verschiedenen Vertriebskanäle, also Filialen, Außendienst und Direktkanäle, in ein am Kundenwert orientiertes Steuerungsmodell einzubinden.

Payment Solution und VIPayment sind die im Jahr 2008 abgeschlossenen Projekte im Transaction Banking, die von der IT maßgeblich unterstützt wurden. Sie werden im Kapitel Transaction Banking näher beschrieben.

Qualitätsmanagement weiter verbessert

Seit Beginn des Jahres 2007 orientiert sich die kontinuierliche Verbesserung der Prozessreife in der Anwendungsentwicklung der Postbank Systems an der Capability Maturity Model Integration (CMMI). Das CMMI-Modell wird genutzt, um die Qualität der Prozesse und damit auch der Entwicklungsergebnisse zu steigern und die Entwicklungsrisiken zu reduzieren. Die Postbank Systems hat Anfang des Jahres 2008 erfolgreich die Zertifizierung für den Prozessreifegrad CMMI Level 2 durchgeführt und ist damit der erste IT-Finanzdienstleister in Deutschland, der diese offizielle Zertifizierung erhalten hat.

I Ausblick

Auch im Jahr 2009 werden die Umsetzung regulatorischer Anforderungen und die Stärkung des Risikomanagements bedeutende Teile des Projektportfolios ausmachen. Hierzu gehören die ab dem 1. Januar 2010 für das Jahr 2009 zu erstellende Jahressteuerbescheinigung zur neuen Abgeltungssteuer und weitere Funktionalitäten zur Liquiditätssteuerung.

Im Basel-II-Projekt wird die Anwendung des IRB Advanced Approach – ein auf intern ermittelten Ratings basierender Ansatz der Eigenkapitalunterlegung von Krediten – vorbereitet, und es werden neue gesetzliche Anforderungen umgesetzt.

Von großer Bedeutung wird zudem die Einführung eines internen Modells zur Ermittlung und Eigenkapitalunterlegung von Marktrisiken sein, das eine Verbesserung der Eigenkapitalquote der Postbank zum Ziel hat. Dieses Projekt soll größtenteils im Jahr 2009 abgewickelt und 2010 abgeschlossen werden.

Mitarbeiter: Personalarbeit 2008 trotz widriger Umstände strategisch auf Kurs

Qualitätsorientierte nachhaltige Personalarbeit ist langfristig angelegt, das bedeutet: Heute angestoßene Entwicklungen entfalten ihre volle Wirksamkeit erst in einem mittel- bis langfristigen Zeithorizont. Allerdings veränderten sich die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in kaum einem Geschäftsjahr so schnell und gravierend wie 2008. In diesem wechselvollen Umfeld war und ist es eine besondere Herausforderung für das Personalmanagement, konsequent die gesetzten Ziele, die Mitarbeiterbedürfnisse und den wirtschaftlichen Rahmen in Einklang zu bringen.

I Personalbestand leicht rückläufig

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2008, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 21.127 Mitarbeiter, rund 350 weniger als am 31. Dezember 2007. In der Gesamtzahl enthalten sind etwa 7.300 Beamte, was einem Anteil von ca. 34% entspricht. Etwa ein Viertel unserer Mitarbeiter befindet sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unbeschadet der aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen eingetretenen deutlichen Erhöhung der Beamtenbesoldung, konnte der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr stabil gehalten werden. Dafür sorgten umsichtige tarifpolitische Abschlüsse und eine optimierte Steuerung des Personaleinsatzes.

Trotz der Prozesse im Zusammenhang mit dem Verkauf der Aktienmehrheit an der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Post AG, die das Jahr 2008 prägten, und der daraus resultierenden Unsicherheit verzeichnete die Postbank Gruppe keine größere Fluktuation. Damit konnte sich die Postbank Gruppe auch 2008 weiterhin als attraktiver Arbeitgeber bei ihren Mitarbeitern etablieren. Die Identifikation mit dem Unternehmen zeigte sich auch in den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung, die mit Erfolg erstmals weltweit durchgeführt wurde.

I Tarifpolitische Ziele für 2009 wurden erreicht

Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen für die Deutsche Postbank AG, die Postbank Firmenkunden AG und Teile der BCB AG sowie für die PB Filialvertrieb AG wurden nach intensiven Verhandlungen wirtschaftlich tragfähige Kompromisse gefunden. Es ist gelungen, durch ein Ausbalancieren der Kombination von Einkommenserhöhung und langer Laufzeit einerseits sowie der Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit andererseits für die Postbank vertretbare Ergebnisse und Planungssicherheit zu erreichen.

Zum 1. Juli 2008 wurde der Zahlungsverkehr der Postbank mit ca. 1.400 Mitarbeitern in die BCB AG übergeleitet. Um den reibungslosen Übergang des Zahlungsverkehrs termingerecht sicherzustellen und gleichzeitig die Betriebsfähigkeit zu gewährleisten, wurde für diese Reorganisationsmaßnahme ein umfangreiches Regelwerk aus Interessenausgleich und tariflichen sowie betriebsverfassungsrechtlichen Begleitbestimmungen bereitgestellt.

I Postbank setzt in wirtschaftlichen Krisenzeiten auf interne Qualifizierung

Für die Deutsche Postbank AG ist die Mitarbeiterqualifizierung und damit auch das interne Recruiting von Mitarbeitern durch Qualifizierung von hoher Bedeutung. Als besonders effektiv hat es sich erwiesen, Mitarbeiter durch spezielle Recruiting- und Qualifizierungsprogramme auf Funktionen aufmerksam zu machen, die sie andernfalls nicht in Betracht gezogen hätten. Beispielsweise führt die Deutsche Postbank AG erfolgreich ein modulgestütztes Controller-Programm durch, um den steigenden Bedarf an qualifizierten Controllern zu decken. Dabei haben die Teilnehmer die Möglichkeit, in einer mehrmonatigen Orientierungsphase die Abteilung und die Themen kennenzulernen. Die Orientierungsphase besteht aus Qualifizierungsmodulen und Hospitationsphasen.

Einen weiteren Baustein der Mitarbeiterentwicklung bildet das berufsbegleitende Junior-Management-Programm. Hier erhalten Potenzialträger des Postbank Konzerns in einem mehrjährigen Prozess die Chance, ihre Managementqualitäten weiterzuentwickeln. Die Teilnehmer kommen aus allen Gesellschaften des Konzerns und durchlaufen eine individuell auf sie zugeschnittene modular aufgebaute Fortbildung, die sie befähigen wird, Personalverantwortung zu übernehmen.

Auch das eLearning hat eine stark zunehmende Bedeutung im Bildungsmix des Postbank Konzerns. So musste beispielsweise bis zum Jahresende 2008 der Sachkundenachweis im Rahmen der EU Versicherungsvermittler Richtlinie (EU VVR) für einen Großteil der Beschäftigten erbracht sein. Mittels eines eLearning-Programms ist es gelungen, diesen deutlich vor Ende der Übergangsfrist für 10.600 Mitarbeiter der Postbank Gruppe zu erbringen. Dabei erwies sich dieses Instrument – insbesondere für die Mitarbeiter in den Filialen – als ideal geeignet.

Mitarbeiter

	31.12.2008	31.12.2007
Anzahl Mitarbeiter (auf Vollzeit umgerechnet)	21.127	21.474
Anzahl Teilzeitkräfte	5.422	5.608
Anteil weiblicher Mitarbeiter	58 %	58 %
Anteil männlicher Mitarbeiter	42 %	42 %
Anteil Beamte ca.	34 %	35 %

Im Bereich der Berufsausbildung wird die Postbank ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht. Sie bot im Jahr 2008 bundesweit 354 neue Ausbildungsplätze an, damit waren zum 31. Dezember 2008 842 Nachwuchskräfte im Postbank Konzern beschäftigt. Auch im Jahr 2009 verbleibt das Ausbildungsplatzangebot auf dem Niveau des Berichtsjahres. Die Postbank bildet unternehmensübergreifend im Konzern aus und nutzt dabei die enge Zusammenarbeit mit der Frankfurt School of Finance & Management. Einen großen Teil ihres Personalbedarfs deckt die Postbank durch eigene Nachwuchskräfte ab. So waren wir in der Lage, 90 % aller Auszubildenden, die 2008 ihre Ausbildung beendeten, einen Arbeitsplatz anzubieten.

Als ein innovatives Personalmarketinginstrument hat die Postbank vor fünf Jahren den „Finance Award“ unter dem Motto „Banking der Zukunft“ ins Leben gerufen mit den Zielsetzungen, Forschung und Lehre zu fördern und Talente frühzeitig zu erkennen. Im Jahr 2008 suchte die Postbank Ideen für das Thema „Chancen und Risiken von Hedge-Fonds“, 2009 werden „Lehren aus der Finanzkrise“ gezogen. Die Siegerbeiträge werden jeweils von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in den Jahrbüchern des FAZ-Verlags publiziert und sind damit auch der breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

| Workflow-gestützte Personalprozesse

Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Deutsche Postbank AG sind die Effektivität und die Effizienz von Geschäftsprozessen. Hierzu zählen auch interne Personalprozesse wie die Stellenbesetzung oder die Umsetzung von Mitarbeitern. Die zeit- und bedarfsgerechte Verfügbarkeit von Personal ist eine der wesentlichen Voraussetzungen, um ein durchgängig hohes Qualitätsniveau im Kundengeschäft zu gewährleisten.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, garantiert der Personalbereich für die internen Personalprozesse Bearbeitungszeiten und Qualitätslevel. Erreicht wurde dies durch die konsequente Standardisierung der Personalprozesse und die konzernweite Einführung eines webbasierten Workflows im Jahr 2008. Damit können die Führungskräfte vor Ort ihre personellen Anforderungen definieren, und alle Beteiligten können unternehmensübergreifend – zum Teil auch parallel – ihre jeweiligen Prozessschritte bearbeiten. Die Betreuungsquote verbesserte sich auf 1 zu 105.

| Ausblick

Im Jahr 2009 richten wir unseren Fokus primär darauf, die Personalkosten gegenüber 2008 stabil zu halten. Ziel ist es, den wachsenden Herausforderungen mit dem bestehenden Personal zu begegnen. Mit einem unternehmensübergreifenden Personalsteuerungskonzept balancieren wir das natürliche Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichsten Personalanforderungen der Fachbereiche und dem Gesamtbankziel einer stabilen Personalkostenstruktur aus. So werden beispielsweise die Vertriebs- und Produktionskanäle zulasten der internen Funktionen gestärkt.

Nachhaltigkeit: Engagement im Zeichen von Umwelt- und Klimaschutz

Nachhaltiges Handeln im Geschäftsbetrieb und Verantwortungsbewusstsein gegenüber Aktionären, Kunden, Mitarbeitern wie auch gegenüber Gesellschaft und Umwelt haben sich vor dem Hintergrund der Klimadiskussion und der Finanzkrise zu einem bedeutenden Leitbild auch für Großbanken entwickelt. Die Postbank als größte Privatkundenbank Deutschlands hat sich im Jahr 2006 erstmals öffentlich zum Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ bekannt.



I Transparenz für Vertrauen

Verantwortliches Handeln in der Postbank ist eingebettet in die Konzernwerte und den Verhaltenskodex von Deutsche Post World Net. Auf unserer zentralen Informationsplattform www.postbank.de/nachhaltigkeit legen wir seit dem Jahr 2006 unsere Maßnahmen und Engagements der breiten Öffentlichkeit dar. Unser Nachhaltigkeitsreporting haben wir im vergangenen Jahr noch einmal ausgeweitet – erstmals berichten wir nach den international anerkannten Reporting-Standards „G3“ der Global Reporting Initiative (GRI).

I Etablierung unter den führenden nachhaltigen Banken Europas

Die Postbank pflegt seit mehreren Jahren einen Erfahrungsaustausch rund um die Themen „Verantwortung“ sowie „Umwelt- und Klimaschutz“ – 2008 beispielsweise auf dem DHL International Green Day und beim UNEP FI/VfU Roundtable. Seit 2005 ist die Postbank Mitglied im Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e. V. (VfU), seit 2006 gehört sie zu den Unterzeichnern des internationalen Carbon Disclosure Project (CDP). Im November 2008 trat die Postbank dem „FinanzForum: Klimawandel“, einem Beirat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, bei. Im Januar 2009 hat sich die Postbank dem „Global Compact“ der Vereinten Nationen verpflichtet.

Die kontinuierliche Verbesserung unserer Nachhaltigkeitsratings sowie die Aufnahme in weltweit ausgerichtete Aktienindizes zeigen, dass die Postbank in diesem Bereich zu den führenden Banken Europas aufgeschlossen hat:

Indizes		gelistet seit
FTSE4good Indices Europe & Global		März 2006
Ethical Index Euro		Januar 2007
ASPI Eurozone (Advanced Sustainable Performance Index)		Dezember 2007
ESI Pioneer Global Index (Ethibel Social Index)		April 2008
Anlageuniversum Bank Sarasin (Schweiz)		Oktober 2008
Nachhaltigkeitsratings	Ergebnis	
SAM Research (2007)	über Branchendurchschnitt	
SiRi (2007)	über Branchendurchschnitt	
Scoris DAX-30-Rating (2007)	Platz 18 (bester der im Jahr 2006 erstmals gelisteten DAX-Werte)	
Vigeo (2007)	über Branchendurchschnitt	

I Verantwortung für die Gesellschaft

Soziale Integration

Im Rahmen einer seit 2004 bestehenden Partnerschaft mit der Aktion Mensch fördert die Postbank integrative Projekte in der Kinder- und Jugendhilfe. Durch Spenden aus unserem Produkt „Postbank Gewinn-Sparen“ konnten wir die Aktion Mensch seit 2004 mit einem Betrag von rund 785.000 € unterstützen, im Geschäftsjahr 2008 allein mit 127.000 €. Darüber hinaus fanden im Jahr 2008 zum fünften Mal zehn Fußballturniere „Cool down, kick off – Straßenfußball für Toleranz“ statt, bei denen Fairness, Dialogfähigkeit und Zivilcourage im Mittelpunkt stehen. Seit Beginn der Partnerschaft nahmen knapp 3.000 Kinder in bundesweit 50 Städten an den Turnieren teil.

Förderung von Hochschulen und Schulen

Mit dem „Postbank Finance Award“ haben wir im Jahr 2008 zum fünften Mal den mit 70.000 € höchstdotierten finanzwirtschaftlichen Hochschulpreis in Deutschland verliehen (vgl. Kapitel „Mitarbeiter“). Ferner hat die Postbank gemeinsam mit der Technischen Universität Chemnitz erstmals im November 2008 den mit 20.000 € dotierten Preis „wissen.schafft.arbeit“ für den Mittelstand vergeben.

An unseren Standorten in Bonn und Hameln bestehen mehrere Kooperationen mit weiterführenden Schulen; im Jahr 2008 konnten wir zum ersten Mal Schülern unserer Bonner Partnerschule im Rahmen von Schulpraktika Einblicke in die Berufswelt geben.

Postbank erhält Service Innovations-Award

Im März 2007 hatte sich die Postbank den sich aus 1.500 Senioren zusammensetzenden Kundenbeirat 60plus ins Leben gerufen, um dem demografischen Wandel der Gesellschaft zu begegnen und die Wünsche und Bedürfnisse der lebenserfahrenen Kunden besser zu berücksichtigen. Für diese Initiative wurde die Postbank im Berichtsjahr mit dem erstmals vergebenen Service Innovations-Award des Deutschen Instituts für Service-Qualität in der Kategorie „Interaktivität in der Kundenbeziehung“ geehrt.

Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

Im Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz ist die Postbank 2008 große Schritte vorangekommen: Im April haben wir uns dem Klimaschutzprogramm GOGREEN von Deutsche Post World Net verpflichtet. Dementsprechend beabsichtigen wir, die Emissionen von Treibhausgasen (CO₂) bis 2020 um 30 % gegenüber der Menge von 2007 zu reduzieren. Um dies zu erreichen, hat die Postbank ein Competence Center „Nachhaltigkeit & Klimaschutz“ gegründet und eine Umweltleitlinie verabschiedet. Seit Januar 2009 beziehen wir für all unsere Großstandorte Strom, der aus regenerativen Quellen gewonnen wird.

Aufbauend auf einer 2007 durchgeführten Analyse der Daten mehrerer Großstandorte, hat die Postbank im Berichtsjahr die Grundlagen einer Zertifizierung ihres Umweltmanagementsystems nach DIN ISO 14001, einer international anerkannten Umweltnorm, geschaffen. Mit Wirkung zum Jahresbeginn 2009 hat die Postbank einen Beauftragten für Umweltmanagement sowie Umweltbeauftragte in Geschäftsbereichen und an Standorten benannt. Und auch unsere Mitarbeiter setzen sich für den Umweltschutz ein: 2008 reichten sie im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens unter dem Motto „KlimaFit“ mehrere Hundert Ideen ein.

Doch auch mit unseren Produkten leisten wir einen aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz:

- I Der Investmentfonds „PB Dynamik Vision“ zählt zu den großen Nachhaltigkeitsfonds in Deutschland.
- I Im Juni und im Juli 2008 haben wir unseren Kunden den kapitalgarantierten Klimafonds „PB Dynamik Klima Garant“ angeboten, der ein für Klimafonds hervorragendes Einlagevolumen erreichte.
- I Mit den „Öko-Konstant-Darlehen“ bietet BHW seit Juli 2007 Finanzierungslösungen für Maßnahmen an, durch die der Energieverbrauch in Eigenheimen verringert wird. BHW unterstützt damit die Kunden, aktiv zum Klimaschutz beizutragen.
- I In unseren Postbank Finanzcentern bieten wir umweltfreundliche Papierprodukte, Ökostrom-Verträge, klimaneutrale Brief- und Paketdienstleistungen sowie in Aktionszeiten Energiesparlampen an.

Ausblick

Für das Jahr 2009 hat sich die Postbank zum Ziel gesetzt, Konzernwerte und Verhaltenskodizes zu formulieren und dadurch unser Verständnis von verantwortungsbewusstem Handeln zu vertiefen. Ferner beabsichtigt die Postbank, ihr Umweltmanagementsystem nach DIN ISO 14001 zertifizieren zu lassen. Zudem möchten wir das Profil unseres gesellschaftlichen Engagements weiter schärfen und zielgerichtet Schwerpunkte setzen.

Inhalt

Das Geschäftsjahr 2008

Konzernlagebericht		Konzernabschluss		Weitere Informationen	
64	Geschäfts- und Rahmenbedingungen	107	Gewinn- und Verlustrechnung	173	Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
70	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	108	Bilanz	174	Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
72	Segmentberichterstattung	109	Eigenkapitalveränderungsrechnung	175	Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
73	Bilanzentwicklung	110	Kapitalflussrechnung	177	Gremien
74	Nachtragsbericht	112	Erläuterungen – Notes	178	Konzernstruktur
75	Risikobericht	146	Segmentberichterstattung (Note 40)	180	Glossar
102	Prognosebericht	172	Bestätigungsvermerk	186	Adressen

Konzernlagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2008 Weltwirtschaft im Abschwung

Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamte sich 2008 spürbar. Zwar zeigte sich die globale Konjunktur zu Beginn des Jahres noch robust. Im Jahresverlauf griffen jedoch die von den USA ausgehenden Abschwächungstendenzen auf immer mehr Länder und Regionen über. Dabei wirkte sich der zeitweilig extrem hohe Ölpreis vor allem in den Industrieländern stark belastend aus. Die Eskalation der Finanzmarktkrise im September verstärkte den Negativtrend noch. Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2008 nur um 3,4 % nach rund 5 % im Vorjahr.

In den Vereinigten Staaten entwickelte sich die Binnenwirtschaft im gesamten Jahr 2008 sehr schwach. Sie litt unter der anhaltenden Immobilienkrise, dem zeitweise sehr hohen Ölpreis und der Krise an den Finanzmärkten. In der Folge wurden die Bau- und die Ausrüstungsinvestitionen kräftig gedrosselt. Der private Verbrauch kam im ganzen Jahresverlauf kaum über das Niveau der Stagnation hinaus, in der zweiten Jahreshälfte schrumpfte er sogar. Gestützt wurde die US-Konjunktur dagegen vom Außenhandel, wobei die von ihm ausgehenden Impulse im zweiten Halbjahr im Zuge des globalen Wirtschaftsabschwungs spürbar an Kraft verloren. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2008 nur noch um 1,3 %; dies war der geringste Zuwachs seit dem Rezessionsjahr 2001.

Auch Asien konnte sich den weltweiten Tendenzen nicht entziehen. Nach einem positiven Jahresauftakt schwächte sich die wirtschaftliche Dynamik immer mehr ab. In China reduzierte sich das BIP-Wachstum 2008 auf 9,0 %. Hierfür verantwortlich waren deutlich geringere Impulse aus dem Export, wobei immer noch ein Plus von 17,2 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war. Auch Japan wurde aufgrund seiner hohen Exportabhängigkeit besonders stark durch die globale Wirtschaftsentwicklung belastet. Das Auslandsgeschäft verlor an Zugkraft, und die Unternehmen schränkten ihre Investitionen aufgrund der geringeren Absatzerwartungen erheblich ein. Das Land fiel daraufhin in eine kräftige Rezession. Das BIP schrumpfte im Berichtsjahr um 0,4 %.

Nach einem guten Start ins Jahr 2008 begann für die Wirtschaft des Euroraums im zweiten Quartal eine Talfahrt. Der private Verbrauch litt unter dem hohen Ölpreis und der damit verbundenen Beschleunigung der Inflation. Der Export wurde in zunehmendem Maße durch den sehr starken Euro erschwert. In diesem Umfeld führen schließlich auch die Unternehmen ihre Investitionen zurück. Zwar sank der Ölpreis in der zweiten Jahreshälfte massiv, und der Euro wurde kräftig abgewertet; die hieraus erwartbaren positiven Impulse kamen jedoch aufgrund der Eskalation der Finanzmarktkrise nicht zum Tragen. So setzten sich die rezessiven Tendenzen bis zum Jahresende fort und verstärkten sich sogar noch. Die Summe der Belastungen führte dazu, dass das BIP des Euroraums 2008 lediglich um 0,9 % wuchs und damit weit hinter dem Zuwachs des Vorjahres in Höhe von 2,6 % zurückblieb.

Deutsche Wirtschaft in der Rezession

In Deutschland steigerte sich die Wirtschaftsleistung 2008 mit einem Plus von 1,3 % zwar spürbar stärker als im gesamten Euroraum, aber auch hier wurde das Wachstum des Vorjahres von 2,5 % deutlich unterschritten. Zudem war das noch relativ günstige Ergebnis ausschließlich einer sehr dynamischen Entwicklung zu Jahresbeginn zu verdanken. Ab dem Frühjahr fiel auch die deutsche Wirtschaft in eine Rezession. Als Folge der massiven Euro-Aufwertung in der ersten Jahreshälfte und der sich deutlich abschwächenden Weltkonjunktur legten die Exporte 2008 nur noch verhalten zu, sodass der Außenhandel anders als in den Vorjahren keinen nennenswerten Wachstumsbeitrag mehr liefern konnte. Der private Verbrauch wurde durch einen starken Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise belastet und stagnierte im Vorjahresvergleich. Dabei waren durchaus Voraussetzungen gegeben, die zu einer kräftigen Ausweitung des Konsums in Deutschland hätten führen können: Die Zahl der Arbeitslosen sank im Berichtsjahr erstmals seit 1992 zeitweise unter die Marke von 3 Millionen, im Jahresdurchschnitt wurde eine halbe Million Arbeitslose weniger gezählt als im Jahr 2007. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresverlauf von 8,2 % auf 7,6 % zurück.

Ein vergleichsweise erfreuliches Bild boten 2008 noch die Investitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen wuchsen mit 4,1 % fast ebenso stark wie im vorangegangenen Jahr. Auch in den einzelnen Teilbereichen waren ähnliche Entwicklungen zu beobachten wie 2007: Während Ausrüstungsinvestitionen (5,3 %) und Wirtschaftsbau (6,7 %) kräftig zulegten, erreichten die Wohnungsbauinvestitionen lediglich ein mageres Plus von 0,7 %. In allen Bereichen kam es 2008 nach einem durch Sondereffekte bedingten starken Jahresauftakt zu einer massiven Wachstumsverlangsamung. Die Ausrüstungsinvestitionen begannen in der zweiten Jahreshälfte zu sinken, bei den Bauinvestitionen waren im gleichen Zeitraum zumindest noch moderate Zuwächse zu verzeichnen.

Insgesamt verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2008 in Deutschland wie in anderen großen Volkswirtschaften deutlich ungünstiger, als von uns erwartet.

Entwicklung an den Märkten

2008 erfasste die vom US-Hypothekenmarkt ausgehende Krise praktisch sämtliche Finanzmärkte weltweit. Anders als im vorangegangenen Jahr waren Kursverluste dabei nicht mehr nur bei Vermögenswerten zu verzeichnen, die in einem Zusammenhang mit US-Hypotheken stehen. Insbesondere die Insolvenz der US-Bank Lehman Brothers im September 2008 sorgte in erheblichem Maß für eine weitere Verunsicherung der Anleger und förderte das Misstrauen der Finanzmarktteilnehmer untereinander. In der Folge kam es zu einem vollständigen Zusammenbruch der Geldmärkte. Nur durch einen massiven Eingriff der Notenbanken und umfangreiche Hilfspakete der Regierungen konnte verhindert werden, dass dessen Auswirkungen auf Finanzsektor und Realwirtschaft verheerende Formen annahm. Verstärkt wurde der Abwärtstrend an den Märkten durch die wachsende Sorge vor einer globalen Rezession.

Vor allem die Notierungen an den Aktienmärkten standen von Jahresbeginn an unter Druck. Die Finanzmarkturbulenzen, die konjunkturelle Schwäche in den USA und der steigende Ölpreis führten hier bereits in der ersten Jahreshälfte zu spürbaren

Kursverlusten. Nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers Mitte September gewann diese Entwicklung im Herbst beträchtlich an Dynamik. Der DAX büßte im Jahresverlauf 40 % ein, der EURO STOXX 50 erlitt ein Minus von 44 %, der S&P 500 verlor 38,5 %. Unter besonders massivem Druck standen erneut die Kurse von Finanzwerten. Das Übergreifen der US-Hypothekenkrise auf die Finanzmärkte führte bei Banken zu einem weiteren erheblichen Wertberichtigungs- und Abschreibungsbedarf. Aber auch die Aktienkurse von Unternehmen aus anderen Branchen gaben 2008 deutlich nach. Ausgelöst durch den Konjunkturereinbruch, kam es auf breiter Basis zu einer Abwärtskorrektur der Gewinnerwartungen, durch die die Aktienkurse noch stärker unter Druck gerieten. Die veränderten wirtschaftlichen Aussichten machten sich auch bei den Notierungen anderer Wertpapiere bemerkbar. So stiegen die Risikoaufschläge bei einem Teil der Unternehmensanleihen im Verlauf des Jahres 2008 auf neue Höchststände. Auch Anleihen hoher Bonität, inklusive Pfandbriefen, Bank- und Staatsanleihen, waren von dieser Entwicklung betroffen. In diesem Zusammenhang kam der Handel in diesen Papieren nahezu vollständig zum Erliegen. Die Märkte wurden für einen Großteil der Positionen illiquide, was sich in einer signifikanten Ausweitung der Geld-Brief-Spannen und einem deutlichen Rückgang der Volumen widerspiegelte.

Die schwache US-Konjunktur und die Krise an den Finanzmärkten veranlassten die US-Notenbank, ihren Leitzins von anfänglich 4,25 % bis zum April 2008 auf 2 % und bis zum Jahresende sogar auf annähernd 0 % zu senken. Die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen hielt ihren Leitzins aufgrund des starken Preisauftriebs in den ersten sechs Monaten konstant bei 4 % und hob ihn im Juli sogar auf 4,25 % an. Der sich ausweitende Zinsvorsprung des Euroraums trieb den Wert des Euro bis auf rund 1,60 US-\$ und damit zu einem historischen Höchststand. In der zweiten Jahreshälfte folgte dann im Euroraum eine scharfe Kehre in der Geldpolitik. Ermöglicht wurde die Trendwende durch einen unerwartet starken Rückgang der Inflationsrate als Folge sinkender Rohstoffpreise. So fiel die Inflationsrate im Euroraum von 4 % zur Mitte des Berichtsjahres auf 1,6 % am Jahresende, womit sie sich wieder im Einklang mit dem Stabilitätsziel der Notenbank befand. Angesichts eines sich massiv verschlechternden konjunkturellen Umfelds nutzte die EZB den Zinssenkungsspielraum und nahm ihren Leitzins bis Ende Dezember auf 2,5 % zurück. Die Umkehr der Zinspolitik der EZB läutete auch beim Euro die Trendwende ein: Gegenüber dem US-Dollar wertete die Gemeinschaftswährung zeitweise bis auf einen Wert von 1,23 € ab. Zum Jahresende notierte der Euro bei 1,40 US-\$ und damit um 5,2 % unter dem Stand zu Jahresbeginn.

Die zum Jahresanfang noch relativ gute Konjunktur im Euroraum, der erhebliche Anstieg der Inflationsrate und die Aussicht auf Leitzinserhöhungen durch die EZB ließen die Kapitalmarktrenditen in der EWU in der ersten Jahreshälfte zunächst steigen. Als Folge der Eskalation der Finanzmarktkrise, des nachlassenden Preisauftriebs und der kräftigen Leitzinssenkungen durch die EZB gaben die Renditen von Staatsanleihen jedoch schließlich sehr stark nach. Zum Jahresultimo 2008 lag die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen mit knapp 3 % um 1,4 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert und markierte damit ein neues Rekordtief. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen gab im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozentpunkte auf gut 2 % nach.

Die Märkte entwickelten sich im Berichtsjahr anders als von uns erwartet. Bei Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2007 waren wir für das Jahr 2008 von konstanten Leitzinsen und tendenziell steigenden Renditen im Euroraum ausgegangen.

Branchensituation

Die Entwicklung im Finanzsektor wurde 2008 im Wesentlichen durch die globale Finanzmarktkrise geprägt. Weltweit mussten Finanzinstitute seit dem Ausbruch der Krise Mitte 2007 bis zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres Wertberichtigungen in Höhe von 1.048 Mrd € vornehmen. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nahmen die Institute im gleichen Zeitraum 894 Mrd € an frischem Kapital auf. Mit einem Anteil von 75 % an den Abschreibungen tragen Banken und Broker die Hauptlast der Krise. Die übrigen 25 % entfallen auf Versicherer und die inzwischen verstaatlichten US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac. Regional verteilen sich die Belastungen wie folgt: Amerika mit knapp 70 % wird gefolgt von Europa mit etwas weniger als 28 %. Asiatische Institute weisen mit einem Anteil von 3 % bzw. 31 Mrd € bisher die geringsten Wertkorrekturen aus.

Die Kurse der Bankaktien im Jahr 2008 spiegeln die Belastungen aus der Finanzmarktkrise deutlich wider: Sie entwickelten sich seit dem Jahreswechsel 2007/2008 sehr viel schwächer als der Gesamtmarkt. Während der DAX z. B. bis Ende 2008 40 % an Wert verlor, büßten die Aktien der sechs im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten deutschen Banken im gleichen Zeitraum im ungewichteten Mittel fast 80 % an Wert ein. Deutliche Belastungen aus der Krise zeigten schon die 9-Monats-Berichte der börsennotierten Banken. Die fünf im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten privaten Banken (ohne IKB) mussten für den genannten Zeitraum sowohl vor als auch nach Steuern einen deutlichen Gewinnrückgang, teilweise auch einen Verlust ausweisen. Fast alle Institute verzeichneten einen zweistelligen prozentualen Rückgang der Eigenkapitalrendite nach Steuern sowie deutliche Einbrüche bei Provisionsüberschuss und Eigenhandel. Die meisten Banken senkten zwar den Verwaltungsaufwand, konnten aber den Rückgang bei den operativen Einnahmen nicht ausgleichen. Die Aufwand-Ertrags-Relation verschlechterte sich daher im Vorjahresvergleich deutlich. Nach 59,4 % in den ersten neun Monaten 2007 kletterte sie in den ersten neun Monaten 2008 im ungewichteten Mittel auf 77,9 %. Unter dem Druck der sich verschärfenden Finanzmarktkrise fielen die Ergebnisse des dritten Quartals 2008 besonders schwach aus. Mehr als die Hälfte der Institute musste nach Steuern einen Verlust ausweisen. Für das vierte Quartal 2008 revidierten alle Banken ihre Prognosen. Die Mehrheit kalkulierte nun einen weiteren Verlustausweis im Vor- bzw. Nachsteuerergebnis ein. Einzelne Institute räumten sogar einen signifikanten Verlust für das Gesamtjahr 2008 ein.

Die in vielen Ländern nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers initiierten Rettungsmaßnahmen zeigen langsam Wirkung. Insolvenzen systemrelevanter Finanzinstitute konnten in der Folge verhindert werden. In Deutschland sind die Rettungsmaßnahmen der Bundesregierung im „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ – kurz SoFFin – gebündelt. Der Fonds hat ein Volumen von maximal 480 Mrd €, wobei 400 Mrd € zur Garantieübernahme und 70 Mrd € zur Rekapitalisierung und Risikoübernahme bereitstehen. Bei Bedarf können die zur Rekapitalisierung und Risikoübernahme zur Verfügung stehenden Mittel nach Zustimmung des Haushaltsausschusses

des Bundestags um weitere 10 Mrd € aufgestockt werden. Nach Information des Soffin wurden bis Anfang Dezember 150 Anfragen zu Leistungen aus dem Rettungspaket gestellt. Aus diesen resultierten 15 Anträge, von denen bis zum 31. Dezember 2008 vier beschieden worden sind. Insgesamt wurden bis Anfang Dezember Garantien im Gesamtvolumen von 90 Mrd € bewilligt. Zusätzlich wurde einer Bank eine stille Einlage in Höhe von 8,2 Mrd € gewährt.

In der deutschen Bankenlandschaft waren in der Zeit zwischen Mitte Oktober und Ende Dezember 2008 keine weiteren nennenswerten Fusionen oder Übernahmen mehr zu verzeichnen. Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, prägt auch weiterhin den deutschen Bankenmarkt.

Das Kreditgeschäft in Deutschland konnte in den ersten neun Monaten des Berichtsjahres eine leichte Belebung verzeichnen. Das Volumen der Krediten an Unternehmen und Privatkunden stieg im Vergleich zum Jahresultimo 2007 um 66 Mrd € auf 2.355 Mrd €. Dahinter stehen allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Marktsegmenten. Tendenziell positiv entwickelte sich weiterhin das Kreditgeschäft mit Unternehmen. Hier wuchs das Kreditvolumen in den ersten neun Monaten 2008 um 73,6 Mrd € auf 946,7 Mrd €. Bei wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen setzte sich hingegen der Trend des Verschuldungsabbaus fort. Das Forderungsvolumen sank hier allerdings nur noch leicht, nämlich um 4,1 Mrd € auf 382,4 Mrd €. Auch beim Kreditgeschäft mit wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen ergab sich ein leichter Rückgang. Das Forderungsvolumen fiel hier in den ersten drei Quartalen 2008 um 2,9 Mrd € auf 1.012,3 Mrd €. Bei Ratenkrediten war ein Plus von 1,1 Mrd € zu verbuchen. Die Debetsalden auf Girokonten nahmen um 0,7 Mrd € zu. Die Wohnungsbaukredite reduzierten sich dagegen im gleichen Zeitraum um 2,0 Mrd €. Auch das Neugeschäft verlief weniger günstig als im Vorjahr: Im Jahr 2008 lag sein Volumen bei 176,4 Mrd €, verglichen mit 181,8 Mrd € im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In der Kreditvergabe spiegeln sich die zum Teil sehr differenzierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen des zurückliegenden Jahres wider. Zumindest bis zur Jahresmitte erhöhten sich die Investitionen im Wirtschaftsbau und bei Ausrüstungen in Deutschland noch merklich. Dementgegen wurde die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte im ersten Halbjahr durch explodierende Energiepreise gedämpft, was sich in einer verhaltenen Entwicklung des Privatkundengeschäfts niederschlug. Die Zuspitzung der Finanzmarktkrise dürfte sich zusätzlich belastend ausgewirkt haben. Die Nachfrageschwäche bei Wohnungsbaukrediten korrespondiert mit einer schwachen Nachfrage nach Wohnimmobilien. So lagen die Wohnungsbauinvestitionen im dritten Quartal 2008 immer noch leicht unter dem Niveau im Schlussquartal des Jahres 2007.

Anders als in den Vorjahren kam es bei den Insolvenzen von Januar bis Oktober 2008 in allen Schuldnersegmenten zu einer rückläufigen Entwicklung. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verringerte sich gegenüber der des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 5,5 % auf 24.679. Die Verbraucherinsolvenzen verminderten sich kräftig, und zwar um 8,3 % auf 82.106. Bei den sonstigen Insolvenzen ergab sich ein Rückgang um 7,3 %. Per saldo führte dies zu einer Reduzierung der Gesamtzahl der Insolvenzen um 7,6 % auf 130.187. Die Summe der voraussichtlichen Insolvenzschäden fiel im gleichen Zeitraum um 0,7 Mrd € auf 25,2 Mrd €. Bei den Unternehmensinsolvenzen hat sich

mit der rückläufigen Entwicklung der Trend des vergangenen Jahres fortgesetzt. Das Tempo des Rückgangs hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr erwartungsgemäß verringert. Zumindest in der ersten Hälfte 2008 dürfte die Besserungstendenz ihre Begründung noch in einer relativ guten konjunkturellen Lage gefunden haben. Zum ersten Mal seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 ging die Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Vorjahresvergleich zurück; bis Oktober 2008 lag sie um rund 8 % unter dem Vorjahresniveau.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2008

Am 9. Januar 2008 begab die Postbank ihren ersten Jumbo Hypothekendarlehenpfandbrief mit einem Volumen von 1,5 Mrd €. Die Emission verlief – trotz des schwierigen Marktumfelds – ausgesprochen erfolgreich und konnte zu für die Postbank sehr attraktiven Konditionen bei einer breiten Investorengruppe im In- und im Ausland platziert werden. Im Mai 2008 wurde ein weiterer Jumbo Hypothekendarlehenpfandbrief im Umfang von 1 Mrd € emittiert. Mit der Begebung von Pfandbriefen stellen wir unsere starke Refinanzierungsbasis auf eine noch breitere Grundlage. Von dieser Möglichkeit will die Postbank als feste Größe im Covered-Bond-Markt künftig regelmäßig Gebrauch machen.

Am 12. Februar 2008 wurde der Ausschluss der Minderheitsaktionäre der BHW Holding ins Handelsregister eingetragen. Damit sind alle Aktien der Minderheitsaktionäre in das Eigentum der Postbank übergegangen. Ihnen wurde eine Barabfindung in Höhe von 15,11 € je Stückaktie gezahlt. Einige ehemalige Minderheitsaktionäre haben vor dem Landgericht Berlin ein Spruchverfahren mit dem Ziel, die Angemessenheit der Barabfindung zu überprüfen, anhängig gemacht.

Herr Dr. Klaus Zumwinkel legte zum 18. Februar 2008 sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Postbank nieder. Er hatte entscheidenden Anteil daran, dass sich die Postbank zur führenden Retail-Bank in Deutschland entwickelt hat. Während seiner Amtszeit als Aufsichtsratsvorsitzender hat er zusammen mit dem Vorstand der Postbank wichtige Weichenstellungen für das Unternehmen vorgenommen, die ein nachhaltiges Wachstum der Bank auch in Zukunft ermöglichen. Herr Dr. Frank Appel wurde am 19. Februar 2008 gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats der Postbank bestellt und in der Sitzung des Aufsichtsrats vom 3. März 2008 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt und schließlich von der Hauptversammlung am 8. Mai 2008 nachgewählt.

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG fand am 8. Mai 2008 in Köln statt. Alle Tagesordnungspunkte fanden die Zustimmung der Aktionäre und wurden mit einer Mehrheit von jeweils über 92 % verabschiedet. Die – im Vergleich zum Vorjahr in der Höhe unveränderte – Dividende von 1,25 € pro Aktie wurde am darauffolgenden Tag, dem 9. Mai 2008, ausgeschüttet.

Herr Dr. Klaus Schleder ist zum 8. Mai 2008 aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG ausgeschieden. Als Nachfolger hat die Hauptversammlung am 8. Mai 2008 Herrn John Allan zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Herr Jörg Asmussen hat zur Vermeidung von Interessenkonflikten aufgrund seiner neuen Position als Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen sein Mandat im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG am 27. Mai 2008 niedergelegt. Herr Dr. Axel Nawrath wurde am 27. Juni 2008 gerichtlich zu seinem Nachfolger bestellt.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2008 wurde Herr Horst Küpker zum Vorstandsmitglied für den Bereich Financial Markets bestellt. Er folgt in diesem Amt Herrn Loukas Rizos nach, der die Postbank einvernehmlich und auf eigenen Wunsch zum 30. Juni 2008 verließ.

Am 12. September 2008 wurde bekannt gegeben, dass die Deutsche Bank AG von der Deutschen Post AG eine Minderheitsbeteiligung von 29,75% an der Deutschen Postbank AG erwerben wird. Das Closing der Transaktion wird für das erste Quartal 2009 erwartet. Zusätzlich wurden zwischen der Deutschen Bank AG und der Deutschen Post AG Optionsrechte vereinbart, die zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Erhöhung des Anteils der Deutschen Bank ermöglichen.

Im Zuge der Ankündigung der Transaktion wurde von Deutsche Bank AG und Deutsche Postbank AG eine grundsätzliche Kooperation im Kundengeschäft beschlossen. Details hierzu werden voraussichtlich im ersten Quartal 2009 abschließend vereinbart und veröffentlicht.

Vor dem Hintergrund seiner Berufung in den Lenkungsausschuss gemäß Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz hat Herr Dr. Nawrath sein Aufsichtsratsmandat am 24. Oktober 2008 mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Das Amtsgericht Bonn hat mit Gerichtsbeschluss vom 19. November 2008 Herrn Henry Cordes als Nachfolger zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Mit Zustimmung des Aufsichtsrats führte die Postbank eine Kapitalerhöhung durch. Im Wege der Bezugsrechtsemission wurden 54,8 Millionen neue Aktien ausgegeben, verbunden mit einem Bruttoemissionserlös von rund 1 Mrd €. Vom 13. bis zum 26. November 2008 konnte für drei alte Aktien eine neue Aktie zum Bezugspreis von 18,25 € bezogen werden. Auf Basis einer vertraglichen Regelung nahm die Deutsche Post AG insgesamt 99,3% oder 54,4 Millionen neue Aktien aus der Emission auf. Ihr Anteil am Grundkapital der Deutschen Postbank AG betrug nach Abschluss der Kapitalerhöhung rund 62,3%. In diesem Zusammenhang wurde bekannt gegeben, dass der Vorstand zur weiteren Festigung der Kapitalbasis plant, den Aktionären auf der nächsten ordentlichen Hauptversammlung im April 2009 vorzuschlagen, für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende auszuschütten.

Im vierten Quartal 2008 hat der Aufsichtsrat eine Straffung der Führungsstruktur des Konzerns beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde der Vorstand von zehn auf acht Mitglieder verkleinert.

Die Ressorts Produktmarketing und Mobiler Vertrieb sind im neuen Ressort Retail unter der Führung von Herrn Dr. Michael Meyer zusammengefasst worden. Herr Guido Lohmann ist mit Wirkung zum 30. November 2008 aus dem Postbank Konzern ausgeschieden.

Neu geschaffen wurde die Position des Chief Risk Officers im Vorstandsressort Kredit. Diese wurde am 25. November 2008 von Herrn Dr. Ralf Kauther – im Range eines Generalbevollmächtigten übernommen.

Darüber hinaus wurden die Zuständigkeiten für die Service- und Abwicklungsfunktionen konzernweit zusammengefasst und in die Verantwortung von Herrn Dirk Berensmann als Chief Operating Officer (COO) übergeben. Im Zuge dieser Reorganisation trat Herr Dr. Mario Daberkow in gegenseitigem Einvernehmen aus dem Vorstand der Postbank aus. Als Vorsitzender des Vorstands der BCB Betriebs-Center für Banken AG wird er weiterhin die Partnerstrategie der Postbank für ein europäisches Transaction Banking vorantreiben, die er schon in den letzten Jahren prägte. Darüber hinaus wird er als Generalbevollmächtigter und Bereichsleiter die Bankenorganisation der Postbank verantworten.

Wichtige Ereignisse nach Stichtag Jahresabschluss

Deutsche Bank AG und Deutsche Post AG haben am 14. Januar 2009 eine Anpassung der Struktur des Postbank Beteiligungsvertrages bekannt gegeben. Hiernach wird der Vertrag in drei Teilabschnitten umgesetzt. In einem ersten Schritt wird die Deutsche Bank einen Anteil von 22,9% an der Deutschen Postbank AG übernehmen. Weitere rund 27,4% der Anteile werden im Rahmen einer Pflichtumtauschleihe nach einer Laufzeit von drei Jahren an die Deutsche Bank AG übergehen. Ferner bestehen über 26,4 Millionen Aktien Kauf- und Verkaufsoptionen zwischen den Parteien.

Herr Marc Heß ist seit dem 1. Januar 2009 ordentliches Vorstandsmitglied der Deutschen Postbank AG und hier wie bisher als Chief Financial Officer für das Ressort Finanzen verantwortlich.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2008

Im Jahr 2008 lag der Schwerpunkt der Investitionsausgaben der Postbank auf der Umsetzung gesetzlicher Anforderungen, z. B. der Abgeltungssteuer, eines Programms zur Einführung von fortgeschrittenen Risikomodellen sowie eines Projekts zur Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung.

Im Rahmen unseres strategischen Programms „Next Step“ haben wir darüber hinaus unser neues Filialkonzept an weiteren Standorten umgesetzt. In unserem Kundengeschäft haben wir u. a. in die Prozessoptimierung bei der Abwicklung von Privatkrediten investiert. In den Bereichen Transaction Banking und Services wurden verschiedene IT-Projekte, wie z. B. der Ausbau der Payment-Solution-Plattform sowie die Dekommissionierung und Bereitstellung der IT-Infrastruktur, fortgeführt.

Organisation und Steuerung

Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht Der Konzern Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden schwerpunktmäßig in Deutschland an.

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2008 547.000.000 € und ist in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Der Bund ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe beteiligt, die wiederum rund 30,5 % an der Deutsche Post AG hält, welche mit rund 62,3 % an der Postbank beteiligt ist.

Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit rund 37,3 %. Es sind gemäß den uns vorliegenden Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1a WpHG per 31. Dezember 2008 keine sonstigen Aktionäre bekannt, die direkt oder indirekt mehr als 10 % des Grundkapitals halten.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen um bis zu 41.000.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Ein Genehmigtes Kapital als Akquisitionswährung ist in der deutschen Unternehmenspraxis verbreitet. Unter Inanspruchnahme des Genehmigten Kapitals I kann die Gesellschaft Unternehmenserwerbe flexibel und ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarkts tätigen.

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2008 das satzungsmäßig bestehende Genehmigte Kapital II voll ausgenutzt und das Grundkapital durch Ausgabe von auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bareinlagen um insgesamt 137.000.000 € erhöht. Dabei wurde den Aktionären ein Bezugsrecht eingeräumt.



Die genauen Regelungen zum Genehmigten Kapital I sind unserer, auch im Internet einsehbaren, Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 8. Mai 2008 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien bis zu 10 % des Grundkapitals ermächtigen.

Die Gesellschaft ist somit zum einen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 7. November 2009 ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen.

Zum anderen ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 7. November 2009 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grund-

kapitals zu erwerben. Anzurechnen sind Aktien, die die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt. Auf Grundlage der Ermächtigung erworbene Aktien kann der Vorstand in anderer Weise als durch den Verkauf über die Börse oder Angebot an alle Aktionäre nur in den in der Ermächtigung vorgesehenen Fällen verwenden. Es bedarf dazu jeweils der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 7 und 8 der ordentlichen Hauptversammlung vom 8. Mai 2008, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar ist.

Die jährlich wiederkehrende Erteilung der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien durch die Hauptversammlung entspricht einer verbreiteten Praxis bei börsennotierten Aktiengesellschaften in Deutschland. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 22. April 2009 vorschlagen, die Ermächtigung zu erneuern.

Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 Aktiengesetz geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 (2) der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Deutschen Post AG einen Kooperationsvertrag im Bereich Finanzdienstleistungen im Vertriebsnetz der Deutschen Post AG geschlossen. Dieser Vertrag kann von jeder Partei mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende, frühestens aber zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Beabsichtigt die Deutsche Post AG, ihre Anteilsmehrheit an der Deutschen Postbank AG

durch Veräußerung oder aufgrund einer Kapitalmaßnahme aufzugeben, so kann sie eine Vertragsänderung verlangen. Kommt eine entsprechende Vertragsänderung innerhalb einer angemessenen Frist nicht zustande, so kann die Deutsche Post den Kooperationsvertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Kalendermonatsende schriftlich kündigen. Sollte die Deutsche Post AG den Kooperationsvertrag kündigen, so könnte dies den stationären Vertrieb der Deutschen Postbank AG, der für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist, beeinträchtigen.

Darüber hinaus hat die Deutsche Postbank AG mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG (die vormalige BHW Lebensversicherung AG), Postbank Versicherung Aktiengesellschaft, PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx und ihrer genannten Töchter durch die Postbank über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können seitens PBV Lebensversicherung AG, Postbank Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte PBV Lebensversicherung AG, Postbank Versicherung Aktiengesellschaft oder PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots
Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Postbank.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Pensionszusagen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus. Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Für die Vorstandsmitglieder ist bislang weder ein Long-Term-Incentive-Plan noch eine ähnliche Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung aufgelegt worden. Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2010 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2007 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2011 fällig.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate-Governance-Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Note 56.

I Mitarbeiter

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2008, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 21.127 Mitarbeiter, rund 350 weniger als am 31. Dezember 2007. In der Gesamtzahl enthalten sind etwa 7.300 Beamte, was einem Anteil von ca. 35 % entspricht. Etwa ein Viertel unserer Mitarbeiter befindet sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unbeschadet der aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen eingetretenen deutlichen Erhöhung der Beamtenbesoldung, konnte der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr stabil gehalten werden.

Im Jahr 2009 richten wir unseren Fokus primär auf stabile Personalkosten gegenüber 2008. Ziel ist es, den wachsenden Anforderungen mit dem bestehenden Personal zu begegnen.

I Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgsrechnung

Das Geschäftsjahr 2008 war durch extreme Marktverwerfungen im Zuge der Finanzmarktkrise geprägt. Insbesondere im zweiten Halbjahr eskalierte die Situation an den Kapitalmärkten nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers. Diese Entwicklungen haben tiefe Spuren in der Gewinn- und Verlustrechnung des Postbank Konzerns hinterlassen. Insgesamt wurde im Jahr 2008 ein negatives Ergebnis vor Steuern von –974 Mio € verbucht. Dabei war das vierte Quartal mit einem Ergebnis vor Steuern von –866 Mio € am stärksten betroffen. Dies resultiert im Wesentlichen aus Einmalbelastungen, die wir im Rahmen der angekündigten aktiven Reduzierung von kapitalmarktinduzierten Risiken und Beständen, beispielsweise durch den vollständigen Abbau unseres Aktienportfolios, realisiert haben. Mit diesen Maßnahmen schärfen wir das Risikoprofil der Bank und machen sie so künftig weniger anfällig für extreme Marktentwicklungen.

Im Kundengeschäft kann die Postbank hingegen trotz des nach wie vor intensiven Wettbewerbs und des besonders in der zweiten Jahreshälfte schwierigen wirtschaftlichen Umfelds speziell im Retail Banking auf einen insgesamt guten Verlauf zurückblicken. Die Entwicklung des Neugeschäfts verlief in allen wesentlichen Produktfeldern positiv, und so konnten wir unsere gute Marktstellung weiter untermauern. Unser strategisches Handlungsprogramm „Next Step“, dessen Umsetzung wir in allen Geschäftsbereichen gezielt vorantreiben, zeigt Wirkung.

Während die kapitalmarktinduzierten Belastungen sich vor allem im zweiten Halbjahr deutlich negativ auf die Ertragsrechnung auswirkten, verzeichnete die Postbank eine spürbar positive Entwicklung beim Trend der operativen Ergebnislinien. Im Vorjahresvergleich legte die Postbank bei den Kernerträgen – Zinsüberschuss und Provisionsüberschuss – zu. Als Folge der Marktturbulenzen wurden sowohl das Handels- als auch das Finanzanlageergebnis erheblich belastet; dies war ausschlaggebend für das deutlich negative Jahresergebnis. Die Verwaltungsaufwendungen konnten wir durch Effizienzsteigerungen und strikte Kostendisziplin trotz einer steigenden Inflationsrate nahezu stabil halten, obwohl zum Jahresende zusätzliche Rückstellungen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Immobilien verbucht wurden. Die Risikovorsorge lag aufgrund von zusätzlichen Belastungen aus der Finanzmarktkrise über dem Vorjahresniveau, während sie im Kundengeschäft im Vergleich zum stark gewachsenen Volumen sogar einen relativen Rückgang verzeichnen konnte.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Jahr 2008 –974 Mio € nach 992 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern verminderte sich entsprechend und war nach 19,2 % zum 31. Dezember 2007 im Jahr 2008 negativ. Die Cost Income Ratio der Gesamtbank stieg auf 129,8 % nach 69,2 % im Jahr 2007.

Die nachfolgenden Kommentierungen beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich mit den angepassten Zahlen des Geschäftsjahrs 2007 und der Vorquartale 2008 (siehe Note 6).

125

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Trotz der Herausforderung einer im Jahresverlauf 2008 weiterhin überwiegend flachen, teilweise inversen Zinsstrukturkurve stieg der Zinsüberschuss 2008 im Vorjahresvergleich deutlich um 255 Mio € auf 2.495 Mio €. Die gute Volumenentwicklung trug maßgeblich zu einer spürbaren Erhöhung der Zinserträge bei. Dagegen waren die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren aufgrund des 2008 vorgenommenen Bestandsabbaus im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode erwartungsgemäß rückläufig. Im Anstieg der Zinsaufwendungen, insbesondere aus Verbindlichkeiten, findet u. a. die volumenbasierte Strategie im Spargeschäft ihren Niederschlag. Wir haben unseren Kunden auch im Jahr 2008 durch eine kontinuierliche Anhebung der Durchschnittsverzinsung attraktive Konditionen geboten und damit unsere gute Stellung im Wettbewerb um Spareinlagen gefestigt. Dabei gelang es uns, das Sparvolumen deutlich zu erhöhen. Dennoch blieb die Volumenentwicklung angesichts des anhaltend kompetitiven Umfelds hinter unseren Erwartungen zurück. Insgesamt zog die Postbank im derzeitigen Kapitalmarktumfeld Nutzen aus ihrer starken Kundeneinlagenbasis und den im Berichtsjahr erfolgreich durchgeführten Pfandbriefemissionen. Hierdurch wirkte sich die durch die Finanzmarktkrise ausgelöste Verteuerung bei der Aufnahme von Refinanzierungsmitteln am Kapitalmarkt nur relativ moderat auf unseren Zinsaufwand aus.

Die sehr gute Entwicklung des Zinsüberschusses im vierten Quartal 2008 war auch von verschiedenen Einmal- und Jahresendeffekten begünstigt. So hat sich z. B. die Zinsentwicklung, insbesondere in den kurzen Laufzeiten, positiv auf die kurzfristigen Refinanzierungskosten, das Strukturergebnis am Geldmarkt und auf das Hedge-Ergebnis ausgewirkt.

Finanzanlageergebnis

Das Handels- und das Finanzanlageergebnis waren als Folge der Auswirkungen der Kapitalmarktentwicklungen deutlich negativ.

Das Finanzanlageergebnis lag bei –1.249 Mio € nach 294 Mio € im Jahr 2007. Bei dem Vorjahresvergleich ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis 2007 durch die Veräußerung unserer Versicherungsbeteiligungen begünstigt war.

Das Ausmaß dieses Rückgangs ist auf verschiedene durch die Finanzmarktkrise ausgelöste Faktoren zurückzuführen: Die Wertkorrekturen (Impairments) auf unser strukturiertes Kreditersatzgeschäft lagen im Berichtsjahr bei insgesamt 156 Mio €. Im Vorjahr, als sich die Finanzmärkte noch vergleichsweise weniger tief in der Krise befanden, hatte dieser Wert bei 112 Mio € gelegen. Im Finanzanlageergebnis des Berichtsjahrs sind ferner Wertkorrekturen auf unser Engagement bei der unter Gläubigerschutz gestellten Gesellschaft Lehman Brothers in Höhe von insgesamt 336 Mio € enthalten. Zudem hatten wir auf unsere Bestände bei isländischen Banken Wertberichtigungen in Höhe von 35 Mio €, davon 14 Mio € im vierten Quartal 2008, zu verbuchen. Die im Jahresverlauf phasenweise crashartigen Zinsbewegungen

schränkten zudem die Möglichkeiten zur Generierung positiver Ergebnisbeiträge aus unseren Beständen erheblich ein. Darüber hinaus wurden die Kurse unserer verzinslichen Finanzanlagen durch starke Spread-Ausweitungen – selbst bei Anleihen höchster Bonität wie Staatsanleihen und Pfandbriefen – belastet. Dies führte auch zu einem deutlichen Anstieg der Korrelation mit den Risiken aus Aktienbeständen. Unter anderem deshalb haben wir uns schwerpunktmäßig im vierten Quartal 2008 entschlossen, im Rahmen der angekündigten Reduzierung von kapitalmarktinduzierten Risiken unsere Aktienbestände komplett abzubauen. Dies war Teil des bei Vorlage der 9-Monats-Zahlen vorgestellten Aktionsplans zur strategischen Optimierung der Ergebnisqualität und des Risikoprofils. Dabei standen in einem ersten Schritt Maßnahmen zur Stärkung des Kernkapitals und zum Risikoabbau bzw. zur Reduktion der künftigen Volatilität der Kernkapitalquote im Vordergrund. Um die angestrebte Risikoreduktion zu erreichen, wurde diese erhebliche einmalige Ergebnisbelastung durch die umfassende Realisation stiller Lasten aus diesen Beständen jedoch bewusst in Kauf genommen. Insgesamt wurde das Finanzanlageergebnis im vierten Quartal 2008 durch den Abbau unseres Aktienportfolios mit 581 Mio € belastet.

Handelsergebnis

Die schwierigen Marktverhältnisse im Jahr 2008 haben auch das Handelsergebnis beeinflusst. Während das originäre Handelsergebnis der Bank von positiven Beiträgen aus unseren Swap-Positionen profitierte, die wir im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements zum Hedging und zur Steuerung des Bankbuchs einsetzen, war das Ergebnis aus der Bewertung eingebetteter Derivate aus dem strukturierten Kreditsatzgeschäft deutlich negativ. Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs sind Erträge aus dem Bilanzstrukturmanagement (vergleiche Note 4 (g), in Höhe von 554 Mio € (Vorjahr: 337 Mio €) enthalten. Aufgrund der im Zuge der Eskalation der Finanzmarktkrise stark gestiegenen Credit Spreads und erhöhten Ausfallrisiken kam es zu Belastungen in Höhe von insgesamt 786 Mio €. Davon entfallen allein 388 Mio € auf das vierte Quartal 2008, in dessen Verlauf es zu besonders drastischen Spread-Ausweitungen kam. Außerdem im Handelsergebnis zu verbuchen war ein negatives Bewertungsergebnis aus eingebetteten Derivaten in Beständen von zu einem hohen Anteil staatlich garantierten Schuldscheindarlehen in Höhe von 133 Mio €, davon 106 Mio € im vierten Quartal. Insgesamt sank daher das Handelsergebnis von 281 Mio € im Jahr 2007 auf –389 Mio € im Berichtsjahr.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss betrug im Geschäftsjahr 2008 1.431 Mio € und lag damit leicht, nämlich um 2 Mio €, über dem Vorjahreswert. Dem erfreulichen Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Bankgeschäft um 10% auf 749 Mio € standen – wie aufgrund unserer verstärkten Fokussierung auf den Absatz von Finanzdienstleistungen und der anhaltenden Substitution von traditionellem Briefgeschäft zu erwarten war – weiterhin rückläufige Erträge aus dem Absatz von Postdienstleistungen und aus dem Verkauf von neuen Dienstleistungen in unseren Filialen sowie im Transaction Banking in nahezu gleicher Höhe gegenüber.

Im Wachstum des Provisionsüberschusses aus dem Bankgeschäft spiegeln sich unsere Anstrengungen zur intensiveren Betreuung unserer Stammkunden wider, die wir im Rahmen unseres strategischen Programms „Next Step“ weiter verstärken wollen.

Gesamterträge

Die Gesamterträge gingen 2008 gegenüber dem Vorjahr um 46,1% auf 2.288 Mio € zurück. Während Handels- und Finanzanlageergebnis unter dem Einfluss der Finanzmarktkrise deutlich um 2.213 Mio € auf –1.638 Mio € fielen, stiegen die operativen Ergebnislinien, Zins- und Provisionsüberschuss, um 7,0% auf 3.926 Mio €.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge lag im Berichtsjahr mit 408 Mio € um 70 Mio € bzw. 20,7% über dem Wert des Vorjahrs. Hierin enthalten ist die Vorsorge für unsere Forderungen gegenüber Lehman Brothers mit 35 Mio € und gegenüber isländischen Banken mit 17 Mio €. Ohne diese Effekte hätte die Risikovorsorge um nur rund 5,3% über derjenigen des entsprechenden Vorjahreszeitraums gelegen, während das Kundenkreditvolumen im gleichen Zeitraum deutlich, nämlich um 12,9% wuchs. Diese insgesamt gute Entwicklung wurde insbesondere von der im ersten Halbjahr 2008 noch ausgesprochen soliden gesamtwirtschaftlichen Situation – insbesondere in unserem Kernmarkt Deutschland – getragen. Darüber hinaus blieb die Postbank im Gegensatz zu vielen anderen Instituten von größeren Einzelwertberichtigungen verschont, was wir als Bestätigung unserer vorsichtigen Kreditvergabepolitik werten. Vor dem Hintergrund der spürbaren Abkühlung der Konjunktur haben wir im zweiten Halbjahr 2008 rein vorsorglich pauschalierte Einzelwertberichtigungen auf unser Baufinanzierungsportfolio gebildet.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen entwickelten sich auch 2008 erfreulich: Sie wuchsen trotz deutlich gestiegener Inflationsrate und einiger Sondereffekte nur um 1,1% auf 2.969 Mio €. Darin enthalten sind bereits im vierten Quartal gebildete Rückstellungen von rund 38 Mio € für Instrumente, die wir im Bedarfsfall zur Erhöhung der Fluktuation nutzen können. Des Weiteren wurden zum Jahresende Sonderabschreibungen auf Immobilien und Softwareanwendungen in einem Volumen von etwa 51 Mio € vorgenommen, die den Verwaltungsaufwand einmalig belasteten.

Bei der Kostenentwicklung profitierten wir von den Auswirkungen unserer in den letzten Jahren ergriffenen Effizienzinitiativen: der Realisierung des vollen Synergiepotenzials aus der Integration des BHW bei gleichzeitigem Wegfall der Integrationsaufwendungen und einer ausgeprägten Kostenkultur. Die Postbank hat erneut unter Beweis gestellt, dass sie kontinuierlich steigende Volumen im Kundengeschäft bei nachhaltiger hoher Kostendisziplin umsetzen kann.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei 115 Mio € nach 23 Mio € im Vorjahr. Die Entwicklung ist u. a. darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr entstandene Aufwendungen für Sonderprojekte entfielen und in dieser Position die Partizipation von stillen Einlagen und einigen Genussrechten am Jahresergebnis der Deutschen Postbank AG zu verbuchen war.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2008 bei –974 Mio € nach 992 Mio € im Vorjahr.

Die Ertragssteuern waren aufgrund des Verlustausweises positiv und betrugen 154 Mio €. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein großer

Teil der im Berichtsjahr realisierten Verluste steuerlich nicht abzugsfähig ist.

Der Jahresfehlbetrag lag somit bei –821 Mio € nach 856 Mio €, was einem Ergebnis je Aktie von –4,87 € entspricht (Vorjahr: 5,22 €).

I Segmentberichterstattung

Retail Banking

Im Segment Retail Banking lag das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2008 bei 912 Mio € nach 935 Mio € im Vorjahr. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2007 noch die Ergebnisbeiträge der inzwischen veräußerten bzw. voll integrierten Gesellschaften BHW Lebensversicherung AG und BHW Bank AG enthalten waren.

Der Zinsüberschuss ist mit einem Anteil von 68,3 % an den gesamten Erträgen des Segments weiterhin die dominierende Ertragskomponente. Im Berichtsjahr sank er allerdings gegenüber dem Vorjahr um 4,8 % auf 2.276 Mio €. Zurückzuführen ist diese Entwicklung zum einen auf die prognostizierten anfänglichen Belastungen unserer auf eine nachhaltige Erhöhung des Einlagevolumens ausgerichteten Sparstrategie, zum anderen auf den anhaltend intensiven Wettbewerb um Privatkundeneinlagen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass der zusätzliche Zinsertrag aus dem neu generierten Volumen im laufenden Geschäftsjahr die zunächst entstandene Margenreduktion überkompensieren wird. Belastend auf den Zinsüberschuss könnten sich allerdings die aktuell sehr niedrigen kurzfristigen Zinsen auswirken. Außerdem fehlen die Beiträge der BHW Lebensversicherung AG, die wir im dritten Quartal 2007 veräußert haben.

Das Finanzanlageergebnis lag 2008 bei –2 Mio €, nachdem es im Vorjahr – überwiegend aus den Geschäftsaktivitäten der BHW Bank AG und der BHW Lebensversicherung AG resultierend – noch 50 Mio € betragen hatte.

Das ausschließlich bei der dem Segment zugeordneten BHW Sparkasse AG erwirtschaftete Handelsergebnis belief sich im Jahr 2008 auf 25 Mio € nach 5 Mio € im Vorjahr.

Der Provisionsüberschuss wuchs um 4,6 % auf 1.033 Mio €. Die gestiegenen Erträge aus dem Absatz von Finanzdienstleistungen – wie z. B. ein deutlich verbessertes Provisionsergebnis aus dem Versicherungsgeschäft und aus dem Ratenkreditgeschäft – konnten die erwartungsgemäß um 36 Mio € rückläufigen Einnahmen aus dem Absatz von Postdienstleistungen und aus dem Absatz von Drittprodukten in unseren Filialen deutlich überkompensieren.

Die Gesamterträge im Retail Banking sanken in der Folge leicht um 3,0 % auf 3.332 Mio €.

Der Verwaltungsaufwand ging gegenüber dem Gesamtjahr 2007 um 2,4 % auf 2.156 Mio € zurück. Dies ist vor allem die Folge der positiven Effekte aus der abgeschlossenen Integration von BHW und Filialen und Effizienzsteigerungen in den Back-Office-Einheiten.

Die insbesondere in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 sehr solide wirtschaftliche Lage in Deutschland sowie die damit einhergehende niedrige Arbeitslosenquote und die gute finanzielle Situation der Verbraucher sowie die konservative Struktur unseres

Kreditportfolios mit deutlichem Schwerpunkt auf hochbesicherten Hypothekenfinanzierungen in Deutschland trugen maßgeblich zu einer positiven Entwicklung der Risikoversorge bei. Diese lag – trotz einer im zweiten Halbjahr vorsorglich erhöhten Bildung von pauschalisierten Einzelwertberichtigungen – mit 288 Mio € um 4 Mio € unter dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Der Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Erträge stieg um 22 Mio € auf 24 Mio €. Dies ist vor allem auf die Veräußerung der Versicherungen sowie auf die Verschmelzung der BHW Bank AG zurückzuführen.

Die Cost Income Ratio verschlechterte sich leicht von 64,3 % auf 64,7 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg auf 41,1 % nach 32,4 % im Vorjahr.

Firmenkunden

Die diesem Segment zugeordneten Belastungen aus der Finanzmarktkrise in Höhe von 333 Mio € – einschließlich eines Teils der Wertberichtigungen auf das Exposure gegenüber Lehman Brothers – führten im Segment Firmenkunden im Jahr 2008 zu einem um 249 Mio € auf –58 Mio € gesunkenen Ergebnis vor Steuern. Das operative Geschäft entwickelte sich dementsprechend erfreulich. Das gute Volumenwachstum und höhere Margen im Firmenkundenkreditgeschäft trugen maßgeblich zum Anstieg des Zinsüberschusses bei. Dieser erhöhte sich signifikant um 33,6 % auf 390 Mio €.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zogen beim Handels- und beim Finanzanlageergebnis einen kumulierten Rückgang um 319 Mio € auf –333 Mio € nach sich. Der Provisionsüberschuss lag mit 107 Mio € nahezu unverändert auf dem Niveau des Vorjahres (104 Mio €), sodass die Gesamterträge um 218 Mio € auf 164 Mio € zurückgingen.

Der Verwaltungsaufwand stieg bei steigendem Geschäftsvolumen leicht um 4,9 % auf 171 Mio €. Die Risikoversorge stieg vor allem aufgrund der erwähnten deutlichen Geschäftsausweitung und der vorsorglichen Wertberichtigungen für einzelne ausländische Engagements von 28 Mio € im Vorjahr auf 52 Mio € im Jahr 2008.

Die Cost Income Ratio lag damit bei 104,3 % nach 42,7 % im Jahr 2007, und die Eigenkapitalrendite vor Steuern war negativ nach 50,5 % im Vorjahr.

Transaction Banking

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Transaction Banking stieg um 12 Mio € auf 48 Mio €. Da die papierbasierten Transaktionen nach wie vor rückläufig waren, sank der Provisionsüberschuss zwar um 10 Mio € auf 340 Mio €. Dies konnte jedoch durch eine deutliche Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere aufgrund der 2007 abgeschlossenen Integration des HVB Transaction Banking, um 19 Mio € auf 312 Mio € überkompensiert werden. Das sonstige Ergebnis des Segments stieg um 3 Mio € auf 16 Mio €. So reduzierte sich die Cost Income Ratio von 93,5 % im Vorjahr auf 90,7 %.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets fiel um 204 Mio € auf –14 Mio €. Ein Hauptgrund für diese Entwicklung war der deutliche Rückgang des Finanzanlageergebnisses. Diese Ertragskomponente verminderte sich überwiegend als Folge der Wertkorrekturen auf von der Finanzmarktkrise betroffene Bestände um 111 Mio € auf –110 Mio €. Das Handelsergebnis sank ebenfalls

stark um 78 Mio € auf –6 Mio €. Dies ist auf die Belastungen aus eingebetteten Derivaten in Beständen unserer Luxemburger Tochtergesellschaft sowie auf ein negatives Ergebnis aus Währungsabsicherungsgeschäften zurückzuführen. Der Zinsüberschuss des Segments stieg – insbesondere aufgrund der guten Entwicklung der in dem Segment konsolidierten Tochtergesellschaft PBI, Luxemburg – um 48 Mio € auf 162 Mio €. So verringerten sich die Gesamterträge um 167 Mio € auf 103 Mio €. Der Verwaltungsaufwand wuchs um 9 Mio € auf 92 Mio €, und auch die Risikovorsorge stieg aufgrund der Wertberichtigungen auf unsere Engagements bei Lehman Brothers und den isländischen Banken von 4 Mio € auf –22 Mio €. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch im Anstieg der Cost Income Ratio von 30,7% auf 89,3% wider. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern war nach 37,2% im Jahr 2007 im Geschäftsjahr 2008 negativ.

Übrige

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Übrige fiel von –360 Mio € im Jahr 2007 auf nunmehr –1.862 Mio €. Diese Entwicklung ist auf die Belastungen aus der Finanzmarktkrise in Beständen des Bankbuchs zurückzuführen, die wir in diesem Segment verbuchen. Dabei handelt es sich zum einen um Impairments (82 Mio €) und Wertschwankungen aus eingebetteten Derivaten (676 Mio €) im strukturierten Kreditgeschäft sowie aus garantierten Schuldscheindarlehen (133 Mio €) und zum anderen um Wertkorrekturen auf das Engagement bei Lehman Brothers (136 Mio €). Außerdem fielen hier im Rahmen der Risikoreduktion im vierten Quartal realisierte stille Lasten auf Aktienbestände in Höhe von 576 Mio € sowie im Laufe des Jahres vorgenommene Impairments auf Aktien- und Fondsbestände in Höhe von 97 Mio € an. Diese Belastungen betreffen insbesondere das Finanzanlage- und das Handelsergebnis, die kumuliert um 1.673 Mio € auf –1.212 Mio € zurückgingen. Davon entfielen 529 Mio € auf das Handelsergebnis, das sich auf –316 Mio € verringerte. Das Finanzanlageergebnis sank um 1.144 Mio € auf –896 Mio €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Vorjahresergebnis aufgrund der hier verbuchten Gewinne aus der Veräußerung unserer Versicherungsbeteiligungen positiv überzeichnet war.

Der Zinsüberschuss des Segments Übrige stieg um 225 Mio € auf –337 Mio €. Hier wirkten sich insbesondere die im Jahresverlauf und hierbei vor allem im vierten Quartal stark rückläufigen kurzfristigen Zinsen aus, die u. a. zu einem Rückgang der Refinanzierungskosten in diesen Laufzeiten und zu einem positiven Hedge-Ergebnis führten. Der Provisionsüberschuss ging leicht um 10 Mio € auf –106 Mio € zurück. Der Verwaltungsaufwand stieg von –150 Mio € auf –238 Mio €. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Sonderaufwendungen im vierten Quartal aus Abschreibungen auf Immobilien und Software sowie auf die Bildung von Rückstellungen im Personalaufwand zurückzuführen.

Die Risikovorsorge stieg aufgrund der Belastungen aus dem Engagement bei Lehman Brothers um 24 Mio € auf nunmehr –46 Mio € an. Dementgegen war der Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Erträge mit 77 Mio € nach 9 Mio € im Vorjahr deutlich positiv.

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme stieg von 202,9 Mrd € am Jahresende 2007 auf 231,3 Mrd € am 31. Dezember 2008. Auf der Aktivseite trugen hierzu

maßgeblich die erheblich gestiegenen Forderungen an Kunden sowie höhere Finanzanlagen bei. Auf der Passivseite wuchsen vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Die Handelsaktiva und -passiva stiegen insbesondere im vierten Quartal aufgrund des deutlich rückläufigen Zinsniveaus. Nach Abbau des historischen Einlagenüberhangs verfügt die Postbank damit über eine ausgeglichene Bilanzstruktur im Kundengeschäft.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden stiegen gegenüber dem Jahresende 2007 deutlich um 14,4% und lagen damit bei 105,3 Mrd €. Im Privatkundengeschäft war wie bereits im Vorjahr das Baufinanzierungsgeschäft der Wachstumsmotor. Erfreulich verlief auch die Volumenentwicklung im Ratenkreditgeschäft, das wir unter Beachtung strikter Risikokriterien ausweiteten. Ferner steigerten wir die Volumen unseres gewerblichen Finanzierungsgeschäfts, hauptsächlich im deutschen Heimatmarkt und in ausgewählten europäischen Ländern. Im Gegenzug wurden im Berichtszeitraum die Altbestände niedrigmargiger Forderungen an öffentliche Haushalte weiter abgebaut, und zwar um 1,3 Mrd € auf 2,2 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen – Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute – stiegen gegenüber dem Jahresende 2007 um insgesamt 15,2 Mrd € oder um 14,8% auf 118,3 Mrd €.

Die Finanzanlagen wuchsen dabei um 21,1% bzw. um 14,5 Mrd € auf 83,1 Mrd €. Zu Beginn des Jahres 2008 hatten wir vor dem Hintergrund der zunehmenden Kapitalmarkturbulenzen nach Refinanzierung am Interbankenmarkt in EZB-fähige Papiere investiert und so den Bestand an deutschen Staatsanleihen und u. a. an Pfandbriefen höchster Bonität wegen ihrer Funktion als „sicherer Hafen“ gezielt ausgeweitet. Unsere dadurch weiter verbesserte Liquiditätsposition haben wir angesichts der fortdauernden Finanzmarktkrise im Jahresverlauf durch einen signifikanten Bestand hochbonitärer Wertpapiere untermauert. Außerdem haben wir zur Reduzierung der Volatilität in unserer Neubewertungsrücklage im zweiten Halbjahr damit begonnen, Bestände an Finanzanlagen gezielt abzusichern und partiell abzubauen. Ein wichtiger Schritt hierbei war der komplette Abbau unseres Aktienbestandes im vierten Quartal 2008. Der Anstieg der Finanzanlagen im vierten Quartal (+1,8 Mrd €) gegenüber dem Bestand per 30. September 2008 ist im Wesentlichen auf die positive Marktwertentwicklung der Bestände aufgrund des massiven Zinsrückgangs einerseits sowie auf positive Wertanpassungen durch Bewertung von Teilbeständen unseres Finanzanlageportfolios mittels eines Discounted-Cash-Flow-Verfahrens (s. Kommentierung Eigenkapital und Note 4 (h)) andererseits zurückzuführen.

Die Handelsaktiva erhöhten sich im Jahr 2008 um 66,7% bzw. 6,6 Mrd € auf 16,6 Mrd €. Dies ist insbesondere auf einen starken Anstieg der Marktwerte von Derivaten des Handelsbuches zurückzuführen, die aufgrund des im vierten Quartal massiv gesunkenen Zinsniveaus an Wert gewannen. Eine Ausweitung der Risikoposition der Bank war damit aufgrund des nahezu ausgeglichenen Handelsbestands nicht verbunden. Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren im Handelsbuch führten wir hingegen im Jahresverlauf angesichts der andauernden Verwerfungen an den Kapitalmärkten zurück.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich um insgesamt 5,9 Mrd € auf 18,7 Mrd €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um erfreuliche 6,8 Mrd € auf 117,5 Mrd €. Die klassischen Spareinlagen lagen dabei – entgegen dem allgemeinen Markttrend – fast unverändert bei 35,0 Mrd €. Die Bauspareinlagen blieben – der Natur dieses langfristig ausgerichteten Geschäfts entsprechend – weitgehend stabil und betragen 16,2 Mrd € nach 16,9 Mrd € Ende 2007. Die Summe der Privatkundeneinlagen, die in der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bilanziert werden, stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Mrd € auf 81,8 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva, wuchsen, korrespondierend mit der Entwicklung auf der Aktivseite, von 76,3 Mrd € auf 96,1 Mrd €.

Hierbei wurden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Verbindung mit der beschriebenen Ausweitung unserer Bestände an hochliquiden risikoarmen Finanzanlagen als vorsorgliche Maßnahme zur Stärkung unserer Liquiditätsausstattung leicht um 1,6 Mrd € auf 62,8 Mrd € erhöht. Dies geschah vor allem über Repo- und Offenmarktgeschäfte. Die uns im Dezember 2007 erteilte Pfandbrieflizenz nutzten wir zur Refinanzierung unseres Kundengeschäfts im Verlauf des Jahres 2008 mit der Emission von zwei Jumbo Hypothekendarlehen im Gesamtvolumen von 2,5 Mrd €.

Die verbrieften Verbindlichkeiten wuchsen insgesamt um 6,8 Mrd € auf 16,3 Mrd €.

Die Handelspassiva stiegen deutlich, nämlich um 11,4 Mrd € auf 17,0 Mrd €. Dabei legten die passivischen Derivate des Handelsbestands in ähnlicher Größenordnung zu wie die Handelsaktiva.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2008 5.019 Mio € nach 5.225 Mio € zum Jahresende 2007. Die Neubewertungsrücklage lag bei –724 Mio € nach –556 Mio € zum 31. Dezember 2007 und –1.927 Mio € per 30. September 2008.

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage wurden durch eine im vierten Quartal 2008 durchgeführte Kapitalerhöhung im Volumen von knapp 1 Mrd € maßgeblich gestärkt. Durch Ausgabe von insgesamt 54,8 Millionen Aktien stiegen das gezeichnete Kapital von 410 Mio € auf 547 Mio € und die Kapitalrücklage um 850 Mio € auf 2.010 Mio €.

Die Entwicklung der Neubewertungsrücklage war 2008 geprägt von der nochmaligen erheblichen Ausweitung der Spreads bei nahezu sämtlichen Anlageklassen, inklusive Pfandbriefen, Bank- und Staatsanleihen höchster Bonität. In diesem Zusammenhang kam der Handel in diesen Papieren nahezu vollständig zum Erliegen. Die Märkte wurden für einen Großteil der Positionen illiquide was sich in einer signifikanten Ausweitung der Geld-Brief-Spannen und einem deutlichen Rückgang der gehandelten Volumen widerspiegelte. Dies führte zu stark verzerrten Kursen in den betroffenen Anlageklassen. Hierdurch wurden die Barwerte unserer Wertpapierbestände trotz höchster Bonität deutlich belastet.

Aufgrund der anhaltenden Illiquidität des Marktes wurde die Ermittlung der Fair Values für die betroffenen Wertpapiere mit Investmentgrade Rating zum 1. Oktober 2008 mithilfe eines Discounted-Cash-Flow-

(DCF-)Modells vorgenommen. Zur Diskontierung der Cashflows werden Spreads verwendet, die die Verlusterwartungen und eine Risikokomponente beinhalten, die die mittlerweile eingetretenen Marktänderungen angemessen berücksichtigen. Darüber hinaus wurden verzinsliche, nicht strukturierte Wertpapiere in einem Volumen von rund 34,8 Mrd € gemäß IAS 39.50E innerhalb des Bankbuchs aus der Kategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umklassifiziert. Infolge dieser Maßnahmen ergaben sich zum einen eine spürbare Entlastung sowie zum anderen ein deutlicher Rückgang der Volatilität der Neubewertungsrücklage (s. auch Notes 4, 5 und 23 im Anhang des Geschäftsberichts).

Weitere positive Effekte in der Neubewertungsrücklage erzielten wir durch die angekündigte erfolgswirksame Realisierung von stillen Lasten aus Aktien im Rahmen unseres Programms zur Risikoreduktion. Die Aktienbestände konnten wir im vierten Quartal 2008 vollständig abbauen. Somit hatten auch die nach dem Bilanzstichtag eingetretenen weiteren Rückgänge an den Aktienmärkten keine negativen Effekte auf die Kapitalposition der Postbank.

Weitere Wertschwankungen in der Neubewertungsrücklage in Höhe von –272 Mio € ergaben sich im Jahresverlauf ebenfalls bei Wertpapieren unseres strukturierten Kreditportfolios. Dabei lagen die in dieser Position abgebildeten Wertveränderungen im vierten Quartal trotz der massiven Spread-Ausweitungen aufgrund der umfassenden Berücksichtigung in der GuV nur leicht über denen Ende des dritten Quartals.

Die Kernkapitalquote nach Basel II betrug zum 31. Dezember 2008 7,4% nach 6,9% zum Jahresende 2007 und 5,5% am 30. September 2008. Bei der Berechnung wurde die negative Neubewertungsrücklage bereits voll abgezogen, da die Postbank im Gegensatz zu vielen anderen Instituten ihr regulatorisches Kapital bereits gemäß IFRS ermittelt.

Wir gehen davon aus, dass wir mit den von uns im Berichtsjahr ergriffenen Maßnahmen geeignete Voraussetzungen geschaffen haben, um die Sensitivität unserer Kernkapitalquote gegenüber den mit der Kapitalmarktkrise einhergehenden extremen Schwankungen deutlich zu reduzieren. Die Stabilität der Neubewertungsrücklage positiv beeinflussen wird insbesondere die Reklassifizierung verzinslicher nicht-strukturierter Wertpapiere von der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables. Ferner hat der vollständige Abbau unseres Aktienbestands zur Folge, dass auch aus dieser Asset-Klasse keine negativen Auswirkungen auf die Kapitalposition und die Ertragslage der Gesellschaft mehr resultieren. Die Kernkapitalquote sollte außerdem von zu erwartenden Pull-to-Par-Effekten aus unseren Beständen sowie mittelfristig von der Einführung weiter verfeinerter Modelle zur Risikomessung profitieren.

Im Jahr 2007 hatte die Postbank die Einhaltung der Übergangsregel nach § 339 Abs. 3–5 SolV durch den Ansatz eines zusätzlichen Risikoaktiva-Anrechnungsbetrags sichergestellt (sogenannte Cap-Regelung). Diese Übergangsregel hat keine Auswirkungen mehr auf die Eigenkapitalquoten, da sie auf das Vorhalten einer Mindesteigenkapitalausstattung abzielt und somit kein zusätzlicher RWA-Anrechnungsbetrag mehr anzusetzen ist.

I Nachtragsbericht

Vom 31. Dezember 2008 bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses durch den Vorstand am 13. Februar 2009 fielen keine berichtspflichtigen Vorgänge mehr an.

116

124

133

I Risikobericht

Auswirkungen der Finanzmarktkrise

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Risikosituation und das Risikomanagement des Deutschen Postbank Konzerns

Die weltweite Finanzmarktkrise hat im Geschäftsjahr 2008 deutlich an Intensität gewonnen und die Risikomanagementsysteme von Banken vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Hierbei haben die extremen Volatilitäten an den Geld- und Kapitalmärkten auch beim Postbank Konzern zu einer deutlichen Belastung der Ergebnissituation und einer erheblichen Belastung der regulatorischen Kapitalkennziffern sowie der ökonomischen Risikotragfähigkeit geführt.

Die Gesellschaft hat auf die historisch beispiellosen Marktverwerfungen durch Anpassung und Weiterentwicklung ihrer bestehenden Risikomanagementsysteme und -organisation reagiert. Wesentliche Handlungsfelder hierbei waren die engere Steuerung der Positionen der Kategorie Available for Sale, deren Wertveränderungen sich auf die Neubewertungsrücklage und damit direkt auf das regulatorische Eigenkapital der Bank auswirken. Auch die Liquiditätssteuerung der einzelnen Konzern-einheiten ist stärker verzahnt worden. Der Pool an zentralbankfähigen Sicherheiten ist noch einmal deutlich aufgestockt worden, um für den Fall unvorhergesehener Ereignisse kurzfristig handlungsfähig zu sein. Die etablierten Stresstests sind um weitere Extrem-Szenarien ergänzt worden.

Die Organisation des Risikomanagements ist weiter optimiert worden. So hat die Postbank die Funktion des Chief Risk Officers im Ressort Kredit neu geschaffen und in diesem Zusammenhang die Risikofunktionen innerhalb eines Ressorts gebündelt. Im Rahmen einer Neuorganisation des Ressorts Financial Markets ist auch ein eigenständiger Bereich Liquiditätssteuerung geschaffen worden, der die zentrale Liquiditätssteuerung im Konzern verantwortet. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurden die Rahmenbedingungen für die Risikoallokation in einem Projekt unter verschiedenen Szenarien intensiv analysiert und in Teilen neu ausgerichtet.

In diesem Zusammenhang hat das Management strategische Weichenstellungen vorgenommen, um das Risikoprofil der Postbank künftig weiter zu schärfen und das Kundengeschäft noch stärker in den Vordergrund zu stellen. Hierzu werden die kapitalmarktinduzierten Risiken und Bestände weiter sukzessive reduziert. Im Rahmen dieses Aktionsplans hat die Bank bereits im vierten Quartal ihre Aktienbestände abgebaut und so wesentlich zur Reduzierung der Volatilität der Neubewertungsrücklage beigetragen.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Risikosituation und das -management des Deutschen Postbank Konzerns sowie die von der Gesellschaft ergriffenen Gegenmaßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Organisation des Risikomanagements

Die Risikonahme zur Ergebniszielung stellt für den Postbank Konzern eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Eine Kernkompetenz des Postbank Konzerns ist, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen einzugehen und gleichzeitig die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen. In diesem Sinne hat der Postbank Konzern eine Risikomanagementorganisation geschaffen, die die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. In Zusammenarbeit mit den Risikokomitees hat der Gesamtvorstand die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder des Konzerns festgelegt. Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees			
	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Vorstände/ General- bevollmächtigte	<ul style="list-style-type: none"> Kredit Financial Markets Produktmarketing Services Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> Financial Markets Kredit Produktmarketing Finanzen Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> IT/Operations Ressourcen Services Filialvertrieb Chief Risk Officer
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren Festlegung Standardrisikokosten 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation 	<ul style="list-style-type: none"> Festlegung Risikostrategie OpRisk Definition Mindestanforderungen für Konzerneinheiten Definition Rahmenbedingungen für OpRisk

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden, konzernweit geltenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den einzelnen Geschäftsfeldern, deren Aktivitäten im Rahmen der Geschäftsstrategie festgelegt sind. Die Postbank ist aktiv in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets.

Aufgrund des breit diversifizierten Kundenportfolios sind die Konzentrationsrisiken im Portfolio des Postbank Konzerns tendenziell gering ausgeprägt. Innerhalb der Kreditrisikoüberwachung sind Prozesse, Berichtswege und Eskalationsmechanismen aufgesetzt worden, mit denen Kontrahenten- bzw. Emittentenrisiken überwacht werden und das Exposure nach z. B. verschiedenen Branchen, Kundengruppen und Einzeladressen aufgeschlüsselt wird.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung ist im Konzern auf mehrere Einheiten verteilt; dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts, dezentral die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corp. und PB Factoring GmbH sowie die Niederlassung in London.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit. Der Bereich ist organisatorisch dem Chief Risk Officer im Ressort Kredit zugeordnet. Im Risikocontrolling liegt die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corp. und der Niederlassung in London übernimmt dieser Bereich das operative Risikocontrolling und hat die Verantwortung für das Reporting auf Konzernebene.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im vierten Quartal 2008 hat die Postbank zur konzernweiten Stärkung des Risikomanagements und zur Bündelung der Kompetenzen im Rahmen der Risikoüberwachung und -steuerung die Position des Chief Risk Officers eingeführt. Dieser ist künftig konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen der Marktfolge zuständig. Entsprechend wurden der Bereich Risikocontrolling und die Kreditgrundsatzabteilungen in der Aufbauorganisation dem CRO zugeordnet. In den Risikokomitees (Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken) ist der CRO als stimmberechtigtes Mitglied vertreten. Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr 2008 das Ressort Financial Markets organisatorisch neu geordnet. Neben den Bereichen Treasury und Kapitalmärkte wurden die Bereiche Liquiditätssteuerung und Credit-Treasury neu gegliedert. Im Bereich Treasury erfolgt die Steuerung

der Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie der Spread-Risiken aus Government Bonds, Covered Bonds und Financials im Bankbuch. Für das Handelsbuch werden diese Risiken durch den Bereich Kapitalmärkte gesteuert. Der Bereich Liquiditätssteuerung ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Liquiditätsfristentransformation im Konzern. Die Aufgabe des Credit-Treasury besteht darin, das sonstige Credit-Spread-Risiko der Postbank Gruppe im Sinne eines aktiven Portfoliomanagements zu steuern.

Im Berichtsjahr 2008 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen um weitere Informationen zur Überwachung und Limitierung von Liquiditätsrisiken sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der dezentralen Einheiten ergänzt.

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme und Prozesse unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Insbesondere wurde im Berichtsjahr 2008 wie geplant ein Programm zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle für Marktpreisrisiken, Kreditrisiken und Operationelle Risiken aufgesetzt. Ziel ist eine stärkere Konvergenz zwischen interner Risikosteuerung und aufsichtsrechtlicher Eigenmittelunterlegung sowie eine Optimierung der Systeme und Prozesse zur Risikosteuerung. Es ist geplant, nach aufsichtlicher Genehmigung die Ergebnisse für alle genannten Risikoarten auch für die regulatorische Eigenmittelunterlegung gemäß Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Die wesentlichen Informationen zur Risikolage werden regelmäßig auf Basis einer standardisierten Berichtsform mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Arten von Risiken

Der Postbank Konzern unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Rohwarenpreisen, Fremdwährungs- und Aktienkursen eintreten können.

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spread-Risiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.

I Operationelle Risiken

Die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobilienrisiken

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz des Deutschen Postbank Konzerns und umfassen Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken.

I Kollektivrisiken

Spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG. Sie umfassen die negativen Auswirkungen aufgrund von (nicht zinsinduzierten) Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von den prognostizierten Verhaltensannahmen.

I Geschäftsrisiken

Die Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapital- und Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Risikokapital und Risikolimitierung

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird im Hinblick auf den Anlegerschutz beurteilt und dient als Grundlage für die Ableitung der Systematik zur Limitierung von wesentlichen Risiken. Die Summe der der Bank zur Absicherung ihrer Risiken zur Verfügung stehenden Mittel wird als Risikodeckungsmasse bezeichnet. Das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank erfüllt die relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen und liefert steuerungsrelevante Impulse.

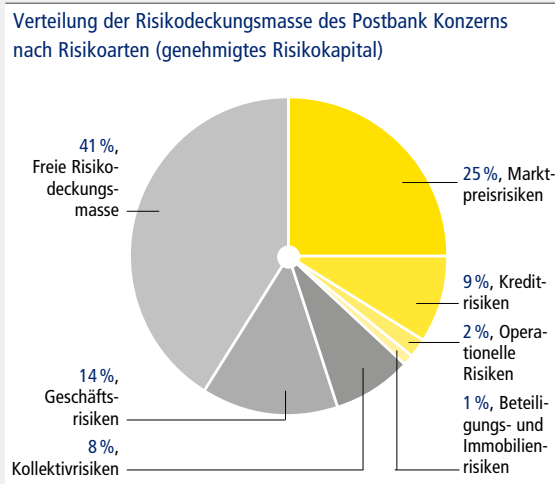
Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn er die erstrangigen Verbindlichkeiten mit einer seinem Zielrating entsprechenden Wahrscheinlichkeit bedienen kann. Das Konzept zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse richtet sich hierbei an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem bilanziellen Eigenkapital abzüglich Goodwill, dem Nachrangkapital, der Neubewertungsrücklage, den sonstigen beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten und dem erwarteten Gewinn der Planperiode.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand des Postbank Konzerns nur einen Teil der Risikodeckungsmasse zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko des Postbank Konzerns dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und auf die Risikoarten verteilt. Die weitere Verteilung erfolgt dann durch die Risikokomitees.

Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos stehen dem Postbank Konzern ausreichend Liquiditätsreserven zur Verfügung. Darüber hinaus reserviert der Postbank Konzern ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren für potenzielle Stresssituationen. Das LFT-Risiko wird zurzeit implizit über das für Geschäftsrisiken bereitgestellte Risikokapital begrenzt. Eine eigenständige Limitierung der LFT-Risiken ist in Planung.

Da eine einfache Summation des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Hierbei wird generell von hohen Korrelationen zwischen Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken ausgegangen. Die Geschäftsrisiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel ebenfalls mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns nach Risikoarten nach Berücksichtigung von Korrelations-effekten im Geschäftsjahr 2008 (Berechnung per 31. Dezember 2008) stellt sich wie folgt dar:



Um die Auslastung des Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestuften Risiken verwendet der Postbank Konzern einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel 1 Jahr) nicht überschritten wird. Das Konfidenzniveau leitet sich dabei aus dem angestrebten Zielrating im A-Bereich ab.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung sowohl für das Kerngeschäft als auch für das Eigengeschäft über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch die Anlage in einem unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten optimierten Zielfortfolio. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert, sondern stellen mit ihrem Risikokapital Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Auch hier ermittelt die Postbank fortwährend die Adäquanz der Abzugsgröße.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Solange die für die einzelnen Risikoarten vergebenen Limite auf Konzernebene eingehalten werden und die aggregierten Limite sowie die Abzugsgrößen geringer sind als die Risikodeckungsmasse, ist auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Risikosituation war 2008 mit Blick auf die Finanzmarktkrise insgesamt sehr angespannt. Die Marktverwerfungen haben sich vor allem nach der Beantragung von Gläubigerschutz durch die US-Investmentbank Lehman Brothers Holdings Inc. Mitte September spürbar verschärft. Mit der eskalierenden Vertrauenskrise im Finanzsektor haben sich die Credit-Spreads im vierten Quartal in sämtlichen Asset-Klassen nochmals deutlich ausgeweitet, in einzelnen Marktsegmenten kam der Handel vollkommen zum Erliegen. Auch die Aktienmärkte reagierten auf die sich zuspitzende Finanzmarktkrise und die zunehmende konjunkturelle Eintrübung mit deutlichen Kursrückgängen. Die mit der eskalierenden Vertrauenskrise im Finanzsektor verbundenen Marktwertrückgänge führten zu einem entsprechenden Rückgang in den kapitalmarktabhängigen Bestandteilen der Risikodeckungsmasse. Parallel dazu sind die VaR-Werte vor dem Hintergrund der deutlich erhöhten Volatilität im Jahresverlauf stark gestiegen, sodass trotz der insbesondere im zweiten Halbjahr 2008 durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung von Kapitalmarktbeständen eine zusätzliche Unterlegung mit Risikokapital erforderlich war.

Die Auslastung der Risikodeckungsmasse durch das verteilte Risikokapital hat sich daher insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozentpunkte erhöht. Trotzdem war die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns auch im Umfeld der Finanzmarktkrise jederzeit gegeben. Zum Stichtag 31. Dezember 2008 lag die Auslastung der Limite bei Marktpreisrisiken, insbesondere aufgrund der im Zuge des zweiten Halbjahres stark gestiegenen Volatilitäten und der Belastungen aus der Finanzmarktkrise, bei 78%. Bezogen auf Kreditrisiken, lag die Limitauslastung nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse bei 74%.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung des Postbank Konzerns eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet intensiv die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung. Die Risikotragfähigkeit wird konzernweit vierteljährlich ermittelt und in einem eigenständigen Bericht dargestellt. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Berichte dargestellt. Das Reporting umfasst sämtliche relevanten Töchter der Deutschen Postbank AG. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des konzernweiten Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder

der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren umfangreich informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene liegt im Bereich Risikocontrolling.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit Inkrafttreten der Solvabilitätsverordnung (SolvV), d. h. seit dem 1. Januar 2007, auf Basis der Vorgaben von Basel II. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der Postbank mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 die Zulassung für die Eigenkapitalberechnung nach dem IRB-Basisansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft erteilt und mit Schreiben vom 11. Dezember 2007 die Kalkulation weiterer Portfolios auf Basis interner Ratingsysteme genehmigt. Damit orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend werden Kredite in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in Abhängigkeit von der Bonität der Schuldner, mit Eigenkapital unterlegt. Darüber hinaus werden nunmehr auch Operationelle Risiken mit Eigenkapital unterlegt.

Seit dem 1. Januar 2008 hat die Postbank den aufsichtlichen Referenzpunkt überschritten. Für 2008 beträgt der gemäß § 67 SolvV kalkulierte Abdeckungsgrad für die auf Basis interner Ratings kalkulierten Portfolios 90,6% der Positionswerte und 82,8% der risikogewichteten Positionswerte (Kalkulation per 30. Juni 2008). Der Abdeckungsgrad stellt das Verhältnis aller IRBA-Positionswerte bzw. risikogewichteten IRBA-Positionswerte zu sämtlichen nach § 67 Abs. 4 SolvV zu berücksichtigenden Positionswerten bzw. risikogewichteten Positionswerten dar. Die Postbank meldete im Berichtszeitraum, ergänzend zu den bereits 2007 nach den auf internen Ratings basierenden Ansätzen (IRB-Ansätze) kalkulierten Portfolios der Deutschen Postbank AG, nunmehr auch für OTC-Derivate, für den überwiegenden Teil der Portfolios der PB Factoring GmbH, Bonn, der BHW Bausparkasse AG, Hameln, der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, der Niederlassung London sowie der PB Capital, Wilmington/USA, und der PB Realty, New York/USA, die Eigenmittelunterlegung auf Basis interner Ratings.

Für die folgenden Portfolios (gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung) kalkulierte die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2008 die aufsichtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze:

- | Zentralregierungen: Staaten
- | Institute: Banken
- | Unternehmen: Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen
- | Mengengeschäft: Baufinanzierungen Postbank, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, angekaufte Forderungen
- | Beteiligungen, soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen
- | Verbriefungen
- | Sonstige kreditunabhängige Aktiva

In den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen verwendet die Postbank selbst geschätzte Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie für das Mengengeschäft ergänzend selbst geschätzte Verlustquoten und Konversionsfaktoren.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank seit dem 1. Januar 2008 den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios:

- | Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment
- | Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank Gruppe
- | Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen
- | Forderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, inländischen Regionalregierungen, örtlichen Gebietskörperschaften sowie nicht wettbewerblich tätigen Förderinstituten

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Grundgeschäfte. Die Eigenkapitalunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes mittels externer Ratings bzw. mittels aufsichtlichem Formelansatz kalkuliert. Die Postbank ermittelt die Eigenkapitalunterlegung für Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren sind, portfoliospezifisch auf Basis selbst geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Risikogewichtung der übrigen Beteiligungen und auch der kreditunabhängigen Aktiva erfolgt mit aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten.

Zur Erreichung der Austrittsschwelle, d. h. eines Abdeckungsgrads in Höhe von 92 % der Positionswerte bzw. der risikogewichteten Positionswerte, ist insbesondere die Überführung der Portfolios „Versicherungen“, „Ausländische Kommunen“ sowie der Portfolios der „Postbank Home Finance Ltd., New Delhi, Indien“ in den IRB-Ansatz in Vorbereitung.

Für den 30. Juni 2009 (Stufe 1) bzw. den 31. Dezember 2010 (Stufe 2) strebt die Postbank die Zulassung der Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für Portfolios außerhalb des Mengengeschäfts im Rahmen der fortgeschrittenen IRB-Ansätze an.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Marktpreisrisiken nutzt die Postbank die aufsichtlichen Standardmethoden. Ab dem zweiten Quartal 2010 plant die Postbank, auch für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken ein internes Marktrisiko-Modell einzuführen und dieses – nach Zulassung durch die Bankenaufsicht – ebenfalls zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen zu verwenden.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank den Standardansatz. Dieser ist Basis für die geplante Umsetzung des fortgeschrittenen Messansatzes (AMA). Hierfür hat die Postbank 2007 bereits ein eigenes Quantifizierungsmodell entwickelt, das nun intern validiert und sukzessive weiterentwickelt wird. Ziel ist es, Anfang 2010 den Zulassungsantrag bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank einzureichen und das interne Modell nach erfolgter Zulassung auch für die Ermittlung der externen Eigenkapitalunterlegung einzusetzen.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolV in Verbindung mit § 26a KWG hat die Postbank am 5. März 2008 und am 25. August 2008 ihre ersten Offenlegungsberichte gemäß Solvabilitätsverordnung auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Der Offenlegungsbericht per 31. Dezember 2008 wird zeitnah zum Jahresabschluss im Internet freigeschaltet.



Liquiditätsanforderungen

Die Deutsche Postbank AG erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Deutsche Postbank AG kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 8 LiqV.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ersetzen die früheren Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) sowie die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR) und haben diese Regelungen insbesondere um die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken ergänzt. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse. Darüber hinaus sind mit den MaRisk die qualitativen Anforderungen an die Säule II gemäß Basel II regulatorisch umgesetzt worden.

Der Postbank Konzern erfüllt die in den MaRisk kodifizierten Anforderungen zur Steuerung der bankspezifischen Risiken und zur Sicherstellung der betriebswirtschaftlichen Risikotragfähigkeit.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Rohwarenpreisen, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten führen können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisiko-Komitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die operative Marktpreisrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der Deutschen Postbank AG, wobei die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken im Rahmen separat definierter Risikolimits eigenständig steuern.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten

Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches und unter Ertragsgesichtspunkten gewünschtes Maß. Sofern ökonomisch sinnvoll und unter den im Zuge der Finanzmarktkrise angespannten Marktbedingungen möglich, werden unerwünschte Marktpreisrisiken abgesichert oder abgebaut. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen oder beibehalten werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Zins-, Aktien-, Fremdwährungs-, Spread- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Im Zuge der zunehmenden Inaktivität einzelner Marktsegmente wurde zudem die Einrichtung eines gesonderten Prozesses erforderlich, in dem regelmäßig überprüft wird, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind vollständig in der Risikomessung integriert. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Gap-Strukturen herangezogen. Hierbei erfolgt auch eine regelmäßige Analyse des Belastungspotenzials für die Positionen der Kategorie „Available for Sale“ (AFS), deren Wertveränderungen unmittelbar die Neubewertungsrücklage und damit auch die regulatorische Kernkapitalquote beeinflussen. Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßigen Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die Auswirkung außergewöhnlicher Marktbewegungen auf Barwerte als auch auf GuV- und Bilanzgrößen analysiert wird.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise hat die Postbank die Rahmenbedingungen für die Risikoallokation in einem Projekt unter verschiedenen Szenarien intensiv analysiert und in Teilen neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang sind die Risikopositionen im Zins- und Aktienbereich bewusst zurückgeführt worden.

Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken für die Postbank und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder extremen Marktbewegungen mit Relevanz für die Postbank ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

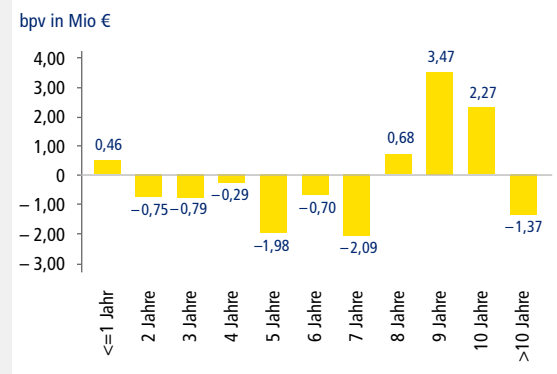
Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzensänderung resultierenden

Änderungen des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente.

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen Annahmen getroffen. Von besonderer Bedeutung für die Postbank sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Einlagengeschäfte der Deutschen Postbank AG, für die das Modell der gleitenden Durchschnitte verwendet wird, die Positionen des Bausparkkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsvorschriften und Bodensatzdefinitionen bilden hier ein modernes Konzept zur Risikosteuerung. In der Zinsänderungsrisikomessung werden vorzeitige Kreditrückzahlungsrechte, falls sie wesentlich sind, über Optionsmodelle berücksichtigt. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert.

Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2008 in Form einer Basispoint-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog dazu als Passivüberhang zu interpretieren.

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 31.12.2008



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2008 im Wesentlichen auf den mittleren Laufzeitbereich konzentrieren. Der passivische Überhang im 8- bis 10-Jahres-Laufzeitband resultiert im Wesentlichen aus den langfristigen Positionen im Bausparkkollektiv der BHW Bausparkasse AG. Die Zinssensitivität ist im Jahresverlauf deutlich zurückgeführt worden. Zur Begrenzung des zusätzlichen Belastungspotenzials der Neubewertungsrücklage und damit der Kapitalkennziffern ist hierbei insbesondere die Zinssensitivität der AFS-Positionen sehr eng gesteuert worden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Berichtsfrequenz erhöht.

Ergebnis aus der Gesamtbanksteuerung mit Zinsprodukten

Im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements steuert die Postbank insbesondere ihre Zinsänderungsrisiken (Gap-Steuerung); dies erfolgt u. a. durch den Einsatz von Sicherungsstrategien (Hedges). Im Berichtsjahr wurden 554 Mio € gebucht (Vorjahr: 337 Mio €); das barwertige Ergebnis aus der Gesamtbanksteuerung mit Zinsprodukten betrug 702 Mio € (Vorjahr: 228 Mio €) (vgl. Note 4(g) Hedging-Derivate).

Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktpreisrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt grundsätzlich nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung eines Konfidenzniveaus von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen (Bankbuch) bzw. 1 Tag (Handelsbücher). Als Risikofaktoren werden neben Zinskurven, Aktienkursen, Rohwarenpreisen, Wechselkursen sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Credit-Spread-Veränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Der Varianz-Kovarianz-Ansatz wird auf alle Portfolios des Handelsbestands und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimiten werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden im Postbank Konzern durch ein System risikobegrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Gesamtlimiten werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimiten den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Die im Zuge der Finanzmarktkrise aufgetretenen extremen Marktwertverluste haben in Verbindung mit den deutlich gestiegenen VaR-Werten in einzelnen Portfolios zeitweise zu Limitüberschreitungen geführt. Diese Limitüberschreitungen sind jeweils regelkonform eskaliert und nach Analyse der möglichen Handlungsoptionen auf Basis von Vorstandsbeschlüssen bereinigt worden. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Backtesting-Ergebnisse wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert. Die vor allem im zweiten Halbjahr drastisch erhöhte Volatilität der Marktrisikofaktoren führte in einzelnen Subportfolios zu einem deutlichen Anstieg der Fälle, in denen die realisierte Marktwertschwankung größer als der kalkulierte VaR war. Daraufhin wurden im vierten Quartal für die betroffenen Portfolios pauschale

VaR-Aufschläge eingeführt, die zu einer spürbaren Verbesserung der Backtesting-Ergebnisse führten. Auf den relevanten übergeordneten Ebenen zeigt das Backtesting für das Jahr 2008 insgesamt noch im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen (Worst-Case-Szenarien) auf die Vermögenspositionen des Postbank Konzerns. Im Rahmen dieser Analysen werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Positionen auf Gesamtkonzernebene untersucht. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees sowie der Aufsichtsrat werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns auch bei einer noch weiteren Verschärfung der angespannten Marktsituation gewährleistet wäre.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt der Postbank Konzern bei Geschäftsabschluss auch eine Prüfung aller Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

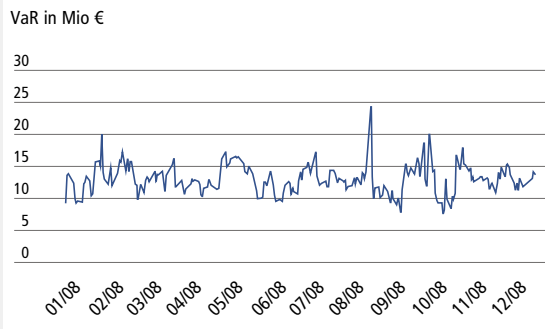
Für den Postbank Konzern wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008 (sowie für das Vergleichsjahr 2007) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) für den Handelsbestand ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbestand	2008 Mio €	2007 Mio €
VaR am Jahresultimo	13,8	7,9
Minimaler VaR	7,7	3,0
Maximaler VaR	23,9	16,1
Durchschnittlicher VaR	12,9	7,8

Bedingt durch die Geschäftsstrategie des Postbank Konzerns, wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zinsänderungsrisiken (einschließlich Spread-Risiken) im Anlagebuch determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbestand Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen insbesondere durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Töchter der Deutschen Postbank AG. Zum Jahresende wurden angesichts der extrem angespannten Marktsituation die Aktienbestände im Anlagebuch der Postbank vollständig abgebaut.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2008 für den Handelsbestand ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

VaR Handelsbestand 2008



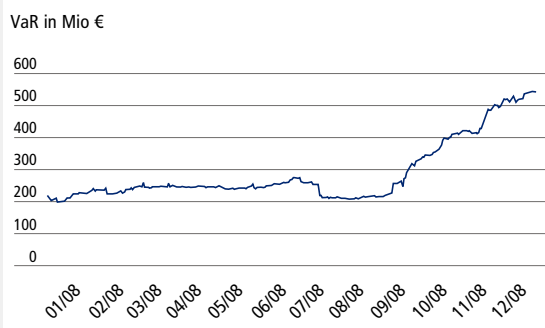
Im Verlauf des Jahres 2008 wurden im Handelsbestand die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur Positionierung an den Zins- und Aktienmärkten genutzt. Der VaR im Handelsbestand bewegte sich aufgrund der deutlich gestiegenen Volatilitäten unter Schwankungen auf einem gegenüber 2007 erhöhten, insgesamt aber auf einem moderaten Niveau.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) zum 31. Dezember 2008 532,0 Mio € (zum Vergleich: 208,5 Mio € per 31. Dezember 2007).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2008 Mio €	2007 Mio €
VaR am Jahresresultimo	532,0	208,5
Minimaler VaR	194,3	215,0
Maximaler VaR	533,1	113,0
Durchschnittlicher VaR	281,2	150,9

In die Berechnung werden sämtliche risikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.

VaR Anlagebuch 2008



Der deutliche Anstieg im Value-at-Risk ist im Wesentlichen auf die im Zuge der Finanzmarktkrise – insbesondere nach der Beantragung von Gläubigerschutz durch die US-Investmentbank Lehman Brothers Holdings Inc. Mitte September – über alle Asset-Klassen hinweg sprunghaft angestiegenen Volatilitäten zurückzuführen. Dieser Effekt

überlagert deutlich den im Jahresverlauf durchgeführten Abbau von stark volatilen Kapitalmarktbeständen.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-instrumente, die detailliert Auskunft über die eingegangenen Marktpreisrisiken geben:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen.
- I Der Wochenbericht fasst die wesentlichen Veränderungen des Marktes und in den Positionen zusammen und richtet sich an die Positionsverantwortlichen. Die Tages- und Wochenberichte werden regelmäßig mit den Positionsverantwortlichen abgestimmt und liefern die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird, getrennt nach Portfolios und Währungen, über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse, abgegrenzt nach Managementeinheiten bzw. GuV-Wirksamkeit, dar.
- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert der Postbank Konzern als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I Bonitäts- und Ausfallrisiken
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I Abwicklungsrisiken
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

I Kontrahentenrisiken

Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.

I Länderrisiken

Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRK) delegiert; die Kontrolle durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss.

Der Postbank Konzern steuert sein Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Als eine weitere risikostrategische Maßnahme orientiert sich der Postbank Konzern bezüglich der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios für Firmenkunden, Banken und Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) an einem Zielportfolio. Dieses Zielportfolio wurde unter der besonderen Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielportfolio. Die identifizierten Abweichungen fließen kontinuierlich in die Steuerung der Kreditportfolios ein. Für Unternehmensfinanzierungen erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, dem Verhältnis aus risikoadjustierter Nettomarge und gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation nicht Teil des Zielportfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos statt und zum anderen auf Portfolioebene.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

*Steuerung der Einzelrisiken
Kreditgenehmigungsverfahren*

Die Kreditrichtlinien des Postbank Konzerns enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen

Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren regelmäßig ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers. Parallel wird die Verwertungsquote bei Zahlungsunfähigkeit entweder individuell (im Falle der Baufinanzierungen) oder pauschal (im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts) geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoring-Prozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten.

Im Rahmen der Basel-II-Umsetzung hat die Postbank die Prozesse zur Konzeption, Implementierung und Überwachung der Ratingsysteme den Anforderungen an die Verwendung interner Ratingsysteme angepasst. Dazu gehören insbesondere die regelmäßige Überprüfung des Leistungsverhaltens und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

interne Berichtswesen. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit des Ratingsystems sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlusts“, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist, und fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft des Postbank Konzerns werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Die im täglichen Geschäftsbetrieb einer Bank eingegangenen Risiken können durch Sicherungsinstrumente oder Aufrechnungsverfahren gemindert werden.

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzerneinheitlicher Standards kontinuierlich überwacht.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherungsinstruments zur Kreditrisikominderung trifft die Postbank im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostrategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Sach Sicherheiten wie Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und Sachsicherheiten.

Die Verantwortlichkeit für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die Verwaltung der Sicherheiten wird DV-technisch unterstützt in den positionsführenden Systemen vorgenommen. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regional-

regierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Immobiliensicherheiten unterliegen einer vorsichtigen Bewertung, die auch Risiken potenzieller Wertverschlechterungen adäquat berücksichtigt. Je nach zugrunde liegendem Risiko werden Sicherheiten in unterschiedlichen Zeitabständen und Intensitäten überwacht. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheit.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgt turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung, eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktschwankungskonzepts des ZKA und daneben eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten größer als 3 Mio € wird die Bewertung spätestens nach drei Jahren durch unabhängige qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Für grundpfandrechtliche Sicherheiten im Privatkunden-Baufinanzierungsgeschäft hat die Postbank ein Marktschwankungskonzept zur Überwachung von Wohnimmobilien entwickelt, das auf statistischen Analysen von Marktindizes und Ad-hoc-Analysen bei außergewöhnlichen Wertänderungen beruht und zur jährlichen Überprüfung der Werthaltigkeit der Sicherheiten dient.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Risikohöhe sowie die Risikokonzentration werden durch Limitierung des Einzelkredits oder Limitierung des Gesamtbilios eines Kreditnehmers begrenzt. Für die Erfassung und Kontrolle werden moderne Datenverarbeitungssysteme eingesetzt. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand produktindividuell definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Der Postbank Konzern führt im 14-tägigen Rhythmus mithilfe von Research-Informationen Bonitätsüberprüfungen insbesondere in den Segmenten Finanzdienstleister, Unternehmen und strukturierte Finanzierungen durch, um sehr frühzeitig negative Trends in der Entwicklung der Bonität erkennen und Handlungsalternativen entwickeln zu können. Diese Überprüfungen werden durch eine Software unterstützt, die Kreditausfallwahrscheinlichkeiten aus einer Vielzahl von Marktdaten ableitet.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risiko-behaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Die Überwachungsliste dient auch der Erfassung und Analyse der Qualitätsänderungen dieser Kredite. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand, das Kreditrisikokomitee und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung des Kreditrisikos auf Portfolioebene
Portfoliosteuerung

Neben der Überwachung der Einzelrisiken ermittelt der Postbank Konzern den Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestandes des Konzerns. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, der innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Gegensatz dazu ist der in der Tabelle „Portfoliostruktur“ angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Postbank Portfolios, bezogen auf einen Einjahreshorizont. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied dazu ist der erwartete Verlust eines Kreditportfolios der Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw. ausfallen wird. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Forderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Messung des CVaR wird mit einem Kreditrisikomodell durchgeführt, das die konsistente Erfassung aller Kreditrisiken ermöglicht. Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schuldnerspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben

einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung unter anderem fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Konzernkreditportfolios berechnet, für einzelne Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2008 (Berechnung per 30. November 2008) im Vergleich zum Jahresende 2007 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Abweichung des in dieser Tabelle angegebenen Volumens für den Konzernkreditbestand von dem weiter unten ausgewiesenen „maximalen Adressenausfallrisiko“ resultiert zum einen daraus, dass als Stichtag zur Berechnung des CVaR der Vormonatsultimo herangezogen wird und zum anderen zur vollständigen Quantifizierung der Kreditrisiken bei der Berechnung des CVaR je nach Position Buchwerte, Marktwerte oder Kreditäquivalenzbeträge verwendet werden.

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Credit VaR *	
	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Firmenkunden	25.860	18.670	77	55	205	181
Privatkunden	46.067	42.380	213	173	199	133
Financial Markets	142.903	112.494	210	109	848	606
Sonstige (Banken/Kommunen)	6.056	7.828	4	4	108	121
BHW	41.622	41.965	66	73	63	57
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	262.508	223.337	570	414	877	661

* Konfidenzniveau 99,93%

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

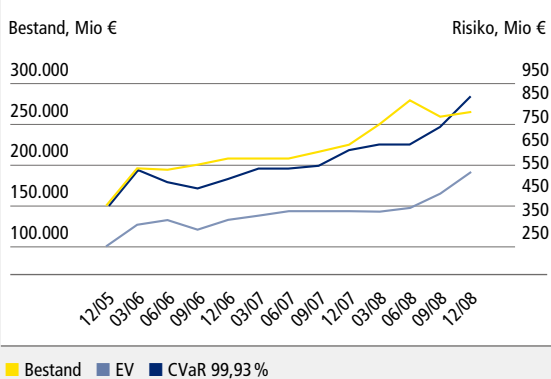
Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Der Anstieg des Gesamtkreditbestands von 223.337 Mio € um 17,5 % auf 262.508 Mio € geht mit einem Anstieg des erwarteten Verlusts um 37,7 % und einem Anstieg des unerwarteten Verlusts um 32,7 % einher. Der überproportionale Anstieg des erwarteten und des unerwarteten Verlusts resultiert aus Ratingverschlechterungen infolge der Kapitalmarktkrise und einem zusätzlichen Anstieg von Konzentrationsrisiken. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist eine weitere Abnahme des Konzernkreditbestands gegenüber Banken und Kommunen und ein Anstieg der Privat- und Firmenkundenkredite sowie der Financial-Markets-Bestände zu beobachten. Unter Berücksichtigung des geplanten Wachstums im Kreditvolumen ist auch für das laufende Jahr mit einer entsprechenden Ausweitung des erwarteten Verlusts und des CVaR zu rechnen. Diesem Wachstum steht der geplante Abbau von Financial-Markets-Beständen gegenüber.

Gesamtbankbestands- und Risikoentwicklung über die Zeit



Das maximale Kreditrisiko stellt sich zum 31. Dezember 2008 im Vergleich zum 31. Dezember 2007 wie folgt dar:

Maximale Adressenausfallrisiken ¹		
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Handelsaktiva	16.573	9.940
Held for Trading	16.573	9.940
Hedging-Derivate	474	421
Held for Trading	474	421
Forderungen an Kreditinstitute	18.684	24.560
Loans and Receivables	18.616	24.521
Available for Sale	68	39
Forderungen an Kunden	105.318	92.064
Loans and Receivables	96.373	84.564
Designated at Fair Value	8.605	7.044
Held to Maturity	340	456
Available for Sale	0	0
Finanzanlagen	83.058	68.582
Loans and Receivables	68.859	26.600
Designated at Fair Value	0	0
Held to Maturity	186	730
Available for Sale	14.013	41.252
Zwischensumme	224.107	195.567
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	1.296	1.428
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	23.205	23.480
Gesamt	248.608	220.475

Im Gegensatz zur Tabelle „Kreditrisiken“ beinhaltet die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttoexposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings oder Sicherheiten ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente zeigt bei ausgewogener Struktur ein weiterhin stabiles Bild. Die folgende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgliedert nach Klassen:

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen ¹														
Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Handelsaktiva	215	209	15.728	9.271	17	14	128	148	172	165	313	133	16.573	9.940
Held for Trading	215	209	15.728	9.271	17	14	128	148	172	165	313	133	16.573	9.940
Hedging-Derivate	0	0	429	385	25	26	13	5	0	0	7	5	474	421
Held for Trading	0	0	429	385	25	26	13	5	0	0	7	5	474	421
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	18.684	24.560	0	0	0	0	0	0	0	0	18.684	24.560
Loans and Receivables	0	0	18.616	24.521	0	0	0	0	0	0	0	0	18.616	24.521
Available for Sale	0	0	68	39	0	0	0	0	0	0	0	0	68	39
Forderungen an Kunden	75.127	67.737	9.575	7.669	3.755	4.612	5.926	3.911	4.738	2.687	6.197	5.448	105.318	92.064
Loans and Receivables	66.522	60.693	9.570	7.662	3.607	4.396	5.874	3.846	4.611	2.528	6.189	5.439	96.373	84.564
Designated at Fair Value	8.605	7.044	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8.605	7.044
Held to Maturity	0	0	5	7	148	216	52	65	127	159	8	9	340	456
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	0	0	49.585	46.388	26.873	15.078	875	739	4.152	4.048	1.573	2.329	83.058	68.582
Loans and Receivables	0	0	44.252	22.276	19.369	2.014	778	119	3.569	1.258	891	933	68.859	26.600
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	0	0	186	709	0	21	0	0	0	0	0	0	186	730
Available for Sale	0	0	5.147	23.403	7.504	13.043	97	620	583	2.790	682	1.396	14.013	41.252
Zwischensumme	75.342	67.946	94.001	88.273	30.670	19.730	6.942	4.803	9.062	6.900	8.090	7.915	224.107	195.567
Eventualverpflichtungen	290	252	623	891	24	22	251	172	21	16	87	75	1.296	1.428
Andere Verpflichtungen	19.021	19.113	481	34	32	35	575	971	589	667	2.507	2.660	23.205	23.480
Gesamt	94.653	87.311	95.105	89.198	30.726	19.787	7.768	5.946	9.672	7.583	10.684	10.650	248.608	220.475

Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in nationalen und internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der breit diversifizierte Bestand an Finanzanlagen wird dominiert durch ein Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands oder anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern. Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostrategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten optimiert wurde.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat der Postbank Konzern länder-spezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Im Zuge der Finanzmarktkrise sind verschiedene Länderlimite für Neugeschäft gesperrt worden.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten ¹								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Handelsaktiva	3.776	5.127	11.256	3.740	1.541	1.073	16.573	9.940
Held for Trading	3.776	5.127	11.256	3.740	1.541	1.073	16.573	9.940
Hedging-Derivate	128	67	183	275	163	79	474	421
Held for Trading	128	67	183	275	163	79	474	421
Forderungen an Kreditinstitute	9.445	13.941	7.856	8.328	1.383	2.291	18.684	24.560
Loans and Receivables	9.377	13.902	7.856	8.328	1.383	2.291	18.616	24.521
Available for Sale	68	39	0	0	0	0	68	39
Forderungen an Kunden	88.825	80.147	12.346	9.154	4.147	2.763	105.318	92.064
Loans and Receivables	79.880	72.647	12.346	9.154	4.147	2.763	96.373	84.564
Designated at Fair Value	8.605	7.044	0	0	0	0	8.605	7.044
Held to Maturity	340	456	0	0	0	0	340	456
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	31.713	23.873	42.159	36.422	9.186	8.287	83.058	68.582
Loans and Receivables	24.034	14.971	37.648	8.618	7.177	3.011	68.859	26.600
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	176	666	10	16	0	48	186	730
Available for Sale	7.503	8.236	4.501	27.788	2.009	5.228	14.013	41.252
Zwischensumme	133.887	123.155	73.800	57.919	16.420	14.493	224.107	195.567
Eventualverpflichtungen	1.143	1.130	76	235	77	63	1.296	1.428
Andere Verpflichtungen	21.093	21.989	1.256	345	856	1.146	23.205	23.480
Gesamt	156.123	146.274	75.132	58.499	17.353	15.702	248.608	220.475

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategie-konforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die u. a. von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlas-sungen eingegangen wurden. Hierbei handelt es sich vornehmlich um gewerbliche Immobilienfinanzierungen, von denen bei einem Gesamtvolumen in Höhe von 15,9 Mrd € etwa 3,3 Mrd € auf die USA sowie 2,4 Mrd € auf Großbritannien entfallen.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung des Postbank Konzerns. Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2008 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Es dominieren die guten Ratingklassen: 93 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind ¹														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Handelsaktiva	417	2.447	12.337	5.040	2.419	1.622	300	180	167	207	718	235	16.358	9.731
Held for Trading	417	2.447	12.337	5.040	2.419	1.622	300	180	167	207	718	235	16.358	9.731
Hedging-Derivate	34	39	387	331	19	32	16	10	11	4	7	5	474	421
Held for Trading	34	39	387	331	19	32	16	10	11	4	7	5	474	421
Forderungen an Kreditinstitute	643	933	3.570	8.005	12.877	13.719	1.212	386	270	38	18	1.479	18.590	24.560
Loans and Receivables	643	933	3.502	7.966	12.877	13.719	1.212	386	270	38	18	1.479	18.522	24.521
Available for Sale	0	0	68	39	0	0	0	0	0	0	0	0	68	39
Forderungen an Kunden	513	814	2.818	3.018	5.843	3.620	10.754	7.806	6.877	5.858	642	81	27.447	21.197
Loans and Receivables	472	724	2.715	2.903	5.764	3.535	10.711	7.725	6.803	5.773	642	81	27.107	20.741
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	41	90	103	115	79	85	43	81	74	85	0	0	340	456
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	34.823	25.351	25.806	20.870	12.126	15.634	5.194	1.742	2.290	1.484	1.643	2.682	81.882	67.763
Loans and Receivables	26.553	11.850	24.441	7.040	10.929	5.342	4.330	628	1.060	645	732	955	68.045	26.640
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	186	590	0	92	0	48	0	0	0	0	0	0	186	730
Available for Sale	8.084	12.911	1.365	13.738	1.197	10.244	864	1.114	1.230	839	911	1.727	13.651	40.573
Gesamt	36.430	29.584	44.918	37.264	33.284	34.627	17.476	10.124	9.615	7.591	3.028	4.482	144.751	123.672

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2007 wurden überwiegend in den obersten Ratingklassen (AAA und AA) Bestände aufgebaut. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt oberhalb der gemäß Kreditrisikostategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung.

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2008 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualver-

bindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine sehr günstige Bonitätsstruktur auf. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor 08/2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h., durch Segmentierungen werden homogene Risiko-Pools gebildet, für die dann die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind ¹														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel II Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Handelsaktiva	0	0	15	4	68	20	55	69	74	110	3	6	215	209
Held for Trading	0	0	15	4	68	20	55	69	74	110	3	6	215	209
Forderungen an Kunden	2.611	2.174	5.590	4.819	6.625	5.620	11.972	9.800	16.996	12.505	31.333	32.819	75.127	67.737
Loans and Receivables	2.609	2.172	5.539	4.778	6.300	5.385	10.517	8.807	14.241	10.742	27.316	28.809	66.522	60.693
Designated at Fair Value	2	2	51	41	325	235	1.455	993	2.755	1.763	4.017	4.010	8.605	7.044
Gesamt	2.611	2.174	5.605	4.823	6.693	5.640	12.027	9.869	17.070	12.615	31.336	32.825	75.342	67.946

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2008 mit mindestens 100 € überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten												
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente								Gesamt		Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente	
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr					
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kunden	656	940	139	174	61	89	61	50	917	1.253	833	1.290
Loans and Receivables	656	940	139	174	61	89	61	50	917	1.253	833	1.290
Gesamt	656	940	139	174	61	89	61	50	917	1.253	833	1.290

Kreditrisikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung stattgefunden hat (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Fair Values der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Die Berechnung des Fair Value der Sicherheiten erfolgt jeweils einzelgeschäftsbezogen unter Berücksichtigung der geschätzten Verwertungserlöse, Verwertungszeitpunkte und dem Effektivzinssatz der Forderung. Kredite im Firmenkundenbereich, für die bereits eine Einzelwertberichtigung besteht, sowie alle auf der Überwachungsliste geführten Kredite, werden regelmäßig einer Bewertung unterzogen, d. h., es findet eine ständige Beobachtung anhand definierter Risikoindikatoren statt, die gegebenenfalls zu einer Bildung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung führt; quartalsweise wird ein erneuter Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf ein Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern innerhalb des Portfolios ein Wertberichtigungsbedarf besteht. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf pauschale Quoten zurückgegriffen, die auf historischen Erfahrungswerten bezüglich der Verlustquote beruhen. Der Postbank Konzern bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite und der Kreditkartenforderungen.

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 aus, jeweils aufgeteilt in durch Einzelwertberichtigungen wertgeminderte Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Impairments gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	94	0	52	0	42	0	–	–
Loans and Receivables	94	0	52	0	42	0	–	–
Forderungen an Kunden	1.827	1.877	1.180	1.154	647	723	949	922
Loans and Receivables	1.827	1.877	1.180	1.154	647	723	949	922
Finanzanlagen	1.176	819	624	130	552	689	–	–
Loans and Receivables	814	140	488	67	326	73	–	–
Available for Sale	362	679	136	63	226	616	–	–
Gesamt	3.097	2.696	1.856	1.284	1.241	1.412	949	922

Infolge der Finanzmarktkrise ist der Bestand an wertgeminderten Finanzanlagen 2008 stark angestiegen. Diese Wertminderungen traten bei Verbriefungen und bei Forderungen gegenüber isländischen Banken und Konzerngesellschaften von Lehman Brothers Holdings Inc. auf.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde noch seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall auf Portfolioebene werden im Rahmen der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit der Prozesse zur Risikoüberwachung individuell geschätzt werden.

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungs-Pools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset-Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligations (CDO), Collateralized Loan Obligations (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Investorpositionen des Bankbuchs werden je nach Intention und Struktur des Investments den IFRS-Kategorien „Loans & Receivables“ oder „Available for Sale“ zugerechnet und entsprechend bewertet. Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur („Standard & Poor's“, „Moody's“ oder „Fitch Ratings“) geratet. Die Verbriefungspositionen haben zum Zeitpunkt des Erwerbs in der Regel ein Rating von BBB– oder besser. Ein internes Ratingmodell für diese Positionen existiert nicht.

Das Portfolio hat per 31. Dezember 2008 ein Gesamtvolumen von 6,3 Mrd €. Aufgrund drastisch gestiegener Risikoidikatoren und erster Zahlungsausfälle bei strukturierten Kreditprodukten hat die Postbank die Überwachung der SCP-Bestände weiter intensiviert und unterzieht die Bestände mindestens in einem monatlichen Turnus einem Impairment-Test. Auf Basis einer regelmäßigen Bewertung des Portfolios wurden 2008 Impairments in Höhe von insgesamt 156 Mio € vorgenommen sowie Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 786 Mio € berücksichtigt. Seit Beginn der Finanzmarktkrise Mitte 2007 wurden somit Impairments von 268 Mio € bzw. Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 871 Mio € auf betroffene Bestände in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

Darüber hinaus wurden 549 Mio € an Fair-Value-Änderungen in der Neubewertungsrücklage und damit im Kernkapital berücksichtigt.

Die Postbank hatte zum 31. Dezember 2008 folgende Verbriefungspositionen im Bestand:

Verbriefungspositionen: Volumen nach Ratingklassen

	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Gesamt	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
CMBS	86	113	124	74	46	96	14	17	0	0	269	300
RMBS	448	107	91	43	120	98	41	41	12	0	712	289
Corporate CDO	574	757	275	1.258	173	398	829	407	920	79	2.772	2.900
Non Corporate CDO	208	652	149	499	270	424	204	179	991	72	1.822	1.826
Other ABS	423	376	110	47	5	128	101	112	69	56	708	719
Gesamt	1.739	2.006	747	1.920	615	1.143	1.190	757	1.993	207	6.283	6.033

Per Stichtag 31. Dezember 2008 waren Verbriefungspositionen nur in geringem Umfang (nominal insgesamt etwa 41 Mio €) über Monoliner abgesichert.

Der Bestand an Investorpositionen der Postbank an handelbaren Commercial-Real-Estate-Krediten (CMBS) beträgt zum Stichtag 269 Mio €. Diese Positionen sind fast ausschließlich europäische CMBS mit regionalem Schwerpunkt auf Großbritannien und Deutschland.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien – bezogen auf Deutschland und Italien – führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Zum Berichtsstichtag hat die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolvingenden Adressenausfallrisiken durchgeführt.

PB Domicile 2006-1	2.170 Mio €	(Deutsche Postbank AG)
Provide Blue 2005-1	1.024 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
Provide Blue 2005-2	2.509 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicilio 2007-1	1.197 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)

Darüber hinaus hat die Postbank im laufenden Geschäftsjahr als traditionelle Verbriefung die Originator-Verbriefung PB Consumer 2008-1 strukturiert, zu der per Stichtag noch kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene Reportinginstrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- I Der Kreditrisikobericht, der dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich zur Kenntnis gegeben wird, gibt Aufschluss über die Entwicklung des aktuellen Konzernkreditportfolios und die Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäftsebene. Neben der Darstellung von Kreditbestands- und -risikokennzahlen werden u. a. die größten auf den Einzelschuldner aggregierten Forderungsbestände und die größten notleidenden Kredite sowie die Auslastung der Risikolimits dargestellt.
- I Der Credit-Monitoring-Bericht wird vierteljährlich parallel zum Kreditrisikobericht erstellt und enthält zusätzliche Detailinformationen auf Geschäftsfeld- und Produktebene zur Steuerung der Kreditrisiken durch die operativen Einheiten. Der Credit-Monitoring-Bericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modellmonitoringreports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d.h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.
- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren und wertberechtigten Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Postbank hat erkannt, dass die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken einen Bestandteil der üblichen Risiko-beurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft bilden müssen. Im Hinblick auf unsere Kunden betrachten wir die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken
Risikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet der Postbank Konzern zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spread-Risiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums ein Verlust entstehen kann.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Liquiditätsrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung festgelegt. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG. Innerhalb definierter Risikolimits steuern die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse. Die konzernweiten Abstimmungsprozesse sind im Zuge der eskalierenden Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Herausforderungen an eine reaktionsschnelle und flexible Liquiditätsrisikosteuerung noch einmal intensiviert worden. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen in den Töchtern und Auslandsniederlassungen.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Liquiditätsrisiken werden nur im Rahmen genehmigter Grenzen übernommen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein umfangreiches Portfolio mit freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, das kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Dieses Portfolio wurde angesichts der erheblichen Verunsicherung gerade auch im Bereich der Retail-Kunden und der extrem angespannten Situation am Geldmarkt im Zuge der Finanzmarktkrise noch einmal deutlich aufgestockt. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen, in deren Rahmen im Berichtsjahr zwei Jumbo Pfandbriefe begeben wurden.

Das bereits Ende 2007 aufgesetzte Projekt, das die sukzessive Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung verfolgt, verläuft planmäßig und wird Ende 2009 abgeschlossen.

Die Postbank hat im Berichtsjahr die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV) stets erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Im Berichtsjahr wurde das Ressort Financial Markets organisatorisch neu geordnet. Der Bereich Liquiditätssteuerung ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Liquiditätsfristentransformation im Konzern.

Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Risikocontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens monatlich Stresstests unterzogen. Die hierbei betrachteten Szenarien sind im Berichtsjahr angesichts der extrem angespannten Marktentwicklung um weitere Extremszenarien ergänzt worden, die die mögliche Kumulation nachteiliger Liquiditätseffekte noch stärker berücksichtigen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände.

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

Die Liquiditätssituation des Postbank Konzerns ist – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise massiv erschwerten Marktbedingungen – insbesondere aufgrund der insgesamt stabilen Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren solide.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2008 sowie zum 31. Dezember 2007, differenziert nach Restlaufzeiten. Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dieses ist insbesondere relevant für die Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber statistisch gemessen deutlich länger zur Verfügung stehen.

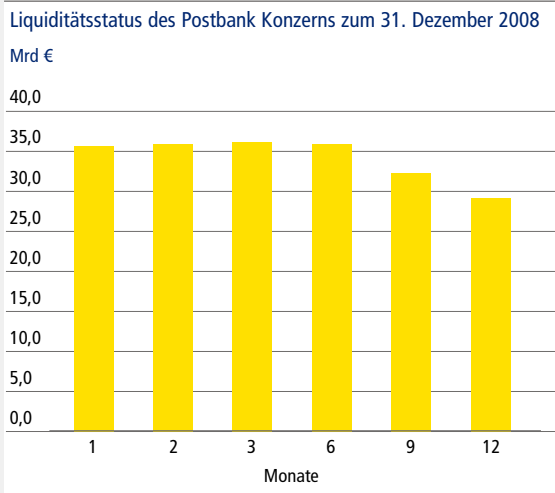
Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2008 eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung innerhalb eines Einjahreshorizonts.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten, zum Teil auf Schätzungen.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die gute Liquiditätsposition des Postbank Konzerns unterstreichen.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

Verbindlichkeiten	täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	648	2.668	46.437	44.849	6.283	3.916	4.834	4.307	6.970	4.558	65.171	60.298
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.083	25.684	50.485	47.273	25.096	22.056	4.258	3.008	19.089	1.103	125.011	99.124
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	9.415	2.042	3.813	1.445	4.785	8.374	1.533	3.931	19.547	15.792
Handelspassiva	0	0	80	487	3.046	953	12.411	1.935	4.763	2.446	20.300	5.822
Hedging-Derivate	0	0	61	81	434	106	2.209	619	1.292	1.417	3.997	2.222
Nachrangkapital	0	0	142	27	122	89	885	689	5.212	5.610	6.361	6.416
Sonstige Passiva	2	0	700	186	20	326	57	66	48	25	826	602
Unwiderrufliche Kreditzusagen	23.205	23.480	0	0	0	0	0	0	0	0	23.205	23.480
Gesamt	49.937	51.832	107.321	94.945	38.814	28.891	29.439	18.998	38.906	19.091	264.417	213.756



Risikoreporting

Insgesamt nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken, die angesichts der angespannten Marktsituation erweitert und fallweise durch Ad-hoc-Auswertungen zu einzelnen Analyseschwerpunkten ergänzt worden sind:

- I Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees und die für die Liquiditätssteuerung relevanten Einheiten werden täglich über den Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastungen auf Konzern- bzw. Einheitenebene unterrichtet.
- I Das Marktrisikokomitee wird durch die Organisationseinheit Liquiditätssteuerung monatlich in einem eigenständigen Report zu Marktsituation, Liquiditätssituation und Refinanzierungsaktivitäten der Postbank informiert.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Szenarioanalysen und Stresstests auf Konzernebene.
- I Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung werden im Rahmen des Vorstandsinformationssystem (VIS) an den Gesamtvorstand adressiert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit § 269 der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für Operationelle Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Erfüllung der qualifizierenden Anforderungen an den Standardansatz gemäß der Solvabilitätsverordnung wurde mittels einer institutsinternen Prüfung bestätigt und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank angezeigt.

Im Berichtsjahr hat der Gesamtvorstand die Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach) beschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung wurden im zweiten Halbjahr 2008 begonnen. Weitere Vorbereitungen werden im Jahr 2009 getroffen. Ziel ist es, Anfang 2010 den Zulassungsantrag bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank einzureichen und das interne Modell nach erfolgter Zulassung auch für die Ermittlung der externen Eigenkapitalunterlegung einzusetzen. Externe Daten werden vom Datenkonsortium DakOR bezogen. Darüber hinaus ist die Postbank im Jahr 2008 dem internationalen Datenkonsortium ORX beigetreten. Ein erster Austausch von Schadenfalldaten wird diesbezüglich Anfang 2009 erfolgen.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand des Postbank Konzerns verantwortet die Steuerung, Kontrolle und Überwachung der Operationellen Risiken. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) ist für die Festlegung konzernweiter Grundsätze zuständig. Das Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten des Konzerns.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Gesamtstrategie. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Operationelle Risiken auf ein notwendiges Minimum zu beschränken. Die Strategie zu den Operationellen Risiken beinhaltet konzernweite Grundprinzipien, z. B. zur aktiven Sicherheit wie Transparenz der Prozesse, eindeutige Kompetenzregelungen und angemessene Sicherheitsrichtlinien, aber auch zur passiven Sicherheit in Form einer ausreichenden finanziellen Vorsorge. Die Prinzipien gliedern sich in konzernweite Standards, die vom ORK definiert wurden und von allen Organisationseinheiten beachtet werden müssen, und in Prinzipien, die in der Verantwortung der einzelnen Geschäftsfelder liegen.

Die Operationellen Risiken sind in das Risikotragfähigkeitskonzept des Postbank Konzerns integriert. Der ermittelte Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken fließt als Abzugsgröße von der verfügbaren Risikodeckungsmasse in den Limitierungsprozess ein. Eine Suballokation von Risikokapital auf die einzelnen Profitcenter findet derzeit nicht statt.

Im Jahr 2008 betrug der Verlust aus Operationellen Risiken 24,3 Mio € (2007: 27,6 Mio €). Die Hauptverlusttreiber für die Postbank waren Betrugshandlungen durch Externe. Einen Schwerpunkt bildeten hierbei Frequenzschäden wie Kartenbetrug („Skimming“) sowie Überweisungs- und Kreditbetrug. Zur Begrenzung der Skimming-Schäden ist eine Task Force aufgesetzt worden, die eine Reihe von Maßnahmen initiiert hat. So ersetzt die Postbank z. B. die ausgegebenen Karten durch Karten mit höheren Sicherheitsstandards. Darüber hinaus besteht ein Schwerpunkt in der Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen.

Zur Sicherstellung eines konzernweit einheitlichen Vorgehens werden alle Maßnahmen zur Steuerung und Überwachung der Operationellen Risiken durch die Abteilung Markt-/Operationelle Risiken der Postbank Zentrale koordiniert.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Folgende Methoden setzt die Postbank im Rahmen des OpRisk-Controllings konzernweit ein:

- I strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 €
- I Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument
- I halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollsystems

Auch die regelmäßige Schulung der dezentralen Risikomanager und die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösungen werden von der Zentrale verantwortet. In dem „Handbuch zum Controlling Operationeller Risiken im Postbank Konzern“ sind sowohl die Methoden als auch die originären Verantwortlichkeiten der am OpRisk-Management- und -Controllingprozess Beteiligten beschrieben. Die Verantwortung zur Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Management der Operationellen Risiken bleibt wichtige Aufgabe der einzelnen Einheiten des Konzerns.

In Ergänzung zum zentralen Controlling und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern.

Nachdem bis zum Jahr 2007 alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Postbank Konzerns in den Controllingprozess erfolgreich integriert wurden, lag im Jahr 2008, neben den vorbereitenden Aktivitäten zur Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA), der Schwerpunkt der Arbeiten auf einer weiteren Verbesserung der Datenqualität und des Reportings. 2009 werden für die einzelnen Geschäftsfelder des Konzerns zusätzliche Szenarien definiert sowie ein IT-gestütztes Maßnahmenverfolgungssystem aufgebaut. Hierzu werden die gewonnenen Erkenntnisse aus den bereits eingeführten Methoden genutzt.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für die Operationellen Risiken verwendet die Postbank den Standardansatz. Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke – abweichend von den aufsichtlichen Vorgaben – vierteljährlich ermittelt und dem Betrag, der für die Operationellen Risiken im Rahmen der Kapitalallokation reserviert wurde, gegenübergestellt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Teilanrechnungsbeträge je Geschäftsfeld dargestellt.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Unternehmensfinanzierungen	–	–
Handel	23	32
Privatkundengeschäft	390	385
Firmenkundengeschäft	67	57
Zahlungsverkehr und Abwicklung	27	26
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	6	5
Wertpapierprovisionsgeschäft	9	10
Summe Postbank Konzern	523	516

Zur Validierung der Anrechnungsbeträge wurde das institutsinterne Quantifizierungsmodell zur Ermittlung eines Operational Value-at-Risk (OpVaR) sukzessive weiterentwickelt. Im Rahmen der Qualifizierung für einen fortgeschrittenen Messansatz wird es 2009 um weitere aufsichtlich geforderte Komponenten ergänzt.

Risikoreporting

Die Leitungsebenen des Postbank Konzerns erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren, die die definierte Toleranzschwelle überschritten haben, informiert.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich eine aktuelle Zusammenstellung der erfassten Schadenfälle.
- I Das OpRisk-Komitee wird daneben halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen, entsprechend den Informationsbedürfnissen, abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme werden die ORK-Mitglieder im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungs- und Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden.

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Immobilien- und Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Konzerneinheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 hält die Deutsche Postbank AG 65 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2008 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr moderat erhöht.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Servicedienstleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Revision, Buchhaltung, Controlling, Recht und Personal durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Deutschen Postbank AG überwacht.

Die Deutsche Postbank AG hält keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Der Postbank Konzern hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Der Bereich Risikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind in die operativen und strategischen konzernweiten Risiko-steuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und Überwachungssystem der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden

Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet.

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend den vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätzen zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung der Kollektivrisiken

Risikodefinition

Aus dem Bauspargeschäft (Kollektivgeschäft) der BHW Bausparkasse AG rührt als spezifisches Geschäftsrisiko das Kollektivrisiko. Die allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge räumen den Bausparkunden diverse Wahlrechte für die Spar- und Darlehensphase ein. Die Kollektiventwicklung basiert auf der Einschätzung der zukünftigen Verhaltensausprägungen der Bausparer, abgeleitet aus langjährigen Erfahrungswerten und detaillierten Strukturanalysen. Die Faktoren, die das Kundenverhalten beeinflussen, reichen von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung bis hin zu Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen der Bausparer. Negative Auswirkungen aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von den prognostizierten Verhaltensannahmen fasst die Postbank unter dem Begriff Kollektivrisiken zusammen.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Steuerung der Kollektivrisiken liegt in der Verantwortung des Vorstands. Die Behandlung der Kollektivrisiken ist Bestandteil der übergreifenden Konzernrisikostrategie. Die operative Risikosteuerung und -überwachung erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Risikoquantifizierung nutzt die BHW Bausparkasse ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Die Bausparkasse als Spezialinstitut unterliegt strengen gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben aus dem Bausparkassengesetz und der BaFin als zuständiger Bundesbehörde. Die Validität des Modells ist von Wirtschaftsprüfern bestätigt und von der BaFin akzeptiert. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe bausparteknische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Diese aufwendige statistische Modellierung könnte die relevanten bausparteknischen Parameter falsch abschätzen, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Weitere Risiken resultieren daraus, dass die Bausparkasse in ihrer Simulation von einer Weiterverwendung des bestehenden Tarifwerks ausgeht. Sollte die Bausparkasse aufgrund von Marktveränderungen gezwungen sein, ihr Tarifwerk anzupassen (also z. B. die Einlagenverzinsung zu erhöhen), könnte dies zu Verschlechterungen der mittelfristigen Ertragslage führen.

Die Postbank sieht die spezifischen Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft als wesentlich an und hat daher einen pauschalen Betrag in konservativ bemessener Höhe in der Risikokapitalallokation berücksichtigt. Ziel ist, die Kollektivrisiken zukünftig mittels mathematisch-statistischer Verfahren differenzierter abzuschätzen.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Kollektivrisiken:

- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK über die durch das Kollektiv entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Entwicklung des Kollektivs wird in der BHW Bausparkasse anhand wesentlicher Kennzahlen im Rahmen eines monatlichen bzw. zum Teil quartalsweisen Reportings dem Vorstand der BHW Bausparkasse dargestellt.
- I Das derzeit noch durch einen pauschalen Betrag abgeschätzte Kollektivrisiko wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise an den Vorstand berichtet.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnisrückgänge, die dadurch entstehen, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnisrückgänge können neben internen Faktoren z. B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

- I **Modellrisiken**
Risiko aus unerwartetem Volumen- oder Margenrückgang, das durch die Modellierung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapitalbindung und variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden kann.
- I **Residuale Geschäftsrisiken**
Sonstige unerwartete Volumen- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind.
- I **Strategische Risiken**
Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung des Konzerns auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.
- I **Reputationsrisiken**
Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken als Teil der Konzernrisikostrategie obliegt dem Gesamtvorstand. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand und das Marktrisikokomitee berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Abschätzung der Geschäftsrisiken erfolgt mithilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablaufkationen von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (vor allem Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden. In der Ablaufkation werden die Cashflows der variabel verzinslichen Kundenprodukte nach dem gängigen Verfahren der gleitenden Durchschnitts abgeleitet. Unter der getroffenen Annahme eines langfristig stabilen Bodensatzes der Kundenvolumen zielt die Mischung gleitender Durchschnitts darauf ab, Portfolios aus Geld- und Kapitalmarktgeschäften zu bilden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf Volumen- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die anderen Geschäftsrisiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts nicht separat quantifiziert, sondern aggregiert mit Risikokapital unterlegt. Im Sinne eines Frühwarnsystems werden laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Geschäftsrisiken:

- Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.
- Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.
- Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- Die Volumenentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.
- Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Als Teil des unternehmerischen Überwachungssystems prüft die Interne Revision – entsprechend den MaRisk – grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften im Postbank Konzern und den von der Deutschen Post AG erworbenen Filialbereich. Die Tätigkeiten in den Töchtern reichen von einer Kontroll- und Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Interne Revision prüft in diesem Rahmen ebenfalls grundsätzlich jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von bedeutenden Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen im Konzern und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Mit Blick auf die Einführung fortgeschrittener Risikomodelle hat die Bank im Geschäftsjahr die Prüfungsplanung für diesen Bereich deutlich ausgeweitet.

Darstellung der Risikolage

Angesichts der andauernden Finanzmarktkrise mit extremer Volatilität der Geld- und Kapitalmärkte und einer deutlichen Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in weiten Teilen der Welt hat sich die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung stark erhöht und stellt eine extreme Herausforderung für das Risikomanagement von Banken dar. Die ökonomische Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten werden – noch verstärkt durch die prozyklischen Effekte von Basel II – im gesamten Sektor weiter unter Druck bleiben.

Der Postbank Konzern hat im Geschäftsjahr 2008 die Strukturen, Instrumente und Prozesse für das Risikomanagement und -controlling in den relevanten Risikoarten weiter ausgebaut und wird dieses auch 2009 zielstrebig vorantreiben. Die Methoden und Verfahren entsprechen den aktuellen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Vor dem Hintergrund der historischen Dynamik des Abschwungs und der noch nicht klar absehbaren Wirksamkeit der weltweit aufgesetzten Konjunkturprogramme und dem konzertierten Vorgehen der Notenbanken ist die weitere Risikoentwicklung nur schwer abzuschätzen.

Die Verwerfungen haben die Kapitalmarktbestände und damit die Ergebnissituation der Postbank im Geschäftsjahr 2008 deutlich beeinträchtigt. Das im relativen Vergleich konservative Risikoprofil der Postbank mit dem Schwerpunkt auf einem gut diversifizierten Retail-Portfolio hat 2008 nicht verhindern können, dass sowohl auf der Kreditseite als auch auf der Marktpreisrisikoseite erhebliche Belastungen zu verzeichnen waren. Trotz der bereits ergriffenen Maßnahmen zur Reduzierung von Kapitalmarktbeständen und -risiken bleiben angesichts des angespannten Marktumfelds erhebliche Risikopotenziale bestehen.

Die von dem Postbank Portfolio an strukturierten Kreditprodukten ausgehenden Risiken werden systematisch und intensiv im Hinblick auf potenzielle Ausfälle analysiert und im Rahmen einer eigenständigen Projektstruktur laufend überwacht und gesteuert. Das gesamte Portfolio wird regelmäßigen Impairment-Tests unterzogen. Aufgrund der anhaltenden Verwerfungen an den Kapitalmärkten und der deutlichen Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung gehen wir im Jahresverlauf von weiteren Belastungen aus.

Im Kundenkreditgeschäft können die rezessiven Tendenzen und der damit verbundene Abschwung an den Immobilienmärkten zu steigenden Ausfallraten führen. Dies gilt in besonderem Maße für die gewerblichen Immobilienfinanzierungen in einigen Auslandsmärkten, bei denen von einem weiterhin herausfordernden Marktumfeld auszugehen ist. Bislang sind in unserem Portfolio jedoch nur sehr vereinzelt Signale für mögliche Zahlungstörungen erkennbar. Die entsprechenden Bestände werden eng überwacht, sodass im Bedarfsfall frühzeitig Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen werden können.

Die Kreditbestände im Privatkundengeschäft weisen überwiegend eine gute Besicherung auf und haben zudem eine hohe Granularität. Derzeit sind aus Kreditrisikosicht, trotz der deutlichen Eintrübung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, insgesamt noch keine Auffälligkeiten erkennbar. Mit zunehmender Intensität und Dauer der rezessiven Entwicklung sind potenzielle Rückwirkungen auf die Kreditnehmer nicht auszuschließen.

Bei den Marktpreisrisiken liegt nach dem Abbau der Aktienbestände im Geschäftsjahr 2008 das Exposure vor allem im Bereich der Zins- und Credit-Spread-Risiken mit Schwerpunkt auf bonitätsmäßig guten Adressen.

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der vergleichsweise stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen solide. Angesichts der massiven Vertrauenskrise und der immer noch begrenzten Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts greift auch die Postbank auf die umfangreichen Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank zurück.

Bestandsgefährdende Risiken aus den dargestellten relevanten Risikoarten sind derzeit nicht erkennbar.

Ausstehende Verfahren

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftsersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des Beihilfeverfahrens untersucht, das mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossen wurde. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet sind. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftsersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sowie zwischen Deutsche Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeprüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

Unsere Gesellschaft ist der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbands deutscher Banken zugeordnet. Im Zusammenhang mit einem aktuellen großen Schadensfall können wir Sonderbeiträge zu der Entschädigungseinrichtung nicht ausschließen.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Zu Beginn des Jahres 2009 befindet sich die Weltwirtschaft in einem kräftigen Abschwung. Dabei besteht große Unsicherheit darüber, wie lange dieser anhalten und wie tief er führen wird – ein derartiges Aufeinandertreffen einer Rezession mit einer schweren Finanzmarktkrise hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gegeben. Aufgrund der kräftigen Leitzinssenkungen durch die Notenbanken, der Vielzahl von staatlichen Konjunkturpaketen und der stützenden Effekte des gesunkenen Ölpreises wird derzeit mehrheitlich erwartet, dass sich die Weltwirtschaft etwa zur Jahresmitte stabilisiert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für 2009 jedoch lediglich mit einem Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung um 0,5 %. Für die Weltwirtschaft wäre dies Rezessionsniveau.

Die USA stehen vor einem sehr schwierigen Jahr 2009. Die Arbeitslosenrate ist bereits massiv gestiegen, bei den Immobilienpreisen hält der Abwärtstrend nach wie vor an, und die Unternehmen haben aufgrund der Finanzmarktkrise große Probleme, Kredite zu erhalten. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Investitionen erheblich sinken und auch der private Verbrauch unter das Niveau des Vorjahres fallen wird. Stützende Effekte dürften dagegen über gedrosselte Importe vom Außenhandel ausgehen. Zudem sollten die geplanten staatlichen Konjunkturmaßnahmen in begrenztem Umfang stimulierende Wirkung entfalten. Dennoch wird ein Rückgang des BIP in den USA 2009 wohl nicht zu verhindern sein. Wir erwarten eine Reduzierung der Wirtschaftsleistung um 1,1 %.

Japan ist zwar in geringerem Maße als andere Länder unmittelbar von der Finanzmarktkrise betroffen. Die Wirtschaft dürfte aber aufgrund ihrer hohen Exportabhängigkeit auch 2009 stark unter dem globalen Abschwung leiden: Es ist anzunehmen, dass vom Außenhandel keine positiven Impulse mehr ausgehen und die Unternehmen ihre Investitionen weiter einschränken werden. Auch in Japan droht deshalb für 2009 ein Rückgang des BIP. Die chinesische Wirtschaft hingegen sollte 2009 weiterhin wachsen. Die Zunahme des BIP wird laut Prognosen des IWF allerdings nicht mehr die Größenordnung der vergangenen Jahre erreichen. Insbesondere dürfte die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung das Wachstum der Exporte dämpfen. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage sollte demgegenüber von einem umfangreichen Infrastrukturprogramm profitieren, das von der Regierung beschlossen wurde.

Im Euroraum wird sich der Konjunkturabschwung 2009 zunächst fortsetzen. Im Jahresverlauf sollten aber die kräftigen Zinssenkungen der EZB, der niedrigere Ölpreis, der schwächere Euro sowie die staatlichen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur allmählich Wirkung entfalten. Dies vorausgesetzt, könnte sich die Wirtschaft zur Jahresmitte stabilisieren und in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht wachsen. Das Risiko, dass die Rezession länger andauert, ist aber beträchtlich. Rückläufig dürften sich 2009 vor allem die Investitionen entwickeln, da die Unternehmen aufgrund des sehr unsicheren Umfelds höchstwahrscheinlich sehr vorsichtig agieren werden. Auch vom Außenhandel sind aufgrund der schwachen globalen Nachfrage negative Impulse zu erwarten. Der private Verbrauch sollte demgegenüber trotz eines Anstiegs der Arbeitslosenzahl moderat wachsen, da die Realeinkommen der Haushalte – als Folge der deutlich nachlassenden Inflation – zulegen werden. Gleichwohl sollte das BIP des Euroraums 2009 erstmals seit Bestehen der Währungsunion sinken. Wir rechnen mit einem Rückgang um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Konjunkturausblick für Deutschland

Auch die deutsche Wirtschaft wird aller Voraussicht nach vorläufig im Abwärtstrend verharren. Die Exporte sollten aufgrund der weltweit schwachen Investitionstätigkeit zunächst sinken, bevor sie sich – die erwartete Stabilisierung der Weltkonjunktur vorausgesetzt – im Verlauf des Jahres wieder leicht erholen werden. Auf das Gesamtjahr gesehen, dürfte der Außenhandel das BIP belasten. Zudem ist zu erwarten, dass die Unternehmen ihre Investitionen reduzieren, was negative Auswirkungen auch auf den bislang noch recht robusten Arbeitsmarkt vermuten lässt. Doch auch bei einem Anstieg der Arbeitslosenzahl dürfte sich der private Verbrauch positiv vom allgemeinen Abschwung absetzen und moderat steigen. Begründet ist diese Annahme durch die erwartbaren positiven Effekte einer – mit den Energie- und Rohstoffpreisen – stark zurückgehenden Inflationsrate. Üblicherweise beeinflusst dies die Konsumbereitschaft positiv. Dennoch wird auch das deutsche BIP 2009 nach unserer Einschätzung um 1,9 % sinken.

Märkte

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung an den Märkten auch im ersten Halbjahr 2009 noch in hohem Maß von der globalen Finanzkrise und der Sorge vor einer lang anhaltenden Rezession geprägt sein wird. Damit könnten auch die Spreads, insbesondere an den Anleihemärkten, noch eine Zeit lang auf ihrem aktuell sehr hohen Niveau verharren. Gleichzeitig dürfte die Volatilität an den Finanzmärkten erhöht bleiben. Nach unserer Einschätzung wird sich der Trend einer schrittweisen Normalisierung an den Geldmärkten 2009 fortsetzen, nachdem die staatlichen Maßnahmen allmählich zu greifen beginnen.

Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins angesichts der sehr schwachen US-Wirtschaft auf seinem extrem niedrigen Stand belassen. Im Euro-Raum haben der Konjunkturabschwung und die weiter rückläufige Inflation der EZB Spielraum verschafft, den Leitzins zu Beginn des Jahres weiter von 2,5 % auf 2 % zu senken. Wir rechnen im Euroraum im ersten Halbjahr 2009 mit einem weiteren Zinsschritt, sodass der Leitzins dann bei 1,5 % liegen dürfte. Auf diesem Niveau sollte er im weiteren Jahresverlauf verbleiben. Die Leitzinssenkungen haben in Verbindungen mit einem leichten Abbau der Verzerrungen an den Geldmärkten zu Jahresbeginn 2009 zu einem kräftigen Rückgang der Geldmarktzinsen geführt. Wir gehen davon aus, dass die Geldmarktzinsen auf der erreichten Stufe verharren. Die Kapitalmarktzinsen, die derzeit aufgrund der Rezession und der Finanzmarktkrise extrem niedrig sind, dürften dagegen moderat steigen. Wir rechnen daher damit, dass die Zinskurve im Euroraum tendenziell steiler wird.

Branchenausblick

Die deutschen Banken dürften 2008 mehrheitlich mit ihren Geschäftsergebnissen sehr deutlich hinter den guten Zahlen des Vorjahrs zurückgeblieben sein. Eine Vielzahl von Instituten wird voraussichtlich stark negative Ergebnisse ausweisen. Die Belastungen aus der globalen Finanzmarktkrise sowie den oft schwächeren Provisionsüberschüssen und Handelsergebnissen sollten die Ertragsentwicklung erheblich belastet haben. Als Folge dessen sind bei vielen Instituten Dividendenkürzungen bzw. -ausfälle zu erwarten.

Aufgrund des immer noch schwierigen Kapitalmarktumfelds dürften sich Handels- und Finanzanlageergebnisse zumindest in den nächsten Monaten anhaltend schwach entwickeln. Das Ausmaß der – ausgelöst durch die Finanzkrise – erforderlichen Wertkorrekturen sollte dabei aber geringer ausfallen als im Jahr 2008. Mit dem Überschwappen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft dürfte jedoch der Risikoversorgungsbedarf, insbesondere bei Instituten mit starker Ausrichtung auf bestimmte Segmente im Geschäftskunden- und Mittelstandsgeschäft sowie auf unbesicherte Privatdarlehen, stark ansteigen. Die Postbank dürfte davon aufgrund der Struktur ihres Kreditbuchs eher unterproportional betroffen sein. Eine rasche Erholung im Investment Banking ist für 2009 nicht in Sicht. Das Geschäft mit Fusionen und Übernahmen sowie Neuemissionen zeigt wenig Anzeichen für eine Renaissance. Das nachhaltige Ertragsniveau vieler Institute dürfte daher hinter dem Niveau der letzten Jahre zurückbleiben.

Die Rettungspakete der Staaten und Notenbanken leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Finanzsektors. Der Kollaps systemrelevanter Institute soll verhindert werden. Die Staaten geben ihre Unterstützung oft aber nur bei Gegenleistung, die zum Teil die direkte Beteiligung des Staates an dem Finanzinstitut vorsieht. In diesen Fällen können die Regierungen direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik des jeweiligen Instituts nehmen. Darüber hinaus deutet sich eine zukünftig weiter verstärkte Regulierung des Finanzsektors an. Die Maßnahmenpakete sollten ausreichend dimensioniert sein, um das Finanzsystem vor weiteren negativen Effekten mit eventuell gravierenden Folgen für den Geldkreislauf und die realwirtschaftliche Entwicklung zu bewahren. Auf Sicht der nächsten Wochen und Monate werden die Rettungspakete aller Voraussicht nach zu deutlichen Entspannungen am Interbankenmarkt führen, sodass die Liquiditätsversorgung wieder in wachsender Eigenverantwortung durch die Banken selbst erfolgen kann. Damit wäre die Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Prozess der Kreditvergabe an Unternehmen, Nicht-Banken und private Haushalte keinen nachhaltigen Schaden nimmt.

Das Kreditgeschäft dürfte sich 2009 nach unserer Einschätzung in den einzelnen Segmenten erneut unterschiedlich entwickeln. Vor allem im ersten Halbjahr wird die anhaltende Rezession die Kreditnachfrage der Unternehmen voraussichtlich dämpfen. Mit einer nennenswerten Belebung der Ausrüstungsinvestitionen ist frühestens gegen Ende des laufenden Jahres zu rechnen. Das Volumen der konsumorientierten Kredite könnte sich 2009 hingegen stabilisieren, da der private Konsum nach einer sehr schwachen Bilanz im Jahr 2008 kaum mehr zurückgehen dürfte. Bei den Wohnungsbaukrediten sehen wir gute Chancen für eine moderate Belebung, und zwar sowohl im Neugeschäft als auch bei den Beständen: Zum einen haben die Preise für neue Wohnbauten nach Jahren der Stagnation oder des Rückgangs zuletzt etwas angezogen. Zum anderen dürfte die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten durch ein sinkendes Zinsniveau gestützt werden. Dem entgegen wirken allerdings die spread-bedingt höheren Refinanzierungskosten der Institute, insbesondere bei der Emission von Pfandbriefen.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2009

Die Investitionen der Postbank werden sich im Jahr 2009 auf die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen und den weiteren Ausbau des Risikomanagements konzentrieren. Im Vordergrund stehen hierbei die Weiterentwicklung des 2008 gestarteten Programms zur Einführung von fortgeschrittenen Risikomodellen, der Abschluss des Projekts „Liquiditätssteuerung“, die Herstellung der SEPA-Fähigkeit unserer Zahlungsverkehrsplattform, die Umsetzung der GDPdU (Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen) sowie die Abgeltungssteuer.

Ziele in den Segmenten

Die Postbank plant auf Basis ihres Strategieprogramms „Next Step“, ihr auf Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden ausgerichtetes Geschäftsmodell weiter auszubauen. Hierzu sind im Rahmen der Strategieentwicklung im Geschäftsjahr 2007 Maßnahmenpakete für unsere Geschäftsbereiche verabschiedet worden, über deren Fortschritt und Zielerreichung wir anhand sogenannter Key-Performance-Indikatoren transparent berichten.

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

Im Retail Banking bauen wir auf unsere große Kundenbasis, unsere Stärke im Kostenmanagement und die im Bankenmarkt einzigartige Vertriebsplattform. Unsere 14,1 Millionen Kunden wollen wir künftig durch ein noch höheres Serviceniveau und die Innovationsführerschaft bei Produkten und Prozessen überzeugen. Hierzu werden wir unsere Vertriebskapazitäten verstärkt auf unsere 4,9 Millionen Stammkunden fokussieren – Kunden, die ihre Bankgeschäfte vorwiegend über die Postbank abwickeln. Wir wollen die Anzahl unserer Stammkunden bis zum Jahr 2010 auf 5,2 Millionen steigern und gleichzeitig deren Potenzial durch intensiveres Cross-Selling stärker ausschöpfen. Ziel ist es, bis 2010 den Anteil der Kunden, die drei oder mehr unserer Produkte und Dienstleistungen in Anspruch nehmen, von derzeit 39,4 % auf 47 % auszuweiten.

Einen zunehmend wichtigen Beitrag hierzu erwarten wir aus dem qualitativen und quantitativen Ausbau unserer Vertriebskanäle. So soll sich die Produktivität unserer Mitarbeiter in den Filialen, bezogen auf die Ergebnisse des Jahres 2006, um 50 % bis 2010 verbessern. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind wir diesem Ziel ein gutes Stück näher gekommen: Die Produktivität erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 10,9 %. Auch im mobilen Vertrieb, der unter dem Dach der Postbank Finanzberatung AG gebündelt ist, haben wir für die Zeit bis Ende 2010 ambitionierte Ziele. So streben wir einen Produktivitätssprung in Höhe von 40 % an. Gleichzeitig soll durch intensive Schulungsmaßnahmen der Mehrproduktverkauf gefördert werden. Mehr als 60 % unserer Berater sollen in der Lage sein, drei bis fünf Produktkategorien aktiv zu verkaufen. Parallel dazu wollen wir unsere mobile Vertriebsorganisation auch quantitativ ausbauen. Aus Qualitätsgesichtspunkten rücken wir jedoch von dem ursprünglichen Ziel ab, die Beraterzahl bis Ende 2010 auf 5.000 zu steigern – derzeit ist das Beraterteam 4.166 Köpfe stark.

Im Jahr 2009 werden wir uns im Retail Banking außerdem auf die Ausgestaltung der Kooperation mit der Deutschen Bank konzentrieren. Im Mittelpunkt stehen dabei einerseits die Zusammenarbeit im Wertpapiergeschäft und in der Baufinanzierung, andererseits das Erzielen von Skaleneffekten bei Back-Office-Prozessen. Insgesamt erwarten wir aus der Kooperation mittelfristig positive Ergebnisbeiträge in einem Volumen von 120 Mio € bis 140 Mio € vor Steuern, die sich auf die beiden Gesellschaften etwa gleich verteilen.

Im Spargeschäft planen wir, trotz des anhaltend intensiven Wettbewerbs auf Basis neuer, innovativer Produktvarianten das Einlagenvolumen weiter zu steigern. In der privaten Baufinanzierung konzentrieren wir uns – als Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen im Bankenmarkt – auf das Neugeschäft mit pfandbrieffähigen Sicherheiten. Auf diese Weise werden wir die Wertbeiträge des Neugeschäfts positiv beeinflussen, während die Zuwachsraten im Neugeschäft im Vergleich zu den starken Vorjahren abnehmen können.

Im Firmenkundengeschäft verfolgen wir weiterhin die Strategie, uns als Kernbank für den deutschen Mittelstand zu etablieren. Wir positionieren uns dabei als leistungsstarker und verlässlicher Partner unserer Kunden. Wir streben an, im Jahr 2010 für bis zu 3.000 unserer insgesamt 30.000 Kunden zu einer der Top-5-Banken zu gehören. Auch hier wollen wir das Cross-Selling intensivieren. Der Erfolg dieses Vorgehens lässt sich z. B. daran ablesen, dass wir das Ziel eines Mittelstandskreditvolumens von 5 Mrd € bereits Ende 2008 statt – wie ursprünglich geplant – erst im Jahr 2010 erreichen konnten.

Wir gehen davon aus, im Jahr 2009 – unter Beibehaltung unserer von Vorsicht geprägten Risikopolitik – das Kreditvolumen im Segment Firmenkunden insgesamt weiter erhöhen zu können. Dabei stützen wir uns auf unsere langjährigen und engen Geschäftsverbindungen mit eher konservativen, eigenkapitalstarken Investorengruppen. Wir profitieren dabei von einem insgesamt verbesserten Risiko-Rendite-Profil am Markt.

Aufgrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist im Segment Firmenkunden ein Anstieg der Risikoversorge im Vergleich zu den historischen Tiefständen der vorangegangenen Jahre nicht ausgeschlossen. Dies betrifft unserer Einschätzung nach weniger die Engagements in Deutschland als vielmehr speziell die gewerblichen Finanzierungen in den von der Finanz- und Wirtschaftskrise stärker getroffenen Märkten USA und UK.

Im Transaction Banking könnte der in jüngster Zeit durch die Finanzmarktkrise hervorgerufene Kostendruck bei den Kreditinstituten weitere Impulse für ein Outsourcing der Zahlungsverkehrsaktivitäten auslösen. Hierauf sind wir mit unseren hochmodernen IT-Plattformen für den Inlands-, den SEPA- und den Auslandszahlungsverkehr bestens vorbereitet. Unsere strategischen Planungen zielen weiterhin darauf ab, mit einem oder mehreren Partnern im Rahmen von Kooperationen, Beteiligungen oder Joint Ventures ein gemeinsames Europa-Angebot aufzubauen.

Die Hauptaufgabe des Ressorts Financial Markets wird auch künftig in einer effektiven Risikosteuerung für die gesamte Postbank Gruppe liegen. Nach dem extrem herausfordernden Jahr 2008 sollte das Jahr 2009 zum Meilenstein in der Konsolidierung der Geld- und Kapitalmärkte werden. Unser Augenmerk richtet sich auf die weitere Optimierung der Asset Allocation als einen wichtigen Bestandteil des Risikomanagements und auf das aktive Management von Marktpreis- und Spread-Risiken. Zudem wird Financial Markets weiter Innovationsmotor für die Produktentwicklung der Kundenbereiche sein.

Finanzziele der Postbank

Für 2009 ist mit anhaltend schwierigen Umfeldbedingungen an den Kapitalmärkten und mit einer weiteren Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Es ist aber auch davon auszugehen, dass die von den Regierungen mit Hochdruck umgesetzten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und zur Belebung der konjunkturellen Entwicklung Wirkung zeigen werden. Dennoch ist für das Bankensystem mit weiteren Belastungen zu rechnen. Das Ertragsniveau vieler Institute dürfte daher hinter den Werten der letzten Jahre zurückbleiben.

In diesem Umfeld werden wir unser Geschäftsmodell noch stärker auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden fokussieren. Angesichts der unverändert guten operativen Entwicklung – mit stabilen Ertragsströmen aus dem Kundengeschäft und unserer soliden Refinanzierungsbasis – sehen wir uns weiterhin gut aufgestellt. Im Rahmen unseres Strategieprogramms „Next Step“ werden wir unser Kundengeschäft konsequent weiterentwickeln und die entsprechenden Maßnahmen durch deutliche, nachhaltig wirksame Impulse in der Gesamtbanksteuerung flankieren. Den eingeschlagenen Weg, kapitalmarktinduzierte Risiken und Bestände spürbar abzubauen, werden wir dabei weiterverfolgen. Ziel ist mittelfristig, die kundengeschäftsbezogenen Ergebnislinien Zins- und Provisionsüberschuss zu stärken, während den volatilen Handels- und Finanzanlageergebnissen nur noch eine wesentlich geringere Bedeutung zukommen soll. Auch unser Kostenmanagement werden wir trotz bereits erzielter nachhaltiger Erfolge in diesem Bereich nochmals intensivieren.

Es ist zu erwarten, dass die angespannte Situation an den Märkten und die Eintrübung der Konjunktur unsere Ertragslage im laufenden Geschäftsjahr weiterhin beeinträchtigen werden. Insbesondere rechnen wir mit weiteren Belastungen für unsere Handels- und Finanzanlageergebnisse. Abhängig vom Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist auch ein Anstieg der Risikovorsorge – insbesondere bei Engagements außerhalb unseres Heimatmarkts – wahrscheinlich. Unter der Voraussetzung, dass keine weitere makroökonomische Verschlechterung über das derzeit erwartete Niveau hinaus eintritt, gehen wir aber derzeit davon aus, dass die Gesamtbelastungen deutlich unter denen des Jahres 2008 liegen werden.

Den veränderten Umfeldbedingungen haben wir bereits im Lauf des Jahres 2008 mit einer Anpassung unserer mittelfristigen Finanzziele Rechnung getragen. Nach einer Normalisierung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds streben wir an, auf Basis unserer verstärkten strategischen Ausrichtung auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mittelfristig und nachhaltig eine Eigenkapitalrendite von 13 % bis 15 % nach Steuern zu erzielen.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 13. Februar 2009

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Wolfgang Klein



Dirk Berensmann



Marc Heß



Stefan Jütte



Horst Küpker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. Dezember 2008

107	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008
108	Bilanz zum 31. Dezember 2008
109	Eigenkapitalveränderungsrechnung
110	Kapitalflussrechnung
112	Notes
146	Segmentberichterstattung (Note 40)
172	Bestätigungsvermerk

I Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

	Erläuterungen	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Zinserträge	(7)	9.938	8.384
Zinsaufwendungen	(7)	-7.443	-6.144
Zinsüberschuss	(7)	2.495	2.240
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	-408	-338
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.087	1.902
Provisionserträge	(9)	1.683	1.675
Provisionsaufwendungen	(9)	-252	-246
Provisionsüberschuss	(9)	1.431	1.429
Handelsergebnis	(10)	-389	281
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	-1.249	294
Verwaltungsaufwand	(12)	-2.969	-2.937
Sonstige Erträge	(13)	218	160
Sonstige Aufwendungen	(14)	-103	-137
Ergebnis vor Steuern		-974	992
Ertragsteuern	(15)	154	-135
Ergebnis nach Steuern		-820	857
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzernverlust/-gewinn		-821	856

Ergebnis je Aktie

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzernverlust/-gewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2008 befanden sich durchschnittlich 168.567.000 (164.000.000) Aktien im Umlauf.

	2008	2007 ¹
Ergebnis je Aktie in €	-4,87	5,22
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €	-4,87	5,22

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende auszuschütten. Im Vorjahr wurde eine Dividende in Höhe von 1,25 € je Aktie ausgeschüttet.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

I Bilanz zum 31. Dezember 2008

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Barreserve	(16)	3.417	3.352
Forderungen an Kreditinstitute	(17)	18.684	24.560
Forderungen an Kunden	(18)	105.318	92.064
Risikovorsorge	(20)	-1.232	-1.154
Handelsaktiva	(21)	16.573	9.940
Hedging-Derivate	(22)	474	421
Finanzanlagen	(23)	83.058	68.582
Immaterielle Vermögenswerte	(24)	2.371	2.415
Sachanlagen	(25)	879	927
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(26)	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27)	162	117
Latente Ertragsteueransprüche	(27)	835	522
Sonstige Aktiva	(28)	670	529
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(2)	-	565
Summe der Aktiva		231.282	202.913

Passiva	Erläuterungen	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	62.790	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	117.472	110.696
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	16.342	9.558
Handelsspassiva	(32)	16.987	5.600
Hedging-Derivate	(33)	2.693	873
Rückstellungen		2.138	2.107
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	1.149	1.143
b) Sonstige Rückstellungen	(35)	989	964
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	192	122
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	1.087	1.104
Sonstige Passiva	(37)	826	835
Nachrangkapital	(38)	5.736	5.603
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	(2)	-	44
Eigenkapital	(39)	5.019	5.225
a) Gezeichnetes Kapital		547	410
b) Kapitalrücklage		2.010	1.160
c) Andere Rücklagen		3.280	2.797
d) Konzernverlust/-gewinn		-821	856
Anteile in Fremdbesitz		3	2
Summe der Passiva		231.282	202.913

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

I Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Währungs- umrech- nungs- rücklage	Neubewer- tungs- rück- lage	Konzern- verlust/ -gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 31.12.2006	410	1.160	3.051	-117	6	695	5.205	2	5.207
IAS-Restatement			-39				-39		-39
Stand 01.01.2007	410	1.160	3.012	-117	6	695	5.166	2	5.168
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			490			-490	-		-
Veränderungen aus Währungsumrechnung				-32			-32		-32
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-529		-529		-529
Konzerngewinn 01.01.–31.12.2007						870	870	1	871
IAS-Restatement						-33	-14	-47	-47
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen							-	-1	-1
Stand 31.12.2007	410	1.160	3.502	-149	-556	856	5.223	2	5.225
nachrichtlich: Summe der Eigenkapitalver- ändernden Positionen gem. IAS 1.96c 2007				-32	-562	856	262	1	263
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			651			-651	-		-
Kapitalerhöhung	137	850					987		987
Veränderungen aus Währungsumrechnung							-		-
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-168		-168		-168
Konzernverlust 01.01.–31.12.2008						-821	-821	1	-820
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen							-		-
Stand 31.12.2008	547	2.010	4.153	-149	-724	-821	5.016	3	5.019
nachrichtlich: Summe der Eigenkapitalver- ändernden Positionen gem. IAS 1.96c 2008				-	-168	-821	-989	1	-988

In den Veränderungen der unrealisierten Gewinne und Verluste nach latenten Steuern sind Bewertungs- und Abgangveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 39 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2008 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

I Kapitalflussrechnung

	Erläuterungen	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Konzernverlust/-gewinn		-821	856
Im Konzerngewinn/-verlust enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		1.159	554
Veränderungen der Rückstellungen	(34), (35), (36)	84	-1.418
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		486	72
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	(11)	627	-399
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-2.479	-2.222
Zwischensumme		-944	-2.557
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		5.645	-8.461
Forderungen an Kunden		-12.833	-5.751
Handelsaktiva		-7.304	3.628
Hedging-Derivate positive Marktwerte		-2.862	-69
Sonstige Aktiva		-499	-218
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.653	13.692
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		6.787	9.685
Verbriefte Verbindlichkeiten		6.869	-5.939
Handelsspassiva		11.399	1.966
Hedging-Derivate negative Marktwerte		1.805	-152
Sonstige Passiva		-9	49
Zinseinzahlungen		9.745	7.969
Zinsauszahlungen		-7.426	-5.902
Erhaltene Dividendenzahlungen		44	48
Ertragsteuerzahlungen		14	62
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		12.084	8.050

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	Erläuterungen	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		27.586	7.717
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	1	561
Sachanlagen		12	0
Immateriellen Vermögenswerten		2	51
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-40.183	-14.218
Anteilen an Tochterunternehmen		-23	-14
Sachanlagen		-54	-69
Immateriellen Vermögenswerten		-55	-70
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-12.714	-6.042
Dividendenzahlungen			
Dividendenzahlungen		-205	-205
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)			
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		900	534
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		695	329
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(16)	3.352	1.015
Zugang Konsolidierungskreis			
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		12.084	8.050
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-12.714	-6.042
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		695	329
Effekte aus Wechselkursänderungen		-	-
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(16)	3.417	3.352

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzernverlust/-gewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Inhaltsverzeichnis

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	114
(2) Konsolidierungskreis	114
(3) Konsolidierungsgrundsätze	116
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	116
(a) Aktiver Markt	116
(b) Forderungen	116
(c) Leasinggeschäfte	117
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	117
(e) Handelsaktiva	118
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	118
(g) Hedging-Derivate	118
(h) Finanzanlagen	119
(i) Immaterielle Vermögenswerte	121
(j) Sachanlagen	121
(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	122
(l) Sonstige Aktiva	122
(m) Verbindlichkeiten	122
(n) Handelspassiva	122
(o) Rückstellungen	122
(p) Währungsumrechnung	123
(q) Ertragsteuern	123
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	124
(6) Anpassung von Vorjahres- und Vorquartalszahlen	125

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss	126
(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	126
(9) Provisionsüberschuss	126
(10) Handelsergebnis	127
(11) Ergebnis aus Finanzanlagen	127
(12) Verwaltungsaufwand	128
(13) Sonstige Erträge	128
(14) Sonstige Aufwendungen	128
(15) Ertragsteuern	129

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve	129
(17) Forderungen an Kreditinstitute	129
(18) Forderungen an Kunden	130
(19) Kreditvolumen	131
(20) Risikovorsorge	131
(21) Handelsaktiva	132
(22) Hedging-Derivate	132
(23) Finanzanlagen	133
(24) Immaterielle Vermögenswerte	134
(25) Sachanlagen	136
(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	137
(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	138
(28) Sonstige Aktiva	139
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	139
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	139
(31) Verbriefte Verbindlichkeiten	140
(32) Handelspassiva	140
(33) Hedging-Derivate	140
(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	141
(35) Sonstige Rückstellungen	143
(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen	143
(37) Sonstige Passiva	144
(38) Nachrangkapital	144
(39) Eigenkapital	145

Sonstige Angaben

(40) Segmentberichterstattung	146
(41) Eventual- und andere Verpflichtungen	148
(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden	149
(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	149
(44) Derivative Finanzinstrumente	150
(45) Umlauf Schuldverschreibungen	154
(46) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen	154
(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	155
(48) Fremdwährungsvolumen	155
(49) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	155
(50) Risikokapital	155
(51) Restlaufzeitengliederung	156
(52) Nachrangige Vermögenswerte	157
(53) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	157
(54) Treuhandgeschäfte	158
(55) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	158
(56) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	158
(57) Andere Angaben	165
(58) Namen und Mandate der Organmitglieder	165
(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	170
(60) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	170

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des §37 v WpHG dar.

175

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2008) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden u. a. sowohl die Geschäftsstrategie als auch die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Die Steuerung der Zinsänderungs-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 43 Tochterunternehmen (31. Dezember 2007: 43) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

79

82

93

75

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) Unmittelbar	Anteil (%) Mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main (TGV 1-24)	100,0	
BHW Bausparkasse AG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
BHW Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Home Finance Ltd., New Delhi, Indien		100,0
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
Postbank Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
PB Realty Corp., New York, USA		94,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		90,0
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		10,01

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß §§ 313, 287 HGB ist im elektronischen Bundesanzeiger einsehbar.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Mit Eintragung in das Handelsregister am 16. Januar 2008 wurde die einsnull IT-Support GmbH umfirmiert in Postbank Support GmbH.

Am 12. Februar 2008 wurde der Beschluss der Hauptversammlung der BHW Holding AG zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär, die Deutsche Postbank AG, in das Handelsregister eingetragen. Mit der Eintragung des Übertragungsbeschlusses gingen die restlichen 1,6 % der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die Deutsche Postbank AG über, die somit 100 % der Anteile an der BHW Holding AG hält.

Die Betriebs-Center für Banken Verwaltungs GmbH wurde mit der Eintragung in das Handelsregister am 23. Juni 2008 in PB Sechste Beteiligungen GmbH umfirmiert. Die Gesellschaft ist zum 30. Juni 2008 aufgrund untergeordneter Bedeutung für den Postbank Konzern aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden.

Die PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen wurde am 8. Juli 2008 in das Handelsregister eingetragen und erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Die 23 Spezialfonds, die bis zum 30. Juni 2008 in den Konzernabschluss einbezogen wurden, wurden im Juli 2008 in die Investment Aktiengesellschaft eingebracht.

Die BHW Bank AG wurde am 21. Juli 2008 rückwirkend zum 2. Januar 2008 auf die Postbank AG verschmolzen.

Im Rahmen eines Portfolioankaufs erwarb die Deutsche Postbank AG am 11. Juli 2008 die Kommanditanteile der Ariadne Portfolio GmbH & Co. KG, welche mit der Eintragung in das Handelsregister am 15. Oktober 2008 umfirmiert wurde in DSL Portfolio GmbH & Co. KG. Darüber hinaus erwarb die Deutsche Postbank AG die Ariadne Verwaltungs GmbH, die am 15. Oktober 2008 mit Eintragung in das Handelsregister in DSL Portfolio Verwaltungs GmbH umfirmiert wurde. Beide Gesellschaften wurden erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH wurde mit Wirkung zum 11. September 2008 rückwirkend zum 1. Januar 2008 auf die Betriebs-Center für Banken AG verschmolzen.

Die BHW Home Finance Ltd. wurde mit Wirkung zum 26. September 2008 umfirmiert in Deutsche Postbank Home Finance Ltd.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden insgesamt 24 Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (31. Dezember 2007: 23 Spezialfonds) und ein im Berichtsjahr neu aufgelegter Spezialfonds einbezogen. Darüber hinaus wird seit Januar 2008 eine zur Verbriefung von Ratenkrediten gegründete Zweckgesellschaft konsolidiert.

Das im Vorjahr gesondert nach IFRS 5 ausgewiesene Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäft der BHW Bank AG wurde an die Landesbank Berlin veräußert.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor. Die Änderungen des Konsolidierungskreises haben insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i. V. m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Wert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und ggf. außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.24 eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.25 herausgerechnet.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Aktiver Markt

Für die Beurteilung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze von Finanzinstrumenten ist es von Relevanz, ob für diese ein aktiver Markt besteht. Gemäß IAS 39.AG71 gilt ein Finanzinstrument als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a.

dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung (Accounting-Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt auf Basis eines Bewertungsmodells. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen wird in Höhe von 2,2 Mrd € durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IAS 37 bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) für die der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbestände erfolgt auf der Basis des DCF-Verfahrens unter Anwendung der aktuellen Swap-Renditekurve und darlehensspezifischer Risikoaufschläge.

Zur Bewertung werden die Risikoaufschläge auf Basis der geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen Ratingmodell (Basel-II-IRBA) herangezogen.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagioträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Zur Erhöhung der Transparenz wird die betragsmäßig größte Klassenausprägung „Forderungen an Kunden – Loans and Receivables“ für die Note 20 (IFRS 7.16) differenziert nach Produktgruppen dargestellt (Private Baufinanzierung, Bauspardarlehen, Gewerbliche Kredite, Forderungen an öffentliche Haushalte, Ratenkredite, Sonstige Forderungen).

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand

zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing bilanziert die Postbank den Leasinggegenstand als Anlage in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht.

Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse im Immobilienbereich. Die Leasingverträge für Mobilien sind in der Regel als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrecht ausgestattet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten innerhalb der Grundmietzeit amortisiert.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierte Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (IAS 39.63) anzusetzen sind,

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- I Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- I Marktpreis, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

Im Geschäftsjahr wurden bestimmte Parameter für die Ermittlung der Wertberichtigung auf Portfoliobasis und der pauschalierten Einzelwertberichtigungen angepasst, um der schwächeren Konjunkturlage Rechnung zu tragen. Insgesamt wurden durch die Anpassungen eine höhere Portfoliowertberichtigung (25 Mio €) und eine höhere pauschalierte Einzelwertberichtigung (15 Mio €) ermittelt.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die Bilanzierung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG 71 ff. vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Postbank hat die in den synthetischen Collateralized-Debt-Obligationen (CDO) eingebetteten Derivate gemäß IAS 39.AG 30h abgespalten und damit separat erfolgswirksam bewertet. Die Fair Values der eingebetteten Derivate sind Ende 2008 aufgrund der Marktanspannungen deutlich im Vergleich zum Vorjahr angestiegen; die daraus resultierenden Effekte waren in den Vorjahren unwesentlich.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter der

Bilanzposition „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelsspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Die SCP-Bestände des Handels werden ebenfalls unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Note 4 (h) Finanzanlagen.

119

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf Marktpreisrisiken beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen zu drehen. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt durch Derivate mit Optionscharakter.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedger bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 restriktiv geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuchs“ zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettopositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgerbeziehungen (Fair Value Hedges) eingegangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgerbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS ergebniswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risiko-steuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbankbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedges (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgerbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Im Zuge weiterer Prozessoptimierungen erfolgen die Durchführung des Effektivitätstests und damit die ergebniswirksame Bewertung seit 1. Juli 2008 nicht mehr quartalsweise, sondern auf monatlicher Basis.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die Bilanzierung der Finanzanlagen erfolgt zum Erfüllungszeitpunkt. Bei der erstmaligen Erfassung der Finanzanlagen werden diese mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Loans-and-Receiveables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwertes bei Finanzanlagen Available for Sale werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In die IFRS-Kategorie AFS stellt die Postbank Finanzinstrumente ein, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht, die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden und die nicht bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen. Darüber hinaus sind die Finanzinstrumente zu ihrem Zugangszeitpunkt an einem aktiven Markt – wie er in Note 4 (a) definiert wird – notiert.

116

Schuldverschreibungen Held to Maturity werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Im Rahmen ihres Kreditersatzgeschäfts hat die Postbank in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um folgende Produktarten: Asset-Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligations (CDO), Collateralized Loan Obligations (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

Für die bilanzielle Behandlung der SCP-Bestände ist entscheidend, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder aber als „synthetische Strukturen“ einzustufen sind. Bei Cash-Strukturen befinden sich zur Unterlegung der von der Zweckgesellschaft emittierten Anleihen Forderungen und/oder Wertpapiere im Bestand der Zweckgesellschaft. Bei synthetischen Strukturen dahingegen wird das Kreditrisiko des Portfolios von finanziellen Vermögenswerten synthetisch üblicherweise mit einem Credit Default Swap (CDS) übertragen. Kombinationen aus Cash- und synthetischen Strukturen werden bilanziell wie synthetische Strukturen behandelt.

In geringem Umfang befinden sich SCP-Produkte im Handelsbestand. Diese Geschäfte sind – unabhängig von ihrer Struktur – der IAS 39 Kategorie „Held for Trading“ (HfT) zugeordnet. SCP-Bestände des Bankbuchs mit Cash-Strukturen werden der IAS 39 Kategorie „Loans and Receivables“ (LaR) und SCP-Bestände mit synthetischen Strukturen der IAS 39 Kategorie „Available for Sale“ (AFS) zugeordnet.

Die CDOs, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden, sind gemäß IAS 39.11 daraufhin zu untersuchen, ob ein absplattungs-pflichtiges eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) vorliegt. Die Cash-Strukturen (LaR) enthalten keine abzuspaltenden eingebetteten Derivate und werden als ein finanzieller Vermögenswert bilanziert. Die synthetischen Strukturen (AFS) werden dahingegen in einen Basisvertrag (Host Contract) und ein eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) aufgespalten. Die Trennung und Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt anhand eines Simulationsmodells.

Bei den SCP-Beständen des Bankbuchs werden das gesamte strukturierte Produkt (Cash-Strukturen) bzw. der Basisvertrag bei Abspaltung des Embedded Derivates (synthetische Strukturen) unter der Bilanzposition „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe des Weiteren auch (4) (e)).

Die abgespaltenen Embedded Derivatives sowie die SCP des Handelsbestands werden mit dem Full Fair Value bewertet. Die Ermittlung des Fair Value erfolgt anhand eines ausfallbasierten Bewertungsmodells mit einem transaktionsindividuellen Liquiditätsspread. Die Fair-Value-Veränderung der Embedded Derivatives wird im Handelsergebnis erfasst. Die verbleibende Fair-Value-Veränderung (d. h. die des Host Contracts) wird – sofern kein Impairment vorliegt – erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Fair Value des Gesamtprodukts der Wert des Embedded Derivative abgezogen.

Grundsätzlich erfolgt die Full-Fair-Value-Bewertung der SCP-Produkte über veröffentlichte Transaktions- oder Börsenkurse. Liegen keine Transaktions- oder Börsenkurse vor, wie derzeit für die (meisten der) im Bestand befindlichen Produkte, werden sogenannte Arranger oder Dealer Quotes (Indikationen) zur Bewertung herangezogen. In Marktphasen mit eingeschränkter Liquidität – wie sie derzeit für diese Produkte vorherrschen – fehlen insbesondere für CDOs vielfach markt-nahe Indikationen. In Abhängigkeit vom Collateral-Pool wird deshalb für definierte CDOs eine spreadkurvenbasierte Bewertung genutzt. Dieses Bewertungsverfahren basiert auf beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen (Primärmarktmissionen) mit ähnlichem Risikoprofil.

Als Entscheidungsgrundlage, wann eine spreadbasierte Bewertung der Bewertung anhand von Indikationen vorzuziehen ist, existieren klar definierte Kriterien, die einer fortlaufenden Überprüfung unterliegen.

Wie oben dargestellt, sind synthetische SCP-Strukturen in einen Host Contract und ein Embedded Derivative zu zerlegen. Die Trennung und Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt dabei anhand eines Simulationsmodells, welches auf einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen CDO-Struktur beruht. Hierfür wird ein internes Modell (analog S&P CDO Evaluator, Moody's CDO Net und Fitch Vector) verwendet.

Zur Bewertung werden die aus dem CDO resultierenden Zahlungsströme prognostiziert und mit einem laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssatz abgezinst. Dazu werden mittels eines Simulationsverfahrens Ausfallereignisse der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools aufgedeckt und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet. Die Ausfalldetektion je Underlying erfolgt nach dem Merton-Modell. Die Default-Schwellen sind über die kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (Moody's) der

Ratingklassen bzw. über die zeitliche Entwicklung des erwarteten Verlusts (RMBS/Retail) festgelegt.

Die vom Modell verwendeten Bewertungsparameter werden an die aktuellen Marktverhältnisse am Bilanzstichtag angepasst. So wird z. B. bei indirektem Subprime Exposure das Rating auf den Bilanzstichtag aktualisiert, indem dieses in Abhängigkeit vom Underlying in verschiedenen Stufen herabgesetzt wird.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (objective evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Die Postbank hat die objektiven Faktoren dahingehend erweitert, dass das Vorliegen von indirekten Subprime-Investments als Faktor definiert worden ist, somit ist für alle indirekten Subprime-Investments ein Impairment-Test durchzuführen. Grundsätzlich unterliegen alle SCP-Bestände einer strengen Beobachtung.

Liegen solche objektiven Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren:

Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der GuV zu erfassen. Bei AFS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen. Die Impairment-Feststellung bei den SCP-Beständen erfolgt auf Basis der Analyse der erwarteten Cashflows anhand eines internen Bewertungsmodells, in das die aktuellen Schätzungen des Adressenausfallrisikos der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools einbezogen werden. Die Ausfallereignisse der Underlyings wurden über die Zeit simuliert und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet.

Die Ratingmigrationen und die Kennzeichnung der ausgefallenen Underlyings ermöglichen eine Analyse von bestimmten Triggern bei Cash-CDOs. Die Berücksichtigung komplexer Trigger wie z. B. Auflösungs-Trigger ist über zusätzliche Einzelfallanalysen gewährleistet. Die aktuelle Schätzung des Adressenausfallrisikos der Underlyings basiert auf einer Produkte/Märkte/Vintage-Matrix unter Berücksichtigung des ursprünglichen und aktuellen Ratings sowie der Recovery-Erwartungen.

Die Fair-Value-Veränderung der Embedded Derivatives wird im Handelsergebnis erfasst. Die restliche Fair-Value-Veränderung (d. h. die des Host Contract) wird – sofern kein Impairment vorliegt – erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Full Fair Value, der durch Arranger-Preise gestellt oder durch die spreadbasierte Bewertung entwickelt wurde, der Wert des Embedded Derivative abgezogen. Der Wert des eingebetteten Derivats bestimmt sich durch ein marktgängiges, ausfallbasiertes Bewertungsmodell, bei dem aktuelle, an die jeweilige Marktlage angepasste Input-Parameter verwendet werden.

Aufgrund der Inaktivität der Märkte für Verbriefungsprodukte werden bei der Ermittlung der Fair Values für strukturierte Finanzinstrumente (Structured Credit Products – SCP) der Bewertungskategorie „Available

for Sale“, wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS, RMBS, gegenüber dem Vorjahr weiterentwickelte Bewertungsverfahren eingesetzt. Dabei wird ein Simulationsmodell verwendet, welches auf einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen Vertriebsstruktur beruht. Die Zahlungsströme dieser Produkte werden unter Berücksichtigung der entsprechenden Risiken aus den verbrieften Portfolios und der Struktur der Verbriefungen prognostiziert und mit laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssätzen abgezinst. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Bei verzinslichen Wertpapieren haben sich die aus den indikativen Kursen erkennbaren Geld-Brief-Spannen im Zuge der Finanzmarktkrise signifikant ausgeweitet. Aus dem massiven Rückgang der im Markt vorhandenen Liquidität resultierte ein deutlicher Rückgang des Handelsvolumens, der mangels der direkten Beobachtbarkeit des OTC-Marktes durch eine Analyse der öffentlich verfügbaren Kursindikationen nachgewiesen werden konnte. Während diese indikativen Kurse zum 30. Juni 2008 noch für die Bemessung der Fair Values herangezogen werden konnten, war dies aufgrund der weiter auseinander laufenden Geld-Brief-Spannen und der erhöhten Schwankungsbreite der indikativen Kurse in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr möglich. Daher wurde zum 1. Oktober 2008 die Ermittlung der Fair Values für diese Anleihen mit einem Investmentgrade-Rating nicht mehr mit indikativen Kursen, sondern mit einem Bewertungsmodell, das in größtmöglichem Umfang Daten aus dem Markt verwendet und sich so wenig wie möglich auf unternehmensinterne Daten verlässt, vorgenommen. Bei dem Bewertungsmodell handelt es sich um eine Discounted-Cashflow-Methode. Aus den am Markt über aktuelle externe Ratings beobachtbaren kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten je Ratingklasse und Laufzeit werden zunächst die erwarteten Verluste ermittelt und dann von den vertraglichen Cashflows der Anleihen abgezogen. Die so ermittelten ausfallbasierten Cashflows werden mit einer risikoadäquaten Zinskurve, die sich aus einem risikolosen (Basis-)Zinssatz und einem risikoadäquaten Spreadaufschlag für die Illiquidität der Anleihen zusammensetzt, diskontiert. Hierbei wurden mittlerweile eingetretene Marktänderungen angemessen berücksichtigt.

Als Folge einer Schätzungsänderung bei der Ermittlung des Impairment-Bedarfs von als Available for Sale kategorisierten Anteilen an Publikumsfonds wurden seit Anfang 2008 die nicht dauerhaften Wertminderungen als Reduzierung der Neubewertungsrücklage in Höhe von 16 Mio € dargestellt.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

(i) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gem. IAS 38.21-23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gem. IAS 38.57 (a) –(f) erbracht werden können.

Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst. Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 12 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen. Die Marke unterliegt einer unbestimmten Nutzungsdauer.

Die Postbank hat ihre erworbene und selbst erstellte aktivierte Software hinsichtlich der Nutzungsdauer überprüft. Die Analyse ergab, dass zwei Software-Produkte aufgrund ihrer Wettbewerbsfähigkeit am Markt länger nutzbar sein werden. Die Verlängerung der Nutzungsdauer um 5 Jahre auf 10 Jahre entlastet das Ergebnis im Geschäftsjahr 2008 um rund 19 Mio € vor Steuern.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner regelmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung – und somit außerplanmäßige Abschreibung – zu bestimmen (IFRS 3.54).

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IFRS 3.55 und IAS 36). Hierzu wird festgestellt, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert) übersteigt. Bei der Berechnung der erzielbaren Beträge werden die Nutzungswerte der jeweiligen Segmente (zahlungsmittelgenerierende Einheit), dem die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte zugeordnet sind, und die immateriellen Vermögenswerte zugrunde gelegt. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (management approach). Der Planungszeitraum umfasst 3 Jahre. In der Planungsrechnung wurde eine Wachstumsrate von 1% und ein Abzinsungssatz von 9,5% berücksichtigt.

(j) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–7
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–20

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Kosten für laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter wird im Zugangsjahr ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird im Zugangsjahr und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst.

(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property) werden gemäß der Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Bei gemischt genutzten Immobilien wird dann auf eine Aufteilung in einen fremdgenutzten Teil, für den die Regelungen des IAS 40 Anwendung finden, und einen betrieblich genutzten Teil, der nach IAS 16 zu bewerten ist, verzichtet, wenn der vermietete Anteil weniger als 20 % der Gesamtfläche ausmacht. In diesen Fällen wird die gesamte Immobilie als Sachanlagevermögen behandelt. Die Mieterträge werden unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten wird von der Postbank zugunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 25 erläutert. Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer entsprechen denen der Gebäude. Die beizulegenden Zeitwerte werden auf Basis interner Gutachten ermittelt.

(l) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

(m) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

(n) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die Bilanzierung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum

Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe – soweit zulässig – mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespalteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Note 4 (h) Finanzanlagen.

(o) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 115 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) und werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Gesamtverpflichtung aus leistungsorientierten Plänen entspricht dem Barwert der zum Bewertungsstichtag verdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurde auf der Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Berechtigten Gruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z. B.:

- I Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahres, bei Schwerbehinderung frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahres,
- I Invalidentrenten bei Vorliegen von Dienstunfähigkeit oder Erwerbsminderung,
- I Hinterbliebenenrenten.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Für die in den Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

Rechnungszinsfuß	5,75 % p. a.
Gehaltsdynamik	2,5 %
Anpassungsrate für Renten	2,0 %
Fluktuation	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	4,25 %

Im Geschäftsjahr wurde der Rechnungszinsfuß zur Anpassung an den Kapitalmarktzins von 5,5 % auf 5,75 % angehoben. Die anderen Annahmen blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert für die Jahre 2006, 2007 und 2008 auf den Richttafeln 2005G, herausgegeben von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 bzw. IAS 19 (ohne Pensionsverpflichtungen) zu passivieren sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich gemäß IAS 37.36 nach dem bestmöglichen Schätzwert des Erfüllungsbetrags. Rückstellungen, aus denen Mittelabflüsse nach zwölf Monaten erfolgen, werden in Höhe des Barwertes ausgewiesen, wenn die Wirkung des Zinseffekts wesentlich ist. Dies gilt insbesondere für Rückstellungen im Bauspargeschäft. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige laufzeitkongruente Zinssätze berücksichtigt, die den Renditen für Bundeswertpapiere entsprechen. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Bedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(p) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die Umrechnung der in Fremdwährung aufgestellten Jahresabschlüsse der ausländischen Tochtergesellschaften der Postbank erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Latente Steuern werden unter der Position „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuererminderungsansprüche handelt, und unter der Position „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61), z.B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“.

Latente Steuerschulden aufgrund temporärer Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen und assoziierten Unternehmen sind nach IAS 12.39 nicht auszuweisen, wenn die Konzernmutter in der Lage ist, den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenz zu steuern, und es gleichzeitig wahrscheinlich ist, dass sich die temporäre Differenz in absehbarer Zeit nicht umkehren wird. Da im vorliegenden Fall beide Bedingungen erfüllt sind, wurden auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang

mit Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 25 Mio € keine latenten Steuerschulden angesetzt.

Zum 31. Dezember 2008 bestehen keine inländischen steuerlichen Verlustvorträge mehr.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen in IAS 39 und IFRS 7

Das IASB hat durch die am 13. Oktober 2008 verabschiedeten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 „Reclassification of Financial Assets“ die Möglichkeit zur Umwidmung finanzieller Vermögenswerte bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen erweitert. Die Änderung wurde von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften durch die Verordnung (EG) Nr. 1004/2008 vom 15. Oktober 2008 in europäisches Recht übernommen und trat am 17. Oktober 2008 in Kraft. Die Änderung dient der Angleichung von IAS 39 an US GAAP und ermöglicht eine stärkere Annäherung der Bilanzierungsvorschriften für Finanzinstrumente an die geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Die Postbank hat für einen Teil der von ihr gehaltenen Finanzinstrumente die Halteabsicht geändert und beabsichtigt nun, diese auf absehbare Zeit zu halten. Daher hat sie gemäß IAS 39.50E Finanzinstrumente von der Bewertungskategorie „Available for Sale“ in die Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ umgegliedert. Im Geschäftsjahr 2008 wurden Finanzinstrumente im Gesamtwert von nominal 34,8 Mrd € zum Fair Value am jeweiligen Umwidmungstag umkategorisiert. Hiervon entfielen nominal 1,6 Mrd € Fremdwährungsschuldverschreibungen auf das dritte Quartal und nominal 33,2 Mrd € Anleihen ausländischer Staaten, Banken und Corporates auf das vierte Quartal. Note 23 enthält weitere Angaben gemäß IFRS 7.12A

133

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind nachfolgend zusammengefasst:

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IFRS 8 „Geschäftssegmente“	01.01.2009 (endorsed durch die EU-Verordnung 1358/2007 vom 21.11.2007)	IFRS 8 wird die Regelungen des IAS 14 zur Segmentberichterstattung ablösen. Die neuen Regelungen setzen die Berichterstattung nach dem ‚management approach‘ um. Die Anwendung des IFRS 8 ab dem Jahr 2009 wird keine materiellen Auswirkungen haben.
IAS 1 „Darstellung des Abschlusses (überarbeitet 2007)“	01.01.2009 (endorsed durch die EU-Verordnung 1274/2008 vom 17.12.2008)	Der überarbeitete IAS 1 beinhaltet im Wesentlichen Änderungen zur Darstellung der GuV und der Eigenkapitalveränderungsrechnung. Die Anwendung des geänderten IAS wird insbesondere Auswirkungen auf die Darstellung der Abschlussbestandteile haben.
IAS 23 „Fremdkapitalkosten“	01.01.2009 (endorsed durch die EU-Verordnung 1260/2008 vom 10.12.2008)	Der überarbeitete IAS 23 schafft das Wahlrecht zur Einbeziehung von Fremdkapitalkosten in Bezug auf qualifizierte Vermögenswerte ab. Es besteht nunmehr eine Aktivierungspflicht als Teil der Anschaffungs- und Herstellungskosten.
IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“	01.01.2009 (endorsed durch die EU-Verordnung 1126/2008 vom 03.11.2008)	Der neue IAS 32 beinhaltet Neuregelungen zur Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die Anwendung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Postbank haben.
IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“	01.07.2009	Der neue IFRS 3 beinhaltet u. a. Änderungen im Zusammenhang mit der Bemessung von Anschaffungskosten und der Goodwill-Berechnung (Wahlrecht zur Full-Goodwill-Methode), die bei Unternehmensakquisitionen tendenziell zu häufigeren Fair-Value-Bewertungen und zu einer höheren Eigenkapital- bzw. Ergebnisvolatilität führen.
IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse“	01.07.2009	Der neue IAS 27 schafft das Bilanzierungswahlrecht zwischen ‚economic entity model‘ und ‚modified parent company model‘ bei Anteilszukaufen nach Kontrollerrlangung zugunsten des ‚economic entity model‘ ab. Unterschiede zwischen Kaufpreis und anteiligem Buchwert sind im Eigenkapital zu erfassen. Anteilsverkäufe ohne Kontrollverlust sind erfolgsneutral zu behandeln, solche mit Kontrollverlust – auch für die zurückbehaltenen Anteile – ergebniswirksam. Diese Regelungen führen künftig tendenziell ebenfalls zu höherer Eigenkapital- bzw. Ergebnisvolatilität im Zusammenhang mit Anteilsverkäufen bzw. -erwerben durch die Postbank.

Darüber hinaus wurde der IAS 39 hinsichtlich der zulässigen Grundgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting überarbeitet. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen, retrospektiv anzuwenden. Für die Postbank werden sich daraus keine Änderungen ergeben.

Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2008 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in zwölf Standards vorgenommen. Die geänderten Standards sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, anzuwenden. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

(6) Anpassung von Vorjahres- und Vorquartalszahlen

Im Geschäftsjahr wurden bei zum Zeitwert bewerteten Baufinanzierungen zusätzliche Bewertungsparameter berücksichtigt. Die retrospektiv vorzunehmenden Anpassungen führten zu einer Reduktion der Forderungen an Kunden um 57 Mio € und der latenten Ertragsteuerverpflichtungen um 22 Mio € zum 31. Dezember 2006. Insgesamt verminderten sich die Gewinnrücklagen um 35 Mio €. Aus der Anpassung resultierte 2007 eine Verminderung des Handelsergebnisses in Höhe von 9 Mio € sowie eine Belastung des latenten Steueraufwands in Höhe von 2 Mio €, sodass sich das Jahresergebnis 2007 per Saldo um 11 Mio € vermindert hat.

Zusätzlich konnten systembedingt ab 2008 für diese Baufinanzierungen Kreditzusagen in der Fair-Value-Bewertung berücksichtigt werden. Für 2008 ergibt sich daraus eine Erhöhung des Handelsergebnisses um 11 Mio € sowie eine Erhöhung des Aufwands aus passiven latenten Steuern in Höhe von 3 Mio €. Insgesamt führt diese Anpassung zu einer Ergebniserhöhung um 8 Mio € im Jahr 2008.

Bei der Übernahme des BHW durch die Postbank wurden im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3 stille Lasten für immaterielle Vermögenswerte aufgedeckt. Wegen der Übertragung von immateriellen Vermögenswerten im Konzern und Abgängen aus dem Konsolidierungskreis waren für die Jahre 2006 und 2007 Anpassungen der stillen Lasten notwendig. Infolgedessen wurden Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 4 Mio € rückwirkend für das Jahr 2006 in den Gewinnrücklagen berücksichtigt. Des Weiteren wurden 2007 3 Mio € aufwandswirksam erfasst.

Die Postbank weist die Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte nicht mehr in den sonstigen Aufwendungen, sondern im Verwaltungsaufwand aus. Die Vorjahres- und Vorquartalszahlen wurden angepasst.

Im Geschäftsjahr wurden bei der Postbank die Investitionen in Verbriefungspositionen eingehend untersucht. Im Rahmen dieser Analyse wurde festgestellt, dass in wenigen Einzelfällen synthetische CDOs den Cash-CDOs zugeordnet wurden. Da die synthetischen CDOs als AfS kategorisiert wurden, ergab sich zum 31. Dezember 2007 eine Belastung der Neubewertungsrücklage von 47 Mio € vor Steuern. Die Finanzanlagen bzw. Forderungen gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um 24 Mio € bzw. 21 Mio €, während sich die Handelsaktiva und Handelspassiva um 4 Mio € bzw. 6 Mio € erhöhten.

Bei den retrospektiven Änderungen wurden das Ergebnis je Aktie, die Segmentberichterstattung sowie die Kapitalflussrechnung entsprechend angepasst.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss

	2008 Mio €	2007 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	6.245	5.437
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	3.377	2.491
Handelsgeschäften	202	347
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	28	-1
	9.852	8.274
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	75	103
Beteiligungen	11	7
	86	110
	9.938	8.384
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	6.292	4.825
Verbrieften Verbindlichkeiten	641	587
Nachrangkapital	307	280
Swaps	5	110
Handelsgeschäften	198	342
	7.443	6.144
Gesamt	2.495	2.240

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 33 Mio € (Vorjahr: 34 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 54 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 56 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Der Zinsaufwand des Handelsbestands betrifft die kalkulatorischen Zinsaufwendungen.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2008 Mio €	2007 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	2.797	165
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	-2.769	-166
Gesamt	28	-1

(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2008 Mio €	2007 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	431	415
Portfoliowertberichtigungen	32	19
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	23	18
Direkte Forderungsabschreibung	39	31
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	92	130
Portfoliowertberichtigungen	-	1
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	4	3
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	21	11
Gesamt	408	338

Der Risikovorsorgeaufwand entfällt in Höhe von 337 Mio € (Vorjahr: 323 Mio €) auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 19 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €) auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Die Zuführung zu Einzelwertberichtigungen entfällt mit 52 Mio € auf die Kreditengagements Lehman Brothers und isländische Banken.

(9) Provisionsüberschuss

	2008 Mio €	2007 Mio €
Girogeschäft	364	361
Wertpapiergeschäft	165	136
Kredit- und Avalgeschäft	116	111
Filialgeschäft	473	509
Sonstiges Provisionsgeschäft	313	312
Gesamt	1.431	1.429

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 8 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

Die Provisionserträge und -aufwendungen der Postbank Finanzberatung werden seit Anfang 2008 sachgerechter den einzelnen Bestandteilen des Provisionsüberschusses zugeordnet.

(10) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	37	105
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-48	-5
Aktien	-	4
Darlehen (Held for Trading)	13	-6
	-35	-7
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	18.787	3.639
Aufwand aus Derivaten	-19.150	-3.445
	-363	194
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	433	-183
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	-422	186
	11	3
Devisenergebnis	-33	-7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-6	-7
Gesamt	-389	281

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Ertrag aus Swapzinsen in Höhe von 15 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs sind Erträge aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 554 Mio € (Vorjahr: 337 Mio €) enthalten (vgl. Note 4 (g)).

Weiterhin sind im Derivateergebnis die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten in Höhe von -755 Mio € (Vorjahr: -85 Mio €), kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen (CPPI) in Höhe von -133 Mio € (Vorjahr: -19 Mio €) und sonstigen Schuldscheindarlehen in Höhe von -31 Mio € (Vorjahr: -20 Mio €) enthalten.

	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	-5	90
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	-363	194
Ergebnis aus Fair-Value-Option	11	3
Ergebnis aus Aktien	7	8
Devisenergebnis	-33	-7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-6	-7
Gesamt	-389	281

(11) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2008 Mio €	2007 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	-486	-87
davon Verkaufsergebnis	2	-20
Verkaufsgewinne	59	10
Verkaufsverluste	57	30
davon Wertminderungsergebnis	-488	-67
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	-786	-36
davon Verkaufsergebnis	-650	27
Verkaufsgewinne	205	381
Verkaufsverluste	855	354
davon Wertminderungsergebnis	-136	-63
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	-	1
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	-	1
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	30	24
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	30	24
Ergebnis aus dem Verkauf von Fair Value Hedges	-	3
Ergebnis aus Beteiligungen	-7	389
Gesamt	-1.249	294

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

118

125

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

	2008 Mio €	2007 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	-6	-163
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-612	198
Ergebnis aus Beteiligungen	-7	389
Impairment	-624	-130
Gesamt	-1.249	294

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 156 Mio € (Vorjahr: 112 Mio €) auf Structured Credit Products und 97 Mio € auf Abschreibungen auf Aktien und Publikumsfonds (Vorjahr: 18 Mio €). Die weiteren Impairments entfallen auf die Engagements Lehman Brothers und isländische Banken.

Zur Vermeidung eines Trigger-Events bei einem strukturierten Wertpapierportfolio wurden Wertpapiere zu einem Transaktionspreis von 150 Mio € erworben. Beim Ansatz der Wertpapiere zum Fair Value entstand ein Verlust von 11 Mio €. Die zur Ermittlung des Fair Value herangezogene Bewertungsmethode (siehe Note 4 (h)) verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten.

(12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.092	1.053
Soziale Abgaben	106	102
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	212	217
	1.410	1.372
Andere Verwaltungsaufwendungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	95	81
Abschreibungen auf Sachanlagen	91	82
Gesamt	2.969	2.937

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 117 Mio € (Vorjahr: 120 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 78 Mio € (Vorjahr: 81 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten in Höhe von 288 Mio € (Vorjahr: 328 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

und Gebäude in Höhe von 154 Mio € (Vorjahr: 159 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation in Höhe von 149 Mio € (Vorjahr: 151 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG in Höhe von 136 Mio € (Vorjahr: 128 Mio €) sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten in Höhe von 92 Mio € (Vorjahr: 102 Mio €) enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 150 Mio € (Vorjahr: 150 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) enthalten.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) vorgenommen.

(13) Sonstige Erträge

	2008 Mio €	2007 Mio €
Verlustpartizipation stille Einlagen und Genussrechtskapital	37	-
Erträge aus der Auflösung von Accruals	32	10
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	27	20
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	22	45
Erstattungen aus Sozialbereichen	19	19
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	6	6
Erträge aus der Schlussabrechnung der Filialen	-	10
Übrige	75	50
Gesamt	218	160

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 22 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 20 Mio €), von denen 1 Mio € auf Investment Property entfällt, sowie 3 Mio € Buchgewinne.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Sonstige Aufwendungen

	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Aufwendungen für sonstige Steuern	11	13
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	6	5
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StfPT)	6	4
Aufwendungen für Sonderprojekte	-	23
Übrige	80	92
Gesamt	103	137

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) und ausländische Vermögensteuern in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) enthalten.

In den übrigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(15) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	26	22
Gewerbeertragsteuer	22	22
	48	44
Ertragsteuern Vorjahr	86	20
	134	64
Latente Ertragsteuern		
temporäre Differenzen	-157	20
steuerliche Verlustvorträge	-131	51
	-288	71
Gesamt	-154	135

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	-820	857
Ertragsteuern	-154	135
Ergebnis vor Steuern	-974	992
Anzuwendender Steuersatz	29,83 %	39,90 %
Rechnerische Ertragsteuer	-291	396
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	-3	-206
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	-34	-17
aus steuerfreien ausländischen Erträgen	-	-
aus steuerfreien inländischen Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	-3	7
aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlusten	-	30
für Steuern aus Vorjahren	71	77
aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	115	-158
Sonstige	-9	6
	137	-261
Ertragsteueraufwand	-154	135

Bezieht eine Körperschaft Dividenden oder andere Bezüge von einer Beteiligungsgesellschaft oder erzielt sie aus dieser Beteiligung einen Veräußerungsgewinn, dann sind diese Beteiligungsergebnisse mit 95 % nach § 8b KStG bei der empfangenden Körperschaft steuerfrei zu belassen. Dieser Regelung liegt der Grundsatz zugrunde, dass Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei bleiben, solange diese im Bereich von Kapitalgesellschaften verbleiben.

Diese Gewinne werden demzufolge erst besteuert, wenn sie im Rahmen des Halbeinkünfteverfahrens an nicht begünstigte Empfänger (natürliche Personen oder Personenvereinigungen) ausgeschüttet werden. Eine Differenzierung nach inländischen oder ausländischen Beteiligungen findet nicht statt.

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Kassenbestand	923	1.036
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.494	2.316
Gesamt	3.417	3.352

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 2.315 Mio € (Vorjahr: 2.247 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2008 beträgt 1.935 Mio € (Vorjahr: 1.687 Mio €).

(17) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	935	581
Andere Forderungen	6.415	10.128
	7.350	10.709
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	2.241	1.020
Andere Forderungen	9.093	12.831
	11.334	13.851
Gesamt	18.684	24.560

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 5.220 Mio € (Vorjahr: 6.868 Mio €) fällig.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	10.547	12.845
davon Fair Value Hedge	863	1.516
Geldhandelsaktiva (Loans and Receivables)	8.069	11.676
Forderungen an Kreditinstitute (Available for Sale)	68	39
Gesamt	18.684	24.560

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiter- verpfändet wurden und für die eine Rück- gabepflicht besteht	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	10.136	11.413	2.855	1.298
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	10.136	11.413	2.855	1.298

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2008 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 8.271 Mio € (Vorjahr: 12.384 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrieschuldverschreibungen sowie Aktien.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 12,4 Mrd € (Vorjahr: 18,2 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 6,3 Mrd € (Vorjahr: 6,4 Mrd €).

(18) Forderungen an Kunden

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Private Baufinanzierungen	69.370	64.715
Bauspardarlehen	3.581	3.179
Gewerbliche Kredite	24.277	17.553
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.182	3.546
Ratenkredite	2.973	2.289
Sonstige Forderungen	2.935	782
Gesamt	105.318	92.064
davon		
durch Grundpfandrechte gesichert	54.319	50.306
Kommunalkredite	2.182	3.546

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Inländische Kunden	83.404	74.904
Ausländische Kunden	21.914	17.160
Gesamt	105.318	92.064

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 0,9 % (Vorjahr: 1,3 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 78.577 Mio € (Vorjahr: 69.703 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 91,3 Mrd € (Vorjahr: 84,3 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 14,0 Mrd € (Vorjahr: 7,7 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Loans and Receivables	96.373	84.564
davon Fair Value Hedge	1.754	1.356
Held to Maturity	340	456
Fair-Value-Option	8.605	7.044
Gesamt	105.318	92.064

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 325 Mio € (Vorjahr: 146 Mio €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasingverhältnisse beträgt 280 Mio € (Vorjahr: 155 Mio €).

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 276 Mio € (Vorjahr: 153 Mio €) und gliedert sich in folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	61	40
im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	56	41
im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	42	35
im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	31	21
im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	19	11
in mehr als 5 Jahren nach Bilanzstichtag	67	5
Gesamt	276	153

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	276	153
Nicht garantierte Restwerte	4	2
Bruttogesamtinvestition	280	155
Nicht realisierter Finanzertrag	49	17
Nettoinvestition	231	138
Barwert der nicht garantierten Restwerte	2	1
Barwert der Mindestleasingzahlungen	229	137

(19) Kreditvolumen

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	18.684	24.560
Forderungen an Kunden	105.318	92.064
Bürgschaften und Garantien	1.296	1.428
Gesamt	125.298	118.052

(20) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Risikovorsorge wurde durch aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	52	–
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.180	1.154
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.232	1.154
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	48	39
Gesamt	1.280	1.193

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Stand 1. Januar	1.071	1.090	83	65	1.154	1.155
Umgliederung wegen IFRS 5	–	–30	–	–	–	–30
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	431	415	32	19	463	434
Abgänge						
Inanspruchnahme	260	236	1	–	261	236
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	92	130	–	1	92	131
Unwinding	33	34	–	–	33	34
Währungsumrechnungsdifferenzen	–1	4	–	–	–1	4
Stand 31. Dezember	1.118	1.071	114	83	1.232	1.154

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalisierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	394	390
Bauspardarlehen	12	11
Gewerbliche Kredite	222	213
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–
Ratenkredite	118	86
Sonstige Forderungen	320	371
Portfoliowertberichtigungen	114	83
Gesamt	1.180	1.154

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 951 Mio € (Vorjahr: 918 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.921 Mio € (Vorjahr: 1.877 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 98 Mio € (Vorjahr: 124 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2008 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 39 Mio € (Vorjahr: 31 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 21 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €).

(21) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	28	31
von anderen Emittenten	458	4.108
davon Geldmarktpapiere	–	1.292
	486	4.139
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	18	161
Baudarlehen Held for Trading	216	209
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	15.209	5.155
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	459	135
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	185	141
Gesamt	16.573	9.940

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 13.211 Mio € (Vorjahr: 7.404 Mio €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 0,3 Mrd € (Vorjahr: 1,5 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 0,2 Mrd € (Vorjahr: 2,6 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	456	4.109
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12	161

(22) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	1	11
	1	11
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	2	13
	2	13
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	59	241
	59	241
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27	17
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14	14
Verbriefte Verbindlichkeiten	158	98
Nachrangkapital	213	27
	412	156
Gesamt	474	421

Bestände in Höhe von 301 Mio € (Vorjahr: 371 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(23) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	26.617	15.124
von anderen Emittenten	55.855	50.937
	82.472	66.061
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	–	1.016
Investmentfondsanteile	475	1.402
	475	2.418
Beteiligungen	19	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	92	81
Gesamt	83.058	68.582

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Einzugspapiere in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) enthalten.

Bestände in Höhe von 70.654 Mio € (Vorjahr: 61.453 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 56,7 Mrd € (Vorjahr: 41,6 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 25,8 Mrd € (Vorjahr: 24,5 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 6,3 Mrd € (Vorjahr: 6,3 Mrd €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	68.859	26.600
davon Fair Value Hedge	31.318	5.447
Held to Maturity	186	730
Available for Sale	13.427	38.731
davon Fair Value Hedge	7.290	14.633
	82.472	66.061
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	475	2.418
	475	2.418
Beteiligungen (Available for Sale)	19	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	92	81
Gesamt	83.058	68.582

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	80.118	64.042
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	248	1.583
Beteiligungen	7	9

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbindlichkeiten	40.800	24.518
Eventualverbindlichkeiten	–	–
Gesamt	40.800	24.518

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 30 Mrd € (Vorjahr: 23 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 23 Mrd € (Vorjahr: 15 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –992 Mio € (Vorjahr: –562 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairments wurden in der Berichtsperiode 788 Mio € (Vorjahr: –24 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 624 Mio € (Vorjahr: 130 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Im dritten Quartal 2008 hat die Postbank für einen Teil der von ihr gehaltenen Schuldverschreibungen die Halteabsicht geändert und beabsichtigt nun, diese auf absehbare Zeit zu halten. Daher hat sie Fremdwährungsschuldverschreibungen von nominal 1,6 Mrd € zum 1. Juli 2008 zum Fair Value von 1,5 Mrd € von der Bewertungskategorie „Available for Sale“ in die Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ umgegliedert.

Weiterhin hat die Postbank zum 1. Oktober 2008 ein Portfolio, das im Wesentlichen aus Anleihen ausländischer Staaten, Banken und Corporates besteht, in Höhe von nom. 33,2 Mrd € zum Fair Value von 32,9 Mrd € von der Bewertungskategorie „Available for Sale“ in die Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ umgegliedert.

Zum 31. Dezember 2008 haben diese nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 35,8 Mrd € sowie einen Buchwert von 35,8 Mrd €.

Bis zu den beiden Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf –405 Mio € vor Steuern (Vorjahr: –358 Mio €). Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2008 um weitere 97 Mio € belastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgewidmeten Wertpapiere 4,3 %, die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartet, belaufen sich auf 44,9 Mrd €. Zum 31. Dezember 2008 ergab sich für die umgegliederten Wertpapiere kein Impairment, Veräußerungen wurden in der Berichtsperiode nicht getätigt.

Ab den Umwidmungszeitpunkten sind Zinsen in Höhe von 392 Mio € angefallen.

(24) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	649	607
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	80	55
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	11	122
Gesamt	2.371	2.415

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 319 Mio € enthalten. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 86 Mio € (Vorjahr: 90 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 59 Mio € (Vorjahr: 66 Mio €).

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.577 Mio € auf das Segment Retail Banking, mit 33 Mio € auf das Segment Financial Markets und mit 21 Mio € auf das Segment Transaction Banking.

Die Marke „BHW“ ist dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte ¹	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software ¹	Geleistete Anzahl- ungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2007	1.637	1.013	62	103	2.815
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–23	–	–	–23
Zugänge	5	18	8	44	75
Umbuchungen	–	10	12	–22	0
Abgänge	–	83	–	3	86
Endbestand 31.12.2007	1.642	935	82	122	2.781
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	0
Zugänge	–	41	5	10	56
Umbuchungen	–	60	36	–96	0
Abgänge	–	28	–	2	30
Endbestand 31.12.2008	1.642	1.008	123	34	2.807

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte ¹	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software ¹	Geleistete Anzahl- ungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2007	11	294	12	0	317
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–19	–	–	–19
Planmäßige Abschreibungen	–	66	15	–	81
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	13	–	–	13
Endbestand 31.12.2007	11	328	27	0	366
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	57	16	23	96
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	26	–	–	26
Endbestand 31.12.2008	11	359	43	23	436
Buchwert 31.12.2007	1.631	607	55	122	2.415
Buchwert 31.12.2008	1.631	649	80	11	2.371

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert ¹ 01.01.2008 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2008 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	–	–	–	–	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	607	41	2	60	57	649
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	55	5	–	36	16	80
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	122	10	2	–96	23	11
Gesamt	2.415	56	4	0	96	2.371

Die Abschreibungen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen auf Software in Höhe von 23 Mio €.

Der Buchwert zum 31. Dezember 2008 der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte beträgt 6 Mio € (Vorjahr: 83 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 5 Mio € (Vorjahr: 39 Mio €).

(25) Sachanlagen

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Grundstücke und Gebäude	721	768
Betriebs- und Geschäftsausstattung	141	148
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17	11
Gesamt	879	927

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio €	Geleistete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2007	1.028	410	5	1.443
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	1	–	1
Zugänge	50	149	11	210
Umbuchungen	3	1	–4	0
Abgänge	2	61	1	64
Endbestand 31.12.2007	1.079	500	11	1.590
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Zugänge	–	41	13	54
Umbuchungen	1	6	–7	–
Abgänge	9	70	0	79
Endbestand 31.12.2008	1.071	477	17	1.565

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2007	244	258	–	502
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	1	–	1
Abschreibungen	20	61	–	81
Zugänge	48	92	–	140
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	1	58	–	59
Endbestand 31.12.2007	311	352	–	663
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Abschreibungen	41	50	–	91
Zugänge	–1	–1	–	–2
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	1	65	–	66
Endbestand 31.12.2008	350	336	–	686
Buchwert 31.12.2007	768	148	11	927
Buchwert 31.12.2008	721	141	17	879

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2008	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2008
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	768	1	8	1	41	721
Betriebs- und Geschäftsausstattung	148	42	5	6	50	141
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11	13	–	–7	–	17
Gesamt	927	56	13	0	91	879

Zugänge und Abgänge enthalten sonstige Anpassungen in den Anschaffungswerten und kumulierten Abschreibungen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €).

Die Sachanlagen, bei denen die Postbank als Leasinggeber im Rahmen des Operating Lease fungiert, bestehen 2008 aus Grundstücken und Gebäuden.

	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten	711
Kumulierte Abschreibungen	288
Buchwert 31.12.2008	423

(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen der Investment Property stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Investment Property	102	102	29	29

Die Buchwerte der Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2008 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2008 Mio €
Investment Property	73	–	–	–	–	73

Die Angaben der Investment Property stellen sich in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 wie folgt dar:

	Fremd- nutzung %	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	1	1	–	–	–

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Property beträgt laut Gutachten 73 Mio €.

(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	162	117
Latente Ertragsteueransprüche		
temporäre Differenzen	527	372
steuerliche Verlustvorträge, davon	308	150
inländisch	–	150
ausländisch	308	–
	835	522
Gesamt	997	639

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	220	232
Risikovorsorge	12	–
Handelsaktiva	–	–
Hedging-Derivate	22	–
Finanzanlagen	367	200
Sachanlagen	9	3
Sonstige Aktiva	157	18
Passivposten		
Verbindlichkeiten	53	75
Handelsspassiva	2.330	1.440
Hedging-Derivate	533	138
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	70	33
Andere Rückstellungen	60	12
Sonstige Passiva	–	2
	3.833	2.153
Steuerliche Verlustvorträge	308	150
Saldierung mit passiven latenten Steuern	3.306	1.781
Gesamt	835	522

Zum 31. Dezember 2008 bestanden keine abzugsfähigen temporären Unterschiede und steuerlichen Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(28) Sonstige Aktiva

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	452	363
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	116	90
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	12	11
Forderungen an Finanzbehörden	12	10
Übrige	78	55
Gesamt	670	529

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 323 Mio € (Vorjahr: 276 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen und 58 Mio € (Vorjahr: 48 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

Bestände in Höhe von 377 Mio € (Vorjahr: 393 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	2.043	2.708
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	42.700	37.125
	44.743	39.833
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	1.533	584
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.514	20.729
	18.047	21.313
Gesamt	62.790	61.146

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 368 Mio € (Vorjahr: 783 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten. Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 10.689 Mio € (Vorjahr: 11.454 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 57,7 Mrd € (Vorjahr: 54,2 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 5,1 Mrd € (Vorjahr: 6,9 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2008 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 14,8 Mrd € (Vorjahr 8,7 Mrd €).

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	34.663	34.588
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	361	408
	35.024	34.996
Bauspareinlagen	16.196	16.915
darunter: auf gekündigte Verträge	67	70
darunter: auf zugeteilte Verträge	6	6
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	26.891	26.589
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	39.361	32.196
	66.252	58.785
Gesamt	117.472	110.696
Inländische Kunden	110.293	105.281
Ausländische Kunden	7.179	5.415
Gesamt	117.472	110.696

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 476 Mio € (Vorjahr: 4.542 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 32.729 Mio € (Vorjahr: 32.257 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 51,4 Mrd € (Vorjahr: 46,2 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 66,1 Mrd € (Vorjahr: 64,5 Mrd €).

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(31) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Hypothekenpfandbriefe	3.675	11
Öffentliche Pfandbriefe	–	59
Sonstige Schuldverschreibungen	12.667	9.488
Gesamt	16.342	9.558

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 5.625 Mio € (Vorjahr: 5.797 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 6.897 Mio € (Vorjahr: 7.393 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 13,7 Mrd € (Vorjahr: 6,2 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 2,7 Mrd € (Vorjahr: 3,4 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekaufte eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 302 Mio € (Vorjahr: 100 Mio €) direkt abgesetzt.

(32) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	14.638	4.955
Negative Marktwerte Hedging-Derivate des Bankbuchs	1.577	336
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	772	308
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	–	1
Gesamt	16.987	5.600

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 11.335 Mio € (Vorjahr: 4.881 Mio €) fällig.

(33) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	38	34
	38	34
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	117	31
	117	31
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.357	267
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–
	2.357	267
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	51
Verbriefte Verbindlichkeiten	68	311
Nachrangkapital	113	173
	181	541
Gesamt	2.693	873

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 2.270 Mio € (Vorjahr: 696 Mio €) fällig.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	
	2008 Mio €	2007 Mio €
Barwert der Verpflichtung der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	660	698
Barwert der Verpflichtung der nicht kapitalgedeckten Leistungen	733	729
Barwert der Gesamtverpflichtung	1.393	1.427
Zeitwert des Planvermögens	-392	-392
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	148	108
Nettopensionsrückstellungen	1.149	1.143

	Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung	
	2008 Mio €	2007 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	1.427	1.597
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	25	34
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
Zinsaufwand	78	72
Erbrachte Pensionsleistungen	-84	-71
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-2	-14
Planabgeltungen	-	-
Transfers	-1	1
Veränderung Konsolidierungskreis	-	16
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-53	-210
Währungseffekte	-	-1
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	1.393	1.427

	Entwicklung des Planvermögens	
	2008 Mio €	2007 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	392	381
Arbeitgeberbeiträge	7	16
Arbeitnehmerbeiträge	-	-
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	16	17
Gewinne (+)/ Verluste (-) aus dem Planvermögen	-6	-7
Erbrachte Pensionsleistungen	-17	-26
Transfers	-	1
Veränderung Konsolidierungskreis	-	11
Planabgeltungen	-	-
Währungseffekte	-	-1
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	392	392

Das Planvermögen besteht in erster Linie aus Pensionskassenverträgen (81 %, Vorjahr: 80 %), festverzinslichen Wertpapieren (12 %, Vorjahr: 10 %), anderen Vermögenswerten (6 %, Vorjahr: 9 %) und Aktien (1 %, Vorjahr: 1 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Gewinne und Verluste

Gewinne und Verluste aus Planvermögen				
	2008	2007	2006	2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	10	10	15	6
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	16	17	16	3
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) des Planvermögens	-6	-7	-1	3
Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen				
	2008	2007	2006	2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Verpflichtungen	0	33	-12	-13
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	53	177	91	-60
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Verpflichtungen	53	210	79	-73

Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen		
	2008	2007
	Mio €	Mio €
Stand 1. Januar	1.143	1.115
Pensionsaufwand	78	81
Erbrachte Pensionsleistungen	-67	-45
Arbeitgeberbeiträge	-7	-16
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	5
Transfers	-1	0
Währungseffekte	-	-
Stand 31. Dezember	1.149	1.143

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden 2009 Zahlungen in Höhe von 55 Mio € erwartet, die auf direkt erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens entfallen. Weiterhin werden Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 6 Mio € erwartet.

Pensionsaufwand		
	2008	2007
	Mio €	Mio €
Dienstzeitaufwand	25	34
Zinsaufwand	78	72
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-16	-17
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-2	-14
Armortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	-7	5
Auswirkungen von Planabgeltungen	-	1
Sonstiges	-	-
Pensionsaufwand	78	81

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums vom Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Im Jahr 2008 wurden 7 Mio € Gewinn (Vorjahr: 5 Mio € Verlust) ergebniswirksam erfasst.

(35) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2008	Veränderungen des Konsoli- dierungskreises	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2008
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	710	–	217	1	223	715
Personalbezogene Rückstellungen	76	–	29	4	43	86
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	39	–	10	4	23	48
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	6	–	–	3	–	3
Übrige	133	–	51	14	69	137
Gesamt	964	–	307	26	358	989

Nach mehr als 12 Monaten sind 685 Mio € (Vorjahr: 723 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2008	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2008
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	521	164	–	187	544
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	111	29	–	10	92
für Zinssatzwechsel	76	23	–	18	71
Übrige	2	1	1	8	8
Gesamt	710	217	1	223	715

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 15 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €), Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 8 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2008	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2008
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Tatsächliche Steuern	122	39	11	121	192
Latente Steuern ¹	1.104	–	1.739	1.722	1.087
Gesamt	1.226	39	1.750	1.843	1.279

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	305	242
Risikovorsorge	–	2
Handelsaktiva	1.921	1.515
Hedging-Derivate	110	102
Finanzanlagen	1.482	344
Sachanlagen	3	12
Sonstige Aktiva	167	272
Passivposten		
Verbindlichkeiten	111	91
Handelspassiva	–	–
Hedging-Derivate	–	6
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8	12
Andere Rückstellungen	30	15
Sonstige Passiva	256	272
	4.393	2.885
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	3.306	1.781
Gesamt	1.087	1.104

(37) Sonstige Passiva

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	243	188
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	116	99
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	79	77
Verbindlichkeiten aus Leistungen der Deutschen Post AG	73	81
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	56	75
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	54	46
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	52	43
Rechnungsabgrenzungsposten	45	42
Sonstige Verbindlichkeiten	108	184
Gesamt	826	835

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 64 Mio € (Vorjahr: 69 Mio €) fällig.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(38) Nachrangkapital

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.774	2.778
Hybride Kapitalinstrumente	1.687	1.508
Genussrechtskapital	1.237	1.262
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	38	55
Gesamt	5.736	5.603

In der Position „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.426 Mio € (Vorjahr: 5.260 Mio €) fällig.

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 3.597 Mio € (Vorjahr: 3.521 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 157 Mio € (Vorjahr: 142 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 42 Mio € (Vorjahr: 30 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen vier Emissionen in Form von Class B Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Class B Preferred Securities der Postbank Funding LLC I bis IV haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 13 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2008 beträgt insgesamt 58 Mio € (Vorjahr: 55 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 48 Mio €) werden dem Posten Genussrechtskapital direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.183 Mio € (Vorjahr: 2.006 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 496 Mio € (Vorjahr: 498 Mio €) auf nachrangige Verbindlichkeiten und 1.687 Mio € (Vorjahr: 1.508 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 4,4 Mrd € (Vorjahr: 4,1 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,3 Mrd € (Vorjahr: 1,6 Mrd €) variabel verzinslich.

(39) Eigenkapital

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	410
Kapitalrücklage	2.010	1.160
Gewinnrücklagen	4.153	3.502
Währungsumrechnungsrücklage	-149	-149
Neubewertungsrücklage	-724	-556
Andere Rücklagen	3.280	2.797
Bilanzverlust/-gewinn	-821	856
Anteile im Fremdbesitz	3	2
Gesamt	5.019	5.225

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren erfasst.

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 24. März 2009 durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, ein- oder mehrmals um bis zu insgesamt 41 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital I). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Am 27. Oktober 2008 hat der Vorstand unter taggleicher Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, von der Ermächtigung betreffend das Genehmigte Kapital II Gebrauch zu machen und 54.800.000 neue, auf den Namen lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils € 2,50 (Neue Aktien) unter Gewährung von Bezugsrechten (mit Ausnahme einer Aktienspitze von 133.334 neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde) auszugeben.

Die Kosten der Kapitalerhöhung betragen 13,7 Mio €, die von der Kapitalrücklage abgezogen werden.

In der Hauptversammlung vom 8. Mai 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 7. November 2009. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, ursprünglich bis zum 9. November 2008 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG sowie § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurden mit Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Stand zum 1. Januar	-556	6
Bewertungsänderungen	-988	-789
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	4	-227
Available for Sale nicht gehedgt	-992	-562
Bestandsänderungen	786	36
Available for Sale aufgrund Impairment	136	63
davon auf gehedgte Bestände	-2	2
davon auf nicht gehedgte Bestände	138	61
Available for Sale aufgrund von Verkauf/ Hedge-Auflösung	650	-27
davon auf gehedgte Bestände	-2	60
davon auf nicht gehedgte Bestände	652	-87
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	34	191
Stand zum 31. Dezember	-724	-556

Aus den Abgängen und Impairment von Finanzinstrumenten Available for Sale wurden im Geschäftsjahr 786 Mio € (Vorjahr: 36 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 988 Mio € (Vorjahr: 789 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um 34 Mio € (Vorjahr: 191 Mio €) auf einen Endbestand von 334 Mio € (Vorjahr: 300 Mio €), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt erhöhen.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Sonstige Angaben

(40) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im Geschäftsfeld „Retail Banking“ bietet die Postbank Privat - und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro - und Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in dem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Postbank AG, des Teilkonzerns BHW, der Postbank Filialvertrieb AG und der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsdienstleistungen GmbH zusammen.

Im Geschäftsfeld „Firmenkunden“ erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Außerdem gehören gewerbliche Finanzierungen, insbesondere von Immobilien, Factoring und Leasing sowie Logistikfinanzierungen zu diesem Geschäftsbereich. Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den Ergebnissen des Firmenkundengeschäfts der Postbank AG, der PB Firmenkunden AG, der PB Capital, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, der Niederlassung London und des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank International S.A. zusammen.

Dem Geschäftsfeld „Financial Markets“ sind neben den Eigenhandelsaktivitäten ferner die aus Luxemburg geführten Aktivitäten der Deutschen Postbank International S.A. (abzüglich des Firmenkundengeschäfts) sowie die Fondsverwaltung und das Fondsmanagement für verschiedene Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds zugeordnet (Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft GmbH und Deutsche Postbank Financial Services GmbH).

Das Geschäftsfeld „Transaction Banking“ bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an. 56 % (Vorjahr 55 %) der Erträge des Segments „Transaction Banking“ sind aus intersegmentären Verrechnungen entstanden.

„Übriges“ enthält Konsolidierungssachverhalte, nicht den Geschäften zuordenbare Positionen, nicht verrechnete Overhead-Kosten sowie das Ergebnis des Eigengeschäfts.

Das Handelsergebnis des „Übrigen“ enthält die nicht den Segmenten Firmenkunden und Financial Markets zugeordneten Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten in Höhe von –645 Mio € (Vorjahr: –78 Mio €), kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen (CPPI-Strukturen) in Höhe von –133 Mio € (Vorjahr: –19 Mio €) und sonstigen Schuldscheindarlehen in Höhe von –31 Mio € (Vorjahr: –20 Mio €).

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen im Segment „Übrige“ 82 Mio € (Vorjahr: 103 Mio €) auf Structured Credit Products und 97 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) auf Abschreibungen auf Aktien und Publikumsfonds. Das Finanzanlageergebnis im Segment „Übrige“ enthält außerdem –576 Mio € Belastungen aus dem Abbau des Aktienportfolios. Außerdem enthält das Segment „Übrige“ –29 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) Risikovorsorge auf das Kreditengagement bei Lehman Brothers.

Das Handelsergebnis des Segments „Retail Banking“ wurde um die aus der Änderung der Bewertungsmethodik der zum Zeitwert bewerteten Baufinanzierungen geändert. Die Änderung des Betrags der Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte sowie die Ausweisänderung der Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte im Verwaltungsaufwand wurde im Segment „Übriges“ vorgenommen.

Vermögen und Verbindlichkeiten werden den Segmenten vollständig zugeordnet, daraus resultiert eine Anpassung der Vermögenswerte der Segmente.

	Retail Banking ¹		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige ¹		Konzern ¹	
	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Zinsüberschuss	2.276	2.392	390	292	4	4	162	114	-337	-562	2.495	2.240
Handelsergebnis	25	5	-92	-9	-	-	-6	72	-316	213	-389	281
Finanzanlageergebnis	-2	50	-241	-5	-	-	-110	1	-896	248	-1.249	294
Provisionsüberschuss	1.033	988	107	104	340	350	57	83	-106	-96	1.431	1.429
Gesamterträge	3.332	3.435	164	382	344	354	103	270	-1.655	-197	2.288	4.244
Verwaltungsaufwand	-2.156	-2.210	-171	-163	-312	-331	-92	-83	-238	-150	-2.969	-2.937
Risikoversorge	-288	-292	-52	-28	-	-	-22	4	-46	-22	-408	-338
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	24	2	1	-	16	13	-3	-1	77	9	115	23
Ergebnis vor Steuern	912	935	-58	191	48	36	-14	190	-1.862	-360	-974	992
Cost Income Ratio (CIR)	64,7 %	64,3 %	104,3 %	42,7 %	90,7 %	93,5 %	89,3 %	30,7 %	-	-	129,8 %	69,2 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	41,1 %	32,4 %	-14,1 %	50,5 %	-	-	-2,2 %	37,2 %	-144,7 %	-26,3 %	-21,3 %	19,2 %
Segmentvermögen	86.239	79.691	28.668	21.162	351	129	31.437	22.725	84.587	79.206	231.282	202.913
Segmentverbindlichkeiten	106.770	98.533	23.041	19.077	351	129	27.113	13.577	74.007	71.597	231.282	202.913

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand basiert auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Die Höhe der Risikoversorge im Kreditgeschäft bemisst sich nach den festgelegten Standardrisikokosten, also den erwarteten Verlusten.

Die Zuordnung des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken und Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IAS-Eigenkapitals auf die Segmente.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld „Transaction Banking“ keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Die Zuordnung von Vermögen und Verbindlichkeiten auf die Segmente basiert neben den Bilanzpositionen der Töchter auf der operativen Geschäftstätigkeit der Segmente. Dazu werden die Aktiva „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Handelsaktiva“ und „Finanzanlagen“ sowie die Passiva „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“, „Verbriefte Verbindlichkeiten“ und „Handelsspassiva“ Geschäftsfeldern verursachungsgerecht zugeordnet. Die Überleitung auf die Konzernbilanz erfolgt im Segment „Übrige“.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen

	Vermögen ¹		Verbindlichkeiten		Erträge ¹		Ergebnis vor Steuern ¹	
	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Deutschland	192.954	170.463	192.954	170.463	2.406	3.954	-726	795
Übrige	38.328	32.450	38.328	32.450	-118	290	-248	197
Europa	30.241	26.220	30.241	26.220	108	206	25	151
USA	7.523	5.744	7.523	5.744	-242	70	-282	41
Asien	564	486	564	486	16	14	9	5
Gesamt	231.282	202.913	231.282	202.913	2.288	4.244	-974	992

Die Ermittlung der Ergebnisse der geografischen Bereiche erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Das Segment „Übrige“ enthält die Einheiten der Regionen Europa, USA (PB Capital) und Asien (Postbank Home Finance). Die Niederlassung London, die Luxemburger Einheiten PBI und PB VM sowie die Niederlassungen des BHW in Italien, Luxemburg und Belgien sind Bestandteile der Region Europa. Die Vorjahreswerte der Region Europa wurden mit den Ergebnissen der Niederlassungen des BHW angepasst. Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

Vermögen und Verbindlichkeiten der Regionen werden vollständig auf die Bilanzsumme übergeleitet. Die Vorjahreswerte sind entsprechend angepasst.

(41) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann. Finanzgarantien werden nach der Nettomethode erfasst.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.296	1.428
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	23.205	23.480
davon: bereitgestellte Baudarlehen	5.426	5.665
Gesamt	24.501	24.908

Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2008		31.12.2007	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	3.417	3.417	3.352	3.352
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	18.616	18.424	24.521	24.450
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	96.373	99.759	85.159	85.414
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	340	340	456	456
Risikovorsorge	-1.232	-1.232	-1.184	-1.184
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	68.859	67.754	26.600	25.922
Finanzanlagen (Held to Maturity)	186	186	730	731
	186.559	188.648	139.634	139.141
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	62.790	62.476	61.146	60.935
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	117.472	118.009	110.740	110.335
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	22.078	20.496	15.161	14.753
	202.340	200.981	187.047	186.023

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

Existiert für ein Finanzinstrument ein aktiver Markt, wird der Fair-Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtags ermittelt. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der Fair Value durch anerkannte Bewertungsverfahren bestimmt. Die Zeitwerte für Finanzanlagen auf einem inaktiven Markt wurden nach der DCF-Methode berechnet (vgl. Note 4 (h)).

Bei der Ermittlung der Fair Values mittels DCF-Verfahren werden die Liquiditätsspreads auf Basis quotierter Swap-Spreads ermittelt. Eine Veränderung der herangezogenen Liquiditätsspreads um 10 Basispunkte nach oben (nach unten) würde einen Rückgang (einen Anstieg) der Fair Values der mittels des DCF-Verfahrens bewerteten Bestände (nominal rund 60 Mrd €) um ca. 0,45 % bewirken.

(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

Erläuterungen	2008 Mio €	2007 ¹ Mio €
Zinserträge und -aufwendungen (7)		
Loans and Receivables	8.176	6.226
Available for Sale	1.403	1.572
Held to Maturity	43	130
Liabilities at amortised cost	7.240	5.692
Nettogewinne und -verluste (10), (11)		
Held for Trading	-394	271
Designated as at Fair Value	11	3
Loans and Receivables	-456	-62
Available for Sale	-786	-33

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	Fair Value Hedge/Option ¹		Nicht gehedgt ¹		Gesamt ¹	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Aktiva	50.489	30.558	173.618	165.009	224.107	195.567
Loans and Receivables	33.935	8.319	149.913	127.366	183.848	135.685
Forderungen an Kreditinstitute	863	1.516	17.753	23.005	18.616	24.521
Forderungen an Kunden	1.754	1.356	94.619	83.208	96.373	84.564
Finanzanlagen	31.318	5.447	37.541	21.153	68.859	26.600
Available for Sale	7.290	14.633	6.791	26.658	14.081	41.291
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	68	39	68	39
Finanzanlagen	7.290	14.633	6.723	26.619	14.013	41.252
Held to Maturity	–	–	526	1.186	526	1.186
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden	–	–	340	456	340	456
Finanzanlagen	–	–	186	730	186	730
Held for Trading	185	141	16.388	9.799	16.573	9.940
Handelsaktiva	185	141	16.388	9.799	16.573	9.940
Fair-Value-Option	8.605	7.044	–	–	8.605	7.044
Forderungen an Kunden	8.605	7.044	–	–	8.605	7.044
Hedging-Derivate	474	421	–	–	474	421
Passiva	12.117	14.309	209.903	179.167	222.020	193.476
Liabilities at amortised cost	8.652	13.128	193.688	173.875	202.340	187.003
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	368	783	62.422	60.363	62.790	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	476	4.542	116.996	106.154	117.472	110.696
Verbrieftete Verbindlichkeiten	5.625	5.797	10.717	3.761	16.342	9.558
Nachrangkapital	2.183	2.006	3.553	3.597	5.736	5.603
Held for Trading	772	308	16.215	5.292	16.987	5.600
Handelspassiva	772	308	16.215	5.292	16.987	5.600
Hedging-Derivate	2.693	873	–	–	2.693	873

(44) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Derivate des Handelsbestands	665.517	519.151	15.853	5.431	16.987	5.599
Hedging-Derivate	46.557	34.052	474	421	2.693	873
Gesamt	712.074	553.203	16.327	5.852	19.680	6.472

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	4.858	2.273	168	35	106	50
Devisenswaps	32.129	22.518	907	202	859	270
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	36.987	24.791	1.075	237	965	320
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	601.810	469.220	14.405	5.142	15.034	5.046
Cross Currency Swaps	384	146	59	4	10	5
FRAs	12.028	5.723	18	–	11	2
OTC-Zinsoptionen	866	673	3	1	3	1
Sonstige zinsgebundene Verträge	117	871	1	3	1	2
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	4.938	9.893	–	–	–	–
Zinsoptionen	–	490	–	1	–	–
Gesamtbestand Zinsderivate	620.143	487.016	14.486	5.151	15.059	5.056

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	337	453	20	10	11	66
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	5	117	–	–	–	–
Aktien-/Indexoptionen	25	259	1	2	–	1
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	367	829	21	12	11	67
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	8.020	6.515	271	31	952	156
Gesamtbestand Kreditderivate	8.020	6.515	271	31	952	156
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	665.517	519.151	15.853	5.431	16.987	5.599
davon Derivate des Bankbuchs	29.051	15.416	459	131	1.576	330
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	24.994	12.767	185	141	772	308
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	41.967	32.560	346	410	2.641	621
Cross Currency Swaps	1.068	1.338	117	10	51	252
Credit Default Swaps	169	154	11	1	1	–
Zinsfutures	3.353	–	–	–	–	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	46.557	34.052	474	421	2.693	873
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	712.074	553.203	16.327	5.852	19.680	6.472

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)



Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Hedging-Derivate				
	Positive Marktwerte 31.12.2008 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2007 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2008 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2007 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	113	45	391	138
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	60	5	32	39
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	54	18	58	131
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	8	15	139	67
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	9	7	162	29
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	12	23	178	69
mehr als 5 Jahre	218	308	1.733	400
	474	421	2.693	873

Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs				
	Positive Marktwerte 31.12.2008 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2007 ¹ Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2008 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2007 ¹ Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	4.736	316	5.251	508
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	356	144	401	211
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	404	147	467	233
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	456	205	537	201
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	659	198	788	193
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	958	270	1.310	336
mehr als 5 Jahre	8.284	4.151	8.233	3.917
	15.853	5.431	16.987	5.599

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 ¹ Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	15.994	5.720	18.769	6.132
Öffentliche Stellen in der OECD	–	–	–	–
Sonstige Kontrahenten in der OECD	305	118	564	255
Nicht OECD	28	14	347	85
	16.327	5.852	19.680	6.472

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(45) Umlauf Schuldverschreibungen

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Im Umlauf befindliche Schuldverschreibungen		
Begebene Schuldverschreibungen	21.492	18.673
Zur Sicherstellung ausgehändigte Namenspfandbriefe	10	10
Öffentliche Pfandbriefe/Kommunalschuldverschreibungen	10	12
Deckungspflichtiger Umlauf	21.512	18.695

(46) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Deckung der Pfandbriefe		
deckungspflichtige Pfandbriefe	1.168	1.423
Deckungswerte	2.143	2.583
Überdeckung	975	1.160
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
deckungspflichtige Kommunalschuldverschreibungen	2.482	3.943
Deckungswerte	2.957	4.544
Überdeckung	475	601
Deckung der Namenspapiere Typ C		
deckungspflichtige Namensschuldverschreibungen	14.273	13.307
Deckungswerte	16.197	14.408
Überdeckung	1.924	1.101
Deckung der Inhaberpapiere Register D		
deckungspflichtige Pfandbriefe	3.550	0
Deckungswerte	5.228	0
Überdeckung	1.678	0
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	63	72
Zinserträge aus Deckungswerten	87	106
Überdeckung	24	34
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	113	154
Zinserträge aus Deckungswerten	110	199
Überdeckung	-3	45
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere Typ C		
Zinsaufwendungen für Namenspapiere	632	582
Zinserträge aus Deckungswerten	735	655
Überdeckung	103	73
Deckung der Zinsaufwendungen für Inhaberpapiere		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe Register D	159	0
Zinserträge aus Deckungswerten	245	0
Überdeckung	86	0

(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2008 Anzahl	31.12.2007 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	889	1.161
Zwangsverwaltungsverfahren	587	764
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	396	272

(48) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Fremdwährungsaktiva	34.670	19.404
Fremdwährungspassiva	34.734	19.191

(49) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Konzernebene sicher. Die Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Adressrisiken	61.038	75.788
Marktrisikopositionen	9.100	12.225
Operationelle Risiken	6.450	3.063
Gesamtanrechnungsbetrag	76.588	91.076
Zusätzlicher Anrechnungsbetrag gemäß Übergangsregel	–	4.500
Kernkapital	4.997	5.455
darunter: Hybride Kapitalinstrumente	1.615	1.651
Ergänzungskapital	3.155	3.312
darunter: Genussrechtskapital	1.152	1.213
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	2.445	2.308
Drittangmittel	0	0
Anrechenbare Eigenmittel	8.152	8.767
Kernkapitalquote in %	7,4	6,9
Auswirkung der Übergangsregel in Prozentpunkten	–	–0,4
Gesamtkennziffer in %	10,6	9,6
Auswirkung der Übergangsregel in Prozentpunkten	–	–0,4

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotienten aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und Hybride Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtskapital sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen.

(50) Risikokapital

Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht im Wesentlichen aus dem bilanziellen Eigenkapital abzüglich Goodwill, dem Nachrangkapital, der Neubewertungsrücklage, den ausgewiesenen stillen Reserven und Lasten und dem erwarteten Gewinn der Planperiode, bereinigt um das geplante Handels-, Finanzanlage- und Fristentransformationsergebnis.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals sind die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns differenziert nach Risikoarten auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2008 und 2007 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Kapital- und Risikokomponenten		
Marktpreisrisiken	2.884	2.044
Kreditrisiken	1.191	1.191
Operationelle Risiken	635	635
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	126	126
Kollektivrisiken	1.000	1.000
Geschäftsrisiken	1.893	1.893
Summe vor Diversifikation	7.729	6.889
Diversifikationseffekte	1.332	1.276
Summe nach Diversifikation	6.397	5.613
Freie Risikodeckungsmasse	4.358	4.678
Risikodeckungsmasse gesamt	10.755	10.291

Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

(51) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2008:

	Taglich fallig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	3.176	8.236	2.052	597	603	332	1.440	2.248	18.684
Forderungen an Kunden	3.134	15.247	8.360	6.823	7.415	7.805	9.319	47.215	105.318
Handelsaktiva	2	2.934	426	501	630	681	997	10.402	16.573
Hedging-Derivate	–	113	60	54	8	9	12	218	474
Finanzanlagen	–	6.708	5.696	7.692	9.928	8.618	7.064	37.352	83.058
Tatsachliche Ertragsteueranspruche	–	–	158	–	–	–	4	–	162
Latente Ertragsteueranspruche	4	–	–	120	288	1	152	270	835
Sonstige Aktiva	98	118	77	45	37	37	30	228	670
Gesamt	6.414	33.356	16.829	15.832	18.909	17.483	19.018	97.933	225.774
Verbindlichkeiten gegenuber Kreditinstituten	3.576	40.837	7.688	810	1.080	1.428	1.629	5.742	62.790
Verbindlichkeiten gegenuber Kunden	25.263	48.962	10.518	1.298	2.096	3.155	5.127	21.053	117.472
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	4.969	4.476	2.252	382	307	1.827	2.129	16.342
Handelspassiva	–	5.251	401	467	537	788	1.310	8.233	16.987
Hedging-Derivate	–	391	32	58	139	162	178	1.733	2.693
Ruckstellungen	18	80	261	291	218	183	160	927	2.138
Pensionsruckstellungen	–	19	36	92	71	70	69	792	1.149
Sonstige Ruckstellungen	18	61	225	199	147	113	91	135	989
Tatsachliche Ertragsteuerverpflichtungen	4	2	19	72	83	–	12	–	192
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	5	–	148	53	327	–	348	206	1.087
Sonstige Passiva	235	274	253	17	11	6	8	22	826
Nachrangkapital	113	136	61	109	322	266	314	4.415	5.736
Gesamt	29.214	100.902	23.857	5.427	5.195	6.295	10.913	44.460	226.263

150

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (44) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2007¹:

	Täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.601	14.055	2.036	1.623	772	679	1.844	1.950	24.560
Forderungen an Kunden	3.362	10.413	8.586	7.177	5.852	6.627	7.085	42.962	92.064
Handelsaktiva	1	967	1.568	1.691	456	346	301	4.610	9.940
Hedging-Derivate	1	44	5	18	15	7	23	308	421
Finanzanlagen	–	2.204	4.925	7.469	6.545	5.133	7.094	35.212	68.582
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	3	79	35	–	–	–	–	117
Latente Ertragsteueransprüche	3	29	15	47	9	72	340	7	522
Sonstige Aktiva	71	68	34	47	38	48	27	196	529
Gesamt	5.039	27.783	17.248	18.107	13.687	12.912	16.714	85.245	196.735
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.293	41.068	5.332	2.515	830	898	1.299	5.911	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.589	45.538	6.312	1.755	1.811	3.451	5.439	19.801	110.696
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	992	1.173	3.913	1.206	258	248	1.768	9.558
Handelsspassiva	–	508	211	233	201	193	336	3.918	5.600
Hedging-Derivate	–	138	39	131	67	29	69	400	873
Rückstellungen	14	70	226	274	222	208	180	913	2.107
Pensionsrückstellungen	–	19	50	94	80	78	77	745	1.143
Sonstige Rückstellungen	14	51	176	180	142	130	103	168	964
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	61	6	–	28	27	–	122
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	5	–	5	6	5	425	511	147	1.104
Sonstige Passiva	208	296	263	14	14	13	2	25	835
Nachrangkapital	–	14	329	234	102	318	274	4.332	5.603
Gesamt	30.109	88.624	13.951	9.081	4.458	5.821	8.385	37.215	197.644

(52) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

Die Forderungen an Kreditinstitute enthalten nachrangige Vermögenswerte in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €).

(53) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gemäß Artikel 4 §16 Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) zahlt die Postbank seit 2000 33 v. H. der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck gegründete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e. V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank AG aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	21	23
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	17	22
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	16	19
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	14	15
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	12	12
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	59	65
Gesamt	139	156

Darüber hinaus bestehen jährliche Verpflichtungen der Postbank Filialvertrieb AG aus Mieten und Mietnebenkosten in Höhe von 85 Mio € (Vorjahr: 81 Mio €).

(54) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	61	51
Forderungen an Kunden	1.024	1.123
	1.085	1.174
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	513	551
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	45
Altenteilerrentenfonds	12	11
Zweckvermögen	515	567
	1.085	1.174

(55) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2008	Gesamt 2007
Vollzeitkräfte		
Beamte	6.460	6.661
Angestellte	11.419	11.460
	17.879	18.121
Teilzeitkräfte		
Beamte	940	1.005
Angestellte	2.603	2.714
	3.543	3.719
	21.422	21.840

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(56) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht der Postbank Konzern unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen des DPWN Konzerns in Beziehung sowie einer geringen Anzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Deutschen Postbank AG, die nicht im Postbank Konzern konsolidiert wurden. Als nahestehende Personen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Muttergesellschaft Deutsche Post AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Deutschen Post AG einschließlich der nicht in den Postbank Konzern einbezogenen verbundenen Unternehmen bezeichnet. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Post AG

Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde zwischen der DPAG und der Postbank ein neuer Kooperationsvertrag abgeschlossen. Diesem Vertrag entsprechend übernimmt die Postbank mit dem eigenen stationären Vertriebsnetz die Betreuung der Postbank Kunden. Darüber hinaus wurde im Nachtrag zum Kooperationsvertrag vom 30. Oktober 2007 geregelt, dass die Postbank in dem stationären Vertriebsnetz Postdienstleistungen im Namen und für Rechnung der DPAG vertreibt. Ziel des Kooperationsvertrags ist die Bemessung der an die DPAG zu leistenden Vergütung in Abhängigkeit von dem Wertschöpfungsbeitrag der jeweils zugrunde liegenden Produkte. Die im Kooperationsvertrag geregelten Leistungen und Produkte betreffen neben dem Zahlungsverkehr insbesondere Girokonten, Gelddienste, Kreditkarten, Privatkredite, Spar- und Investmentfondsgeschäfte, Baufinanzierungen und Versicherungsprodukte sowie die Bargeldversorgung und die

Betreuung von Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdruckern. Als Geschäftsbeziehungen werden die Leistungen zwischen der Postbank und der DPAG sowie den mit der DPAG verbundenen Unternehmen gezeigt.

Geschäftsbeziehungen mit sonstigen nahestehenden Unternehmen
Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – gesondert nach Geschäftsbereichen – verzeichnet. Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist beim Handelsregister des Amtsgerichts Bonn hinterlegt.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Postbank an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. in Höhe von 115 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) betragen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (o) „Rückstellungen“.

122

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Forderungen an Kunden		
Deutsche Post AG	130	402
Tochtergesellschaften	12	30
	142	432
Sonstige Aktiva		
Deutsche Post AG	35	24
Tochtergesellschaften	1	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	4
	38	30

Bei den Kundenforderungen an die Deutsche Post AG handelt es sich im Wesentlichen um Darlehen und Kontokorrentkredite der Deutschen Postbank AG.

In den Kundenforderungen an Tochtergesellschaften sind im Wesentlichen Forderungen der Deutschen Postbank AG an die CREDA Objektanlage- und Verwaltungsgesellschaft mbH in Höhe von 7 Mio € und an die RALOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs-KG in Höhe von 4 Mio € enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Deutsche Post AG	37	–
Tochtergesellschaften	56	44
Sonstige nahestehende Unternehmen	44	36
	137	80
Sonstige Passiva		
Deutsche Post AG	80	95
Tochtergesellschaften	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	8	4
	90	101
Nachrangkapital		
Tochtergesellschaften	101	141
	101	141

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften entfallen im Wesentlichen auf ein Termingeld der Deutschen Postbank P.O.S. Transact GmbH bei der Deutschen Postbank International S.A. in Höhe von 21 Mio € und der BHW Invest. S.A.R.L.

Gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen entfallen die Kundenverbindlichkeiten insbesondere auf Leistungsverpflichtungen zwischen der Deutschen Postbank International S.A. und der Deutschen Post Pensionsfonds GmbH in Höhe von 31 Mio €.

Die Sonstigen Passiva resultieren im Wesentlichen aus dem Filialgeschäft gemäß Kooperationsvertrag.

In der Position Nachrangkapital werden nachrangige Verbindlichkeiten der BHW Bausparkasse AG und der Deutschen Postbank AG gegenüber der BHW Euro Finance B.V. ausgewiesen, dabei handelt es sich um nachrangige Schuldscheindarlehen.

Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen bestehen in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) gegenüber der Deutschen Post AG. Eventualverpflichtungen aus anderen Verpflichtungen, d. h. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder ähnlichen Verpflichtungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, existieren nicht.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	01.01.–31.12. 2008 Mio €	01.01.–31.12. 2007 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Post AG	35	24
Tochtergesellschaften	12	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	3	4
	50	32
Zinsaufwendungen		
Deutsche Post AG	–	1
Tochtergesellschaften	9	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	1
	10	10
Provisionserträge		
Deutsche Post AG	479	520
Tochtergesellschaften	2	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	1
	481	525
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Post AG	–	2
Tochtergesellschaften	11	11
	11	13
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Post AG	315	357
Tochtergesellschaften	26	21
Sonstige nahestehende Unternehmen	164	151
	505	529
Sonstige Erträge		
Deutsche Post AG	4	11
Tochtergesellschaften	6	6
Sonstige nahestehende Unternehmen	27	26
	37	43
Sonstige Aufwendungen		
Deutsche Post AG	1	18
	1	18

Die Aufwendungen der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG setzen sich wie folgt zusammen:

	2008 Mio €	2007 Mio €
Filialaufwand gemäß Kooperationsvertrag		
Bestandsprovision für die Bereitstellung des Vertriebsnetzes	98	100
Mindestprovision	10	–
Abschlussprovisionen für Neugeschäft	14	11
Betreuung von EC-Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdruckern	5	6
Transaktionen mit Firmenkunden	6	6
Investitionszuschüsse	3	4
	136	127
Aufwendungen aus sonstigen Geschäftsbeziehungen		
Portokosten	61	65
Personalservice (ehemals Besoldungskassendienst)	4	5
Druck- und Kuvertierungskosten	0	4
Sonstige	10	10
	75	84

Die Erträge der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG aus sonstigen Geschäftsbeziehungen von 83 Mio € (Vorjahr: 95 Mio €) betreffen mit 59 Mio € (Vorjahr: 82 Mio €) Kostenerstattungen für Werbeausgaben.

Die Aufwendungen der Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Post AG betreffen im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 103 Mio € (Vorjahr: 138 Mio €).

Die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen der Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Post AG betreffen insbesondere Provisionserträge aus dem Filialgeschäft der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 417 Mio € (Vorjahr: 434 Mio €).

Gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen wurden insbesondere Mieten und Mietnebenkosten in den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Käufe und Verkäufe von Grundstücken und Bauten sowie anderer Vermögenswerte an nahestehende Unternehmen wurden nicht getätigt.

Leasingaufwendungen aufgrund von Anmietungen von sonstigen nahestehenden Unternehmen belaufen sich auf 64 Mio € (Vorjahr: 63 Mio €), Leasingverträge aus Vermietungen an sonstige nahestehende Unternehmen auf 11 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €) und Erträge aus Vermietungen an nicht einbezogene Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG auf 2 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €).

Transfers aufgrund von Lizenzvereinbarungen an nahestehende Unternehmen existieren nicht, Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen an nahestehende Unternehmen wurden nicht gebildet.

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertrags Elemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt) und Nebenleistungen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu 50 % aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG zusammen und sind in dieser Komponente abhängig von Ergebniskennzahlen des Unternehmens (Unternehmenserfolgsbonus). Die übrigen 50 % beziehen sich auf individuelle quantitative und/oder qualitative Ziele der jeweiligen Vorstände (Individualerfolgsbonus). Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus (besondere Erfolgeprämie) beschließen.

Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestandteils zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestandteils übersteigen kann.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 16.174,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen 4.309,3 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.469,8 T€) und 11.865,0 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (im Vorjahr 6.059,2 T€).

Die erfolgsabhängige Komponente enthält die Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€; die Zusage wurde im Mai 2008 ausgesprochen. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten.

Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands.

Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wird nicht gezahlt.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „Sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 175,3 T€ (im Vorjahr 189,8 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Vorstandsvergütung 2008

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung		Gesamtsumme T€
	Fixum	Neben-leistungen	Jahres-bonus	Sonder-bonus ¹	
	T€	T€	T€	T€	
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender)	875,0	28,4	0	2.400,0	3.303,4
Dirk Berensmann	500,0	24,6	0	1.300,0	1.824,6
Dr. Mario Daberkow (Mitglied bis 30. November 2008)	241,7	15,2	0	900,0	1.156,9
Stefan Jütte	538,1	14,7	0	1.465,0	2.017,8
Horst Küpker (Mitglied seit 1. Juli 2008)	250,0	11,2	0	1.300,0	1.561,2
Guido Lohmann (Mitglied bis 30. November 2008)	229,2	19,1	0	900,0	1.148,3
Dr. Michael Meyer	350,0	16,8	0	1.300,0	1.666,8
Loukas Rizos (Mitglied bis 30. Juni 2008)	300,0	9,9	0	100,0	409,9
Hans-Peter Schmid	400,0	18,5	0	900,0	1.318,5
Ralf Stemmer	450,0	16,9	0	1.300,0	1.766,9
Gesamt	4.134,0	175,3	0	11.865,0	16.174,3

¹ Enthält Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten. Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands. Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wird nicht gezahlt.

Vorstandsvergütung 2007

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung T€	Gesamtsumme T€
	Fixum	Neben-leistungen		
	T€	T€		
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)	555,0	14,6	825,0	1.394,6
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Henning R. Engmann (Mitglied bis 31. März 2007)	125,0	7,8	200,0	332,8
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann (Mitglied seit 1. Juli 2007)	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer (Mitglied seit 1. Juli 2007)	175,0	6,9	219,9	401,8
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	4.280,0	189,8	6.059,2	10.529,0

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität. Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bildet das Vorstandsmitglied Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60 % bereits erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann, Dr. Meyer und Küpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6 %. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungs-

vermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Meyer und Küpker haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2008 %	Maximalversorgungsgrad %	Dienstzeit-aufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung �
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender)	60,00	60,00	180.264
Dirk Berensmann	58,00	60,00	162.226
Stefan Jütte	29,39	50,00	218.926
Hans-Peter Schmid	0	60,00	234.188
Ralf Stemmer	0	60,00	54.085

In den Fllen der Herren Schmid und Stemmer ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2008 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen der Versorgung, die vor Aufnahme der Vorstandstätigkeit zugesagt wurde.

	Beitrags-summe für 2008 �	Stand des Versorgungs-kontos am 31.12.2008 �	Dienstzeit-aufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung �
Horst Küpker (seit 1. Juli 2008)	184.597	190.135	90.027
Dr. Michael Meyer	87.500	337.755	70.729

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 16,42 Mio   (im Vorjahr 4,95 Mio  ).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 43,30 Mio  .

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in   15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung beträgt 15.000 Å, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300   für jeweils 0,03  , um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00   übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300   für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2010 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2007 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2011 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Die auf Aufsichtsratsvergütung und Auslagen anfallende Umsatzsteuer wird erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250   je Sitzung des Gesamtauf-sichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht  berschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5% des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4% der auf den geringsten Ausgabe-betrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für das Geschäftsjahr 2008 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 526 T€ (Vorjahr 996 T€). Ergebnisbezogen erhält der Aufsichtsrat lediglich die fixe Vergütung.

Dem Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2008 für seine Tätigkeit Auslagenerstattungen in Höhe von 17,5 T€ erstattet.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

	Fixe Vergütung	Variable Vergütung (jährlich)	Variable Vergütung (langfristig)	Sitzungsgeld	Summe	Vergütungs- anspruch mit langfristiger Anreizwirkung*
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	45,5	–	–	2,5	48,0	45,5
Michael Sommer	45,0	–	–	1,8	46,8	45,0
John Allan	9,8	–	–	0,5	10,3	9,8
Wilfried Anhäuser	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Jörg Asmussen	6,1	–	–	0,3	6,4	6,1
Marietta Auer	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Rolf Bauermeister	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Wilfried Boysen	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Henry Cordes	1,8	–	–	0,3	2,1	1,8
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	–	3,5	33,5	30,0
Annette Harms	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	–	–	3,5	41,0	37,5
Elmar Kallfelz	25,1	–	–	3,0	28,1	25,1
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	–	–	3,5	41,0	37,5
Dr. Axel Nawrath	4,9	–	–	0,0	4,9	4,9
Dr. Hans-Dieter Petram	19,9	–	–	1,3	21,2	19,9
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Klaus Schlede	7,9	–	–	0,8	8,7	7,9
Thorsten Schulte	27,4	–	–	2,0	29,4	27,4
Eric Stadler	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Gerd Tausendfreund	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Renate Treis	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Elmo von Schorlemer	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Klaus Zumwinkel	7,0	–	–	0,0	7,0	7,0
Summe	485,4	–	–	40,8	526,2	485,4

* Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 25 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2008 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 70,4 T€ (Vorjahr: 931 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2008 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden Kredite geführt. Die Kreditvaluta zum Bilanzstichtag beträgt insgesamt 528,38 T€. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgesehen. Die Höhe der Eigenbeteiligung beträgt zwischen ca. 10 % und 40 % des Jahresfestgehalts.

(57) Andere Angaben

Der Konzernabschluss der Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen.

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten. Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregister-eintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corp., Delaware, USA, Garantieerklärungen in Höhe von 830,1 Mio US-\$ abgegeben. Diese beinhalten eine Garantieerklärung für das Commercial-Paper-Programm (588,5 Mio US-\$), eine Garantieerklärung für Swaps (235,9 Mio US-\$) und eine Mietgarantie für Geschäftsräume in New York (5,7 Mio US-\$).

(58) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Dr. Wolfgang Klein, Bonn (Vorsitzender)	
Dirk Berensmann, Unkel	
Dr. Mario Daberkow, Bonn	bis 30. November 2008
Marc Heß, Bonn	seit 1. Januar 2009
Stefan Jütte, Bonn	
Horst Küpker, Bad Honnef	seit 1. Juli 2008
Guido Lohmann, Dülmen	bis 30. November 2008
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Loukas Rizos, Bonn	bis 30. Juni 2008
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2008 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Dr. Wolfgang Klein	Vorsitzender
--------------------	--------------

Funktion	Gesellschaft
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Juni 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 15. April 2008)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. April 2008)	
Mitglied des Vorstands	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln

2009 aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
--	------------------------------------

Dirk Berensmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln*
Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro Holding A/S, Taastrup, Dänemark
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität, Frankfurt am Main

Neues Mandat ab 2009

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
--	-----------------------------

* vormalig einnull IT-Support GmbH, Köln

Dr. Mario Daberkow	Mitglied des Vorstands bis 30. November 2008
--------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	CREDA Objektanlage- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Board of Directors (seit 9. Mai 2008)	Eurogiro NCIP A/S, Taastrup, Dänemark

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. September 2008)	Betriebs-Center für Banken Payments Payments & Services GmbH, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Juni 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Marc Heß	Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2009
----------	--

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. April 2008)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main

Stefan Jütte

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 10. November 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden
Mitglied des Beirats	CorpusSireo Immobiliengruppe, Düsseldorf

Horst Küpker	Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2008
--------------	--

Funktion	Gesellschaft
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 17. April 2008)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. April 2008)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 15. April 2008) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. April 2008)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Mitglied und stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2008)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 15. Mai 2008)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 15. Mai 2008)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Mai 2008)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 21. Juli 2008)	BHW Bank AG, Hameln
--	---------------------

Guido Lohmann	Mitglied des Vorstands bis 30. November 2008
---------------	--

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. November 2008)	BHW Immobilien GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. November 2008)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Dr. Michael Meyer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (vom 1. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 30. Juni 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 15. Mai 2008)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 21. Juli 2008)	BHW Bank AG, Hameln
---	---------------------

Neues Mandat ab 2009

Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
---	-------------------------------

Loukas Rizos	Mitglied des Vorstands bis 30. Juni 2008
--------------	--

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. April 2008)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 3. April 2008)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 14. Mai 2008)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 14. Mai 2008)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2008)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. April 2008)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Juni 2008)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. April 2008)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Neues Mandat ab 2009

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
---	------------------------------------

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln*
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

*vormals einnull IT-Support GmbH, Köln

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Königswinter (Vorsitzender seit 3. März 2008)	seit 19. Februar 2008
Dr. Klaus Zumwinkel, Köln	bis 18. Februar 2008
John Allan, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	seit 8. Mai 2008
Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	bis 27. Mai 2008
Henry B. Cordes, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	seit 19. November 2008
Wilfried Boysen, Hamburg	
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn	
Dr. Peter Hoch, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Axel Nawrath, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	vom 27. Juni 2008 bis 24. Oktober 2008
Dr. Hans-Dieter Petram, Inning	
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech	
Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano	bis 8. Mai 2008
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin
Annette Harms, Stv. Vorsitzende Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Hamburg
Elmar Kallfelz, Mitglied Europäischer Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat Deutsche Post AG, Wachtberg
Torsten Schulte, Vorsitzender Konzernbetriebsrat Deutsche Postbank AG, Hessisch Oldendorf
Eric Stadler, Vorsitzender Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau
Renate Treis, Stv. Vorsitzende Gesamtbetriebsrat Deutsche Postbank AG, Brühl

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2008 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel	Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 3. März 2008
-----------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 1. Mai 2008)	Williams Lea Holding PLC
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Williams Lea Group Limited
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Exel Investments Limited
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Exel Limited
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Tibbett & Britten Group Limited

Dr. Klaus Zumwinkel	Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 18. Februar 2008
---------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Februar 2008)	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 28. April 2008)	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	Arcandor, Essen
Mitglied des Board of Directors (bis 7. April 2008)	Morgan Stanley, Delaware, USA

John Allan	Mitglied des Aufsichtsrats seit 8. Mai 2008
------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Non-Executive Director	National Grid plc
Mitglied des Board of Directors	ISS Holding A/S

Jörg Asmussen	Mitglied des Aufsichtsrats bis 27. Mai 2008
---------------	---

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 12. August 2008)	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Mai 2008)	IKB-Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Mai 2008)	Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg

Wilfried Boysen

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2008)	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Henry B. Cordes Mitglied des Aufsichtsrats
seit 19. November 2008

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	TLG Immobilien GmbH
Mitglied des Aufsichtsrats	T-Mobile International AG
Stv. Mitglied des Kuratoriums	Deutsche Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2008)	DB Schenker

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 24. April 2008)	Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Dr. Axel Nawrath Mitglied des Aufsichtsrats vom
27. Juni 2008 bis 24. Oktober 2008

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bahn AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 2008)	Deutsche Bahn ML AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Oktober 2008)	KfW-IPEX Bank, Frankfurt am Main

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	KfW-IPEX Bank, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2008)	Deutsche Bahn AG, Berlin

Dr. Klaus Schlede Mitglied des Aufsichtsrats
bis 8. Mai 2008

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Verwaltungsrats	SWISS International AIR LINES AG, Basel, Schweiz
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 15. Mai 2008)	Deutsche Telekom AG, Bonn

Elmo von Schorlemer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum AG, Essen
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum Finanzhaus AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats (ab Dezember 2008)	Hannover Direkt Versicherung AG, Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Dezember 2008)	VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis Dezember 2007)	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2008)	Salzgitter AG, Salzgitter

Wilfried Anhäuser

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 6. Mai 2008)	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 30. November 2008)	Deutsche BKK

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kalfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats (seit Juni 2008)	Sparkassenzweckverband der Sparkasse Weserbergland

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2008 Mio €	2007 Mio €
Abschlussprüfungen	7,2	7,0
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	5,2	3,1
Steuerberatungsleistungen	0,6	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	3,2	6,2
Gesamt	16,2	16,4

(60) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam am 28. November 2008 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2008 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 13. Februar 2009
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Wolfgang Klein



Dirk Berensmann



Marc Heß



Stefan Jütte



Horst Küpker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutschen Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 18. Februar 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Susanne Beurschgens
Wirtschaftsprüferin

Weitere Informationen

I Gewinn- und Verlustrechnung – Quartalsübersicht¹

	2008				2007				2008	2007
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	2.636	2.475	2.510	2.317	2.215	2.101	2.081	1.987	9.938	8.384
Zinsaufwendungen	-1.898	-1.897	-1.888	-1.760	-1.613	-1.561	-1.526	-1.444	-7.443	-6.144
Zinsüberschuss	738	578	622	557	602	540	555	543	2.495	2.240
Risikoversorge im Kreditgeschäft	-104	-143	-86	-75	-70	-92	-86	-90	-408	-338
Zinsüberschuss nach Risikoversorge	634	435	536	482	532	448	469	453	2.087	1.902
Provisionserträge	425	421	418	419	436	424	396	419	1.683	1.675
Provisionsaufwendungen	-65	-59	-68	-60	-60	-67	-57	-62	-252	-246
Provisionsüberschuss	360	362	350	359	376	357	339	357	1.431	1.429
Handelsergebnis	-406	-56	61	12	24	93	105	59	-389	281
Ergebnis aus Finanzanlagen	-700	-470	-80	1	2	184	38	70	-1.249	294
Verwaltungsaufwand	-808	-741	-718	-702	-752	-722	-727	-736	-2.969	-2.937
Sonstige Erträge	93	39	44	42	71	36	29	24	218	160
Sonstige Aufwendungen	-39	-17	-21	-26	-59	-45	-24	-9	-103	-137
Ergebnis vor Steuern	-866	-448	172	168	194	351	229	218	-974	992
Ertragsteuern	156	99	-51	-50	-28	53	-83	-77	154	-135
Ergebnis nach Steuern	-710	-349	121	118	166	404	146	141	-820	857
Ergebnis Konzernfremde	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1	-1
Konzernverlust/-gewinn	-710	-349	121	117	166	404	146	140	-821	856

¹ Quartale I bis III 2008 und Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

I Gewinn- und Verlustrechnung – Mehrjahresübersicht

	2005	2005 pro forma	2006	2007 ¹	2008
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinserträge	5.350	7.045	7.650	8.384	9.938
Zinsaufwendungen	-3.675	-5.097	-5.496	-6.144	-7.443
Zinsüberschuss	1.675	1.948	2.154	2.240	2.495
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-205	-286	-337	-338	-408
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.470	1.662	1.817	1.902	2.087
Provisionserträge	801	1.560	1.623	1.675	1.683
Provisionsaufwendungen	-102	-181	-216	-246	-252
Provisionsüberschuss	699	1.379	1.407	1.429	1.431
Handelsergebnis	205	231	264	281	-389
Ergebnis aus Finanzanlagen	252	270	292	294	-1.249
Verwaltungsaufwand	-1.886	-2.870	-2.812	-2.937	-2.969
Sonstige Erträge	252	361	205	160	218
Sonstige Aufwendungen	-273	-318	-232	-137	-103
Ergebnis vor Steuern	719	715	941	992	-974
Ertragsteuern	-226	-225	-245	-135	154
Ergebnis nach Steuern	493	490	696	857	-820
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
Konzernverlust/-gewinn	492	489	695	856	-821
Cost Income Ratio (CIR)	66,6%	75,0%	68,3%	69,2%	129,8%
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	15,0%	14,9%	18,9%	19,2%	-21,3%
nach Steuern	10,3%	10,2%	14,0%	16,6%	-18,0%

¹Angaben für 2007 angepasst (siehe Note 6)

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2008)

Vorschrift ¹	Stand	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ^{3/6}
1. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁴					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	2005	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 14	rev. 1997	Segment Reporting	Segmentberichterstattung	01.07.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	2004	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 24	rev. 2003	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 27	rev. 2003	Consolidated and Separate Financial Statements	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 28	rev. 2003	Investments in Associates	Anteile an assoziierten Unternehmen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 31	rev. 2003	Interests in Joint Ventures	Anteile an Joint Ventures	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 32	rev. 2003	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenberichterstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2008	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 40	rev. 2003	Investment Property	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

¹⁻⁴Legende siehe S. 176

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2008)

Vorschrift ¹	Stand	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ^{3/6}
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁴					
IFRS 3	rev. 2004	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebenen Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 7	2004	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
1.3. Standard Interpretation Committee (SIC)					
SIC-12	2004	Consolidation-Special Purpose Entities	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
1.4. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining whether an Arrangement contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁵					
DRS 5-10	2005	n. r.	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	01.01.2005	n. r.
DRS 15	rev. 2005	n. r.	Lageberichterstattung	01.01.2003/01.01.2004/ 01.01.2005	n. r.
DRS 15a	rev. 2007	n. r.	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht	31.12.2008	n. r.
DRS 16	2008	n. r.	Zwischenberichterstattung	01.01.2008	n. r.
DRS 17	2007	n. r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n. r.
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2008	n. r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	31.12.2008	n. r.
FWBO	2008	n. r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	15.08.2008	n. r.

Legende:

- ¹ Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.
- ² Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.
- ³ Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).
- ⁴ IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB November 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.
- ⁵ Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.
- ⁶ Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 so wie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

I Gremien

Vorstände

Dr. Wolfgang Klein, Bonn
Vorsitzender

Dirk Berensmann, Unkel

Dr. Mario Daberkow, Bonn
bis 30. November 2008

Marc Heß, Bonn
seit 1. Januar 2009

Stefan Jütte, Bonn

Horst Küpker, Bad Honnef
seit 1. Juli 2008

Guido Lohmann, Dülmen
bis 30. November 2008

Dr. Michael Meyer, Bonn

Loukas Rizos, Bonn
bis 30. Juni 2008

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Generalbevollmächtigte

Dr. Mario Daberkow, Bonn
seit 15. Dezember 2008

Dr. Ralf Kauther, Bonn
seit 25. November 2008

Aufsichtsrat

Dr. Frank Appel, Königswinter
Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG
seit 19. Februar 2008

Dr. Klaus Zumwinkel, Köln
Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG
bis 18. Februar 2008

Michael Sommer*, Berlin
Stellv. Vorsitzender,
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

John Allan, Bonn
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG
seit 8. Mai 2008

Wilfried Anhäuser*, Kerpen
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG

Jörg Asmussen, Berlin
Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen
bis 27. Mai 2008

Marietta Auer*, Unterhaching
Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale

Rolf Bauermeister*, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung

Wilfried Boysen, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Unternehmensberater

Henry B. Cordes, Berlin
Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen
seit 19. November 2008

Annette Harms*, Hamburg
Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Dr. Peter Hoch, München

Elmar Kallfelz*, Wachtberg
Mitglied des Europäischen Betriebsrats und Gesamtbetriebsrats
Deutsche Post AG

Prof. Dr. Ralf Krüger, Kronberg
Unternehmensberater

Dr. Axel Nawrath, Berlin
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
vom 27. Juni bis 24. Oktober 2008

Dr. Hans-Dieter Petram, Inning
Berater

Dr. Bernd Pfaffenbach, Wachtberg-Pech
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano
bis 8. Mai 2008

Elmo von Schorlemer, Aachen
Rechtsanwalt

Torsten Schulte*, Hessisch Oldendorf
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG

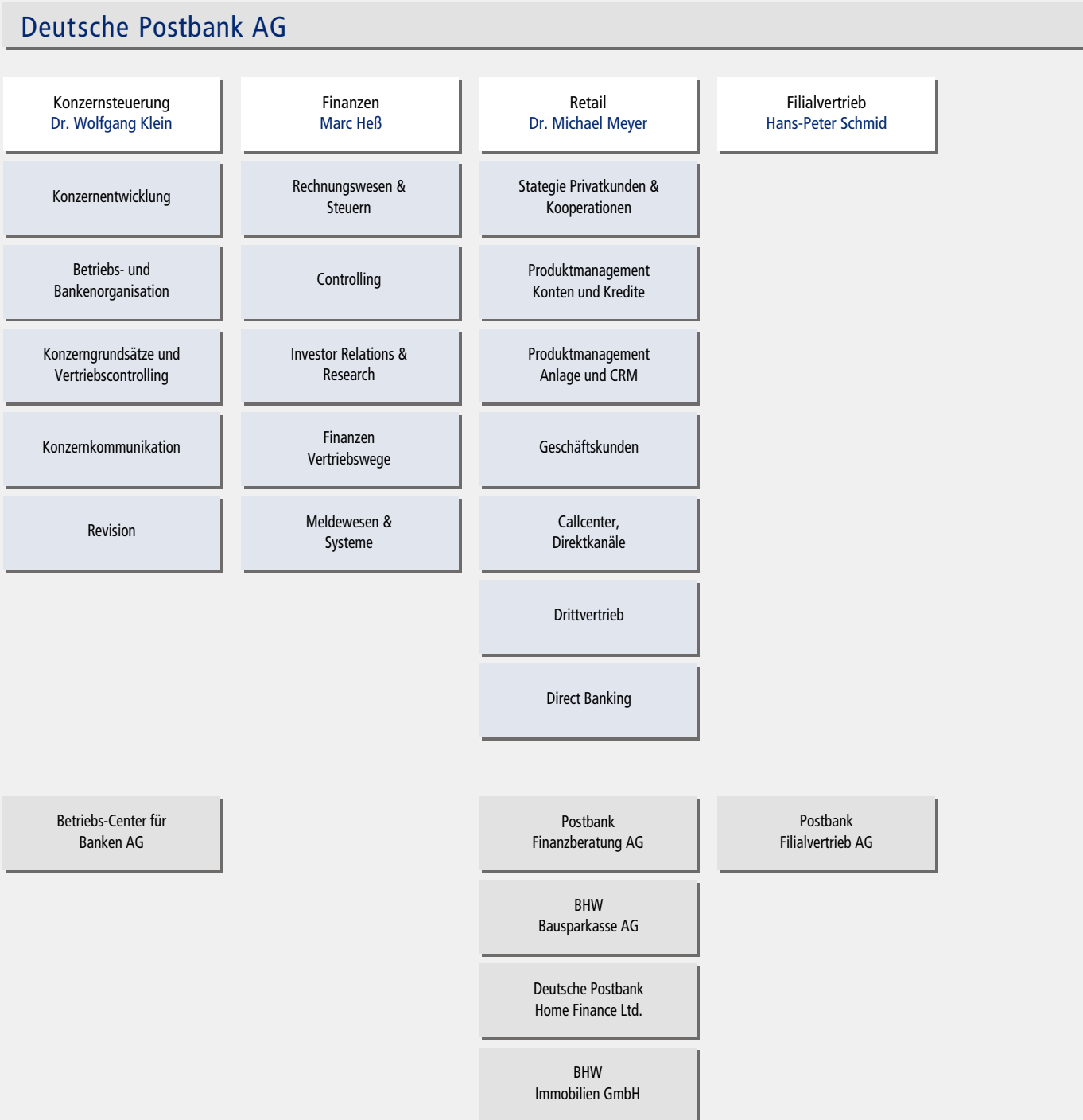
Eric Stadler*, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Gerd Tausendfreund*, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Renate Treis*, Brühl
Stellvertretende Vorsitzende des
Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG

*Arbeitnehmervertreter

I Konzernstruktur*



*mit ausgewählten Beteiligungsgesellschaften

Kredit Stefan Jütte	Financial Markets Horst Küpker	IT / Operations Dirk Berensmann	Ressourcen Ralf Stemmer
Chief Risk Officer*	Kapitalmärkte	Strategische Projekte	Strategische Personalarbeit
Risikocontrolling	Treasury	Kontoführung	Operative Personalarbeit
Kreditmanagement Inland	Liquiditätssteuerung	Operations / Financial Markets	Personalmanagement
Kreditmanagement Ausland	Credit Treasury	Servicefeld Filialvertrieb	Personalarbeit Führungskräfte und Personalentwicklung
		Servicefeld Direktvertrieb	Recht
			Immobilien, Support, Sicherheit
			Mitarbeiter und Treuhandskunden
PB Firmenkunden AG	Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg	Postbank Systems AG	Postbank Vertriebs- akademie GmbH
PB Factoring GmbH	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. Luxemburg		
Postbank Leasing GmbH	Deutsche Postbank Privat Investment Kapital- anlagegesellschaft mbH		
PB Capital Corporation	Deutsche Postbank Financial Services GmbH		

* CRO ist gegenüber dem Risikocontrolling weisungsbefugt

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Glossar

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nicht durch Voll- oder Quotenkonsolidierung, sondern nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik aber ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat. Bei der Postbank werden diese Unternehmen alternativ auch durch die Quotenkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen.
Available for Sale (AFS)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere, die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivism (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Kredite.

Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.
CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.
Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsche Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzpositionen (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.

Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.
Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Handelsaktiva	In dieser Bilanzposition werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelsspassiva	In dieser Bilanzposition werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.
Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der ergebniswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.

Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value at Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Liquiditätsrisiko	Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.
Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen (inklusive Klimaschutz) aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.

Operationelles Risiko	Unter dem operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“, verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over The Counter) gehandelt werden.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Recovery Rate (Verwertungsrate)	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlustes nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite	Grundsätzliche Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentbericht-erstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back-Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.
Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.

Underlying	Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikates bzw. eines Terminkontraktes, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberechtigter (impaired) Kredite.
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Volatilität	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten ergebniswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls ergebniswirksam vereinnahmt.
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

I Adressen

Deutsche Postbank AG

Zentrale

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Tochtergesellschaften

Betriebs-Center für Banken AG

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: direkt@bcb-ag.de

Betriebs-Center für Banken Processing GmbH

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069 68 97 60
Telefax: 069 156 22 011
E-Mail: kundenservice@bcb-processing.eu

BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 1013 22
31781 Hameln
Telefon: 0180 4440-500
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

BHW Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 1013 42
31763 Hameln
Telefon: 0180 4440-500
Telefax: 05151 18-5101
E-Mail: info@bhw-immobilien.de

Deutsche Postbank Financial Services GmbH

Ludwig-Erhard-Anlage 2–8
60325 Frankfurt am Main
Postfach 15 02 55
60062 Frankfurt am Main
Telefon: 069 789 86-0
Telefax: 069 789 86-58001
E-Mail: info.pfs@postbank.de

Deutsche Postbank Home Finance Ltd.

Corp. Office, 201, 2nd Floor,
Vipul Agora, M. G. Road
Gurgaon 12 20 02
Telefon: +91 124 47 24 100
Telefax: +91 124 47 24 101
E-Mail: sales@deutschepostbank.co.in

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
18–20, Parc d'Activité Syrdall
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31 - 1
Telefax: +352 34 95 32 - 550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

Deutsche Postbank

Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH

Ahrstraße 20
53175 Bonn
Postfach 22 22
53012 Bonn
Telefon: 0228 920-58800
Telefax: 0228 920-58809
E-Mail: postbank.privatinvestment@postbank.de

easyhyp GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0800 044 8888
E-Mail: info@easyhyp.de

PB Capital Corporation

230 Park Avenue
19 & 20th Floor
New York, NY 10169
USA
Telefon: +1 21 27 56-5500
Telefax: +1 21 27 56-5536
E-Mail: ksachs@pb-us.com

PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 50905-22
Telefax: 0180 50905-33
E-Mail: factoring@postbank.de

PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 3040-636
Telefax: 0180 3040-696
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 5
31789 Hameln
Telefon: 01803 2881
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 01805 72 53-27
Telefax: 01805 72 53-28
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75
65760 Eschborn
Telefon: 06196 96 96-0
Telefax: 06196 96 96-200
E-Mail: info@postransact.de

Postbank Support GmbH

Edmund-Rumpler-Straße 3
51149 Köln
Telefon: 02203 560-0
Telefax: 02203 560-4009

Postbank Systems AG

Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH

Godesberger Allee 88
53153 Bonn
Postfach 26 01 32
53173 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations



Inhalt gedruckt auf
100 %igem Recyclingpapier.

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

